Hermann Niebuhr

# »Das Landesvermögen verbleibt dem lippischen Gebiet…«



Die Gründung des Landesverbandes Lippe
Eine Dokumentation

Lippische Studien Band 14

Vor 50 Jahren, im Herbst des Jahres 1949, wurde der Landesverband Lippe gegründet, zwei Jahre nach dem Anschluß Lippes an das neugeschaffene Bundesland Nordrhein-Westfalen. Als "Sachwalter des lippischen Vermögens" verwaltet er seither einen umfangreichen Besitz aus Immobilien, Forsten, Staatsbädern, Kultureinrichtungen und Stiftungen, der nicht dem Land übereignet wurde, sondern für Lippe und die Wohlfahrt seiner Bewohner erhalten blieb - ein in der Bundesrepublik Deutschland einmaliges Privileg.

Die Bedeutung des Landesverbandes Lippe wird erst vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts deutlich, in der das Landesvermögen für das ehemalige Land Lippe eine zentrale Rolle spielte. Hermann Niebuhr zeichnet die wichtigsten Stationen dieser Geschichte nach und dokumentiert die Anfangsjahre des neugeschaffenen Landesverbandes bis zu seiner endgültigen Etablierung als einer eigenständigen Institution.

**Der Autor**
Dr. phil. Hermann Niebuhr, geb. 1950 in Würzburg, studierte Deutsch und Politik in Marburg, Basel und Hamburg; promovierte 1981 an der Universität Marburg; seit 1983 als Archivar im NRW Staatsarchiv Detmold tätig; zahlreiche Veröffentlichungen zur Regionalgeschichte Lippes.

18 L 6032 1. Ex.

Hermann Niebuhr

# Die Gründung des Landesverbandes Lippe

LIPPISCHE STUDIEN

Forschungsreihe des Landesverbandes Lippe
Institut für Lippische Landeskunde

Band 14

Hermann Niebuhr

# »Das Landesvermögen verbleibt dem lippischen Gebiet…« Die Gründung des Landesverbandes Lippe

## Eine Dokumentation

01172081

Landesverband Lippe
– Institut für Lippische Landeskunde –

18 L 6032
1. Ex.




g 99-914

© Institut für Lippische Landeskunde Lemgo
1. Auflage 1999

| | |
|---|---|
| *Redaktionskollegium* | Detlef Hellfaier<br>Diether Kuhlmann<br>Heinrich Ober<br>Klaus Stein<br>Walter Stich |
| *Satz und Gestaltung* | Büro für Design. Martin Emrich, Lemgo |
| *Umschlag* | Alper Çilingir, Düsseldorf |
| *Manuskriptkorrekturen* | Sabine Hülsen, Kirsten Lechte |
| *Gesamtredaktion* | Sabine Klocke-Daffa |
| *Druck und Bindung* | Druckerei Rihn, Blomberg |
| *ISBN* | 3-9804602-4-X |

*Titelfoto:*
*Schloß Brake in Lemgo,*
*seit 1985 Sitz des Landesverbandes Lippe*

Kurztitel der Deutschen Bibliothek – CIP – Einheitsaufnahme

**Niebuhr, Hermann:**
„Das Landesvermögen verbleibt dem lippischen Gebiet …":
die Gründung des Landesverbandes Lippe; eine Dokumentation/
Hermann Niebuhr. – Lemgo: Inst. für Lippische Landeskunde, 1999
(Lippische Studien; Bd. 14)
ISBN 3-9804602-4-X

Grußwort ..... 6

Geleitwort ..... 8

Einleitung ..... 11

**I. Das lippische Landesvermögen bis 1945** ..... 23
Land und Landesvermögen bis 1868 ..... 23
Domanialvertrag 1868 ..... 34
Fortdauernde Auseinandersetzungen,
Neuregelungen 1898 und 1912 ..... 41
Domanialvertrag 1919 ..... 43

**II. Die Suche nach der besten Lösung 1945 –1949** ..... 51
Neugliederung der britischen Zone
und Anschluß Lippes an NRW 1946/47 ..... 51
Vorüberlegungen seit 1945 ..... 67
Gründung des Landesverbandes Lippe ..... 74
Vorverhandlungen in Lippe ..... 78
Beratungen mit der Landesregierung ..... 88
Die Lippe-Gesetze im Landtag ..... 97
Verzögerte Genehmigung ..... 104
Streit um das Wahlverfahren und Konstituierung
der Verbandsversammlung ..... 107

**III. Der Landesverband gewinnt Profil** ..... 119
Landestraditionsverband oder Gemeindezweckverband? ..... 119
Regierungverlegung ..... 120
Bodenreform ..... 121
Landschaftsverbände und Verwaltungsreform ..... 127
Volksabstimmung ..... 135
Vertrag statt Abstimmung ..... 136
Erklärung des Ministerpräsidenten statt Vertrag ..... 140
Der Verfassungsstreit und die Aktivlegitimation
des Landesverbandes Lippe ..... 142
Kreisreform ..... 149

**Schluß** ..... 161

Anmerkungen ..... 165

Literaturverzeichnis ..... 186

Anhang: Dokumente ..... 191
Ortsregister ..... 282
Personenregister ..... 284
Bildnachweis ..... 286

# Grußwort

Der Landesverband Lippe feiert in diesem Jahr sein 50jähriges Bestehen. Er kann auf fünf Jahrzehnte erfolgreicher Arbeit zurückblicken, die im Dienste der lippischen Bevölkerung standen. Lippe und sein Landesverband – das ist eine Geschichte, die in der deutschen Nachkriegszeit begann und doch nur im Rückblick auf die besondere Stellung des ehemaligen Landes Lippe verständlich wird. Hermann Niebuhr hat diesen Weg in seinem sehr informativen, lesenswerten Buch nachgezeichnet.

Die Angliederung an das Land Nordrhein-Westfalen im Jahre 1947 ist den Lippern – nach über 800 Jahren der politischen Selbständigkeit – zweifellos nicht leicht gefallen. Doch die wirtschaftlichen Bedingungen der Nachkriegszeit und die bereits abzusehenden Anforderungen der Moderne ließen keine andere Möglichkeit zu. Das galt für Lippe wie für andere deutsche Kleinstaaten. Der Anschluß an den neugeschaffenen, großen Flächenstaat Nordrhein-Westfalen war keineswegs unumstritten – er hat sich aber im nachhinein als weitsichtige politische Lösung und für beide Seiten als vorteilhaft erwiesen. Lippe als dritter Landesteil von Nordrhein-Westfalen ist in vieler Hinsicht zu einer Bereicherung des Landes geworden und hat sich selbstbewußt neben den beiden großen Brüdern Westfalen und Rheinland zu behaupten verstanden.

Lippe hat zudem seine ganz eigene kulturelle Identität bewahrt. Das ist nicht zuletzt aufgrund der besonderen Bedingungen für den Anschluß an Nordrhein-Westfalen möglich gewesen: In den vorausgehenden politischen Verhandlungen erwirkten die Vertreter Lippes die Zusicherung der Landesregierung, daß Lippe sein Landesvermögen behalten, selbst verwalten und die Erträge für die kulturellen Belange und die Wohlfahrt der Bewohner im Bezirk des früheren Landes Lippe verwenden könne. Dieses Recht ist in den »Lippischen Punktationen« festgehalten, die von dem damaligen Landespräsidenten Heinrich Drake und dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Dr. Amelunxen vereinbart wurden und die von allen folgenden Landesregierungen respektiert wurden. Zur Wahrnehmung der anstehenden Aufgaben wurde ein nur für Lippe zuständiger Zweckverband gegründet: der Landesverband Lippe.

Die Punktationen mündeten ein in das sogenannte Lippe-Gesetz – Gesetz über die Vereinigung des Landes Lippe mit dem Land Nord-

rhein-Westfalen und Gesetz über den Landesverband Lippe –, das im November 1948 im nordrhein-westfälischen Landtag eingebracht wurde. Schon bei der Verabschiedung galt es als vorbildlich für die Wahrung und Respektierung regionaler Interessen. Das Lippe-Gesetz ist zugleich ein Beispiel dafür, wie Landesgeschichte und Landesverfassung durch den Einsatz engagierter Einzelpersönlichkeiten maßgeblich geprägt wurden.

Heute zeigt sich, daß der vor 50 Jahren eingeschlagene Weg der richtige war und der Landesteil Lippe eine Entwicklung erfahren hat, die wesentlich durch die Gründung des Landesverbandes Lippe und seine Leistungen beeinflußt und geprägt wurde. In kaum einer Region gibt es auf kleinem Raum eine solche kulturelle Vielfalt wie in Lippe, und nirgends sonst sind die Voraussetzungen für die Förderung regionaler Initiativen ähnlich günstig. Der Landesverband Lippe ist weit mehr als ein nüchternes Verwaltungsorgan: Er ist nicht nur »Sachwalter des lippischen Vermögens«, sondern auch »Hüter und Wahrer lippischer Traditionen«. Gemeint ist kein nostalgisches Verharren in Vergangenem, sondern Zukunftsorientierung im Wissen um die Tradition. Geschichte ist in Lippe immer auch Verpflichtung gewesen. Dieser Aufgabe ist der Landesverband Lippe in den vergangenen 50 Jahren trotz großer Strukturprobleme vor allen Dingen in den lippischen Staatsbädern Bad Salzuflen und Bad Meinberg nachgekommen. Es wird auch in Zukunft ein besonderes Anliegen der Landesregierung sein, den Bestand des Landesverbandes Lippe zu sichern und ihn bei seiner Aufgabenerfüllung nach Kräften zu unterstützen.

Ich gratuliere dem Landesverband Lippe herzlich zum 50jährigen Bestehen und wünsche allen Beteiligten weiterhin Schaffensfreude, Mut und Zuversicht, um auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren und sich den Herausforderungen der Zukunft stellen zu können.

*Dr. Fritz Behrens*
Innenminister des Landes
Nordrhein-Westfalen

# Geleitwort

Mit der Verabschiedung des Gesetzes über den Landesverband Lippe am 5. November 1948 im Landtag von Nordrhein-Westfalen und der Genehmigung durch die britische Militärregierung im Okober 1949 war eine Institution ins Leben gerufen worden, wie es sie in keiner anderen Region Nordrhein-Westfalens und auch nicht in anderen Teilen der Bundesrepublik gibt. Zum ersten Verbandsvorsteher wurde Heinrich Drake gewählt, der wie kein anderer die Geschichte des Landesverbandes Lippe in der Gründungs- und Anfangsphase seines Bestehens geprägt hat. Er hatte sich mit seinem Votum für Nordrhein-Westfalen und gegen Niedersachsen durchgesetzt und der nordrhein-westfälischen Landesregierung die Zusage abgerungen, das lippische Domanium sowie die kulturelle Eigenständigkeit der lippischen Region zu erhalten. Das sollte sich für die Lipper in vieler Hinsicht als vorteilhaft erweisen. Das lippische Vermögen, bestehend aus mehr als 20.000 ha Grundbesitz, den beiden Staatsbädern Salzuflen und Meinberg, den Kulturinstituten in Detmold und Lemgo, der Lippischen Landes-Brandversicherungsanstalt sowie einem umfangreichen Gebäudebestand, Stiftungen und anderen Vermögenswerten wird ausschließlich zum Wohle und zur kulturellen Förderung der lippischen Bevölkerung verwendet.

Trotzdem hat es in den folgenden Jahrzehnten sowohl innerlippisch wie landesweit Versuche gegeben, die Existenzberechtigung des Landesverbandes Lippe in Frage zu stellen und dessen Aufgaben auf die Kreise – zuletzt mit der Gebietsreform Ende der 60er Jahre – zu übertragen. Es ist vor allem dem Einfluß des damaligen Verbandsvorstehers Dr. Arnold Ebert zu verdanken, daß der einmal eingeschlagenen Weg weiterverfolgt wurde. Der Landesverband Lippe als rechtlich selbständiger Verband mit weitgehender Unabhängigkeit von den bestehenden kommunalen Verwaltungseinheiten blieb erhalten und steht seitdem nicht mehr in der Diskussion. Auch durch die neuen Absichten zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen werden Lippes Rechte nicht angetastet. Vielmehr ist er als vorbildlich hingestellt worden.

In den vergangenen 25 Jahren hat sich der Landesverband Lippe zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen entwickelt, der als Partner des Kreises Lippe und seiner Kommunen im kulturellen und

strukturellen Bereich die Entwicklung des lippischen Raumens maßgeblich mitbestimmt. Gleichwohl stellen neue Herausforderungen, wie die Bäderkrise, den Verband vor riesige, ohne Hilfe des Landes nicht zu lösende Probleme. Dabei ist die Solidarität aller gefragt. Nur so können sich die Lipper ihr Vermögen erhalten, und nur so ist der durch den ehemaligen Landespräsident Heinrich Drake initiierte »lippische Sonderweg« dauerhaft zu rechtfertigen. Nicht von ungefähr wird dabei immer wieder auf die lippische Geschichte zurückgeblickt. Der Landesverband Lippe ist eben nicht nur eine Vermögensverwaltung, sondern steht in einer 800jährigen Tradition. Das verpflichtet zu Umsicht und Sorgfalt beim Einsatz des »dem lippischen Gebiet verbleibenden Landesvermögens.«

Hermann Niebuhr hat die Geschichte des Landesverbandes Lippe in seiner Dokumentation eindrucksvoll nachgezeichnet. Ich wünsche dem Buch einen guten Erfolg und bin sicher, daß es auf ein breites öffentliches Interesse stoßen wird.

*Helmut Holländer*
Verbandsvorsteher des
Landesverbandes Lippe

18/4 45

Seit nahezu 14 Tagen ruht die Landesverwaltung. Die verantwortlich gewesenen Leiter der Landesregierung haben ihre Posten verlassen.

Dieser Zustand ist unerträglich.

Ich habe auf allgemeinen Wunsch die Leitung der Landesverwaltung als Landespräsident bis auf weiteres übernommen zu dem Zweck, sie auf neuem Grunde wieder einzurichten.

Die Landesleitung untersteht der Kontrolle und Aufsicht der Alliierten Militärregierung und ist im besonderen an die Weisungen des obersten Offiziers der Militärverwaltung in Detmold gebunden.

Ich werde meine Pflicht tun und erwarte Pflichterfüllung von jedem Landesbewohner.

Detmold, den 18. April 1945

Heinrich Drake

Aufruf an die lippische Bevölkerung vom 18.4.1945

# Einleitung

Nach dem Einmarsch der alliierten Truppen Anfang April 1945 war die Verwaltung des Landes Lippe unter den neuen Bedingungen von Heinrich Drake[1], der bereits von 1919 bis 1933 Politik und Verwaltung in Lippe geleitet hatte, wieder in Gang gebracht worden. Die bekannten Aufrufe, die auch als Maueranschläge verbreitet wurden[2], zeigen nur zu deutlich, worum es in den ersten Tage und Wochen ging: Sicherstellung der Ernährung und der öffentlichen Sicherheit sowie die Errichtung einer funktionierenden Verwaltung.



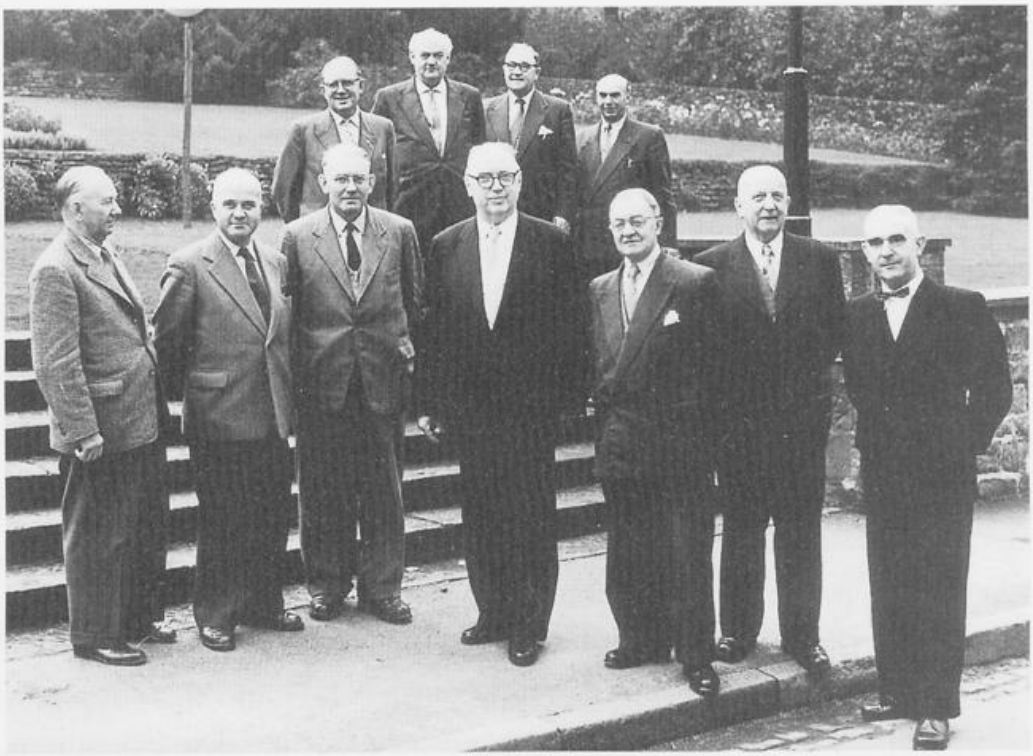
**Heinrich Drake im Jahre 1918**

Hierfür hatte Drake in den ersten Monaten auch Beamte wie den Regierungsdirektor Bruno Kirchhof hinzugezogen, der 1920 seine Tätigkeit in der lippischen Verwaltung begonnen hatte; Drake kannte ihn also aus der Zeit vor 1933. Kirchhof war weiter im Amt verblieben und hatte auch seine Karriere bis zur Ernennung zum Regierungsdirektor fortgesetzt.[3] Wie Drake später rückblickend schrieb, ist er 1945 »nicht kurzer Hand abseits gestellt worden, sondern erst nach einiger Zeit.«[4] Zunächst war er jedoch als Kenner der Vorgänge aus der jüngsten Vergangenheit für Drake unentbehrlich.



**Bruno Kirchhof als Bürgermeister der Stadt Detmold**

Mit Kirchhof hat Drake bereits Anfang Juni das Verhältnis Lippes zur Provinz Westfalen und die unter den damaligen Bedingungen möglichen oder wahrscheinlichen Aussichten für die staatliche Selbständigkeit des Landes und für das lippische Landesvermögen erörtert. Kirchhof regte an, die »Frage, ob und inwieweit die Lippische Landesverwaltung nach Westfalen orientiert werden kann und soll oder gar zu orientieren ist, ... unter allen Umständen in aller Kürze durch eine Besprechung bei dem zuständigen Militärkommandanten und dem Ober-



Abgeordnete des Kreistages Detmold (Wahlperiode 1952 – 1956) in Bad Meinberg, 2. v. r. Bruno Kirchhof

präsidenten in Münster nach Fühlungnahme und unter möglichster Hinzuziehung des hiesigen Kommandanten zu einer grundsätzlichen Klärung zu bringen.« Zwar sprechen der Zwang zur Verwaltungsvereinfachung und Gründe der allgemeinen Wirtschaftspolitik »für den Anschluß, wenn nicht gar für das Aufgehen des Landes Lippe in der Provinz Westfalen«, es bleibe aber »stets zu bedenken, daß unsere Verwaltung hinsichtlich ihrer Einfachheit, Sparsamkeit und Unmittelbarkeit noch nie übertroffen ist und daß sich dies auch in Zukunft kaum ändern wird, vor allem deswegen nicht, weil heute in vielen Fragen die alliierte Militärregierung mitzusprechen hat.«

Allzuviel Überzeugungskraft schien Kirchhof diesem Argument allerdings nicht zuzutrauen, vor allem nicht, was seine Wirkung auf den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen in Münster anging. »Die Bestrebungen des Oberpräsidenten gehen heute bestimmt dahin, Lippe zu kassieren; wir müssen auf der Hut bleiben. Je mehr Zeit vergeht, desto mehr wird der Militär-Kommandant in Münster von dem Oberpräsidenten vielleicht im Sinne seiner Bestrebungen eingenommen. Die Befürchtung dürfte nicht unberechtigt sein, daß das Land Lippe vielleicht über Nacht in den Regierungsbezirk Minden aufgeht. Dann ist unter Umständen nichts mehr zu unternehmen.«

Für diesen Fall formulierte Kirchhof bereits eine Rückzugsposition: Er war bereit, manche Forderungen und Bedenken fallenzulassen, wenn der Sitz der Bezirksregierung nach Detmold verlegt würde. Von seiner Bereitschaft zu Verzicht oder Zurückstellung wollte er aber ausdrücklich eine zufriedenstellende Regelung in der Frage des Landesvermögens ausgenommen wissen. »Das Wichtigste und Schwerwiegendste bei allen in Betracht kommenden Fragen ist die Angelegenheit des lippischen Staatsvermögens. Es darf niemals dahin kommen und würde insbesondere auch von der lippischen Bevölkerung niemals verstanden werden, wenn bei Aufhebung der Selbständigkeit des Landes etwa auch das Landesvermögen, das jeder Lipper sozusagen sein Eigen nennt, auf die Provinz Westfalen oder ein sonstiges grösseres Gebilde übergehen sollte.« Zur Bekräftigung verwies Kirchhof auf Verhandlungen, die auch »in den letzten Jahren« mit dem Oberpräsidenten in Münster und dem Regierungspräsidenten in Minden geführt worden seien. Immer habe man dabei auf lippischer Seite darauf bestanden, das Landesvermögen »als Ganzes« für die beiden lippischen Kreise zu sichern und auch die Gründung eines Zweckverbandes zu dessen Verwaltung erwogen. Auch die Einbeziehung von Landesbibliothek, Landesarchiv, Hermannsdenkmalstiftung und der Damenstifte sei besprochen worden – »und zwar mit dem Erfolge, daß selbst der Oberpräsident diesen Dingen stets im lippischen Sinne seine besondere Beachtung verlieh.«[5]

Regierungsdirektor Kirchhof wußte, wovon er sprach. In der NS-Zeit war er selber aufgrund seiner Position in der Landesregierung mit den Verhandlungen befaßt gewesen. Für die davorliegenden Jahre konnte Drake allerdings auf seine eigene Tätigkeit zurückgreifen.

Die Regelung der Domanialverhältnisse wurde zwar nicht erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Revolution von 1918 akut, aber seitdem war sie direkt mit der Frage von Aufrechterhaltung oder Aufgabe der staatlichen Selbständigkeit verbunden, und diese Frage stellte sich in der Zeit der Weimarer Republik wiederholt.

Zwar gab es nach 1919 zunächst Pläne für einen deutschen Einheitsstaat, die jedoch den Einzelstaatsinteressen nicht standhalten konnten; bezeichnenderweise kam eine auf verschiedenen Wegen und auch mit verschiedenen Zielen angestrebte Reichsreform bis 1933 nicht zustande. Immerhin sind im Rahmen der Reichsreform-Debatte in den 20er Jahren zahlreiche Publikationen erschienen, die unterschiedliche

Lösungen des Problems einer Neugliederung des Reiches anboten, die sich z. T. unmittelbar mit der lippischen Frage befaßten.[6] Aber auch in Lippe selbst hatte etwa seit 1920 die Überzeugung an Boden gewonnen, daß die Kleinstaaten auf Dauer nicht überlebensfähig seien.

Konsequenterweise strebte man die Bildung größerer territorialer Einheiten an, und so wurde über einen Zusammenschluß von Schaumburg-Lippe, Kreis Rinteln, Lippe und Pyrmont verhandelt. Spätestens mit dem Anschluß Pyrmonts an die preußische Provinz Hannover 1922 war diese Perspektive aber nicht mehr gegeben. Die naheliegende Alternative war ein Anschluß auch des Landes Lippe an Preußen. Darüber hatte das Landespräsidium ebenfalls schon Verhandlungen begonnen, die aber nach einem ersten Gespräch im Mai 1920 nicht weitergeführt wurden.[7] Nachdem die schon erwähnten möglichen Alternativen keine Perspektive mehr boten, kam – vor allem auf Betreiben von Heinrich Drake – die preußische Option wieder zum Zuge. Eine Initiative des preußischen Innenministers Carl Severing führte dazu, daß das lippische Landespräsidium sich im Juli 1923 mit einem Schreiben an ihn wandte, um damit nach den »bisher über den Anschluß des lippischen Landes an das preußische Staatsgebiet unverbindlich geführten Verhandlungen ... eine festere Grundlage für gegebenenfalls fortzuführende Verhandlungen« zu schaffen.[8]

Das Landespräsidium bat zu diesem Zweck um Antworten auf fünf »Fragen«.[9] Gleich an erster Stelle heißt es: »Kann dem lippischen Lande zugesichert werden, daß ihm im Falle seiner Angliederung an den preußischen Staat das Domanialgut in dem Umfange, wie es ihm seiner Zeit infolge vertraglicher Vereinbarung zugefallen ist, ungeschmälert zu eigener Nutzung verbleibt?«[10] Die anderen vier Fragen betrafen den Zusammenhalt der lippischen Verwaltungseinheit, die Übernahme der Beamten und Angestellten, die besonderen lippischen Schulverhältnisse und die Verbesserung der Verkehrsverbindungen.

Hier interessiert vor allem die Frage nach dem Schicksal des Domanialvermögens. Die Antwort des preußischen Innenministers kam nach zwei Wochen[11], aber sie mußte notwendigerweise unverbindlich sein, weil die lippische Seite keinerlei statistisches Material vorgelegt hatte. »Vor allem fehlen mir Unterlagen für die Beurteilung der verwaltungs- und finanzrechtlichen Verhältnisse«, monierte der Innenminister und erklärte sich daher außerstande, abschließende und ver-

bindliche Aussagen zu machen. Entsprechend vage war der substantielle Inhalt seines Schreibens. Zwar zeigte er sich bereit, das Vermögen »dem jetzigen Gebiete des Landes unter einer noch zu vereinbarenden Rechtsform ... zu belassen«, aber er fügte dieser allgemein gehaltenen Zusage entscheidende Einschränkungen an: Zu den Lasten, die in Preußen der Staat oder die Provinzialverbände zu tragen hätten, müsse auch das lippische Domanium hinzugezogen werden, da die Bewohner Lippes dann auch Anteil am preußischen Staatsvermögen hätten; eine Ungleichbehandlung des dann preußischen Landesteils Lippe und der übrigen preußischen Gebiete sei nicht vertretbar. Außerdem könne Lippe als zusätzlichen Vorteil geringere Verwaltungskosten verbuchen, wenn die lippische Verwaltung der preußischen angepaßt werde.

Zur Frage der lippischen Verwaltungseinheit regte der Innenminister die Bildung eines Kommunalverbandes an; ein Großkreis Lippe stand damals nicht zur Diskussion. Konkreter wurden die Verhandlungen allerdings nicht; weitere Kontakte sind für den Rest des Jahres 1923 nicht überliefert. Verwaltung und Politik hatten in diesen Monaten – der Zeit der galoppierenden Inflation – andere Probleme zu bewältigen.

Ein halbes Jahr später, im Januar 1924, kam es wiederum zu Gesprächen mit Severing, die aber ebenfalls keine Fortsetzung erfuhren. Im April 1927 war der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff zu Besuch in Lippe. Auf einem »Osterspaziergang«, den die Mitglieder des Landespräsidiums mit ihrem Gast unternahmen, wurde das Thema erneut aufgegriffen. Drake berichtete darüber dem Landtag im Rahmen seiner Haushaltsrede im Februar 1928: »Wir haben uns damals natürlich über alle möglichen Fragen unterhalten, und der Herr preußische Finanzminister richtete u. a. auch an uns die Frage, wie es um die Angelegenheit des Anschlusses stehe. Wir haben ihm geantwortet, daß wir eine bestimmte Auskunft darüber in dem Augenblick nicht zu geben vermöchten, daß wir aber gern bereit sein würden, die Sache zu überlegen, und ihm dann eine Mitteilung zukommen zu lassen. Wir haben dann später im Landespräsidium über die Frage beraten und sind zu der Erkenntnis gekommen, daß es nicht schaden würde, wenn wir unsererseits einmal an den preußischen Finanzminister eine bestimmte Anfrage richten würden hinsichtlich der Voraussetzungen, unter denen überhaupt eine Verhandlung über den Anschluß, wenn sie weiterhin gewünscht würde, möglich sei. Denn es ist andererseits zugegeben

worden, daß zunächst einmal gewisse Vorfragen zu klären wären, wenn derartige Verhandlungen überhaupt praktischen Wert haben sollten.«[12]

Im Spätsommer 1927 wurde der Kontakt dann auch schriftlich wiederaufgenommen. Zunächst erbat das Landespräsidium – gewissermaßen als Bedingung für die Aufnahme eigentlicher Verhandlungen – Antworten auf drei grundlegende Fragen. Diese Fragen waren inhaltlich nicht neu. Sie waren auch drei Jahre zuvor schon vorgebracht worden. Noch etwas konzentrierter als damals ging es aber jetzt um die Frage, ob »... bei einem evtl. Anschluß an Preußen das Land Lippe darauf rechnen kann, daß ihm der domaniale Besitz verbleibt.«[13] Daneben stand in diesem Schreiben nur noch die Frage nach der Zukunft der öffentlichen Einrichtungen, womit z. B. das Landgericht gemeint war[14], und nach der Haltung Preußens zur Forderung nach Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in wirtschaftlich benachteiligten Gebieten Lippes.

Das mußte die preußische Seite so verstehen, daß bezüglich dieser Gebiete kein Verhandlungsspielraum vorhanden war. Nach weiterem Schriftwechsel antwortete der preußische Ministerpräsident Braun im März 1928 entsprechend: »Die 3 Fragen, auf die schon jetzt eine Antwort erbeten wird, betreffen Angelegenheiten, die der Natur der Sache nach zu den Hauptgegenständen etwaiger späterer Verhandlungen gehören würden. Es erscheint mir weder zweckmäßig, noch entspricht es der Übung, daß schon vor derartigen Verhandlungen und bevor feststeht, ob solche überhaupt in Gang kommen, eine einseitige Bindung des einen Vertragsteils über die wichtigsten Teile des zukünftigen Vertrages herbeigeführt wird.«[15] Nicht zuletzt an diesem Widerspruch scheiterte der Fortgang der Verhandlungen.

Als dann aber auch auf einem anderen Gebiet, nämlich bei der Frage des Gebietsaustausches zur Aufhebung der Exklaven Cappel, Grevenhagen und Lipperode, kein Fortschritt sichtbar wurde, faßte das Landespräsidium den Beschluß, von sich aus zunächst keine weiteren Schritte zu unternehmen.[16] Das fiel ihm allerdings umso leichter, als die Öffentlichkeit, also Landtag und veröffentlichte Meinung, die derzeitige Lage des Freistaates Lippe nach der Erschließung zusätzlicher Einkünfte für den lippischen Landeshaushalt aus Ergänzungszuschüssen gemäß § 35 Reichs-Finanzausgleichsgesetz[17] nicht als so bedrohlich ansahen, als daß eine Lösung besonders dringlich erschien. Wenn auch die Frage nach Aufrechterhaltung oder Aufgabe der staatlichen Selbständigkeit

hierbei im Vordergrund stand, war aber mit der Einstellung der Verhandlungen darüber notwendigerweise einstweilen auch kein Bedarf für weitere Überlegungen zum Schicksal des Domanialvermögens und zur Form seiner Verwaltung mehr vorhanden.

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme waren weder die Diskussion um die Aufrechterhaltung der lippischen Selbständigkeit noch die Reichsreformpläne erledigt – letztere erhielten sogar eine neue Dimension: Zwar zielte das »Gesetz über den Neuaufbau des Reiches« vom 30. Januar 1934 auf Zentralisierung ab – faktisch wurde das aber von den Gauleitern unterlaufen, die, häufig als Reichsstatthalter und Oberpräsidenten, ihren jeweiligen Machtbereich ebenso selbstbewußt gegen zentralistische Eingriffe zu verteidigen bestrebt waren, wie das zuvor die Länderregierungen getan hatten.[18]

Lippe und Schaumburg-Lippe hatten in Alfred Meyer[19] seit 1933 einen gemeinsamen Reichsstatthalter, der zusätzlich Oberpräsident der Provinz Westfalen und Gauleiter im NSDAP-Gau Westfalen-Nord war. Diese Zusammenfassung von Lippe und Westfalen fand ihren Niederschlag in wiederholten, z. T. auch erfolgreichen Versuchen, einzelne Verwaltungsfunktionen nach Münster oder Minden zu verlagern.[20] Die lippische Landesregierung hat diesen Bestrebungen Widerstand entgegengesetzt und war nur bei einer allgemeinen Reichsreform bereit, den Status quo zu verändern und einer Eingliederung des Landes nach Preußen und in die Provinz Westfalen zuzustimmen. Lediglich unter der Bedingung, daß »... durch diese Maßnahmen bei gleichzeitiger Vereinfachung der Verwaltung nennenswerte Arbeitskräfte alsbald für den Kriegseinsatz freigemacht werden«, konnte sich die Landesregierung mit der Übertragung von lippischen Regierungszuständigkeiten auf den Regierungspräsidenten Minden einverstanden erklären.[21]

Bereits Anfang 1935 war die Frage noch in einem anderen Zusammenhang in die Diskussion gekommen, als der Detmolder Landgerichtspräsident und der Oberstaatsanwalt vom Reichsjustizminister aufgefordert wurden, sich über die Anbindung des Landgerichtsbezirks Detmold an das Oberlandesgericht Celle bzw. zu einem Wechsel zum Oberlandesgericht Hamm zu äußern. Beide sprachen sich in ihrem Bericht vom 12.2.1935 für die weitere Zugehörigkeit zum Oberlandesgerichtsbezirk Celle aus und argumentierten mit der Stammesbindung der Lipper: »Dieser Stamm ist der Rasse nach Niedersachse, Mitbewohner

27/4 1945

# Mahnung! Warnung!

1. Die Lebensmittelversorgung ist schwer gefährdet. Ich mahne und warne!
2. Pflanzt Kartoffeln! Baut Gemüse!
3. Steht nicht umher und bekakelt die Lage! Sie wird dadurch nur schlechter. Arbeitet!
4. Die Landwirtschaft braucht Arbeitskräfte. Meldet Euch!
5. Beachtet die Gesetze! Seid gerecht und anständig und am härtesten gegen Euch selbst!
6. Landwirte! Holt aus dem Euch anvertrauten Boden heraus, was menschenmöglich ist! Liefert ab! Schwarzschlächter sind Verbrecher! Alle Gesetzesverächter schneiden in ihr eigenes Fleisch, denn die Folgen des Leichtsinns werden über ein Kleines furchtbar sein. Ich warne!
7. Seid getreue Nachbarn! Helft einander, wo Ihr könnt. Auf die Anständigkeit der Gesinnung kommt es heut an. Gegen Übeltäter muß die Gemeinschaftshilfe der Polizeigewalt unterstützend zur Seite treten.
8. Selbsthilfe, wo sie irgend geht! Belästigt keinen anderen, wenn Ihr Euch selber helfen könnt!
9. Achtet die ehrliche Arbeit! Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert!
10. Pflanzt Kartoffeln! Baut Gemüse! Pflegt die Obstbäume!

Detmold, den 27. April 1945.

Der Landespräsident
Drake

Druck der Buchdruckerei Tode & Co., Detmold

Aufruf vom 27.4.1945

der ›Weserfestung‹, wie man den heute wieder erhöhte Bedeutung gewinnenden Raum zutreffend bezeichnet hat, und sieht mehr nach Osten als nach Westen.«[22] Als der Landgerichtsbezirk Detmold 1944 tatsächlich an den Oberlandesgerichtsbezirk Hamm angeschlossen wurde, stand diese Maßnahme nicht allein: Zahlreiche Fachverwaltungen waren bereits der entsprechenden höheren westfälischen Instanz angegliedert, so etwa die Katasterämter, die Straßenbauverwaltung, die Eichämter und die Ämter für Wasserwirtschaft.[23]

Zu einer umfassenden Reichsreform ist es bis 1945 bekanntlich nicht mehr gekommen. Es waren aber in Detmold vorsorglich Bedingungen für eine Eingliederung formuliert worden. Im Juni 1934 faßte Staatsminister Riecke in einem Schreiben an den Reichsstatthalter Alfred Meyer die lippischen Forderungen zusammen.[24] Detmold sollte auf jeden Fall Regierungssitz bleiben und sein Landgericht behalten; das Schulwesen und die »sonstigen lippischen Kultureinrichtungen (z. B. Landestheater, Landesbibliothek, Archiv, Geschichtliche Forschungsanstalt für Germanenkunde)« sollten erhalten bleiben; man forderte die Verwirklichung der geplanten militärischen Bauvorhaben und den Bau der Kalletalbahn. Von zentraler Bedeutung in diesem Forderungskatalog war aber auch hier die Sicherung des Domanialvermögens für die »an Stelle des Landes etwa tretenden Gebietskörperschaften«. Hierfür war auch damals schon ein Zweckverband vorgesehen, dessen Vermögen von allen preußischen Steuern freizustellen wäre. Außerdem hielt man Staatszuschüsse für die lippischen Bäder für erforderlich sowie die Erhaltung der lippischen staatlichen Krankenanstalten.

Leider ist über die weiteren Verhandlungen – wenn sie denn stattgefunden haben – nur sehr wenig zu erfahren. Als Drake 1945 nach seinem erneuten Amtsantritt als Landespräsident alle Vorgänge zu diesem Sachkomplex vorgelegt haben wollte, mußte der Registraturverwalter melden, daß der vormalige Regierungschef kurz vor dem Einmarsch der Alliierten auch von diesen Akten viele habe verbrennen lassen.[25]

Nach dem bekannten Zitat von Erich Kittel erscheint die »Frage des Fortbestandes der staatlichen Selbständigkeit ... im historischen Rückblick als das Hauptproblem der letzten 150 Jahre lippischer Geschichte ...«.[26] Diese Frage war unter verschiedenen politischen Bedingungen debattiert worden, und es hatte unterschiedliche Ansätze zur Lösung dieses Problems gegeben. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs

10/5-1945

# Vorläufige Ordnung der Verwaltung des Lippischen Landes

## Vom 10. Mai 1945

1.

Die Landesführung liegt bei dem Landespräsidenten.

Er ist die Lippische Landesregierung.

2.

Für die Aufgaben und Befugnisse der Landesregierung gelten die reichs- und landesrechtlichen Bestimmungen.

Die Lippische Landesregierung ist an die Anordnungen der Militärregierung gebunden.

Die Landesregierung ist, solange die Reichsgewalt ruht und eine gewählte Landesvertretung nicht besteht, für den Erlaß von Gesetzen zuständig. Sie kann Entscheidungen treffen, für die bisher das Reich zuständig war.

3.

Die Lippische Landesregierung ist oberste und obere Verwaltungsbehörde des Landes.

Sie gliedert sich in Abteilungen.

Alle Einzelheiten regelt die durch den Landespräsidenten zu erlassende Geschäftsordnung.

4.

Der Landespräsident bestellt einen Landesrat aus allen Teilen des Landes, mit dem er alle grundsätzlichen und allgemeinen Fragen berät.

Der Landesrat besteht aus 4 Bürgermeistern, 4 Vertretern der Landwirtschaft und 4 Vertretern des Gewerbes.

Die Vertreter der Landwirtschaft und des Gewerbes müssen zur Hälfte Arbeitnehmer sein.

Der Landesrat wird mindestens einmal im Monat vom Landespräsidenten zusammengerufen.

5.

Diese Ordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Detmold, den 10. Mai 1945

**Drake**
Landespräsident

Bösmann, Detmold

Bekanntmachung vom 10.5.1945

wurden wiederum Alternativen zur Aufrechterhaltung der staatlichen Eigenständigkeit beraten – neu war dabei allerdings, daß fast regelmäßig die Sicherung des Domanialvermögens für die lippische Bevölkerung als wichtigste Bedingung für die Aufgabe der lippischen Selbständigkeit in die entsprechenden Verhandlungen eingebracht wurde.

Landesbibliothek Detmold



**Heinrich Drake, um 1950**

# I. Das lippische Landesvermögen bis 1945

## Land und Landesvermögen bis 1868

Erheblich später als in anderen deutschen Ländern gelang in Lippe erst 1868 eine Vereinbarung zwischen Fürst und Landständen – den Vertretern des Adels in Lippe und der Städte – über die Trennung von Staats- und Domanialhaushalt. Das heißt nicht, daß man erst mit jahrzehntelanger Verspätung auf dieses Problem aufmerksam geworden wäre. Nur hatten die Verhandlungen rund dreißig Jahre gedauert, bis dieses Ergebnis zustandegekommen war.

Nach fast drei Jahrzehnten landtagsloser Zeit war 1838 in Lippe erstmalig wieder ein Landtag gewählt worden und zusammengekommen. Einer der wichtigsten Beratungsgegenstände war ein Antrag der fürstlichen Regierung, bestimmte Ausgaben für die Hofhaltung auf die Landkasse zu übernehmen. Dabei ging es u. a. um Zahlungen an Nebenlinien des Hauses Lippe, sogenannte Dotalgelder, und Zahlungen für Begräbnisse und Hochzeiten in den zurückliegenden Jahren. Zwar waren früher solche Zahlungen für die Angehörigen des regierenden Hauses und gelegentlich auch der Nebenlinien von den Ständen bewilligt worden. Aber inzwischen hatte sich unter dem Einfluß des Konstitutionalismus eine Haltung entwickelt, die deutlicher als bisher zwischen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Angelegenheiten des Fürsten unterschied, und außerdem lag die geforderte Summe weit über dem, was die Landkasse leisten konnte.

Die Sachverhalte, um die es dabei ging – Verfassungsentwicklung, Trennung von Staats- und Domanialhaushalt, Verhältnis von Kammer-

und Landkasse –, waren Themen, die spätestens seit der Französischen Revolution überall auf der Tagesordnung standen.

Seit der frühen Neuzeit war der Finanzbedarf aller Landesherren ständig gestiegen. Ursache dafür waren einerseits die Ausweitung staatlicher Zuständigkeiten, andererseits aber auch die zunehmenden Repräsentationsbedürfnisse und der Ausbau der Residenzen, oft nach dem Vorbild des Hofes Ludwigs XIV. in Versailles. Die Probleme der Geldbeschaffung und die Versuche, sie zu lösen, haben die Geschichte aller deutschen Territorien in der frühen Neuzeit geprägt.

Wie diese Probleme jeweils gelöst werden konnten, hing davon ab, wie die Gewichte zwischen den entscheidenden politischen Kräften, dem Landesherrn und den Ständen, im Einzelfall verteilt waren – und dies stand wiederum oft in direktem Verhältnis zum Umfang der Einkünfte, über die der Landesherr verfügen konnte. Art und Umfang von Besitz und Einkünften des Landesherrn hingen eng zusammen mit der Entstehung der Landesherrschaft im Mittelalter. »Die Bildung fürstlicher Landesherrschaften im Mittelalter ist das bedeutsamste Ereignis der gesamten deutschen Verfassungsgeschichte.« Das galt für die Ebene des Reiches, dessen föderalistische Struktur damit festgelegt war, vor allem aber auch für die einzelnen deutschen Länder, die – wie die Landesherrschaft der Edelherren zur Lippe – sich in dieser Zeit herausbildeten.[27]

Ausgehend von ihrem Stammsitz in Lippstadt schufen die Edelherren zur Lippe im Hochmittelalter durch Erwerb von Grundbesitz und Hoheitsrechten auf der Nordostseite des (später so bezeichneten) Teutoburger Waldes die Grundlage für ihre spätere Landesherrschaft. In den letzten Jahrzehnten vor der Wende vom 12. zum 13. Jahrhundert wurden die Falkenburg und Stapelage zum Kern, um den herum das Territorium im Lauf der Zeit schließlich bis zu der Ausdehnung wuchs, die dem späteren Land und weitgehend dem heutigen Kreis Lippe entspricht. Beginnend mit der Altstadt Lemgo (1190) gründeten die Edelherren im 13. Jahrhundert die Städte Horn, Blomberg und Detmold, um ihren Machtbereich zu sichern und weiter auszubauen. Vor allem Lemgo hat als Stadt mit weitreichenden Handelsbeziehungen zur wirtschaftlichen Absicherung der Landesherrschaft beigetragen.

Daneben hatten die Gründungen aber von vornherein auch die Aufgabe, das Land militärisch zu sichern: In allen Städten außer Lemgo

findet sich in dem planmäßigen Grundriß eine landesherrliche Festung. Die Edelherren müssen das für die Städtegründungen erforderliche Land bereits zuvor besessen haben, denn die Bürger der Städte zahlten ihnen Abgaben für Grundstücke in der Stadt und in der Feldmark. Wie dieser Landerwerb zustandekam, ist nicht im einzelnen nachzuweisen: »Es sind nun erst wenig Urkunden, die ein unmittelbares Licht auf die Verhältnisse des 13. Jahrhunderts in Lippe werfen, ... und für Lippe ... muß vieles aus späteren Verhältnissen geschlossen werden. Wenn im 14. Jahrhundert die lippische Landesherrschaft fest begründet vorhanden ist, so muß sie sich im 13. Jahrhundert folgerichtig auf der Grundlage der Städte und der Burgen entwickelt haben.«[28]

Im 14. Jahrhundert erwarben die Edelherren sowohl die Burg als auch das Gogericht Varenholz – Gerichtsrechte waren für die Begründung und Sicherung der Landesherrschaft von gleich wichtiger Bedeutung wie die militärische und wirtschaftliche Macht und wie der Grundbesitz.

Für die späteren Verhandlungen über die Trennung von Privatbesitz des Fürsten und Staatsbesitz ist es von Wichtigkeit, wie das Kammergut – alles, was Gegenstand der noch ungeteilten landesherrlichen Finanzverwaltung war – erworben worden war. Als die Edelherren 1564 umfangreiche Besitzungen der Adelsfamilie de Wend für 100.000 Taler kauften, war das ein privatrechtlicher Vorgang. Als sie 1607 die hohe Gerichtsbarkeit im Gebiet von Steinheim dem Bischof von Paderborn überließen und von diesem dafür u. a. das Amt Barkhausen und Mackenbruch mit seinen Einkünften eintauschten, war dieser Erwerb von öffentlich-rechtlicher Natur, weil es dabei um Hoheitsrechte ging. Auch die Wiedereinlösung des 1733 verpfändeten Amtes Sternberg war ein öffentlich-rechtlicher Vorgang, weil sich die Stände für die Einlösungssumme verbürgt hatten und diese mit allen Einkünften aus dem Amt getilgt wurde.[29]

Zunächst spielte dieser Unterschied jedoch noch keine Rolle. Die Einkünfte aus dem Besitz wurden von der Kammer verwaltet, die die private Hofhaltung und die sich mit der Zeit entwickelnde Landesverwaltung sowie schließlich auch noch eine kleine, aber eigene militärische Truppe bezahlte. Diese Mittel reichten aber, wie bereits erwähnt, zur Bestreitung der Aufwendungen immer seltener aus, und zusätzliches Geld mußte entweder durch Steuern oder Kredite beschafft

werden. Beides war nicht unbegrenzt möglich: Kredite wurden etwa gegen Verpfändung von Besitz und Hoheitsrechten gewährt, und die Erhebung von Steuern unterlag der Zustimmung der Stände. Dieses Steuerbewilligungsrecht war eines der wichtigsten Machtmittel, das den Ständen zur Verfügung stand: Je größer der Finanzbedarf des Landesherrn war, desto größer war – vereinfacht ausgedrückt – daher auch das politische Gewicht der Stände. Begründet wurde es im späten Mittelalter im Zusammenhang mit dem Ausbau der Landesherrschaft.

In Lippe fand das relativ früh seinen Niederschlag in dem sogenannten Pactum Unionis. 1368 legte Simon III. zur Lippe darin die Unteilbarkeit seines Landes fest und bestimmte für den Fall, daß etwa mehrere zur Nachfolge berechtigte Herren vorhanden seien, daß das Land demjenigen folgen solle, dem sich die Städte Lippstadt und Lemgo zuwendeten. Dies wurde von den Burgmannen und den Städten Horn, Blomberg und Detmold ausdrücklich bestätigt und besiegelt.[30] Die politische Rolle der »Stände von Ritterschaft und Städten« ist hiermit erstmalig dokumentiert worden.

Die Stände waren keine Volksvertretung im heutigen Sinne, sondern, wie bereits erwähnt, Vertreter des Adels und der Städte. Sie trafen sich einmal jährlich – später zeitweilig auch sehr viel seltener – zusammen mit den Chefs der Nebenlinien des Hauses Lippe, den Erbherren, nach Einberufung durch den Landesherrn, um diejenigen Gegenstände zu beraten, die der Landesherr als »Propositionen« vorgegeben hatte. Das Ergebnis ihrer Beratungen über diese Punkte wurde als schriftliches »Gutachten« dem Landesherrn vorgelegt und von diesem in einer Erklärung mit Gesetzeskraft, dem »Landtagsabschied«, beantwortet. Auf diese Erklärung hatten die Stände keinen Einfluß. Sie waren nur zu einem »Votum consultativum« berechtigt und konnten nur vorschlagen und mitberaten. Mitentscheiden im Sinne eines »Votum negativum« konnten sie außer bei der Bewilligung von Steuern nicht. Auch ein Selbstversammlungsrecht hatten die Stände nicht, so daß sie zu Zeiten des Absolutismus jahrelang nicht einberufen wurden.[31]

Im 17. Jahrhundert ist es allerdings unter dem Druck vollkommen zerrütteter Finanzverhältnisse gelungen, das Verhältnis von Landesherr und Ständen in Lippe etwas weiter festzulegen und zu klären. 1651 erhielten die Stände das Indigenatsrecht zugesichert – der Landesherr war verpflichtet, wichtige Posten im Land mit geeigneten Bewerbern aus dem



**Pactum unionis von 1368, Bestätigung durch Kaiser Karl V. von 1521**

eigenen Land zu besetzen -, und 1665 wurde das Steuerbewilligungsrecht bekräftigt und die Beteiligung der Stände bei Ausschreibung, Einnahme und Ausgabe der Steuern zugestanden.[32]

Trotz dieser Zusage kam es jedoch immer wieder dazu, daß Gelder zu anderen als den bewilligten Zwecken ausgegeben wurden. Bei der Kammer – der Finanzverwaltung für Hofhaltung und Landesverwaltung – waren Schulden aufgelaufen, die nicht mehr zu bewältigen waren. Die Stände erklärten sich 1686 dazu bereit, einen Teil dieser Kammerschulden in Höhe von 100.000 Rthl. zu übernehmen; sie machten jedoch zur Bedingung, daß eine zweite Kasse – die Landkasse – eingerichtet wurde, in die die vom Landtag bewilligten außerordentlichen Kontributionen eingezahlt werden sollten und bei deren Kontrolle die Stände mitzubestimmen hätten. Dafür wurden von den Ständen vier Deputierte bestimmt.



**Friedrichstal, Ausschnitt aus einer Flurkarte, 1728**

Zuvor waren die Steuern und alle Einkünfte aus den finanziell nutzbaren Rechten des Landesherrn, den sogenannten Regalien, sowie aus dem als Domanialgut bezeichneten landesherrlichen Grundbesitz in die Kammerkasse als bis dahin einzige öffentliche Kasse geflossen. Aus dieser wurden alle Kosten für Hofhaltung und Landesverwaltung bezahlt; das Land half gegebenenfalls mit jeweils besonders von den Ständen auf dem Landtag bewilligten Steuern aus.

Mit der Errichtung der Landkasse waren die Stände dem politischen Ziel einer weitgehenden Kontrolle über die Finanzen des Landes ein ganzes Stück näher gekommen; dauerhaft erreicht war es damit allerdings noch nicht.[33] Trotz dieser Einrichtung besserte sich der Zustand der lippischen Staatsfinanzen aber nicht, und zeitweilig war die Landkasse später sogar der Kontrolle der Stände entzogen. Unveränderte Mißwirtschaft erforderte weitere Kreditaufnahmen der Kammer, für die schließlich 1733 das ganze Amt Sternberg verpfändet wurde.

Erst seit dem Regierungsantritt Simon Augusts 1747 wurde wirksam Abhilfe geschaffen. Dessen politische Absicht war es, »mein Haus wiederherzustellen und meinen Nachfolgern die Mittel zu hinterlassen, die Würde ihrer Geburt zu behaupten.«[34] Er konnte diese Absicht verwirklichen mit Hilfe seines ehemaligen Erziehers de la Pottrie und des 1748 ernannten Regierungspräsidenten Hillensberg, der nicht nur die erforderlichen Fähigkeiten besaß, sondern auch von Simon August die notwendigen Kompetenzen zugewiesen bekam. Vor allem die Aufstellung regulärer Etats seit 1749 als Grundlage für eine solide und überschaubare Finanzwirtschaft des Landes muß in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden.



**Simon August Graf zur Lippe**

Von mindestens ebensolcher Bedeutung für die finanzielle Stabilisierung war der seit 1774 amtierende Kanzler Hoffmann, der einem aufgeklärten Merkantilismus verpflichtet war. Unter dem Eindruck der großen Finanzkrise nach dem Siebenjährigen Krieg und fehlgeschlagener Versuche zu ihrer Behebung begann er eine energische Reorganisation des Finanzwesens, die zu steigenden Einkünften der Kammer führte und diese dadurch in die Lage versetzte, Schulden zu tilgen, verpfändete Ämter wieder einzulösen und schließlich auch die Kreditwürdigkeit wiederherzustellen.[35] Damit waren aber auch die Voraussetzungen geschaffen, unter denen es sich die Fürstin Pauline während ihrer Regentschaft erlauben konnte, ihrer absolutistischen Haltung entsprechend viele Jahre lang ohne die Landstände zu regieren.



**Ferdinand Bernhard Hoffmann, Kanzler, Regierungs- und Kammerpräsident**

Von der Französischen Revolution war aber bereits der Anstoß für die Ausbreitung des Konstitutionalismus ausgegangen, und auch 1830 und 1848 kamen die wichtigsten Impulse wiederum aus Frankreich. Die preußische Reformpolitik nach 1806 hatte Einflüsse der französischen Revolutionszeit übernommen, und Preußen hatte sich – obwohl dort später zunächst keine Verfassung zustandekam – auf dem Wiener



Pauline Fürstin zur Lippe

Kongreß für die Einführung von Verfassungen eingesetzt. Die Wiener Schlußakte hatte 1815 denn auch die Einführung landständischer Verfassungen vorgeschrieben. Eine Verfassung als schriftliche Fixierung des Verhältnisses zwischen Regierenden und Regierten regelte auch die finanziellen Verhältnisse des Staates. Dafür mußte aber überall dort, wo dies noch nicht geschehen war, das Staatsvermögen vom fürstlichen Privatbesitz getrennt werden.[36]

In Lippe wurde diese Diskussion ausgelöst, als – wie bereits oben erwähnt – die Regierung auf dem Landtag von 1838 die Übernahme von Dotalgeldern auf die Landkasse durchsetzen wollte. Die Auseinander-

setzung wurde noch verschärft und gewissermaßen auf den Punkt gebracht, als die Kammer verlangte, aus der Landkasse jährlich 4.500 Taler zusätzlicher Besoldungskosten für Pfarrer und Lehrer zu zahlen. Dies aber waren eindeutig Kosten der Landesverwaltung, die dem Herkommen nach von der Kammer zu tragen waren.

Da die Auffassungen von Kammer und Regierung einerseits und Landtag bzw. Ständen andererseits hinsichtlich dieses Herkommens offenbar nicht mehr in Einklang zu bringen waren, schlug der Landtag eine eindeutige Trennung der Einnahmen vor. Danach sollten die Einkünfte aus Domänen und Forsten künftig dem Landesherrn für die Hofhaltung, die aus den Regalien aber für die Ausgaben der Landesverwaltung zur Verfügung stehen. Eine solch klare Trennung des Staatshaushaltes vom Hofhaushalt war in Preußen bereits in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts unter Friedrich Wilhelm I. eingeführt worden. In vielen kleineren deutschen Staaten kam sie erst im Zuge der Verfassungsbewegung des 19. Jahrhunderts nach schweren Auseinandersetzungen zustande.

In Lippe war die Einwilligung des Fürsten in eine solche Regelung nicht zu erwarten.[37] Die Landtage von 1840, 1843 und 1845 sahen sich mit weiteren strittigen finanziellen Forderungen konfrontiert, so daß dieses Thema bis zur Revolution von 1848 ständig auf der Tagesordnung blieb.

Ein direkter Anlauf zur Trennung von Staats- und Domanialhaushalt wurde auf dem Landtag von 1843 unternommen: Die Stände beantragten, »daß die jetzt noch zur Landrenteicasse [= Kammerkasse] fließenden öffentlichen Einnahmen an Steuern, Regalien und alle sonst auf der Übung der Landeshoheit beruhenden Gefälle und Nutzungen sowie die bisher aus der Landrenteicasse bestrittenen öffentlichen Ausgaben an die unter ständischer Mitwirkung stehende Cassenverwaltung [= Landkasse] gegen eine billige Ausgleichung des für die eine oder andere Casse dadurch entstehenden Ausfalls überwiesen werden.«[38]

Im Landtagsabschied vom 15.2.1843 versprach Fürst Leopold II. zwar, »auf dem nächsten Landtage eine entsprechende Proposition vorlegen [zu] lassen«; er gab aber zugleich zu bedenken, daß dieser Antrag »tief in die bestehende Verfassung und in die Ressort-Verhältnisse Unserer Landes-Behörden« eingreife und daher besonders gründlich geprüft

**Leopold II.**
**Fürst zur Lippe**



werden müsse.[39] Der Eindruck einer moderaten Haltung des Fürsten gegenüber den Wünschen des Landtags wird allerdings erheblich relativiert durch seine Reaktion auf die ebenfalls auf diesem Landtag behandelte Beanspruchung des »Votum negativum« durch die Stände. Leopold sah darin nichts anderes als eine Kompetenzanmaßung durch den Landtag: »Wir werden es ... nicht dulden, daß sie [die Stände], aus ihrem Wirkungskreise heraustretend, sich Eingriffe in die Rechtssphäre ihres Landesherrn erlauben.«[40] Mit Heide Barmeyer kann man dies nur als »... eine eher dem Absolutismus als dem vormärzlichen Konstitutionalismus zukommende Maxime« charakterisieren.[41]

Doch nicht nur auf der Ebene der Finanzverwaltung, sondern auch bei den damit befaßten Beamten sollte erkennbar werden, um wessen Interessen es ging. So stellten die Stände auf dem Landtag von 1840 wegen möglicher Interessenkollision einen Antrag auf Personaltrennung zwischen Kammer und Regierung[42]; der Antrag blieb auf diesem Landtag erfolglos. Der Fürst stellte zwar in Aussicht, die Sache erneut zu überdenken, »wenn Wir unter veränderten Verhältnissen dazu Grund finden sollten«; er begründete seine Ablehnung für diesmal aber damit, daß »... Uns keine Benachtheiligung des Wohls Unserer geliebten Unterthanen bekannt geworden ist, welche durch die jetzt bestehende Vereinigung hervorgerufen wäre.«[43]

Sieben Jahre später machten die Stände einen erneuten Versuch: Sie bezogen sich in der Begründung unmittelbar auf diese Formulierung: »Sehr erklärlich ist es, daß der höchsten Landesbehörde und den hier speciell betheiligten Herren Räthen die Nachtheile, welche das Land [= die Stände] in jener Vereinigung erblickt, nicht bekannt sind, weil die individuelle Ueberzeugung jener Männer von der Reinheit ihrer Absichten, auf welche auch nicht der leiseste Schatten geworfen werden soll, jeden Gedanken an die Möglichkeit eines Nachtheils ihrer doppelten Stellung unterdrückt. Aber wo ist der Mensch, welcher sagen könnte, die Lauterkeit seines Strebens behüte ihn vor dem Irrthume?« Bei möglichen Interessenkollisionen zwischen Untertan und Kammer sei die Regierung Beschwerdeinstanz. Bei einer Zurückweisung der Beschwerde müsse bei dem Untertan der Verdacht aufkommen, »als sey der Einfluß der mit zwei unter fünf Stimmen in der Regierung vertretenen Cammer ihm entgegen gewesen? zumal wenn er sieht, daß die Verfügung auf seine Beschwerde von derselben Hand unterzeichnet ist,

welche auch die Erlasse seiner Gegnerin unterschreibt?«[44] Im Landtagsabschied blieb Leopold II. unverändert bei seiner ablehnenden Haltung, wie sie bereits 1840 formuliert worden war.[45]

Früher als wohl von ihm erwartet traten jedoch die »veränderten Verhältnisse« ein, denn im März 1848 ging es im Zuge des revolutionären Aufbruchs auch um dieses Thema.[46] Die Forderungen der Petition, die der Fürst am 8.3.1848 vorgelegt bekam, betrafen zwar in erster Linie die Bildung einer Volksvertretung aufgrund allgemeiner und gleicher Wahlen, eine Reform der Justiz (mit Trennung von der Verwaltung und Einrichtung von Schwurgerichten), aber auch die umfassende Forderung: »... Regelung des Finanzwesens, Vereinigung des Staatshaushalts mit dem Domanialhaushalte und daraus auszuwerfender Civilliste für den Regenten, ... Enthebung der Mitglieder der Regierung von den mit ihrer Stellung unverträglichen Nebenaemtern, namentlich von den Director- und Rathsstellen bei der Rentkammer, so lange noch eine gesonderte Domanial-Verwaltung besteht.«[47]

Bereits am folgenden Tag entsprach Leopold weitgehend diesen Forderungen: »Die Trennung Unserer Regierung und Cammer, dergestalt, daß kein Mitglied des einen Collegium an dem andern noch ferner Sitz und Stimme führt, haben Wir bereits angeordnet. Die verfassungsmäßigen Rechte der Landstände in Finanzangelegenheiten und die ihnen zustehende entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung erkennen Wir hierdurch ausdrücklich an.«[48] Also nicht nur die Personaltrennung zwischen Regierung und Kammer, sondern auch das lange angestrebte »Votum negativum« war damit erreicht.

Der Landtag in seiner bisherigen Zusammensetzung wie auch die im April 1849 gewählte »Volkskammer« haben sich in sehr aufwendiger Detailarbeit um eine zeitgemäße Lösung der Domanialfrage bemüht, und die Kammer hat sie dabei – anders als bisher – mit Auskünften und dem nötigen Aktenmaterial unterstützt. Das Kernproblem, um das es ging, war die Frage nach dem Eigentum am Domanialvermögen, die nach Lage der Dinge nur in gegenseitiger Übereinstimung durch einen Vertrag zu lösen war. Die Volkskammer legte schließlich einen Vertragsentwurf[49] vor, der eine tragfähige Grundlage für die Aufteilung des Domanialgutes hätte werden können.[50]

Als über diesen Entwurf schließlich mit der Regierung verhandelt werden sollte, hatten sich allerdings die politischen Voraussetzungen

entscheidend verändert: Die reaktionäre Entwicklung in Deutschland stellte inzwischen andere Bedingungen, unter denen der Abschluß eines solchen Vertrages nicht mehr möglich war. »Das Domanialproblem war als solches auf die Tagesordnung gesetzt, eine Lösung aber noch nicht gefunden worden« – so das Resümee von Erich Kittel.[51]

## Domanialvertrag 1868

Als am 15. März 1853 die Verfassung von 1836 per Verordnung wieder in Kraft gesetzt wurde, war das der sinnfälligste Ausdruck für den politischen Rückschritt nach der Revolution von 1848, der in diesen Jahren überall wirksam wurde. Damit war nicht nur die Einführung einer den gesellschaftlichen Entwicklungen angepaßten Verfassung auf längere Zeit verhindert worden. Der Landtag wurde gewählt, tagte, beriet und beschloß wiederum in drei Kurien, was erst 1876 mit der Einführung eines Dreiklassenwahlrechts nach preußischem Muster geändert wurde; seitdem fanden seine Beratungen und Beschlüsse in Anwesenheit der Vertreter aller drei Klassen statt. Durch die Wiedereinführung der Verfassung von 1836 wurde vor allem auch die Lösung des Domanialproblems erheblich verzögert.



Leopold III.
Fürst zur Lippe

Fürst Leopold III. – seit 1851 auf dem Thron – schlug dem Landtag von 1854 zwar vor, »... die schon auf einigen Landtagen zur Verhandlung gediehene Trennung der Einkünfte aus ... [seinem] Haus- und Privatvermögen von den ... [ihm] als Landesherrn zur Bestreitung der Staatslasten zugewiesenen Staats-Einnahmen in Vollzug zu setzen«[52], aber das war keine Wiederaufnahme der Diskussion um die Forderungen von 1848/49. Die Frage nach den Eigentumsrechten am Domanium wurde nicht angeschnitten; der Fürst bzw. die Regierung wollten lediglich klarere Rechnungsverhältnisse schaffen, da man es mit »... in buntem Gemisch und ohne streng geordnete Gliederung durcheinander laufenden Rechnungsetats ...« zu tun hatte.[53] Die Einnahmen aus den Regalien sollten diesem Vorschlag zufolge fortan in die Landkasse fließen, die dafür aber einen entsprechenden Betrag für die Landesverwaltung zahlen sollte.

Mit den Regalien-Einnahmen waren die bisher der Kammerkasse zufließenden Gewerbeabgaben gemeint. Da aber aufgrund der allge-

meinen politischen Tendenz mit der Einführung der Gewerbefreiheit gerechnet werden mußte, war die Zukunft dieser Einnahmen unsicher. Der Fürst beabsichtigte also, einen Teil der Kosten für die Landesverwaltung und damit einen Ausgabeposten mit steigender Tendenz auf die Landkasse abzuwälzen und dieser dafür einen zwar zusätzlichen, aber sehr unsicheren Einnahmeposten und zugleich die Verantwortung für die Neuregelung der Gewerbebesteuerung zu überlassen. Dieser Ansatz ist auf dem Landtag von 1854 jedoch versandet; der Anstoß für eine wirksame Lösung des Problems kam wenige Jahre später von außen.

Die politische Entwicklung in Deutschland nach dem Krieg von 1866 brachte für Lippe einerseits den Beitritt zum Norddeutschen Bund, zugleich aber auch die ersten entscheidenden Einschnitte in die staatliche Souveränität und damit – auch vor dem Hintergrund der preußischen Annexionen von Kurhessen, Nassau, Frankfurt und Hannover – das geschärfte Bewußtsein für die künftige Gefährdung der Eigenstaatlichkeit. Für die weitere Behandlung der Domanialfrage war zwar auch dies von Bedeutung, der unmittelbare Anlaß für die Wiederaufnahme dieses Themas waren aber die finanzpolitischen Folgen des Beitritts zum Norddeutschen Bund.

Die entscheidende Änderung gegenüber dem früheren Zustand war, daß die anteiligen Zolleinkünfte nicht mehr wie bisher in die lippische Kammerkasse, sondern in die Bundeskasse flossen. Damit hatte die Kammerkasse einen ihrer wichtigsten Einnahmeposten verloren. Die Regierung war daher dringend an einer wirksamen Neuordnung der staatlichen Finanzwirtschaft interessiert und legte dem Landtag von 1867/68 bereits im Dezember 1867 eine entsprechende Proposition vor.[54] Grundsätzlich brachte der darin enthaltene »Entwurf zu einer Vereinbarung über die Trennung des Staats- vom Domanialhaushalt« keine Neuerung gegenüber den Vorschlägen von 1854. Auch diesmal wurde die Eigentumsfrage überhaupt nicht zur Debatte gestellt, und wiederum war nur vom Kassenausgleich die Rede.

Aufgrund der veränderten politischen Bedingungen war aber diesmal der Erfolgsdruck auf die Regierung ungleich stärker. Eine Landtagskommission hatte den Entwurf zunächst zu prüfen und die späteren Beratungen vorzubereiten. Die Kommission bekräftigte die Meinung, daß die absehbaren finanziellen Folgen der neuen politischen Verhältnisse die Neuordnung der lippischen Staatsfinanzen dringend erforderlich machten.

Bei der ihr vom Landtag ebenfalls aufgegebenen Prüfung der Eigentumsfrage hielt sie sich aber eher bedeckt. Da diese Frage ihrer Meinung nach nicht mit hinreichender Sicherheit und Eindeutigkeit entschieden werden könne, das Domanium aber bestimmt kein Staatseigentum sei, müsse es – wie im Entwurf formuliert – als Fideikommißgut des fürstlichen Hauses angesehen werden. Die Kommission betonte jedoch, daß die Unteilbarkeit und Unveräußerbarkeit dieses Vermögens im Interesse des Landes garantiert werden müßte – ein Gesichtspunkt, der bei allen Debatten und Verhandlungen um das Domanialvermögen bis hin zur Begründung des Landesverbandes Lippe immer wieder eine entscheidende Rolle spielen sollte. Friedrich Meier hat in seiner immer noch gültigen Dissertation über die Trennung von Staats- und Domanial-Haushalt in Lippe bei der Bewertung dieses Kommissionsgutachtens auf die spätere, für die Landesentwicklung entscheidende Funktion des Domaniums angespielt: »Grundsätzlich machte sich die Kommission den Regierungsentwurf zu eigen, die kleinen Abänderungsvorschläge betrafen nur die formale Seite. Man kann ihr nicht den Vorwurf ersparen, daß sie in der Verteidigung der Landesinteressen zu wenig tatkräftig vorgegangen ist. Von einer Verpflichtung der künftigen Domanialverwaltung, aus dem umfangreichen Domanialbesitz Teile für die Zwecke der Siedlung und inneren Kolonisation zur Verfügung zu stellen, ist mit keinem Wort die Rede.«[55]

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen machten einige Landtagsmitglieder noch einen Versuch, die Eigentumsfrage wenn nicht jetzt zu lösen, dann doch für die Zukunft offen zu halten. In Alternativanträgen wurde der Vorschlag gemacht, das Eigentumsrecht am Domanialvermögen entweder nur für die zur Zeit regierende Linie des Hauses Lippe anzuerkennen oder aber die gegenwärtigen Rechtsverhältnisse nicht zu verändern, solange das Fürstenhaus das Land regiert. Der erste Vorschlag zielte auf das zu dieser Zeit bereits vorhersehbare Erlöschen der Detmolder Linie des Hauses Lippe ab, während der zweite die Möglichkeit einer künftigen Aufgabe der staatlichen Selbständigkeit in Rechnung stellte. In beiden Fällen sollte nach dem Fortfall der jeweiligen Bedingung neu über die Eigentumsfrage verhandelt werden. Die Regierung stellte jedoch eindeutig klar, daß nach ihrer Meinung das Domanialvermögen dem gesamten Haus Lippe zustehe, und die Mehrheit des Landtags schloß sich dem an.[56]

Wenn sich damit auch in der Eigentumsfrage nichts bewegt hatte, konnte jetzt – zwanzig Jahre nach den umfassenden Forderungen von 1848 – wenigstens die Trennung von Staats- und Domanialhaushalt durchgesetzt werden.[57] Das Interesse der Regierung bzw. des Fürsten war seit der Proposition vom Dezember 1867 klar, und dieses Interesse hatte sich gegenüber abweichenden Meinungen im Landtag durchgesetzt. Die Lösung der Eigentumsfrage konnte erst nach dem Ende der Monarchie, also genau 50 Jahre nach den hier in Rede stehenden Vorgängen, in Angriff genommen werden. Und auch dann hat die endgültige Regelung noch einmal 20 Jahre auf sich warten lassen.

Der lippische Domanialvertrag von 1868 war im Ergebnis unzureichend, da dessen Regelungen den aktuellen Bedingungen nicht entsprachen: Die Landkasse wurde alleinige Staatskasse und mußte für die aller Voraussicht nach wachsenden Kosten der Landesverwaltung aufkommen, ohne in Zukunft die Erträge des Domanialvermögens dazu nutzen zu können. Diese flossen jetzt ausschließlich in die Hofhaltung; das Domanialvermögen wurde fürstliches Fideikommiß. Die Landkasse dagegen sollte künftig die unsicheren Einnahmen aus den Regalien, eine Grundsteuer vom Domanialgut und 5.000 Rthl. als festgelegte Rente aus der Kammerkasse erhalten. Das Land wurde gegenüber dem Hof benachteiligt, weil es unsichere Einnahmeposten und wachsende Ausgaben übernahm, während die dem Hof zustehenden Einnahmen aus dem Domanialbesitz steigen konnten.[58] Weitere Auseinandersetzungen waren damit programmiert.

Woldemar
Fürst zur Lippe



Die Unzulänglichkeit dieser Regelung war nach wenigen Jahren so deutlich geworden, daß Fürst Woldemar nach seinem Regierungsantritt im Jahre 1875 den Anstoß zu erneuter Behandlung gab. Der Archivar Falkmann wurde mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt. Falkmann kam zu dem Ergebnis, daß das Domanialvermögen

ursprünglich fürstlicher Privatbesitz gewesen sei, daß es im Verlauf der Jahrhunderte aber nicht das alleinige Verdienst der jeweiligen Regenten gewesen sei, wenn das Vermögen vermehrt worden oder überhaupt erhalten geblieben sei. Ohne das Mitwirken der Stände sei der gegenwärtige Stand des Domaniums nicht denkbar; der Anspruch des fürstlichen Hauses auf das Eigentum am Domanium sei daher begrenzt.

»Diese Erwägungen, daß das Hausfideikommiß-Vermögen in seinem jetzigen Bestande gewissermaßen eine Errungenschaft der langjährigen Verbindung des Inhabers mit der Landesregierung ist und daß bei einer Auflösung dieser Verbindung eine wesentliche Veränderung in den Rechtsverhältnissen vorgehen würde, haben in dem Domanial-Vertrage [von 1868] keine Berücksichtigung gefunden. Jedenfalls scheint es zweckmäßig, daß bei einer Revision des letzteren durch eine Erwähnung jener Eventualität künftigen Differenzen vorgebeugt werde.«[59] Unter dem Eindruck dieses Gutachtens kündigte Fürst Woldemar zwar eine entsprechende Proposition für den Landtag an, er zögerte mit der Vorlage allerdings so lange, daß der Landtag mit einem Steuerbewilligungsboykott bis zur Vorlage eines neuen Entwurfs drohte.[60]

Die Proposition, mit der schließlich am 10.2.1877 dem Landtag ein Änderungsentwurf zugeleitet wurde, brachte zunächst zum Ausdruck, daß eine Modifikation der Vereinbarung von 1868 eigentlich vollkommen überflüssig sei: Die damalige, »an sich unanfechtbare und seit jener Zeit bereits vollständig zur Ausführung gebrachte Vereinbarung« sei nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit geschlossen worden, das Eigentumsrecht der fürstlichen Familie am Domanium im Umfang dieser Vereinbarung sei unbezweifelbar und es seien »im Laufe der Zeit keine Umstände eingetreten ..., durch welche in diesem Eigenthums-Verhältnisse eine Änderung hervorgerufen sei oder das Land einen Eigenthums- oder sonstigen Anspruch an den Bestand des Domaniums erworben haben könnte«. Vor allem durch die Abtretung der Einkünfte aus den Hoheitsrechten sei doch »den gegründeten Ansprüchen des Landes in den wesentlichen Punkten Rechnung ... [getragen]«. »Zur Beseitigung aller dieserhalb obwaltenden Differenzen und um auch in dieser Beziehung durch Höchstseinerseitiges huldreiches Entgegenkommen friedliche Zustände im Lande wieder herzustellen«, werden bestimmte Abänderungen und Ergänzungen vorgeschlagen – allerdings in der Erwartung, »daß damit allen gerechten und billigen Ansprüchen

des Landes Genüge geschehe, also auch gehofft werden darf, daß das Land in demselben volle Befriedigung finden werde.«[61]

Der Entwurf enthielt als §1 den Vorschlag, daß »... ein auf das Fideicommißgut des Fürstlichen Hauses radicierter Landes-Domanialfonds in der Höhe von 1.500.000 M in der Weise gegründet [wird], daß selbiger als ein dem Lande für den Fall, daß das Fürstenthum seine bisherige Selbstständigkeit als besonderer Staat verlieren sollte, auszuzahlender Landesfonds auf das Fürstliche Domanium, welches zur pfandweisen Sicherheit desselben dient, eingetragen wird.« Bei einem eventuellen Ende der staatlichen Selbständigkeit sollte diese Summe ausgezahlt oder entsprechender Grundbesitz an das Land abgetreten werden. Anschließend sollte das Domanium reiner Privatbesitz der fürstlichen Familie sein. Weitere Belastungen des Fideikommißgutes sollten für alle Zukunft ausgeschlossen sein.[62]

Nach längeren Verhandlungen über zwei Abänderungsvorschläge[63] konnte sich der Landtag mit knapper Mehrheit den Vorschlag einer eher konservativen Gruppierung von Abgeordneten als seine Erklärung zur Proposition des Fürsten zu eigen machen. Er verneinte zwar den generellen Eigentumsanspruch des Fürsten auf das Domanium, hielt aber – anders als der alternative Abänderungsvorschlag der Linken um Hausmann – das Domanialabkommen von 1868 für rechtsgültig.



**Franz Hausmann, Syndikus und Reichstagsabgeordneter**

Dennoch: Die Änderungsabsichten des Landtags liefen der fürstlichen Proposition erheblich zuwider. »In Beziehung auf den materiellen Inhalt der Vorlage konnte sich die Landesvertretung den der Proposition beigegebenen und den Inhalt bedingenden Motiven nicht anschließen. Nach reiflicher Prüfung der thatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse hält dieselbe das Domanium für verpflichtet, die Regierungslasten zu tragen, soweit die Suffizienz der Erträgnisse desselben dies gestattet. Ebenso hält es der Landtag für nicht nachgewiesen, daß das Domanium zufolge der eigenthümlichen Verhältnisse, aus denen heraus sich die Landeshoheit entwickelt hat, reines Privateigenthum der Fürstlichen Familie sei.« Darüber hinaus sollte nach den Vorstellungen des Landtags die bisher auf 5.000 Rthl. festgesetzte jährliche Rentensumme vervierfacht werden und künftig – inzwischen war die Umstellung auf die Mark-Währung im Verhältnis 1:3 erfolgt – 60.000 Mark betragen.

Schließlich regte der Landtag an, anstatt des in der Proposition vorgesehenen Landes-Domanialfonds ein aus Forsten bestehendes

Landes-Domanialgut mit einem jährlichen Ertrag von 150.000 Mark vorzusehen.[64] Der Fürst lehnte im Landtagsabschied vom 12.9.1877 alle Forderungen rundweg ab, da sie »von einer vollständig andern Basis ... [ausgingen], als die gemachte Vorlage und die Vereinbarung von 1868« und weil durch die vom Landtag angestrebten Regelungen »Unserem Domanium Lasten auferlegt würden, zu deren Tragung es nicht im Stande ist, sondern auch die Abtretung eines wesentlichen Bestandtheiles des Fideicommißgutes in Aussicht genomen wird, obwohl Wir dem Landtage bereits in der Vorlage haben erklären lassen, daß Wir Uns dazu als zeitiger Nutznießer des Familien-Stamm- und Fideicommißgutes nicht für berechtigt halten; so muß es dem Landtage überlassen bleiben, auf der Basis der proponierten Uebereinkunft andere zur weiteren Behandlung geeignetere Anträge zu stellen.«[65]

Weitere Verhandlungen wurden drei Monate später vom Landtag angestoßen. Den Anlaß bot die kommende Justizreform mit der Einführung einer neuen Gerichtsorganisation. In diesem Zusammenhang wurde die Frage akut, ob in Detmold ein eigenes Landgericht für Lippe eingerichtet werden oder ob ein benachbartes preußisches Landgericht für Lippe zuständig sein sollte. Der Wunsch, der staatlichen Selbständigkeit durch die Errichtung eines Landgerichts in Detmold Ausdruck zu geben, spielte bei den wiederaufgenommenen Verhandlungen denn auch eine wichtige Rolle. Der Landtag wiederholte seinen Antrag, die jährlich aus den Erträgen des Domaniums in die Landkasse gezahlte Rente zu erhöhen. Der Fürst stellte daraufhin mehrere Bedingungen, deren Erfüllung zur Voraussetzung dieser Erhöhung gemacht wurden. Die wichtigste war die Forderung, daß die zusätzlichen Mittel ausschließlich zur Deckung des Mehrbedarfs bei der Beamtenbesoldung benutzt werden sollten – und dieser Mehrbedarf stand mit der Errichtung eines lippischen Landgerichts ins Haus.

Damit hatte der Fürst dem Landtag gegenüber ein sehr wirksames Druckmittel in der Hand, und er nutzte es. Zwar sollte, wie der Kabinetts-Minister mit Schreiben vom 23.2.1878 dem Landtag mitteilte, vorläufig eine auf 45.000 Mark erhöhte Rente an die Landkasse gezahlt werden. »Der Durchlauchtigste Fürst wollen sich aber für den Fall, daß die ... bezüglich des hiesigen Landgerichtes gestellte Bedingung nicht in Erfüllung gehen sollte, die weitere Entschließung wegen Fortzahlung der erhöhten Rente vorbehalten; und muß daher die definitive Rege-

lung dieser Angelegenheit bis dahin ausstehen, daß der Landtag sich wegen der ausgesetzten Punkte schlüssig gemacht haben wird.«[66]

Mit dem Domanialvertrag von 1868 war das frühere Verhältnis zwischen Kammer- und Landkasse umgekehrt worden: Hatte zuvor die Kammer – gegebenenfalls mit Unterstützung durch die Landkasse – die Kosten der Landesverwaltung aus den Einkünften des Domaniums zu bezahlen, so war seither die Landkasse allein dafür zuständig, und das Domanium war zum fürstlichen Fideikommißgut erklärt worden. Die Meinungen über das Eigentumsrecht am Domanium gingen aber weiterhin erheblich auseinander, und der Landtag hat nach 1868 wiederholt in mühsamen Verhandlungen – und mit geringem Erfolg – versucht, die Erträge des Domaniums zur Bestreitung der Kosten der Landesverwaltung heranzuziehen.

Wie gesehen, war in den ersten zehn Jahren seit Inkrafttreten des Domanialvertrages keine nennenswerte Verbesserung zu erzielen gewesen. Die Einkünfte aus der französischen Kriegsentschädigung nach dem Ende des Krieges von 1870/71 hatten zwar eine gewisse Entlastung gebracht, aber gleichzeitig war der Finanzbedarf u. a. wegen der Folgen der Justizreform erheblich gestiegen, und es hatte sich ein regelmäßiges jährliches Defizit ergeben.[67] Unter diesen Bedingungen waren weitere Auseinandersetzungen über die Eigentumsrechte am Domanium im allgemeinen und über die Zweckbindung seiner Erträge im besonderen unausweichlich.

## Fortdauernde Auseinandersetzungen, Neuregelungen 1898 und 1912

Die Aufwendungen für die Landesverwaltung, genauer: die steigenden Personalkosten, waren denn auch der Anlaß zu den Verhandlungen, die zumindest einen weiteren Schritt in Richtung auf die Nutzung des Domaniums im Interesse des Landes bedeuten sollten.[68] Die gesamte Landesverwaltung einschließlich der Justiz, der Schulen und der Kirchen hatte 1868 – im Jahr der Domanialvereinbarung – umgerechnet etwa 180.000 Mark erfordert. 1880 – bereits unmittelbar nach der Einführung der Justizreform und der Errichtung eines eigenen Landgerichts für Lippe in Detmold – kostete allein die Justizverwaltung 174.000 Mark. Und das

war nicht einmal besonders viel, denn die Bezahlung der lippischen Beamten, Lehrer und Pfarrer hielten einem Vergleich mit den Einkünften ihrer Kollegen in der zumeist sehr nahen preußischen Nachbarschaft durchaus nicht stand.

Grundsätzlich gab es zwei Möglichkeiten, dem steigenden Finanzbedarf zu begegnen, nämlich Steuererhöhungen und stärkere Heranziehung der Domanialerträge. Steuererhöhungen waren im Landtag nicht durchzusetzen; außerdem spielte dabei der Zusammenhang mit den Schwierigkeiten bei der Einführung einer Reichsfinanzreform eine Rolle, die von Detmold aus nicht zu beeinflussen war.

Es kam also wieder darauf an, über die Einkünfte des Domaniums zu verhandeln mit dem Ziel, das für das Land schlechte Ergebnis von 1868 mindestens ein Stück weit nachzubessern. Dieses Ziel wurde mit dem sogenannten 10 %-Gesetz vom 25. März 1898 erreicht: Die aus den Einnahmen des Domaniums an die Landkasse zu zahlende Rente wurde erhöht; aus den Domanialeinnahmen wurden 10 % von demjenigen Teil der Beamtenbesoldung bezahlt, der den Ansatz von 1898/99 überstieg. Diese Regelung galt als erste Bresche zugunsten des Landes in den Domanialvertrag von 1868.[69] Der entscheidende Fortschritt, den dieses Gesetz bedeutete, war, daß der Beitrag des Domaniums sich nicht wiederum auf einen festen Betrag beschränkte, sondern daß dessen Höhe diesmal an den jeweiligen Finanzbedarf des Landes gekoppelt worden war: Wenn die Besoldungsaufwendungen weiter steigen sollten, mußten automatisch auch die Zahlungen aus den Domanialeinnahmen an die Landkasse erhöht werden. Auch dies konnte aber keine alle Beteiligten gleichermaßen zufriedenstellende Lösung der Domanialfrage sein.

Als Jahre später weitere Besoldungserhöhungen fällig wurden, nahm die Regierung das zum Anlaß, eine Revision der 10 %-Regelung von 1898 zu fordern. Sie behauptete, daß die Domanialerträge nicht in dem Maße steigerungsfähig seien, wie das erforderlich sei, um bei erhöhten Beamtenbezügen den in absoluten Zahlen ebenfalls steigenden Zuschuß zu zahlen. Der Landtag konnte dagegen nachweisen, daß das Domanium in den zurückliegenden Jahren durchaus hinreichende Erträge erwirtschaftet habe, um auch die erhöhten Zuschüsse zahlen zu können.[70] Vorschläge der Regierung zur Änderung der derzeitigen Lage mußten also schon erhebliche Verbesserungen für die Landkasse enthalten, damit der Landtag sie akzeptieren würde.

Die Erklärung des Landtags zur Regierungsvorlage enthielt aber Minimalanforderungen an eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen Domanium und Staat: 1) Fixierung einer Rentenzahlung an die Landkasse, und zwar in der aktuellen Höhe des 10 %-Zuschusses. 2) Prozentuale Beteiligung des Staates am Gewinn des Domaniums. Dazu sollte aus dem Ertrag zunächst eine festgelegte Summe an den Fürsten und – entsprechend Punkt 1 – an die Landkasse fließen und der verbleibende Rest zu gleichen Teilen an Fürst und Landkasse gezahlt werden. 3) Um einerseits die Berechnungsmodalitäten kontrollieren zu können und andererseits eine möglichst ertragreiche Bewirtschaftung des Domaniums zu sichern, forderte der Landtag für sich eine wirksame Beteiligung an der Domanialverwaltung.[71] Eine neue Regierungsvorlage entsprach diesen Vorstellungen weitgehend und wurde nahezu einstimmig angenommen: Die Landkasse erhielt eine jährliche Rente von 140.000 Mark, der Fürst bezog die Einkünfte des Domaniums bis zur Höhe von 500.000 Mark. Die diese Summe übersteigenden Einkünfte wurden zwischen Land und Fürst hälftig geteilt. Der Landtag erhielt Einfluß auf die Verwaltung des Domaniums.[72]

In den vorangehenden Beratungen dieser Vorlage waren aber auch wieder Aspekte der Domanialfrage zur Sprache gekommen, die über die unmittelbar zur Debatte stehenden Einzelregelungen hinausreichten: Der Landbedarf für die notwendige Binnenkolonisation und für eine bessere Siedlungspolitik konnte nur gedeckt werden, wenn das Domanialland einbezogen wurde, das etwa 20 % der lippischen Gesamtfläche ausmachte. Damit war wiederum die Frage des Eigentums am Domanium angeschnitten, die unter den 1912 noch herrschenden Verhältnissen nicht zu lösen war.

## Domanialvertrag 1919

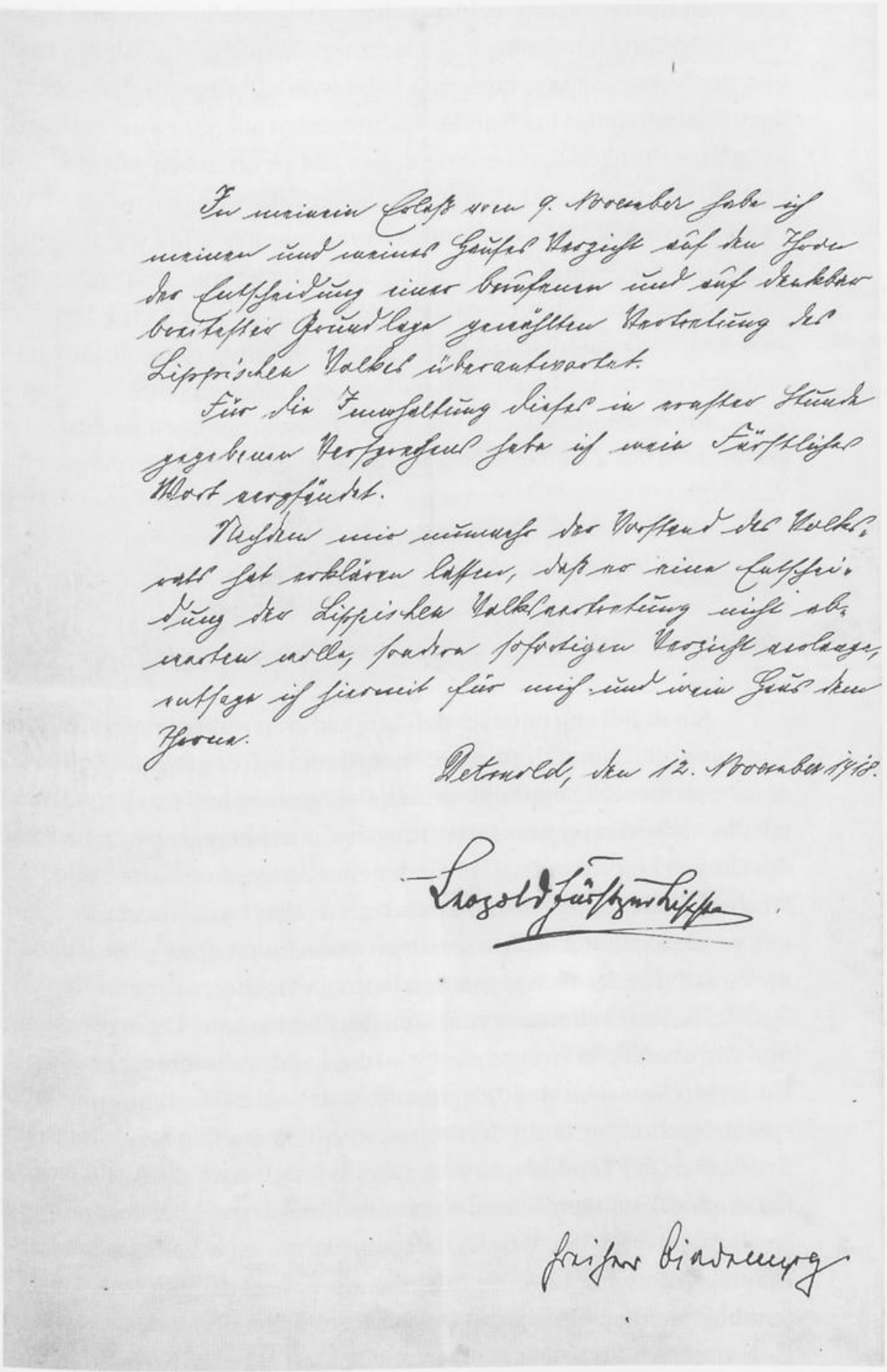
Die zur umfassenden Lösung der Domanialfrage erforderliche grundsätzliche Änderung der Verhältnisse ergab sich am Ende des Ersten Weltkriegs mit der Revolution vom November 1918. Wie überall in Deutschland war auch in Lippe die Monarchie am Ende: Am 12. November hatte Leopold IV. für sich und sein Haus auf den Thron verzichtet.[73] Damit war allerdings nicht automatisch auch die Aufgabe der Ansprüche des



**Leopold IV.**
**Fürst zur Lippe**

Fürsten auf das Domanium verbunden. Leopold erhob diese Ansprüche denn auch sofort[74], als der Volks- und Soldatenrat das gesamte Domanium beschlagnahmte.[75] Eine eindeutige, von allen Beteiligten anerkannte Trennung von Staatsbesitz und fürstlichem Privatvermögen war in der Vergangenheit nicht zustande gekommen, und es gab auch keine juristischen Kriterien und Verfahrensweisen, die eine klare Unterscheidung ermöglicht hätten von privatrechtlich begründeten Ansprüchen des Fürsten an das Domanium einerseits und andererseits solchen Nutzungsrechten und Einkünften, die mit der Funktion des Fürsten als Throninhaber verbunden waren.

Unter diesen Umständen war mit einer Lösung des Problems auf dem Rechtswege nicht zu rechnen. Neben der gewaltsamen Lösung einer entschädigungslosen Enteignung blieb nur der Weg einer Vereinbarung. Kaum etwas mehr als ein Jahr dauerte es, bis ein solcher Vertrag zustande gekommen war, aber die Verhandlungen waren nicht eben reibungslos abgelaufen.



In meinem Erlass vom 9. November habe ich meinen und meines Hauses Verzicht auf den Thron der Entscheidung eines berufenen und auf denkbar breitester Grundlage gewählten Vertretung des Lippischen Volkes überantwortet.

Für die Entwicklung dieses in raschem Lauf gegebenen Versprechens habe ich mein Fürstliches Wort verpfändet.

Nachdem mir nunmehr der Vorstand des Volksrates hat erklären lassen, dass no einer Entscheidung der Lippischen Volksvertretung nicht abgewartet werden solle, sondern sofortigen Verzicht erfordere, erkläre ich hiermit für mich und mein Haus den Thron.

Detmold, den 12. November 1918.

Leopold Fürst zur Lippe

Fürstin Bertha

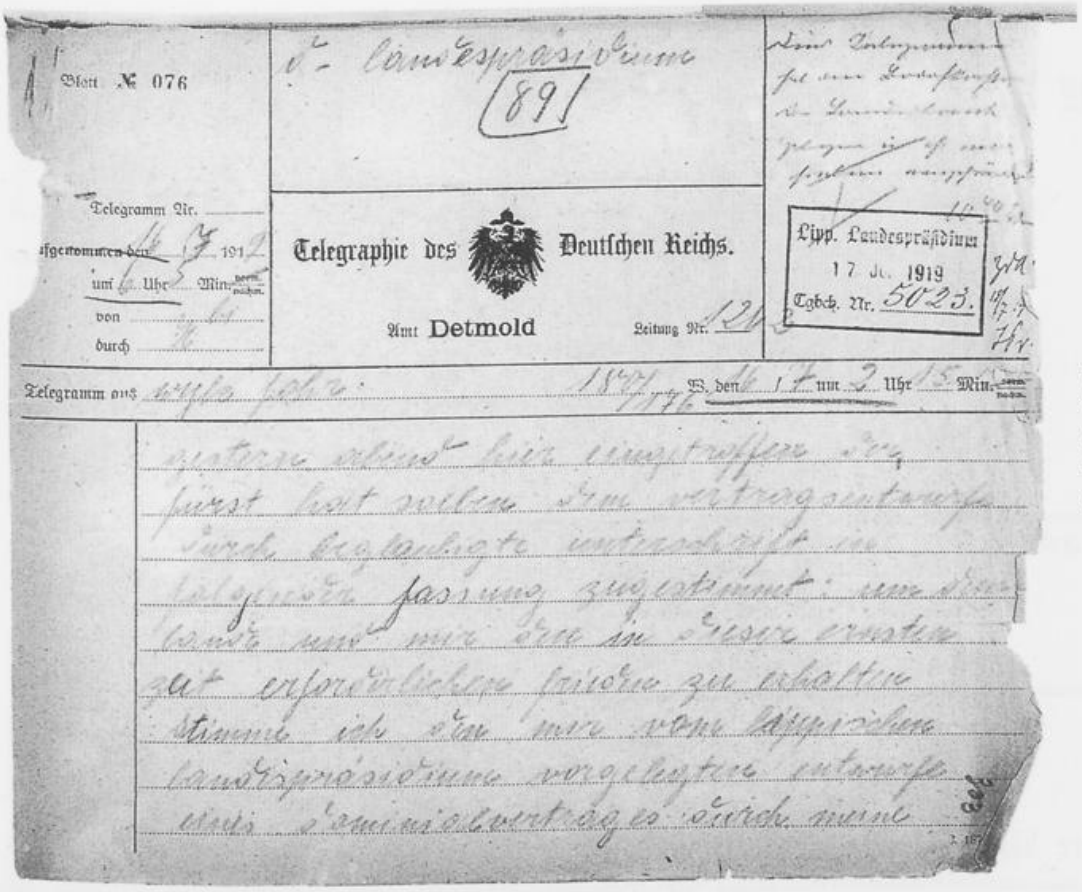
Abdankung Leopolds IV. am 12.11.1918

Die im Grundsatz wohl unstrittige Zielvorstellung bestand in der Gewährleistung notwendiger Entwicklungsmöglichkeiten für das Land und der Sicherung angemessener Lebensverhältnisse für den ehemaligen Fürsten und seine Familie. Es bestanden allerdings unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Eine von Leopold ernannte Verhandlungskommission forderte zunächst eine hälftige, äußerstenfalls im Verhältnis 1:3 vorzunehmende Teilung. Dagegen stand die Forderung von Landtag und Regierung, den gesamten Grundbesitz des Domaniums dem Land zu übereignen und den Fürsten finanziell zu entschädigen – eine Forderung, die den Entwicklungsinteressen des Landes am ehesten entsprochen hätte.

Im Frühsommer 1919 war ein Verhandlungsergebnis zustande gekommen, das auf eine Teilung des gesamten Domanialvermögens im Verhältnis 1:8 hinausgelaufen wäre – wenn der Fürst es akzeptiert hätte. Vermutlich in der Absicht, aus dem Vertrag noch mehr für sich herauszuholen, als es seiner Kommission gelungen war, ließ er den Vertragsabschluß platzen. Der Fürst war nach Wyk auf Föhr gereist, und seine Berater hatten ihm dort den Vertragsentwurf zur Unterzeichnung vorgelegt.

Am 16. Juli 1919 unterschrieb Leopold zwar – allerdings unter dem Vorbehalt, daß seine Unterschrift nur für ihn selbst gelte, nicht für die Agnaten seines Hauses. Die Gegenseite – Regierung und Landtag – konnten das nicht akzeptieren. Ein Vertrag, der nur den gegenwärtigen Chef des Hauses Lippe band und nicht das Haus insgesamt, hätte bei jedem Wechsel an der Spitze der ehemals regierenden Dynastie neu verhandelt werden müssen. Außerdem wäre damit zu rechnen gewesen, daß die Agnaten gerichtlich gegen den Vertrag vorgehen würden.

Die Verhandlungskommission des Fürsten hatte Unterzeichnung und Vorbehalt sofort telegraphisch an das Landespräsidium gemeldet.[76] Durch ein Versehen des Telegrammboten – das Telegramm lag vom späten Nachmittag des 16. Juli bis um 10.40 Uhr des folgenden Tages im Briefkasten der Landesbank – verzögerte sich jedoch die Auslieferung in Detmold. Landespräsidium und Landtag reagierten dann aber prompt: Noch am selben Tag, dem 17. Juli 1919, wurde eine Vorlage des Landespräsidiums im Landtag mit nur einer Gegenstimme als Gesetz beschlossen, das ohne Umstände die Beschlagnahme des gesamten Domaniums durch den Volks- und Soldatenrat im November 1918


Blatt № 076

Telegramm Nr. ____
aufgenommen den 16. 7. 1919
um 2 Uhr ____ Min. nachm.
von ____
durch ____

An Landespräsidium
891

Telegraphie des Deutschen Reichs.

Amt Detmold Leitung Nr. 120

Lipp. Landespräsidium
17 Jul. 1919
Tgbch. Nr. 5025.

Telegramm aus Wyk Fohr. 1871 W. den 16. 7. um 2 Uhr 15 Min. nachm.

gestern abend hier eingetroffen sind
zuerst bat ich um vertragsentwurf
durch bevollmächtigte unterhandeln
telegraphisch fassung zugestimmt. nun
bitte um mir drei in diesen ersten
als unverbindlichen entwurf zu erhalten
stimme ich dem mir vom lippischen
landespräsidium vorgelegten entwurf
eines dominialvertrages durch nun

**Telegramm der Verhandlungskommission Leopolds IV. vom 16.7.1919 aus Wyk an das Landespräsidium**

bestätigte und es zum Staatseigentum erklärte.[77] Damit verbunden war allerdings das Angebot zu weiteren Verhandlungen. Eine von der fürstlichen Beraterkommission ausgelöste Pressekampagne versuchte, in der Öffentlichkeit den Eindruck einer vollständigen und ungerechtfertigten Entrechtung des fürstlichen Hauses zu erwecken. Die Gegenseite hielt aber an ihrem Standpunkt fest: Eine endgültige Regelung mußte jetzt gefunden werden, und das war nur ohne Vorbehalte möglich. Diese unzweideutige Haltung verfehlte ihren Zweck nicht: Bereits fünf Tage später stimmte Leopold dem Vertragsentwurf vorbehaltlos zu.

Inzwischen hatte sich die Situation aber insofern verändert, als die Stadt Detmold Einwände u. a. gegen die im Entwurf vorgesehene Zuweisung des Palais und des Palaisgartens an den Fürsten erhoben hatte, weil dann das 7,5 ha große Gelände für die Entwicklung der Stadt verloren gewesen wäre. Nun lehnte aber der Fürst den Vertragsentwurf unter formalen Einwänden ab, woraufhin das Landespräsidium am 22.September 1919 die Ausführung des am 17. Juli beschlossenen Gesetzes ankündigte; die Einzelheiten sollten zwei Tage später mit der fürstlichen

№ 37 — 1065 — 1919

# Lippische Gesetz-Sammlung

Detmold, den 31. Dezember 1919.

Inhalt: Gesetz über die Regelung der Rechtsverhältnisse des Domaniums und der Lehen, vom 24. Dezember 1919. S. 1065. — Domanialvertrag. S. 1067. — Gesetz über die öffentlichen kinematographischen Schaustellungen, vom 24. Dezember 1919. S. 1088. — Verordnung, die Verpflegungssätze für die Kranken in der Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus betreffend, vom 23. Dezember 1919. S. 1090.

Nr. 77.

## Gesetz

**über die Regelung der Rechtsverhältnisse des Domaniums und der Lehen,** vom 24. Dezember 1919.

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1.

Der zwischen dem Freistaat Lippe, vertreten durch das Landespräsidium, und dem vormals regierenden Fürsten Leopold IV. zur Lippe am 31. Oktober 1919 abgeschlossene Domanialvertrag wird genehmigt. Der Vertrag ist nachstehend abgedruckt; er ist ein Bestandteil dieses Gesetzes.

§ 2.

Für die dem Fideikommiß des vormals regierenden Fürstlichen Hauses (§ 3 des Domanialvertrages) zugeteilten Grundstücke und Gebäude des Domaniums werden die in steuerlicher Hinsicht bestehenden besonderen Bestimmungen mit Wirkung vom 1. Januar 1919 aufgehoben; für die in das Eigentum des Staates übergegangenen Liegenschaften bleiben sie bestehen.

§ 3.

Die Kontrolle über die Erhaltung des Fideikommisses des vormals

Kommission besprochen werden. Als Antwort übersandte diese einen neuen Vertragsentwurf, der schließlich zur Grundlage des Domanialvertrags vom 31. Oktober 1919 wurde.[78]

Der entscheidende Fortschritt gegenüber allen früheren Ergebnissen von Domanialverhandlungen ist in §1 formuliert: »Der Fürst verzichtet ... für sich und sein Haus zugunsten des Freistaates Lippe auf alle aus Gesetzen, Verordnungen, Verträgen, Herkommen und Gebräuchen bezüglich des Domaniums fließenden Rechte ...« Die hiervon ausgenommenen Immobilien und Berechtigungen, die zum Fideikommißgut des ehemals regierenden fürstlichen Hauses zusammengefaßt wurden, sind in §3 des Vertrags erschöpfend aufgezählt:

»1. das ehemals fürstliche Residenzschloß in Detmold und Zubehörungen;
2. das Jagdschloß Lopshorn mit Nebengebäuden, Gestüt und Meierei sowie der eingegatterte Senneteil;
3. die Oberförsterei Berlebeck in der vereinbarten Abgrenzung;
4. eine Million Mark in bar;
5. die Stiftung und der Fürst Woldemar-Reservefonds;
6. die bei Übernahme der Regierung durch das Haus Biesterfeld (1897) vorhanden gewesenen Mobilien und Stücke unbeschadet der Bestimmung in §8 und in der Anlage 1 Ziffer IV;
7. Teile des Hausschmuckes;
8. die Fürstengruft in der Kirche der reformierten Stadtgemeinde Detmold.«[79]

Den weitaus größeren Teil mit einer Gesamtfläche von 18.678 Hektar erhielt das Land. Darin waren enthalten: »Die Oberförstereien Detmold, Hiddesen, Horn, Schieder, der Revierteil Schwalenberg der Oberförstereien Schieder und Falkenhagen sowie die Oberförstereien Sternbergund Langenholzhausen; Saline Salzuflen und die Bäder Salzuflen und Meinberg, 21 Domänen und Höfe; eine Anzahl von Dienst- und Mietgebäuden, die zum Teil schon früher dem Land zur unentgeltlichen Benutzung überwiesen waren; die von den Domänen im einzelnen verpachteten Grundstücke sowie die Domanialstreuparzellen; 11 Mühlen und die Ziegelei Bexten; Rentgefälle und Erbpachtgelder im Jahresbetrage von rund 160.000 Mark; der Erlös aus dem Lopshorner Gestüt.«[80]

Erst die Revolution hat in Lippe die Voraussetzungen geschaffen, die eine endgültige Trennung von Staatsbesitz und Privatvermögen der fürstlichen Familie ermöglichten. Erst nach dem Ende der staatsrechtlichen Machtfunktion des Fürsten konnte frei und mit Aussicht auf Erfolg verhandelt werden. Der bei früheren Verhandlungen mehrfach unternommene Versuch, das Domanialvermögen nach verschiedenen Erwerbsrechten – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – aufzuteilen, war immer wieder gescheitert. Jetzt spielte dieser Unterschied keine Rolle mehr; die Zuweisung einzelner Teile des Domaniums an das fürstliche Fideikommißvermögen konnte nach Zweckmäßigkeit erfolgen.

Zwar wurde der Vertrag 1928 von Leopold angefochten, nachdem 1925 einzelne Fürsten Widerspruch gegen die 1918/19 geschaffenen Verhältnisse erhoben hatten und es daraufhin zu den Fürstenprozessen und 1926 zum Volksentscheid über die Fürstenenteignung gekommen war. Das Ergebnis des 1938 endgültig durch Schiedsspruch[81] beendeten Streits war aber keine grundsätzliche Vertragsänderung, sondern lediglich ein 80 %iger Aufschlag auf den dem Fürsten zugestandenen Teil des Domanialvermögens; alle Ansprüche der Agnaten an das Land wurden abgewiesen.

Von besonderer Bedeutung für die späteren Verhandlungen zur Angliederung Lippes an eines der neuen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg sollte der in § 2 des Domanialvertrags vom 31. Oktober 1919 formulierte Vorbehalt sein: Bei »Änderung des staatsrechtlichen Bestandes des Freistaates Lippe [sollte] dieses Vermögen und seine Nutzung dem den jetzigen Freistaat Lippe umfassenden Gebiete allein erhalten« bleiben. Diese anscheinend genau auf die Situation Lippes im Jahre 1946 zwischen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zugeschnittene Passage war allerdings vor dem Hintergrund einer staatsrechtlich unsicheren Zukunft des Reiches formuliert worden; die unitarischen Bestrebungen in den ersten Jahren der Weimarer Republik sind bekannt, und über eine Reichsreform ist lange – wenn auch letztlich erfolglos – verhandelt worden. Ihr Erfolg wäre mit großer Wahrscheinlichkeit das Ende der lippischen Selbständigkeit gewesen.[82]

# II. Die Suche nach der besten Lösung 1945 – 1949

## Neugliederung der britischen Zone und Anschluß Lippes an NRW 1946/47

Schienen 1938 die Verhältnisse des lippischen Domanialvermögens endgültig gelöst, so entstand nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Zusammenhang mit der Neugliederung der britischen Zone und dem Anschluß Lippes an das Land Nordrhein-Westfalen erneut Regelungsbedarf.[83]

Grundlage für die jetzt notwendigen Verhandlungen über das Domanialvermögen wurden die von Heinrich Drake formulierten und von der nordrhein-westfälischen Landesregierung bestätigten »Punktationen«.[84]

Als am 21. Januar 1947 der lippische Landtag seine letzte Sitzung abhielt, war dies der sinnfällige Ausdruck für das Ende der jahrhundertelangen Selbständigkeit des Landes.[85] Weder hatte sich jedoch diese Selbständigkeit bis zu diesem Tage unangefochten erhalten, noch war mit diesem Datum die Eingliederung in das Land Nordrhein-Westfalen bereits vollständig und in allen Einzelheiten bewerkstelligt.

Seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts war die Existenz des Fürstentums Lippe als selbständiger Staat mehrfach in Frage gestellt gewesen, und auch bei den Beratungen über eine Reichsreform zur Zeit der Weimarer Republik gab es verschiedene Ansätze zur Angliederung an eine größere Verwaltungseinheit. Diese Verhandlungen verliefen

bekanntlich im Sande.[86] Nach dem Kriegsende stand die Frage erneut auf der Tagesordnung. Daß jetzt eine Lösung gefunden werden konnte und mußte, hatte mit den gründlich veränderten politischen Bedingungen zu tun.

Nach dem Einmarsch der alliierten Truppen Anfang April 1945 übernahm die bald darauf eingesetzte britische Militärregierung die vorgefundenen Verwaltungsstrukturen innerhalb ihrer Zone, um überhaupt wieder eine funktionierende Verwaltung zu organisieren. Die britischen Offiziere waren bei dieser Aufgabe auf die Mitwirkung deutscher Fachleute angewiesen. Und so wurde schon am 8. April Heinrich Drake aufgefordert, sich wieder an der öffentlichen Verwaltung zu beteiligen. Er lehnte zwar zunächst mehrfach ab, willigte dann aber doch ein und führte seit dem 18. April 1945 wieder die Geschäfte als Landespräsident[87], wenn auch seine Kompetenzen, die er im Auftrag der Militärregierung ausübte, mit denen aus der Zeit vor 1933 kaum zu vergleichen waren.

Drakes Zuständigkeit als Landespräsident wurde – wohl in Analogie zum früheren Reichsstatthalterbezirk – am 15. Juni 1945 auf das Land Schaumburg-Lippe ausgedehnt, das im übrigen eine eigenständige Verwaltung hatte. Dieses Doppelamt erledigte sich sozusagen von selbst, als Schaumburg-Lippe im Mai 1946 der Region Hannover angegliedert wurde, einer verwaltungsmäßigen Zusammenfassung der Gebiete, die später das Land Niedersachsen bilden sollten. Dies war in diesem Raum der erste erkennbare Schritt in Richtung auf eine territoriale Neugliederung in der britischen Zone.[88]

Die anstehende Neugliederung war aber nicht nur eine Sache der Alliierten – sie wurde selbstverständlich auch auf deutscher Seite erörtert. Seit Oktober 1945 trafen sich mehrfach die »Länderchefs« der britischen Zone, also die Ministerpräsidenten, Oberpräsidenten und Bürgermeister von Hamburg und Bremen, Schleswig-Holstein, Oldenburg, Hannover, Braunschweig, Westfalen, Nordrhein, Lippe und Schaumburg-Lippe, um Fragen, die über die regionale Zuständigkeit des einzelnen hinausgingen, zu diskutieren.

Diese Aufgabe übernahm seit dem Frühjahr 1946 der Zonenbeirat für die britische Zone in Hamburg.[89] Er war von der Militärregierung als deutsches Gremium mit ausschließlich beratender Funktion eingesetzt worden. Zur Bearbeitung einzelner Sachkomplexe wurden Ausschüsse eingesetzt, darunter auch ein »Sonderausschuß zum Neuaufbau der

Länder in der britischen Zone Deutschlands«. Die Vorgaben für seine Tätigkeit und seine Zusammensetzung lauteten:

»a) Die Grundlage der deutschen Verwaltung innerhalb der Zone ist das ›Land‹.

b) Es soll nicht mehr als fünf Länder geben und – wenn möglich – weniger.

c) Die Frage der Stellung von Nordrhein/Westfalen ist zunächst zurückzustellen, sie kann aber dem Zonenbeirat zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt werden. Der Zonenbeirat kann, wenn er es wünscht, in Betracht ziehen, daß Gebiete, wie der Regierungsbezirk Minden und das Land Lippe, im ganzen oder teilweise dem neuen Land Hannover zugewiesen werden.«[90]

Das Gebiet des Landes Nordrhein-Westfalen war deshalb von den Beratungen auszunehmen, weil der Londoner Kabinettsbeschluß über die Bildung dieses Landes schon zwei Wochen zuvor gefaßt worden war.

Die Begrenzung der Anzahl der zu bildenden Länder auf höchstens fünf zusammen mit der Andeutung, das Land Lippe könne möglicherweise dem neuen Land Hannover angegliedert werden, lassen erkennen, daß spätestens von diesem Zeitpunkt an ein Fortbestand der staatlichen Selbständigkeit des Landes Lippe nicht mehr denkbar war. Unter diesem Aspekt mutet es seltsam an, daß sich der lippische Landtag noch bis in den September 1946 hinein mit der Erarbeitung einer eigenen Verfassung für das Land Lippe beschäftigt hat. Ursula Jaschinski hat dies in ihrer Biographie über Drake treffend als Farce bezeichnet.[91]

In dem erwähnten Sonderausschuß des Zonenbeirats wurden in wenigen Wochen verschiedene Gutachten zur angestrebten Neugliederung der britischen Zone erarbeitet. Alle Vorschläge reagierten unterschiedlich auf die vorgegebene Festlegung der Briten für das Land Nordrhein-Westfalen.

Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher befürchtete, daß Nordrhein-Westfalen mit seinem großen Territorium und seiner zahlreichen Bevölkerung zu einer ähnlich dominanten Stellung innerhalb eines zukünftigen deutschen Gesamtstaates gelangen könne, wie seinerzeit Preußen im Deutschen Reich, wenn ihm nicht ein entsprechendes Gegengewicht an die Seite gestellt würde. Er schlug deshalb die Bildung nur eines weiteren Landes von entsprechender Einwohnerzahl vor.[92] Die



**Hinrich Wilhelm Kopf, erster Ministerpräsident des Landes Niedersachsen**

britische Maßgabe sprach von höchstens fünf Ländern – Schumachers Vorschlag hätte ihr also entsprochen.

Ein weiterer Vorschlag wurde von Robert Lehr, dem Oberpräsidenten der Provinz Nord-Rhein, eingebracht. Er schöpfte die mögliche Länderzahl aus und sah neben Nordrhein-Westfalen die Flächenstaaten Hannover und Schleswig-Holstein vor sowie die Stadtstaaten Bremen und Hamburg. Hiernach sollten Lippe und der südliche Teil des Regierungsbezirks Osnabrück zu Nordrhein-Westfalen geschlagen werden, während Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe dem Land Hannover anzugliedern wären.

Hinrich Wilhelm Kopf, damals zunächst noch Oberpräsident der Provinz Hannover und ab November 1946 erster Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, hatte einen Plan ausarbeiten lassen, der insgesamt dem Vorschlag Lehrs entsprach. Auch Kopf sah drei Flächenstaaten und die beiden selbständigen Hansestädte vor. Im Unterschied zu Lehr nahm Kopf das Land Lippe jedoch für Niedersachsen in Anspruch und stellte lediglich zur Debatte, ob auch Minden-Ravensberg und der Kreis Tecklenburg zu Niedersachsen kommen sollten.

Einen vom bisher Erwähnten ganz abweichenden Vorschlag lieferten die Ministerpräsidenten von Braunschweig und Oldenburg, Kubel und Tantzen. Ihr Plan lief auf Fortbestand und Vergrößerung der von ihnen vertretenen Länder hinaus. Sie wollten anstatt des Landes Niedersachsen neben einem etwas vergrößerten Land Braunschweig und dem um die Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück verminderten Hannover ein Land Weser-Ems errichten, das einem auf Kosten Hannovers vergrößerten Oldenburg entsprochen hätte. Dem Land Hannover sollten im Westen das Land Schaumburg-Lippe sowie die Kreise Lübbecke und Minden zugeschlagen werden.[93] Das Land Lippe ist in diesem Plan nicht erwähnt. In der 7. Sitzung des Zonenbeirats vom 18. – 20. Sep-

tember 1946 wurde über diese Gutachten abgestimmt – nur der Vorschlag Kopfs wurde mit großer Mehrheit angenommen.[94]

Realistischerweise blieb bei diesen Plänen für Lippe nur die Alternative einer Verbindung mit einem der beiden westlich und östlich Lippes entstehenden großen Länder Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen. Und in diesem Rahmen bewegte sich auch die Diskussion um die Zukunft des Landes in Lippe selbst.

Die Ausgangslage Lippes nach Kriegsende war gekennzeichnet einerseits durch die Wiederherstellung der staatlichen Selbständigkeit innerhalb der britischen Besatzungszone. Andererseits waren schon vor dem Krieg bestimmte Kompetenzen, die sonst Bestandteil autonomer Landesverwaltung sind, entsprechenden westfälischen Behörden übertragen worden, um den eigenen Landeshaushalt zu entlasten. Seit dem Kriegsende wurde diese Bindung noch dadurch verstärkt, daß der Oberpräsident in Münster einige der bis dahin dem Reich zustehenden Kompetenzen auch für Lippe übertragen erhielt. Über deren Grenzen herrschte aber vor allem auf westfälischer Seite nicht überall die notwendige Klarheit, so daß Heinrich Drake sich mehrfach genötigt sah, die Selbständigkeit seines Landes energisch zu betonen.[95]

Ein Widerspruch zu Drakes Absicht, Lippe einer größeren Verwaltungseinheit anzugliedern, ist darin nicht zu sehen; es mußte ihm jedoch darauf ankommen, dies unter möglichst günstigen Bedingungen zu vollziehen. Voraussetzung dafür war die Sicherung einer starken Verhandlungsposition, die Drake sich nur dadurch schaffen konnte, daß er alles daran setzte, die staatliche und politische Selbständigkeit seines Landes bis zu den eigentlichen Anschlußverhandlungen ungeschmälert zu erhalten. Es galt daher, eine Übernahme Lippes auf kaltem Wege, also durch allmählich fortschreitenden Abzug von Kompetenzen zu verhindern. Ganz in diesem Sinne ist Drakes sehr spitze Reaktion auf eine wohl eher beiläufige Bemerkung des Mindener Regierungspräsidenten im Mai 1946 zu sehen. Ein Aktenvermerk Drakes gibt diesen Vorgang aus seiner Sicht wieder: »Regierungspräsident Dr. Zenz[96] [... hat] nach einem mir gewordenen Bericht gelegentlich einer Konferenz in Bielefeld [...] erklärt, daß Lippe ja nun demnächst seinem Ende entgegengehe und sich ja wohl dem Regierungsbezirk Minden anschlösse. Ich habe [anläßlich einer Besprechung in Detmold am 16. Mai dem Mindener Regierungsvizepräsidenten] Herrn v. Luebke gesagt, daß ich



**Paul Zenz, Regierungspräsident in Minden, 1945 – 1947**

den lippischen Vertreter gerügt hätte. Er hätte dem Regierungspräsidenten sagen müssen, daß wir nichts dagegen einzuwenden hätten, wenn sich der Regierungsbezirk Minden dem Lippischen Lande anschlösse: Zusammengefaßt habe ich gesagt, daß wir an unserer Selbständigkeit in dem gebotenen allgemeinen Rahmen festhielten, d. h. also, daß wir einer gesunden Entwicklung unter Festsetzung anderer Normen nicht im Wege ständen, daß wir aber die eigene Verwaltung, soweit das unter heutigen Umständen vertretbar sei, aufrecht erhalten möchten.«[97]

Es war – wie gesagt – kein Widerspruch, wenn zur gleichen Zeit Gespräche und Sondierungen über eine eventuelle Aufgabe der Selbständigkeit stattfanden. Seit etwa dem Spätherbst 1945 kam die Sprache auch auf diese Sache, wenngleich für den einzelnen zunächst sicher andere Sorgen drängender waren.

Niedergeschlagen hat sich das u. a. in Vermerken über Besprechungen, die Heinrich Drake mit Vertretern der verschiedenen Institutionen, Kammern usw. gehalten hat. Diese Vermerke lassen erkennen, daß Drake solche Besprechungen veranstaltete, um seine Ansichten und jeweiligen politischen Absichten bestätigen zu lassen: Im November 1945, als es in einer noch sehr unübersichtlichen Lage darum ging, eine eigene lippische Position zu errichten, hielt Drake eine Konferenz mit Vertretern der drei Wirtschaftskammern. Er notierte anschließend: »Die Konferenz hatte den Zweck, die Frage der Selbständigkeit des Landes zu erörtern. Ich habe einleitend darauf hingewiesen, daß es für mich wichtig sei, die Frage beantwortet zu erhalten, ob in den Kreisen der Vertreter der Wirtschaftskammern Neigung vorhanden sei, die Selbständigkeit des Landes aufzugeben und festen Anschluß bei der Provinz Westfalen zu suchen. Ich habe ihnen die Entscheidung anheimgegeben, habe aber darauf hingewiesen, daß ich großen Wert darauf legen würde, eine möglichst verbindliche Erklärung zu erhalten, um meinerseits demnächst damit operieren zu können, wenn die Frage der Selbständigkeit des Landes irgendeine praktische Bedeutung gewinnen würde.«[98]

Die Vertreter von Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Industrie sprachen sich laut diesem Vermerk einstimmig für eine enge Kooperation mit der westfälischen Wirtschaft und für die Aufrechterhaltung der lippischen Selbständigkeit aus.

Fünf Monate später hatten sich die Voraussetzungen verändert – entsprechend anders beurteilte derselbe Kreis Ende April 1946 auch

die eigene Lage: Unter dem Eindruck der fortschreitenden Länderbildung in der amerikanischen Zone machte man sich mit dem Gedanken vertraut, demnächst die Selbständigkeit aufgeben zu müssen. Mit der Forderung nach einem Regierungssitz Detmold wurden zugleich vorsorglich Ansprüche für die zu erwartenden Verhandlungen abgesteckt.[99]

Für die veränderte Einschätzung der Situation war aber ganz sicher eine Denkschrift von Bedeutung, die der hannoversche Oberpräsident Kopf ausgearbeitet hatte und die Drake seit Anfang April bekannt war. Sie holt in ihrer Argumentation weit aus, führt alle – z. T. schon lange bestehenden – wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Zusammenschlüsse des niedersächsischen Raumes auf und gelangt schließlich zu der Konsequenz, daß der Raum Niedersachsen nun auch verwaltungstechnisch zusammengefaßt werden müsse – dabei seien »Hannover, Oldenburg, Braunschweig mit Randgebieten von Sachsen, die Hansestadt Bremen, Lippe, Schaumburg-Lippe und die westfälischen Kreise Minden, Lübbecke, Tecklenburg, Bielefeld, Herford und Halle«[100] einzubeziehen. Die Abgrenzung zum westfälischen Gebiet wäre diesem Entwurf nach also etwa die Linie des Teutoburger Waldes.

Am 14. Mai 1946 fand der bereits erwähnte Besuch des Mindener Regierungsvizepräsidenten in Detmold statt, und drei Tage darauf wandte sich der Oberpräsident der Provinz Nord-Rhein, Robert Lehr, an Drake mit einem Schreiben, in dem er die Notwendigkeit eines agrarischen Hinterlandes für das in Aussicht stehende rheinisch-westfälische Territorium erläuterte. Er hielt daher die Einbeziehung Lippes und des Regierungsbezirks Osnabrück in das neue Land für erforderlich, für welches er im übrigen die Weserlinie als zweckmäßigste Grenze gegen das projektierte Land Niedersachsen beanspruchte.

Seit Mai 1946 war also die Anschlußfrage zu unmittelbarer Aktualität gelangt. Inzwischen war am 16. Mai die Pariser Außenministerkonferenz beendet worden, auf der die Internationalisierungs- bzw. Separationspläne für das Ruhrgebiet abgewehrt worden waren. In London wurde die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen – die sogenannte »Operation Marriage« – beschlossen; an die deutsche Öffentlichkeit gelangte dieser Beschluß jedoch erst am 17. Juli 1946.

Am selben Tag wurde – für zumindest alle auf deutscher Seite Beteiligten völlig überraschend – im Rundfunk eine Meldung verbreitet, daß das Land Lippe der Region Hannover zugewiesen sei. Diese Nach-

richt traf in Lippe auf einen durchaus noch nicht abgeschlossenen Meinungsbildungsprozeß, und auch der Leiter der regional zuständigen Militärregierung, Oberst McGregor, zeigte sich in dieser Sache uninformiert. Außerdem stand diese Entscheidung offensichtlich im Widerspruch zu der Absicht, die Zuweisung Lippes zunächst von einem Ausschuß des Zonenbeirats beraten zu lassen. In seiner Sitzung vom 19. Juli 1946 protestierte der lippische Landtag sogleich mit einer gemeinsamen Entschließung:

» [...]

2) Der Landtag bedauert, dass ihm keine Gelegenheit gegeben ist, bei dieser für das Land wichtigsten Entscheidung seine Stellungnahme zum Ausdruck zu bringen.
3) Seit dem Jahre 1918 ist im Landtage immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass das Land Lippe zum Minden-Ravensberger Raum gehört und mit ihm verbunden bleiben muss. Dies ist auch heute noch die Ansicht des gesamten Landtags. [...]
5) Es ist notwendig, dass die lippische Bevölkerung selbst darüber entscheidet, zu welchem Gebiet sie gehören will. [...]«

Es folgen Stellungnahmen weiterer Abgeordneter, die Drake am Schluß zusammenfassend auf die wichtigsten, allen Beiträgen gemeinsamen Punkte reduzierte: »Ich bin mit dem Landtag völlig einverstanden und werde die massgebenden militärischen Dienststellen bitten, uns vor Entscheidungen zu hören. Lippe muss mit Minden-Ravensberg und Herford-Halle in Verbindung bleiben.
Die Entschliessung wird darauf einstimmig angenommen.«[101]

In ihr ist von der Notwendigkeit einer Volksabstimmung die Rede – Drake spricht in seiner Zusammenfassung jedoch nur davon, daß er darauf dringen wolle, »uns«, d. h. Landtag und Landespräsident, zu hören. Dieser Widerspruch spielt später noch eine wichtige Rolle.

Zehn Tage später befaßte sich der Landtag in seiner nächsten Sitzung noch einmal mit dem Thema. Hier wie in der vorangegangenen Sitzung kamen fast alle wesentlichen Argumente zur Sprache, die im innerlippischen Meinungsbildungsprozeß eine Rolle gespielt haben.[102] Dabei handelt es sich zum einen um das Interesse an einer fortdauernden Verbindung mit dem Minden-Ravensberger Raum, die man am ehesten in einer gemeinsamen Zugehörigkeit zum selben Land gesichert sah.

Zum anderen bewirkte die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur des niedersächsischen und des rheinisch-westfälischen Raumes im Rahmen der Überlegungen in Lippe unterschiedliche Orientierungen. Geringere Ablieferungsverpflichtungen der Landwirte und niedrigere Löhne ließen für Arbeitgeber und Bauern eine Verbindung mit Hannover erstrebenswert erscheinen, während die Arbeitnehmer nach dem vorwiegend industriell geprägten Westen tendierten. Die bessere Brennstoffzuteilung für Ärzte in Niedersachsen bewirkte wiederum, daß diese Berufsgruppe für dieses Land votierte. Der Abgeordnete Kuhlemann machte jedoch in relativierender Absicht auf die Zeitbedingtheit dieser Argumente aufmerksam. Für Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer und Kreisbauernschaft Lippe war die Orientierung nach Niedersachsen jedenfalls so wichtig, daß sie dafür notfalls auch die Bindung an Minden-Ravensberg opfern wollten.

In Hannover, wo man nach der Meldung vom 17. Juli glaubte, sich Lippes nun sicher sein zu können, machte man sich unverzüglich daran, auch im Raum Minden-Ravensberg die Meinungslage zu einer eventuellen Option für das künftige Land Niedersachsen auszuloten. Zu diesem Zweck reiste Walter Lampe, hannoverscher Oberlandeskirchenrat, im niedersächsischen Heimatbund aktiv und Duzfreund von Hinrich Wilhelm Kopf, am 23. Juli 1946 nach Minden und führte dort den ganzen Tag über Gespräche mit von ihm offenbar als »Meinungsführer« eingeschätzten Personen. Den Eindruck einer einheitlichen Stimmungslage hat er dabei nicht gewinnen können – weder für Niedersachsen, noch für Westfalen. Sein Resümee: »Wenn man in diesem Gebiete von Minden-Ravensberg wirklich etwas für den Anschluß nach Osten erreichen wollte, wird man eine intensive geistige Invasion vornehmen müssen.«[103]



**Walter Lampe, Oberlandeskirchenrat der Landeskirche Hannover, 1948**

Sie hätte vor allem auch die politische Führung in Lippe erreichen müssen, denn eine explizit proniedersächsische Haltung war bei ihr nicht erkennbar. Deutlicher Ausdruck dafür war der prompte Protest gegen die Zuweisung des Landes zu Niedersachsen, der seine Wirkung auf die Militärregierung offenbar nicht verfehlt hatte – jedenfalls erhielt Drake am 19. August 1946 die Mitteilung, daß diese Zuweisung zunächst nicht vollzogen werden solle.[104]

Dieser Vorgang ist verräterisch. Es ist zwar denkbar, daß dabei die Klage des Landtags über die Nichteinhaltung demokratischer Formen die Besatzungsmacht beeindruckt hat, war es doch ihr erklärtes



**Rudolf Amelunxen, erster Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen**

Ziel, die Deutschen zur Demokratie zu erziehen. Mehr noch kann dieses Verhalten der Engländer aber auch als Indiz für den geringen Stellenwert angesehen werden, den die Lippe-Frage für sie gehabt hat.

Nachdem zuerst das Land Nordrhein-Westfalen aus der internationalen sicherheitspolitischen Situation hervorgegangen war, setzte man die Neugliederung der britischen Zone entsprechend dem im Zonenbeirat favorisierten Plan Hinrich Wilhelm Kopfs fort. Die danach für das Land Niedersachsen reklamierten westfälischen Gebiete waren allerdings schon als Bestandteile der Provinz Westfalen nach Nordrhein-Westfalen gekommen. Da Lippe noch verfügbar war, wurde es konsequenterweise dem künftigen Land Niedersachsen zugeschlagen. Hüttenberger hat die auf den lippischen Protest hin erfolgte Rücknahme dieser Zuweisung als »Großzügigkeit im Kleinen« bewertet[105]; ebensogut kann man darin aber auch eine gewisse Gleichgültigkeit sehen.

Immerhin war damit die Zukunft Lippes vorläufig wieder offen, und Drake nutzte die Gelegenheit: Er trieb nun seinerseits die Verhandlungen voran. Schon am 1. September traf er sich mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, Rudolf Amelunxen, und erörterte mit ihm die Beziehungen zwischen Lippe und Westfalen in dieser neuen Lage. Bereits bei diesem wie auch dann in einer Reihe weiterer Gespräche zwischen Amelunxen und Drake wurden Bedingungen ausgehandelt, zu denen eine Eingliederung in das westliche Nachbarland geschehen könne. Nach den entsprechenden Vermerken zu urteilen, ging es dabei weniger um das »ob überhaupt«, sondern fast ausschließlich um das »wie«.

Gegenstand der Besprechung vom 1. September war z. B. schon die Vereinigung Lippes mit dem Regierungsbezirk Minden und die Verlegung des Regierungssitzes nach Detmold sowie die Ablösung des derzeitigen Regierungspräsidenten Zenz durch Drake. Aber auch über das

lippische Domanialvermögen wurde schon verhandelt. Im Dezember hatten sich Drake und Amelunxen auf eine beide Seiten zufriedenstellende Fassung der Bedingungen geeinigt, die in 16 Punkten formuliert worden waren. Dieses von Drake als »Punktationen« bezeichnete Papier[106] enthielt vor allem Vereinbarungen zu den folgenden Punkten: Verlegung des Regierungssitzes nach Detmold, Mitspracherecht bei der Auswahl des Regierungspräsidenten, Verfügungsgewalt über das Domanialvermögen sowie Erhaltung und Förderung kultureller und sozialer Einrichtungen in Lippe. Besonders erwähnt wurde die Erhaltung der lippischen Gemeinschaftsschule. Die Auslegung dieses Punktes sollte noch zu erheblichen Konflikten führen.

Die Militärregierung verfolgte die Gespräche zwischen Amelunxen und Drake aufmerksam: Dreimal traf der höchste britische Zivilbeamte für das Land Nordrhein-Westfalen, der Regional Commissioner Asbury, im Dezember 1946 mit Drake zusammen und befragte ihn intensiv nach dem Stand der Verhandlungen und nach der Stimmung in Lippe.[107]

Seit Ende Oktober 1946 fanden auch direkte Verhandlungen mit Politikern und Beamten aus Hannover statt. Seit der Denkschrift Kopfs vom 1. April 1946 war bekannt, daß man dort an der Einbeziehung Lippes in das geplante Land Niedersachsen interessiert war, und auch in dem Gutachten, das Kopf im Sonderausschuß des Zonenbeirates eingebracht hatte, war dies vorgesehen. Zwar war das Gutachten Kopfs vom Zonenbeirat in einer Abstimmung am 20. September deutlich favorisiert worden – die Militärregierung war aber bekanntlich an dieses Votum nicht gebunden, und so konnte Kopf sich Lippes nicht sicher sein.

Ende Oktober wurde in Detmold von Drake und Kopf verhandelt, und auch eine Delegation von Regierungsbeamten reiste aus Hannover an. Zwar schien in den meisten Punkten eine Einigung möglich, doch wurde bald deutlich, daß das Domanialvermögen bei einer Eingliederung in Niedersachsen nicht in ausschließlich lippischer Verfügungsgewalt würde bleiben können. Nachdem die mit Hannover zum Lande Niedersachsen vereinigten Länder Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe solche Regelungen nicht zugestanden bekommen hatten, wäre dies für Lippe auch nicht möglich gewesen. Damit war die Entscheidung gefallen.

Am 5. Dezember hatte die nordrhein-westfälische Landesregierung die »Punktationen« offiziell zur Kenntnis genommen und gebilligt.

**Abbildungen auf den folgenden Seiten: Die »Punktationen«: Richtlinien für den Anschluß Lippes an das Land Nordrhein-Westfalen und die Verwaltung des lippischen Domanialvermögens**

20

Der Landespräsident

Detmold, den 17 Jan 1947.

Richtlinien
für die Aufnahme des Landes Lippe
in das Gebiet des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Vereinbart zwischen Ministerpräsident Dr. Amelunxen und Landespräsident Drake. Bestätigt sowohl von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen wie von der Lippischen Landesregierung.)

1. Von Seiten des Landes Nordrhein-Westfalen wird bei der Übernahme und Eingliederung des Landes Lippe in jeder Hinsicht grosszügig und entgegenkommend verfahren werden. Auf die 800-jährige Geschichte des Landes Lippe, seine geschlossene Verwaltungseinheit soll im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen jede erdenkliche Rücksicht genommen werden.
2. Die Landeshoheit geht, sobald die Landeshoheit von der Militärregierung auf deutsche Stellen übertragen wird, auf das Land Nordrhein-Westfalen über.
3. Lippe wird Teil des Regierungsbezirks Ost-Westfalen.
4. Als Sitz der Verwaltung dieses Regierungsbezirks wird Detmold in Aussicht genommen.
5. Vor der Berufung des Regierungspräsidenten für den neuen, Lippe einschliessenden Regierungsbezirk wird die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auch Verhandlungen mit den Exponenten des Volkswillens in Lippe führen.
6. Lippe erhält zur Durchführung der ihm verbleibenden Aufgaben der Selbstverwaltung, zur Erhaltung von Landeseinrichtungen usw. das Recht zur Bildung eines Zweckverbandes oder einer ähnlichen, diesem Zwecke dienenden Verwaltungsform. Ihm werden hierfür alle möglichen Erleichterungen gewährt. Soweit der lippische Zweckverband zur Durchführung seiner Aufgaben im Rahmen des allgemeinen Rechts besonderer Ermächtigungen bedarf, werden sie ihm durch das Land Nordrhein-Westfalen erteilt.

b.w.

7. Die kulturellen und sozialen Einrichtungen des Landes - Landestheater, Musikakademie, Landesbibliothek, Landesmuseum, Archiv, soziale Anstalten usw. - bleiben erhalten und werden gefördert.

8. Das Landesvermögen (einschliesslich das der Stiftungen) verbleibt dem lippischen Gebiet, soweit nicht in Einzelheiten auf Grund gleichartiger geschichtlicher Vorgänge und in Rücksicht auf die allgemeine Übernahme der Landeshoheit besondere Vereinbarungen sachlich geboten sind. Es besteht Übereinstimmung, dass Festlegungen nach Prüfung durch einen beiderseits paritätisch zu besetzenden Ausschuss durch Vereinbarungen erfolgen sollen.

9. Auf kulturpolitischem Gebiete werden die bisherigen Entwicklung, der jetzige Zustand und der Wille der lippischen Bevölkerung Berücksichtigung finden.
Die lippische Gemeinschaftsschule bleibt im Rahmen der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen erhalten.
Das Land Nordrhein-Westfalen sichert zu, dass die in Lippe bestehenden Lehranstalten nach Möglichkeit gefördert werden sollen.

10. Lippe wird keinerlei Benachteiligungen erfahren in der Teilnahme an allen Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen, die dem allgemeinen Wohl der Bevölkerung dienen. Es wird ihm gleichmässige Behandlung zugesichert.

11. Bei der Übernahme der Landesbeamten wird entgegenkommend verfahren werden.

12. Für den Fall der Übernahme des lippischen Stromversorgungsnetzes des Elektrizitätswerks Wesertal GmbH. in Hameln - Ablauf des Konzessions- und Lieferungsvertrages am 1.Januar 1950 - wird Lippe, wenn nötig, die Hilfe des Landes Nordrhein-Westfalen nach Möglichkeit gewährt.
Das gleiche gilt für den Ausbau der Ferngasversorgung.

13. Bei der Übernahme und in der ferneren Behandlung als Teil des Landes Nordrhein-Westfalen sollen Lippe gegenüber dieselben Grundsätze gelten, die entsprechend den Ausführungen

b.w.

22

des Vertreters der Kontrollkommission, General Robertson, das Land Niedersachsen gegenüber den in ihm aufgehenden Ländern Oldenburg und Braunschweig anwendet, vorausgesetzt, dass dadurch nicht Grundsätze der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen beeinträchtigt werden.

14. Das Land Lippe wird in allen Teilen als Erholungsgebiet des rheinisch-westfälischen Industriereviers angesehen und geniesst die sich daraus ergebende Förderung. Das gleiche gilt für die Bäder des Landes (Salzuflen, Meinberg).

15. Nordrhein-Westfalen erkennt in den Resten der lippischen Wanderarbeiter eine unsoziale Erscheinung. Es wird dazu beitragen, dass die Wanderarbeiter sesshaft werden.
Lippe wird Vorschläge einreichen.

16. Für die Regelung der lippischen Angelegenheiten wie für besondere Aufgaben, namentlich wirtschaftlicher Art, im Ostgebiet des Landes Nordrhein-Westfalen, wird in Aussicht genommen, als Vertrauensmann des Ministeriums einen Kommissar zu bestellen, und zwar in Person des Landespräsidenten Drake, falls dieser zur Übernahme einer solchen Stellung bereit ist. Von der Bestellung eines Kommissars wird Abstand genommen, wenn nach Ansicht des Landtags oder des vorgesehenen Zweckverbandes die fraglichen Aufgaben dem Regierungspräsidenten übertragen werden können.

23

Die obigen Vereinbarungen sind durch folgende Zusätze ergänzt worden:

A. Land Lippe und Regierungsbezirk Minden werden als ein Regierungsbezirk verwaltet werden.

Während der Zeit dieser vorläufigen Regelung - Entscheidung des Kontrollrats gemäss Schreiben des Regional Commissioners an Ministerpräsident Dr. Amelunxen - bleiben die kulturellen und religiösen Verhältnisse des Landes Lippe gewahrt. Es wird nichts geschehen, was der endgültigen Regelung Abbruch tun könnte.

Die kulturellen Interessen des Landes Lippe werden besonders pfleglich behandelt und tatkräftig gefördert werden. Die Besonderheiten im Schulwesen werden beachtet.

B. Sobald die in Aussicht gestellte Verordnung des Kontrollrats erlassen ist, werden die einzelnen Punkte der Vereinbarungen festgelegt werden.

C. Entsprechend den gegenwärtigen Verhältnissen zwischen Einwohner- und Abgeordnetenzahlen in Nordrhein-Westfalen werden 4 lippische Vertreter in den ernannten Landtag Nordrhein-Westfalens eintreten.

Vorschläge werden der Militärregierung unterbreitet.

Landespräsident

DR
/Kl

Ein vom Ministerpräsidenten unterzeichnetes Exemplar lag Drake seitdem vor, und es gelang ihm, auch diejenigen lippischen Abgeordneten und Beamten von den Vorteilen einer Entscheidung für Nordrhein-Westfalen zu überzeugen, die bis dahin für Niedersachsen optiert hatten. Er machte ihnen aber das Zugeständnis, auch Kopf die »Punktationen« als Grundlage für einen Vertrag mit Niedersachsen vorzulegen, doch war die Antwort aus Hannover erwartungsgemäß ablehnend.

Die folgenden Wochen dienten dann den unmittelbaren Vorbereitungen für die Angliederung an Nordrhein-Westfalen. Zu diesem Zweck kam am 10. Dezember ein Vertreter des Kontrollrats, Mr. Albu, nach Detmold. Er war für die territoriale Neugliederung zuständig und zog letzte Informationen für die anstehende Entscheidung der Militärregierung ein. Wie schon in den Gesprächen mit dem Regional Commissioner Asbury wenige Wochen zuvor, nutzte Drake auch diese Gelegenheit zu Einflußnahme und gezielter Information, und das Ergebnis entsprach weitgehend seinen Absichten.

Jedoch war die Militärregierung trotz aller Bemühungen Asburys – nach dessen eigener Aussage – nicht zu einem einhelligen Beschluß über die Zuweisung Lippes gekommen. In seiner Ansprache bei der letzten Sitzung des lippischen Landtages am 21. Januar 1947 bezeichnete er daher die Angliederung an Nordrhein-Westfalen als vorläufig und stellte eine Volksabstimmung darüber in Aussicht, die in spätestens fünf Jahren erfolgen sollte. Von einer sofortigen Abstimmung versprach sich keiner der maßgeblich Beteiligten eine Entscheidung von dauerhafter Bedeutung, da – nach übereinstimmender Einschätzung – das Ergebnis allzusehr von zeitbedingten Kriterien beeinflußt gewesen wäre. Dazu gehörte auch, daß die Wohn- und Wahlbevölkerung Lippes durch Zu- und Abzug von Flüchtlingen und Vertriebenen zunächst noch sehr instabil war.[108]

Das Datum des 21. Januar 1947 bezeichnet das Ende der selbständigen staatlichen Existenz des Landes Lippe – das war den Teilnehmern der Schlußsitzung des Landtages bewußt, und so formuliert es auch die an diesem Tag in Kraft getretene Verordnung Nr. 77 der Militärregierung.[109] Die Eingliederung in das Land Nordrhein-Westfalen, das selbst auch kein homogenes Gebilde war, begann mit diesem Tage. Sie wurde zu einem jahrelangen Prozeß, weil die Umsetzung der in den

»Punktationen« formulierten Einzelbestimmungen sich z. T. als außerordentlich konfliktträchtig erwies.[110]

## Vorüberlegungen seit 1945

Zwei Abschnitte der »Punktationen« beschäftigen sich mit der Verwaltung des Domanialvermögens:

» [...]

6) Lippe erhält zur Durchführung der ihm verbleibenden Aufgaben der Selbstverwaltung, zur Erhaltung von Landeseinrichtungen usw. das Recht zur Bildung eines Zweckverbandes oder einer ähnlichen, diesem Zweck dienenden Verwaltungsform. [...]

8) Das Landesvermögen (einschliesslich das der Stiftungen) verbleibt dem lippischen Gebiet. [...].«[111]

Diese Abschnitte sind keine spontane Eingebung Heinrich Drakes bei der Formulierung der »Punktationen« im Spätherbst 1946 gewesen, sondern sie haben – wie im vorangehenden gezeigt – eine Vorgeschichte, die mindestens bis 1920 zurückreicht und sie wurden zum Ausgangspunkt eines Beratungsprozesses, der ein Jahre später mit der Verabschiedung der »Lippe-Gesetze« endete.

Alle Ansätze zu einer Reichsreform und die Verhandlungen über einen Anschluß Lippes an Preußen hatten unter den damaligen politischen Bedingungen keinen Erfolg gehabt, und auch der unter der NS-Herrschaft in Angriff genommene »Neuaufbau des Reiches« war nicht von Dauer gewesen. Als Bruno Kirchhof im Juni 1945 seine in der Einleitung zitierten Gesprächsnotizen über die Zukunft Lippes zu Papier brachte, herrschten aber ganz neue Bedingungen, die nun unausweichlich zu Änderungen der Situation Lippes führen mußten.

Vor diesem Hintergrund drängte Kirchhof zu baldigen Verhandlungen mit dem Militärkommandanten in Münster.[112] Dazu scheint es nicht so unmittelbar gekommen zu sein, wie Kirchhof es gewünscht hatte. Erst im November befaßte sich Drake mit diesem Komplex – dann aber mit Nachdruck: »Ich bitte mir alle Aktenvorgänge herauszusuchen, die das Verhältnis Lippes zu Westfalen und dessen Entwicklung in den letzten Jahren betreffen. Ich möchte die Dinge jetzt grundsätzlich aufgreifen und zur Debatte stellen« – so ein Vermerk vom



Konrad Petri, Oberregierungsrat

29.11.1945.[113] Leider stieß der Landespräsident mit dieser Anweisung an den Registraturverwalter Uhlenbrok ziemlich ins Leere. Von ihm erhielt er – als Randnotiz auf dem Vermerk – die Antwort: »Ich habe alle nur annähernd in Frage kommenden Akten nach irgendwelchem diesbezüglichen Schriftwechsel durchgesehen. Es wurde nur weniges, keinesfalls bedeutungsvolles Material vorgefunden. – Die Vermutung liegt nahe, daß das Wichtigste vom derzeitigen Regierungschef selbst aufbewahrt und zuletzt mit verbrannt worden ist.«

Der lippische Oberregierungsrat Dr. Konrad Petri[114] erinnerte sich daran, daß Kirchhof über die Vorgänge Bescheid wissen müsse, woraufhin Drake per Randvermerk anordnete: »Dann bitte ich den RegDir. K. wenigstens zu befragen (mündlich), ob er etwas weiß.«[115] Es ist nicht bekannt, ob Kirchhof noch zusätzliches Aktenmaterial zutage fördern konnte, aber seine Sachkenntnis war bereits in seinem Gespräch mit Drake im Juni 1945 zum Ausdruck gekommen.

Als sich auch in der Öffentlichkeit der Eindruck verstärkte, daß womöglich schon bald mit einer Neueinteilung der Länder zu rechnen sei, begannen sich außerhalb der Regierung und unabhängig von ihr Positionen zu formieren – zumindest in der Frage, wohin sich Lippe bei der dann voraussichtlich notwendig werdenden Aufgabe seiner Selbständigkeit wenden solle.

In einer gemeinsamen Denkschrift votierten die Industrie- und Handelskammer für Lippe und Schaumburg-Lippe, die Handwerkskammer für Lippe und Schaumburg-Lippe und die Kreisbauernschaft Lippe im April 1946 dafür, das Land Lippe mit Schaumburg-Lippe, Grafschaft Schaumburg (Kreis Rinteln) und Lügde zu vereinigen und sich allgemein an Hannover zu halten.

Die bereits bestehende partielle Zusammenarbeit mit verschiedenen Dienststellen der Provinz Westfalen wurde von den Verfassern der Denkschrift nicht, wie bei Kirchhof, als Ausdruck notwendiger Ver-

waltungsvereinfachung gewertet, sondern vor allem als »noch zu stark mit dem Gedenken an die Nazizeit belastet« gesehen. Das war ein Argument, dem in dieser allgemeinen Form kaum etwas entgegenzuhalten war. Hannover habe dagegen, so die Verfasser, »zu allen Zeiten das grösste Verständnis für die kleinstaatlichen Belange Lippes gehabt.«

Im Hinblick auf das spätere Ergebnis der Verhandlungen zur Eingliederung Lippes ist die Prognose interessant, die diese Denkschrift für den Fall einer Verbindung mit Westfalen gibt: »Die Provinz Westfalen, dessen kann man nach den vielfachen Erfahrungen sicher sein, wird allergrössten Wert darauf legen, die Forsten, Domänen und die Bäder des Landes in ihre Regie und Eigentum zu bekommen. Dort herrscht im Gegensatz zu der Provinz Hannover in etwa noch der alte expansionslüsterne Preussengeist, welcher der Bevölkerung der kleinen Länder niemals irgendwelche übergrossen Konzessionen macht, vor allem dann nicht mehr, wenn ihr staatliches und politisches Aufgehen in den preussischen Staatsverband beschlossen oder gar erledigt ist.«[116]

Die beiden Kammern – jeweils mit Zuständigkeit für Lippe und Schaumburg-Lippe – hatten damit, zusammen mit der Kreisbauernschaft Lippe, ihre Option für Hannover bekundet. Das entsprach der Orientierung Schaumburg-Lippes nach Hannover. Schon im Juli 1945 hatten Vertreter der gewerblichen Wirtschaft, der freien Berufe, der Arbeitnehmerschaft und der Landwirtschaft Schaumburg-Lippes in einer Eingabe an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen ihren gemeinsamen Wunsch nach Wiederherstellung dieser Verbindung geäußert: »Die Angliederung [...] an die Einrichtungen der Provinz Westfalen ist erst zur Zeit der nationalsozialistischen Regierung, zum allergrößten Teil erst in dem Jahre 1943 erfolgt. [...] Wir bitten deshalb, auch Ihrerseits dorthin wirken zu wollen, daß dieser natürliche Zustand wieder hergestellt wird.«[117] Diese Haltung führte bereits im Mai 1946 zur Eingliederung dieses Landes in die Provinz Hannover. Danach gab es dann wieder eine eigene lippische Industrie- und Handelskammer und Handwerkskammer. Auch diese Kammern haben sich – wiederum zusammen mit der Kreisbauernschaft Lippe – in einer Resolution vom 26. Juli 1946 für einen Anschluß nach Niedersachsen ausgesprochen.[118]

Zwar bezogen sich diese Stellungnahmen in erster Linie auf die Anschlußfrage, aber bei der Argumentation spielte auch das zu erwartende Schicksal des Landesvermögens eine wichtige Rolle. Bei einer

Sitzung des Kreistags Detmold am 23. August 1946 stand es im Zentrum der Beratungen. An diesem Tag, der als offizielles Gründungsdatum des Landes Nordrhein-Westfalen gilt, hatte sich der Kreistag versammelt und nahm die Entstehung dieses großen Flächenstaates zum Anlaß, über die vorhersehbaren Konsequenzen für das eigene Land zu beraten.

Die Entschließung, die in dieser Sitzung verabschiedet wurde, ging von den Neugliederungsplänen für das Gebiet der britischen Zone aus und wertete die soeben erfolgte Landesgründung als Anzeichen dafür, daß für Lippe das Ende der Selbständigkeit unmittelbar bevorstehe. Der Kreistag forderte die lippische Landesregierung auf, in diesem Fall für die Sicherung des Landesvermögens für den Nutzen der Bewohner Lippes zu sorgen, das diese sich durch jahrhundertelange Fronarbeit und Steuerzahlungen geschaffen hätten und das entsprechend dem Domanialvertrag von 1919 dem Lande auch und gerade dann weiterhin zustehe, wenn es seine Selbständigkeit verliere.

Über diese Forderung war in Lippe gewiß leicht ein allgemeiner Konsens zu erzielen. Die Entschließung ging jedoch einen Schritt weiter und forderte, dieses Vermögen auf die beiden lippischen Kreise aufzuteilen. Für die Verwaltung von nicht aufteilbaren Vermögensbestandteilen werde man schon eine geeignete Lösung finden. Damit, so der Kreistag, sei der Bestimmung des Domanialvertrags eher entsprochen, als mit der Begründung eines Zweckverbandes. Außerdem gehörten beide Kreise zu den ärmsten in Deutschland, da ihnen von Gründung an eine ausreichende Dotierung fehlte. »Der Kreistag richtet an die Landesregierung das dringende Ersuchen, zeitig genug alle Schritte zu unternehmen, um die Erhaltung des Vermögens für die lippische Bevölkerung in der Form zu sichern, daß es den Kreisen übertragen wird.«[119] Damit wurde der Versuch unternommen, die sich schon abzeichnende Zweckverbandslösung zugunsten einer erheblichen Verbesserung der eigenen Ausstattung noch zu verhindern.

Doch die Absichten des Landespräsidenten lagen offensichtlich anders. Im November und Dezember 1946, zur selben Zeit, als zwischen Drake und dem ersten nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Amelunxen die »Punktationen« ausgehandelt wurden, hat die lippische Landesregierung systematisch und konsequent von überall dort, wo in der Vergangenheit bei einer vergleichbaren Ausgangslage Zweckverbandslösungen gefunden worden waren, Aktenmaterial angefordert. Der

niedersächsische Minister für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft übersandte daraufhin eine Denkschrift über den Allgemeinen Hannoverschen Klosterfonds, der das 1803 an das Kurfürstentum gefallene säkularisierte Kirchengut verwaltet.

In dem 1801 geschlossenen Frieden von Lunéville mußte das ganze linksrheinische Gebiet an Frankreich abgetreten werden. Um die davon betroffenen Fürsten dafür zu entschädigen, wurden im rechtsrheinischen Deutschland zahlreiche kleinere weltliche Territorien mediatisiert, d. h. sie wurden größeren Ländern zugeschlagen und verloren damit ihre Reichsunmittelbarkeit; fast alle geistlichen Landesherrschaften wurden aufgehoben und ihre Gebiete weltlichen Fürsten unterstellt – sie wurden säkularisiert. Eine Reichsdeputation erarbeitete die notwendigen Einzelregelungen und hielt sie im sogenannten Reichsdeputationshauptschluß vom 25.2.1803 fest. Diese Bestimmungen stellten den Zugewinn »der freien und vollen Disposition des respectiven Landesherrn« zur Verfügung.[120] Daher wurden auch sehr unterschiedliche Lösungen zu dessen Verwaltung bzw. Nutzung entwickelt. Während er etwa in Bayern komplett verstaatlicht wurde, blieb er in Hannover als selbständige Vermögensmasse erhalten. Die sogenannte Klosterkammer verwaltet bis heute diesen »Allgemeinen Hannoverschen Klosterfonds«, der als Stiftung des öffentlichen Rechts organisiert ist.[121]

Auf Drakes Anfrage hin schickte die Domanialverwaltung des Landkreises Waldeck die Satzung des dortigen Gemeindezweckverbandes.[122]

Im Fürstenvergleich vom 26.8.1920 wurde das dortige Domanialvermögen zum größten Teil dem Staat zugesprochen und durch Gesetz vom 8.4.1921 zum Sondervermögen innerhalb des Staatsvermögens erklärt; es wurde 1928 der wichtigste Gegenstand bei den Anschlußverhandlungen mit Preußen. Im Staatsvertrag vom 23.3.1928 konnte Waldeck sich die Verwaltung und Nutznießung des bisher staatlichen Domaniums sichern. Hierfür wurde ein Gemeindezweckverband gegründet, der aber 1942 bei der Zusammenlegung der drei waldeckischen Kreise wieder aufgelöst wurde; die Verwaltung des Domanialvermögens ging auf den neuen Kreis Waldeck über, der es seither als Eigenbetrieb des Kreises führt.[123]

Die 1928 gefundene Waldecker Zweckverbandskonstruktion sollte eine gewisse Modellfunktion für die lippische Regelung haben.[124]

Mit Schreiben vom 21.1.1947 war auch die schaumburg-lippische Landesregierung, die zu dieser Zeit nur noch als Abwicklungsstelle existierte, gebeten worden, »einen Auszug der Bestimmungen und Vereinbarungen anfertigen und übersenden zu lassen, die die Erhaltung des Domanialvermögens ausschließlich für das Land Schaumburg-Lippe und seine Verwendung nur zugunsten der Bewohner von Schaumburg-Lippe festlegen.«[125] Die Abwicklungsstelle in Bückeburg übersandte daraufhin – adressiert an die »Lippische Landesregierung«, die es seit dem Datum des Anforderungsschreibens genau genommen ebenfalls nicht mehr gab – eine Abschrift des Landesgesetzes vom 8. Mai 1920, das die Ergebnisse der Auseinandersetzungen zwischen dem Freistaat Schaumburg-Lippe und dem ehemals regierenden Fürsten gesetzlich absicherte. In § 3 wurde dort bestimmt, daß die »dem Staate zufallenden Vermögensstücke [...] für alle Zeiten nur zum Besten des gegenwärtigen Freistaats Schaumburg-Lippe und zur Wohlfahrt seiner Bewohner verwendet werden [dürfen].«

Das entsprach den Formulierungen in § 2 des lippischen Domanialvertrags vom 31.10.1919 und half in Detmold sicher nicht weiter. Aus der Rückschau beurteilt konnte diese Anfrage auch nicht mehr erbringen, denn bekanntlich hat die Berufung auf die gesetzlichen Bestimmungen von 1920 dem Land Schaumburg-Lippe bei der Einverleibung in das neue Land Niedersachsen 1946 zumindest zunächst nichts genützt. Im Zuge der Neugliederung der Länder in der britischen Zone wurden mit Wirkung vom 23.11.1946 die preußische Provinz Hannover und die Länder Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe zum neuen Land Niedersachsen zusammengeschlossen – irgendwelche Vorbehalte für eines der Vorgängerländer gab es nicht. Die Vermögensmassen der ehemaligen Länder gingen zusammen mit allen Rechten und Verbindlichkeiten auf das Land Niedersachsen über.

Zwar sollten kulturelle Belange berücksichtigt und heimatgebundene Einrichtungen gefördert werden – die Vermögensbestände der ehemals selbständigen Territorien galten jedoch nicht als solche Einrichtungen und blieben deshalb auch nicht als besondere Einheiten erhalten. Unter dem Eindruck der erheblich vorteilhafteren Regelungen in den Lippe-Gesetzen wurden aber in den folgenden Jahren Nachbesserungsforderungen erhoben, die teilweise zu Neuregelungen führten. Den weitestgehenden Erfolg erzielte dabei der Kreis

Schaumburg-Lippe: 1955 wurden ihm wesentliche Teile des ehemaligen schaumburg-lippischen Domanialvermögens übertragen.[126]

Versorgt mit Material, das für eine Zweckverbandskonstruktion als Vorbild dienen konnte und sollte, nahm Drake die nächste sich bietende Gelegenheit wahr, um der Militärregierung die von ihm favorisierte Lösung plausibel zu machen. Auch sie, und nicht nur die innerlippischen Gegner von Drakes Plänen, mußte überzeugt werden, denn die Zustimmung der Militärregierung war entscheidend.

Am 7. Februar 1947 hatte Drake eine Besprechung mit Oberst McGregor in Minden, bei der es auch um die Zukunft des Landesvermögens unter den in den »Punktationen« festgelegten Bedingungen ging. Der Oberst hatte offenbar keine klare Vorstellung von den besonderen Vorteilen eines Zweckverbandes und bat Drake um weitere Erläuterungen, die er bereits eine Woche später erhielt.

Der Bericht an McGregor[127] vom 14. Februar 1947 stellt zunächst die landes- und reichsgesetzlichen Grundlagen dar, um anschließend den bisher einzigen lippischen Zweckverband, den Forstzweckverband von 1934, als Vorbild für die jetzt erforderliche Regelung zu benennen. Er war Gemeinden mit Waldbesitz zur gemeinsamen und rationelleren Bewirtschaftung ihrer Forsten und zur gemeinsamen Einstellung von Forstpersonal gegründet worden: »Die Vertretung dieses Zweckverbandes lag in den Händen einer Verbandsversammlung, die einen Vorsitzenden ernannte und die Verwaltung nach besonderen Richtlinien zu führen hatte.«

Unmittelbar danach wendet sich Drake in seinem Bericht der aktuellen Entwicklung zu: »Nach der Aufgabe der staatlichen Selbständigkeit des Lippischen Landes entsteht die Frage, wie die bisher vom Lande und auf Landesstufe verwalteten wirtschaftlichen Angelegenheiten und Kultureinrichtungen am besten verwaltet werden sollen. Es handelt sich da um Vermögensstücke, wie Forsten, Domänen, Bäder, um Kultureinrichtungen wie Theater, Musikakademie usw., wirtschaftliche Beteiligungen wie Elektrizitätswerk usw. Das kann am besten in der Rechtsform eines Zweckverbandes geschehen.«

Die innerlippische Auseinandersetzung mit den Zweckverbandsgegnern spiegelt sich auch in diesem Bericht wieder, denn Drake beschränkt sich nicht darauf, die Vorteile seiner Zielvorstellung zu erläutern, sondern er zählt im folgenden die Nachteile der von ihm

abgelehnten Alternativlösung auf, nämlich der Aufteilung des Landesvermögens auf die beiden lippischen Kreise: »Diese Aufgaben auf die beiden Kreise zu verteilen, würde nicht zweckmässig sein und auch nicht gerecht, weil es sich zu einem grossen Teil um gemeinschaftliche Aufgaben handelt wie z. B. beim Landestheater, bei der Landesbibliothek; die Vermögensstücke und wirtschaftlichen Beteiligungen lassen sich ebenfalls nicht einfach aufteilen, sondern müssen gemeinschaftlich verwaltet werden. Zur Beseitigung von Unzweckmässigkeiten, Ungerechtigkeiten und im Interesse einer sparsamen Verwaltung ist es daher geboten, alle diese Aufgaben einem Zweckverbande zuzuweisen.«

Sodann verweist Drake auf das Beispiel Waldeck entsprechend den zuvor von dort eingeholten Auskünften. Schließlich führt er die Verhältnisse in Schaumburg-Lippe an, wobei es dabei allerdings eher um Möglichkeiten, nicht um realisierte Regelungen geht: »Ebenso ist seinerzeit für das Land Schaumburg-Lippe die Bildung eines solchen Zweckverbandes vorgesehen gewesen, als es sich in den Jahren 1926 und 1930 darum handelte, das Land Schaumburg-Lippe in den preußischen Staatsverband überzuführen. Heute würde allerdings dort eine solche Rechtsform sinnlos sein, weil dies Land später nur aus einem Kreise bestehen wird.«

Der letzte Satz berührt das Verhältnis von Zweckverband und Kreisen und läßt erkennen, daß Drake in diesem frühen Stadium die Zweckverbandslösung offenbar vor allem deshalb anstrebte, weil das lippische Territorium nach dem Anschluß an Nordrhein-Westfalen nicht als geschlossene Verwaltungseinheit weiterexistieren konnte. Die Errichtung eines Großkreises Lippe – wovon wenig später auch die Rede sein sollte – lag zu dieser Zeit noch nicht im Bereich des politisch Möglichen. Dieser Gesichtspunkt bekam später aber immer wieder aktuelle Bedeutung – zuletzt im Zusammenhang mit der Kreisreform und der dann tatsächlich erfolgten Gründung des Großkreises Lippe zum Jahresbeginn 1973.

## Gründung des Landesverbandes Lippe

Nachdem die formelle Eingliederung des Landes Lippe in das neue Land Nordrhein-Westfalen am 21. Januar 1947 vollzogen worden war, mußte

die Ausgestaltung der Abschnitte 6 und 8 der »Punktationen« in Angriff genommen werden. Das bedeutete zweierlei: Einerseits galt es, eine zweckmäßige Form zu finden, die dem in den »Punktationen« formulierten politischen Ziel am besten entsprach. Andererseits war das in Lippe verbleibende Vermögen im einzelnen festzulegen und zu beschreiben.

Zunächst mußte also der seit dem Votum des Detmolder Kreistags vom 23. August 1946 manifest gewordene Meinungsunterschied über die zweckmäßigste Form für die Verwaltung und Nutzung des Domanialvermögens diskutiert und gelöst werden.

Oberregierungsrat Dr. Petri hatte in den folgenden Monaten konzeptionelle Gedanken für die Überleitung der lippischen Verwaltung in einen größeren Verband entwickelt.[128] Dabei fällt auf, daß für ihn die Alternative Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen am 7. Dezember 1946 durchaus noch offen war – nachdem die »Punktationen« zwei Tage zuvor von der nordrhein-westfälischen Landesregierung offiziell zur Kenntnis genommen und gebilligt worden waren.

Vor allem hatte er aber auch einen Entwurf für einen Zweckverband zur Verwaltung des lippischen Landesvermögens angefertigt. Ein wichtiges Argument für einen Zweckverband war für Petri die Unabhängigkeit einer solchen Konstruktion von künftigen Verwaltungsreformen. Selbst für den Fall, daß Lippe etwa in Niedersachsen eine eigene Verwaltungseinheit bilden würde, sprach er sich für die Errichtung eines Zweckverbandes aus: »Der Zweckverband, gestützt auf Gesetz und Vertrag, hat feste Rechtsgrundlage und ist deshalb nicht so leicht wie ein Verwaltungsbezirk aufzuheben.«[129]

Konsequenterweise war er auch gegen eine Aufteilung des Vermögens auf die beiden Kreise im Verhältnis zu ihrer Größe oder die Bildung eines Großkreises Lippe. Nur eine Zweckverbandskonstruktion konnte seiner Ansicht nach geeignet sein, die in § 2 des Domanialvertrages von 1919 enthaltene Forderung nach Sicherung des Landesvermögens für die Bewohner Lippes zu erfüllen: » [...] Von einer Aufteilung des Vermögens pro rata rate ich ab, da wir zweckmässigerweise stur an dem Domanialvertrag bezw. Domanialgesetz festhalten sollten. [...] Ich glaube nicht, dass wir zum Ziel kommen, wenn wir Lippe zu einem einheitlichen Kreis machen.« Darüber hinaus hatte Petri gleichzeitig eine Liste der einzubeziehenden Vermögensobjekte aufgestellt und Vorstellungen zur Rechtsform des Verbandes entwickelt.[130]

Im April 1947 hatte Petri seine Zweckverbandskonzeption als Gesetzentwurf vorgelegt[131], und wenig später, am 24. Mai, wurden die anstehenden Fragen in einem größeren Kreis grundsätzlich diskutiert.[132] Dabei standen sich zwei Positionen gegenüber: Zunächst legte Petri seinen Standpunkt dar, wie er ihn bereits zuvor in mehreren Vermerken und Schreiben[133] – und zuletzt auch in seinem Gesetzentwurf – entwickelt hatte. Auf der Grundlage des Domanialvertrages von 1919 wurde das gesamte Landesvermögen einschließlich der Bäder, der Stiftungen und des Finanzvermögens für einen Zweckverband beansprucht; auch die zukünftig eventuell nicht mehr militärisch genutzten Flächen des Truppenübungsplatzes in der Senne sollten auf den Verband übertragen werden. Landesbrandversicherungsanstalt und Wohnungskreditanstalt sollten an den Zweckverband »angelehnt« werden. Die Stellung der kulturellen Einrichtungen Landesbibliothek, Landesarchiv und Museum wäre noch zu klären. Dagegen sollten die staatlichen Verwaltungsgebäude, die Anstalt Lindenhaus, das Krankenhaus und die Gymnasien nicht vom Zweckverband übernommen werden.

Er sollte jedoch nicht allein der reinen Vermögensverwaltung dienen, sondern es sollte mit ihm eine Art Nachfolgeinstitution für das Land Lippe und seine Hoheitsrechte entstehen. Petri hat das an dieser Stelle zum ersten Mal zum Ausdruck gebracht: »Der Zweckverband muß sein ein wirtschaftlicher Ausgleichsfaktor für das frühere Land Lippe, muss Verantwortung der Vergangenheit gegenüber tragen in sozialer Pflichterfüllung für Gegenwart und Zukunft; darf kein toter Besitz sein, sondern Eigentum, das verpflichtet, das täglich neu erworben und erkämpft werden muss, der nicht nur auf Aufteilung bedacht ist, sondern auch Ersatz und Auffüllung erstrebt und nicht zuletzt sich als Hüter und Wahrer alter lippischer Tradition fühlt.«[134]

Daher sollte der Einfluß der Kreise so klein wie möglich gehalten werden. Eine Verteilung des Landesvermögens »pro rata« auf die beiden lippischen Kreise hätte diese derart begünstigt, daß sie mit den anderen Kreisen des Landes nicht mehr vergleichbar gewesen wären – was natürlich auch für einen Großkreis Lippe gegolten hätte. Der geplante Zweckverband sollte auch nicht zum Instrument der Kreise werden dürfen und deshalb eine klare Zweckbindung erhalten. Petri favorisierte daher die Rechtsform einer »milden Stiftung« unter der Bezeichnung »Lippischer Landesverband oder dergl.« Drake und Petri setzten sich

auch dafür ein, daß der Verbandsvorsteher als staatlicher Beamter durch den Innenminister angestellt werden sollte; die Verbandsversammlung sollte lediglich das Vorschlagsrecht haben.



Wilhelm Mellies, Kreistagsabgeordneter

Gegen Petri und Drake vertrat der Kreistagsabgeordnete Wilhelm Mellies[135] den Standpunkt, daß die beiden Kreise Detmold und Lemgo zusammen dem Gebiet des ehemaligen Landes Lippe entsprachen und deshalb die Verfügungsgewalt über das Landesvermögen erhalten sollten; ein Zweckverband sei daher überflüssig. Konsequenterweise hat Mellies im weiteren Verlauf der Verhandlungen die Bildung eines Großkreises Lippe vorgeschlagen. Es war ihm bewußt, daß sein Vorschlag wohl chancenlos war. Er schlug aber eine Beschränkung der Ausstattung des geplanten Zweckverbandes auf Domänen, Forsten und Landestheater und die Verteilung des restlichen Vermögens auf die Kreise vor; dafür kämen vor allem die Landratsamtsgebäude, die Beteiligungen an dem Stromversorgungsunternehmen »Wesertal« und an der Extertalbahn sowie das Vermögen der Wohnungskreditanstalt in Frage. Für das Museum stellte er sich eine Kooperation mit benachbarten Häusern vor, etwa mit dem in Münster. Die beiden lippischen Bäder wollte er dem Land Nordrhein-Westfalen übertragen, da nur so deren zukünftige Entwicklung zu sichern sei. Die Wahl des Verbandsvorstehers sollte durch die Kreistage geschehen; die zuständige Aufsichtsbehörde sollte lediglich nachträglich zustimmen.

In der anschließenden Aussprache stellte sich bald heraus, daß Mellies mit seiner Großkreis-Idee allein stand. Drake, Petri, der Lemgoer Landrat Feldmann und der ehemalige Landesrat Dr. Bonwetsch äußerten übereinstimmend den Vorbehalt, daß eine solche Verwaltungseinheit viel zu groß und im Vergleich mit den anderen nordrhein-westfälischen Kreisen viel besser dotiert sei; mit einer Zustimmung der Landesregierung zu einer solchen Lösung sei daher kaum zu rechnen.

Bei der Frage, was mit den Bädern geschehen solle, stellte sich in der Diskussion eine gewisse Unsicherheit heraus: Petri hatte sie zunächst ohne weiteres in den Zweckverband übernehmen wollen, Mellies hatte die Überweisung an das Land vorgeschlagen, Drake stellte beide Ansätze in Frage und gab die Gründung einer Aktiengesellschaft zu bedenken. Petri hielt seinen Vorschlag daraufhin zwar aufrecht, ergänzte ihn aber um den Hinweis, daß bei einem späteren Ausbau der Bäder wohl mit finanzieller Unterstützung durch das Land gerechnet werden könne.

Zur Zukunft der kulturellen Einrichtungen schlug Dr. Bonwetsch vor, sie sämtlich in den Zweckverband zu übernehmen. »Archiv und Landesbibliothek müßten, da diese Einrichtungen in erster Linie von der hiesigen Bevölkerung benutzt würden, in Detmold bleiben.« Womöglich befürchtete er andererseits eine Verlagerung dieser Institutionen.[136]

Am Schluß der Konferenz konnte Drake feststellen, daß die Teilnehmer überwiegend mit der Bildung eines Zweckverbandes einverstanden seien, und er kündigte an, daß den Versammelten demnächst ein Entwurf vorgelegt werden würde.

Diese Konferenz wurde zum Auslöser für einen umfassenden Beratungsprozeß, an dessen Ende dem Innenminister in Düsseldorf Entwürfe für ein Landesverbandsgesetz und für eine Verbandsverfassung vorgelegt werden konnten. Bis dahin mußten zahlreiche Einzelprobleme gelöst werden, die sich zum größten Teil erst stellten, nachdem eine grundsätzliche Einigung über die Begründung eines Zweckverbandes zustande gekommen war.

## Vorverhandlungen in Lippe

So mußte etwa die zukünftige Stellung mehrerer Anstalten und Institutionen und ihre jeweilige Stellung zu dem Zweckverband geklärt werden. Anstoß dazu waren auch Vorschläge des westfälischen Landeshauptmannes Bernhard Salzmann über das künftige Verhältnis zum Provinzialverband, die Ende Juni eingegangen waren.

Anfang Juli 1947 bat Petri deshalb die Landes-Brandversicherungsanstalt um Stellungnahme zu der Frage, ob es sinnvoll sei, sie in den westfälischen Provinzialverband als Träger zu überführen. Die

Antwort kam prompt und sie war eindeutig: Die Leitung der Versicherung lehnte diesen Plan ab mit der Begründung, es sei »[...] allein zweckmäßig, daß unsere Anstalt in der gleichen Weise wie bisher an das Land Lippe, in Zukunft an den vom ehem. lipp. Landesvermögen gebildeten Zweckverband angelehnt wird. [...] Verpflichtungen haben dem ehem. Landesvermögen, also dem Zweckverband, zu folgen [...], und nicht etwa der Landessouveränität, welche an Nordrhein-Westfalen übergegangen ist.«[137]

Die Landes-Brandversicherungsanstalt hatte gleichzeitig Anfragen an die ihr vergleichbaren Versicherungen in Niedersachsen gerichtet, ob dort Änderungen in der jeweiligen Anbindung geplant seien oder eventuell bereits vollzogen wären. Die Braunschweigische Landes-Brandversicherungsanstalt, die Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse Aurich und die Oldenburgische Landesbrandkasse antworteten übereinstimmend, daß keine Änderungen eingetreten seien.[138] Auch die Lippische Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft sprach sich gegen eine Verschmelzung mit der Westfälischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft aus.[139]

Anfang August 1947 berichtete Petri zusammenfassend darüber an Drake: Seiner Meinung nach sei eine Verbindung der Landes-Brandversicherungsanstalt mit dem Westfälischen Provinzialverband nur nachteilig. Bei der lippischen Anbindung bleibe das dort aufgebrachte Kapital in der Region, und die vergleichsweise geringe Größe der Versicherung sei bisher auch nicht von Nachteil gewesen. Auch die Lippische Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft solle »zweckmäßig bis zur allgemeinen Neuregelung des Versicherungswesens« selbständig bleiben, schon allein aus Gründen der Nähe zu den Versicherten.

Keine Bedenken hatte Petri gegen die Aufgabe der Selbständigkeit der Viehseuchenentschädigungskasse, allerdings unter der Bedingung, daß für ihre »nicht unbedeutenden Rücklagen [...] eine Sonderregelung getroffen« werde. Landesbibliothek, Landesmuseum und Landestheater sollten dem Landesverband dagegen eng verbunden bleiben.[140]

Museum, Bibliothek und Archiv waren bereits seit Anfang Mai 1947 Gegenstand einer Diskussion, die der Vorsitzende des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe e. V., Karl Weerth, mit einer Eingabe an Drake ausgelöst hatte: Er hatte vorge-

schlagen, alle drei Institutionen an das Land Nordrhein-Westfalen zu überweisen.[141] Drake erklärte sich wenige Tage später mit diesen Vorschlägen einverstanden, und Ende Juni wurde diese Haltung vom Leiter des Landesmuseums, Oskar Suffert, mit dem bemerkenswerten Argument gestützt, daß etwa das Museum weit über Lippe hinaus beachtet und in Anspruch genommen werde, daß es damit als ein »kulturelles Zentralinstitut« für den ganzen Regierungsbezirk gelten könne und daher in die staatliche Verwaltung zu übernehmen sei. Dr. Bonwetsch folgte diesem Argument zwar grundsätzlich; er schätzte die Entwicklungschancen des Museums angesichts der vermutlich knappen Mittel des Landes aber als gering ein.[142] Petri wehrte sich gegen die in dieser Argumentation enthaltene Annahme, daß der Rahmen, den der Landesverband bieten könne, zu eng sei und die Entwicklungsmöglichkeiten für eine Institution wie das Landesmuseum entscheidend beeinträchtige. »Der Zweckverband wird vielmehr die Aufgabe haben, unter Wahrung der alten Tradition in lebendigster Verbindung mit der Gegenwart sich allen Zukunftsaufgaben weitgehendst zu widmen. Für ein Hineinwachsen in erweiterte Arbeitsgebiete würde also keine Schranke bestehen.« Petri plädierte dafür, das Landesmuseum in den Zweckverband zu übernehmen und wußte sich dabei auch mit Salzmann einig. Die zu erwartende Währungsreform war für Petri zwangsläufig mit einer erheblichen Einschränkung der verfügbaren Mittel verbunden, so daß sich spätestens dann überall die wirtschaftlichen Bedingungen verschlechtern würden. Gerade unter finanziellem Aspekt könne es sinnvoll sein, das Museum nicht in staatlicher Trägerschaft zu betreiben: Wenn es als nichtstaatliche Einrichtung staatliche Aufgaben als Auftragsangelegenheiten übernehme, sei dafür mit staatlichen Zuschüssen zu rechnen.

Abschließend formulierte Petri die Perspektive der Kulturpolitik für die unmittelbare Zukunft: »Aufgabe der verantwortlichen Männer wird es sein, auch in dem bescheidenen Rahmen, in dem zu wirken wir gezwungen sind, kulturelles Niveau nicht sinken zu lassen, sondern es trotz allem hinüberzuretten in eine bessere Zeit. Wohl dem, der nicht nur Retter, sondern auch Mehrer sein darf!« Drake hatte sich von dieser Argumentation offenbar überzeugen lassen. Entgegen seiner vorherigen Zustimmung zu den Äußerungen von Karl Weerth, erklärte er sich jetzt per Randvermerk hiermit einverstanden.[143]

Anders als im Hinblick auf das Museum herrschte allgemeine Übereinstimmung hinsichtlich der Zukunft des Landesarchivs. Das Lippische Landesarchiv war allseits als drittes Staatsarchiv des Landes Nordrhein-Westfalen vorgesehen und sollte für die neue Bezirksregierung in Detmold zuständig sein. Nur die Frage der rückwirkenden Zuständigkeit des Archivs auch für die Behörden des preußischen Regierungsbezirks Minden, der mit dem Land Lippe zum neuen Detmolder Bezirk zusammengefaßt worden war, mußte noch geklärt werden.[144]

Ende September hatte Petri einen Entwurf »zur Bildung des Lippischen Landesverbandes« fertiggestellt.[145] In den Erläuterungen dazu stellte er zunächst fest, daß das gesamte lippische Domanialvermögen mit Wirkung vom 21. Januar 1947 aufgrund der Verordnung Nr. 77 der Militärregierung auf das Land Nordrhein-Westfalen als den Rechtsnachfolger Lippes übergegangen ist. Damit ist auch der Fall eingetreten, von dem in § 2 des Domanialvertrags vom 31.10.1919 die Rede ist: Bei einer »Änderung des staatsrechtlichen Bestandes des Freistaates Lippe [sollte] dieses Vermögen und seine Nutzung dem den jetzigen Freistaat Lippe umfassenden Gebiete allein erhalten«[146] bleiben. Unter Berufung auf die in den »Punktationen« eingegangene Verpflichtung zur Aussonderung des lippischen Landesvermögens »sollen nunmehr die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um in zweckmäßiger Weise die Sicherstellung vorzunehmen.«[147]

Der Gesetzentwurf sieht die Übertragung der in einer besonderen Zusammenstellung aufgeführten Vermögensstücke auf einen »zu errichtenden Lippischen Landesverband« vor, der als Zeichen der Kontinuität das lippische Landeswappen als Dienstsiegel führen sollte. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Charakter einer milden Stiftung oder als Gemeindezweckverband unter der Aufsicht des Ministerpräsidenten sollte er konstruiert sein. Der Entwurf bezeichnet diese Alternative ausdrücklich als Gegenvorschlag und gibt damit zu erkennen, daß in diesem Punkt der Meinungsbildungsprozeß in Lippe noch nicht abgeschlossen war; der endgültige Gesetzestext vom November 1948 spricht von einer »öffentlich-rechtliche[n] Körperschaft für den Bezirk des früheren Landes Lippe«.[148]

Dagegen findet sich bereits in dem Entwurf die generelle Aufgabenzuweisung für den Landesverband, die im folgenden Jahr ohne Änderungen in den endgültigen Gesetzestext übernommen wurde:

»Aufgabe des Verbandes ist es, außer der Deckung seiner eigenen Verwaltungskosten und der Bildung der erforderlichen Rücklagen die kulturellen Belange und die Wohlfahrt der Bewohner im Bezirk des früheren Landes Lippe im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zu fördern.[149]

In weiteren Einzelbestimmungen des Entwurfs wird festgelegt, daß die Landesbrandversicherungsanstalt dem Landesverband anzugliedern sei, daß früherer Domanialbesitz an den Landesverband zu übertragen sei, falls das Land solche Grundstücke künftig erwerben könne und daß der Ausbau der Bäder durch das Land zu fördern sei. Die letzte Bestimmung ist offenbar eine Kompromißformel. Das wird aus einem Kommentar von Drake zu diesen Entwürfen deutlich: »Für die Bäder Bad Salzuflen und Bad Meinberg hatte ich seinerzeit mit dem Übergang an das Land Nordrhein-Westfalen gerechnet, weil sonst der Landesverband Wagnisse übernimmt, für die er in der kommenden Zeit zu schwach ist. Da diese Bäder in hervorragendem Masse die Bedürfnisse des Landes im ganzen erfüllen sollen, würde zu überlegen sein, ob man sie nicht aus der direkten Verwaltung des Landesverbandes heraus lässt und sie in irgendeiner zweckmässigen Gesellschaftsform dem Lande überweist, wobei eine Beteiligung und ein entsprechendes Verhältnis dabei vorzusehen wäre.«[150]

Neben dem Gesetzentwurf hatte Petri auch eine »Verfassung des Landesverbandes« ausgearbeitet, die als Vorstufe für eine Verbandssatzung gedacht war.[151] Eine Verbandsversammlung und ein Verbandsvorsteher waren darin als Organe vorgesehen. Mitglieder der Verbandsversammlung sollten je vier Delegierte der beiden lippischen Kreistage sein, die von diesen nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden sollten. Dem Verbandsvorsteher war eine von der Verbandsversammlung relativ unabhängige Stellung zugedacht: Er sollte hauptamtlich von der Landesregierung angestellt werden, und seine Stimme sollte in der Verbandsversammlung bei Stimmengleichheit den Ausschlag geben. Petri beabsichtigte damit, den Einfluß der Aufsichtsbehörde zu stärken.

Etwas widersprüchlich erscheint es dagegen, wenn er an anderer Stelle des Kommentars zu diesem Entwurf schreibt: »Alle Machtbefugnisse liegen bei der Verbandsversammlung. Der Verbandsvorsteher hat nur die Rechte, welche ihm im Rahmen des Gesetzes oder durch die Verbandsversammlung durch Satzung zugewiesen sind.«[152] Die Auf-

sicht über den Landesverband sollte der Ministerpräsident führen, der diese Kompetenz auf den Regierungspräsidenten in Detmold übertragen können sollte – eine Bestimmung, die bei der sich abzeichnenden Personalunion von Regierungspräsident und Landesverbandsführung seltsam anmutet.

Mitte Oktober 1947 teilte Drake dem Düsseldorfer Innenminister Menzel mit, daß jetzt Entwürfe vorlägen, so daß nach einigen weiteren internen Beratungen ein Konferenztermin angesetzt werden könne. »Bei dieser Gelegenheit könnten dann auch wohl alle anderen noch ungelösten Aufgaben, die mit der Eingliederung Lippes in das Land Nordrhein-Westfalen verbunden sind, ihrer Lösung entgegen geführt werden.«[153] In dieser Hoffnung täuschten sich Drake und alle anderen auf lippischer Seite Beteiligten gründlich – manche Probleme, wie z. B. der Schulkonflikt, waren zu dieser Zeit noch nicht einmal erkennbar.

Im Vorfeld der geplanten internen Beratungen hat Petri noch einmal ausführlich zum Verhältnis zwischen dem Landesverband und den beiden Kreisen Stellung genommen: Würden die lippischen Kreise Detmold und Lemgo zu Trägern des Zweckverbandes erklärt, müßte das den Eindruck erwecken, daß das Verbandsvermögen eigentlich Kreisvermögen und damit für den Staat eher verfügbar sei. Darüber hinaus wies er auf die seiner Meinung nach absehbare Festsetzung der Reparationsleistungen hin; er erwartete, daß dann »Vermögen der politischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften besonders herangezogen wird oder zum mindesten stark gebunden bleibt.« Anderenfalls könne man damit rechnen, daß »ein Vermögen, welches von den politischen Verbänden getrennt wird, eine freiere Stellung bekommt«[154] und daher nicht dem direkten Zugriff ausgesetzt sein wird.

Die Frage der Verfügungsgewalt über das Landesvermögen nach dem Ende der Selbständigkeit des Landes Lippe erwies sich überhaupt als strittig. Bei einer Besprechung im Düsseldorfer Finanzministerium hatte Ministerialrat Greinert, mit dem Petri verhandelte, die Auffassung vertreten, daß das lippische Landesvermögen mit dem 21. Januar 1947 Teil des allgemeinen nordrhein-westfälischen Landesvermögens geworden sei und nur mit Zustimmung des nordrhein-westfälischen Landtags darüber verfügt werden könne.

War also das Vermögen automatisch auf das Land Nordrhein-Westfalen als Rechtsnachfolger übergegangen oder war, wie man in

Detmold glaubte, für die Vermögensübertragung ein besonderes Gesetz erforderlich, dem auch die Militärregierung zuzustimmen hätte? Drake war offenbar durch diese eigentlich nur halboffizielle Äußerung alarmiert und wollte diese Frage umgehend geklärt haben; er legte sie deshalb dem Detmolder Rechtsanwalt und Notar Schnitger mit der Bitte um Begutachtung vor.

Dieser sah zwar das Vermögen mit allen Rechten und Pflichten auf Nordrhein-Westfalen übergegangen; zu den Pflichten gehörte seiner Meinung nach aber, daß der neue Eigentümer im Umgang mit dem Vermögen an die Zweckbindung aus dem Domanialvertrag von 1919 gebunden sei und es nur für die Belange des früheren Landes Lippe nutzen dürfe. Drake machte sich diese Meinung zu eigen und teilte sie dem Finanzminister zur Klarstellung mit.[155] Eine Antwort darauf kam erst im Februar, mehr als drei Monate später: Sie stellte klar, daß die Bemerkungen des Ministerialrats keine endgültige Regelung gemeint hätten, sondern nur eine übergangsweise, die »solange anstelle des rechtlich nicht mehr bestehenden Landes Lippe eine andere Körperschaft. bzw. sonstige Verwaltungsform nicht geschaffen ist«, für die haushaltsrechtliche Behandlung des ehemaligen lippischen Haushalts gelten sollte, nicht jedoch für die materielle Verwendung des lippischen Vermögens.[156]

Für Dienstag, den 4. November 1947, hatte Drake einen Kreis von Beratern zu sich eingeladen, der ähnlich zusammengesetzt war, wie derjenige zur ersten grundlegenden Konferenz über den Zweckverband im Mai 1947. Diese Runde sollte nun die von Petri ausgearbeiteten Entwürfe über den Landesverband und seine Verfassung überarbeiten, bevor sie der Landesregierung in Düsseldorf vorgelegt wurden. Nachdem Petri seine Entwürfe vorgestellt und erläutert hatte, meldete sich Wilhelm Mellies zu Wort.

Seine Vorschläge liefen darauf hinaus, den beiden Kreisen eine stärkere Stellung zu verschaffen, wobei er von den Landräten Johanning und Feldmann unterstützt wurde.[157] Ohne auf Petris Vorbehalte gegen eine zu enge Bindung des Vermögens an die Kreise einzugehen, forderte er, daß die Kreise zur Verwaltung des Vermögens einen Zweckverband bilden sollten, dem allerdings nur die Domänen, die Forsten und das Theater zu übertragen wären. Formale Grundlage sollte die Gemeindeordnung sein. Die erwirtschafteten Überschüsse sollten proportional zur Bevölkerungszahl auf die beiden Kreise verteilt werden; die Bäder

sowie die kulturellen Einrichtungen Bibliothek, Archiv und Museum sollten auf das Land übertragen werden. Die beiden lippischen Kreise sollten die Verwaltungsgebäude und etwaige weitere Immobilien, die Beteiligungen an Wirtschaftsunternehmen und das Vermögen der Wohnungskreditanstalt erhalten. Damit wäre der Landesverband auf eine reine Vermögensverwaltungsfunktion reduziert gewesen.

In dieselbe Richtung ging ein Vorschlag des Bürgermeisters von Silixen, Friedrich Winter.[158] Er unterschied sich von Mellies' Plänen nur darin, daß der Landesverband zur Hälfte an den Bädern beteiligt werden sollte. Die übrigen Beteiligten dieser Besprechung stimmten im wesentlichen den Vorschlägen Petris zu oder wollten höchstens die Stellung der Verbandsversammlung gegenüber der Aufsichtsbehörde verstärken.[159]



**Friedrich Winter, Bürgermeister von Silixen**

Ende November erörterten Petri und Drake die Voten aus der Besprechung und legten grundsätzlich fest, daß der Landesverband kulturelle Aufgaben habe, die »niemals erfüllt werden könnten, wenn nicht eine genügende materielle Grundlage vorhanden wäre.«[160] Es sei daher notwendig, nicht zu viele Vermögensobjekte an die Kreise oder das Land abzugeben; auch mehrere Gemeinden hätten bereits Ansprüche angemeldet.

Seine Forderung nach möglichst umfassender Zuweisung des ehemaligen lippischen Domanialbesitzes an den Landesverband konnte Petri bei Drake allerdings nicht in vollem Umfang durchsetzen; dieser hielt eine Verbesserung der Ausstattung der Kreise durch einige Vermögensteile für gerechtfertigt. Hinsichtlich der Rechtsstellung des Verbandes bestand jedoch Einigkeit: »Bezüglich der Konstruktion des Landesverbandes habe ich an der selbständigen öffentlich-rechtlichen Körperschaft festgehalten und den Gemeindezweckverband aus den verschiedenen bereits öfter entwickelten Gesichtspunkten heraus abgelehnt.«

Am 1.12.1947 hatte Petri seine Entwürfe nach dem Ergebnis der letzten Besprechung modifiziert und übergab sie Drake zur Weiterleitung nach Düsseldorf.[161] Dieser gab den Entwürfen einige aufschlußreiche Bemerkungen bei, die den Beratungsprozeß in Lippe wiedergeben: So war vorgesehen, »dass die Vertretungskörperschaft des Landesverbandes zu bilden sei aus Vertretern der Lippischen Kreise und der Wirtschaftskammern (Landwirtschaftskammer, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Gewerkschaft).«[162]

Bereits der Landesrat, den Drake bald nach seiner Ernennung zum Landespräsidenten im April 1945 um sich versammelt hatte, war nach berufsständischen Gesichtspunkten zusammengesetzt gewesen[163] und auch die Beratungsrunden der Jahre 1945 und 1946 zur Frage der lippischen Selbständigkeit entsprachen diesem Muster.[164] Nun aber auch die Verbandsversammlung auf diese Weise zu bilden, schien Drake denn doch »nicht passend zu sein. Eine solche erweiterte Basis halte ich sachlich nicht für zweckmässig und politisch für bedenklich, – es wird notwendig sein, sich auf die Vertreter der eigentlichen Gewährsverbände zu beschränken, der Kreise.«[165] Schon im Oktober hatte Drake gegenüber Petri geäußert, daß er mit Widerstand gegen eine Einbeziehung der berufsständischen Kammern rechne und »hitzigen Streit« befürchte. »Es muss dabei bedacht werden, dass das Einfügen der Berufskammern und der Gewerkschaften in der vorgesehenen Form eine erhebliche Beeinträchtigung der demokratischen Grundlage sein würde, auf die sich wahrscheinlich zunächst einmal die Kreise auch nicht einlassen würden. [...] Man weiss auch nicht, was aus den Lippischen Berufskammern werden wird.«[166] Es ist darüber hinaus zweifelhaft, ob die Militärregierung eine solche berufsständische Orientierung eines parlamentarischen Gremiums gebilligt hätte, denn sie entsprach gewiß nicht den Zielvorstellungen westalliierter Demokratisierungspolitik.

Obwohl Drake dem projektierten Landesverband einen umfassenderen Charakter als den einer reinen Vermögensverwaltung geben wollte, hat er zu dieser Zeit noch den Gedanken verfolgt, alle wichtigen lippischen Kulturinstitutionen, Bibliothek, Archiv und Museum, auf das Land Nordrhein-Westfalen zu übertragen. Er begründete dies mit der Bedeutung, die alle drei Einrichtungen für die gesamte ostwestfälisch-lippische Region, also über den Bereich des ehemaligen Landes Lippe hinaus, gewonnen hätten.

Die Vertreter des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums ließen sich bei Verhandlungen im Dezember 1947 auf eine solche Lösung allerdings nicht ein: »Es muss Aufgabe des Landes Lippe-Detmold (des zu bildenden Landesverbandes Lippe-Detmold) sein – etwa entsprechend den Einrichtungen des westfälischen Provinzialverbandes – auch für das Land Lippe-Detmold und den Regierungsbezirk Detmold ein kulturelles Arbeitsprogramm auf grosser Linie aufzubauen, das aus dem landschaftlichen Charakter entstanden ist und auch bisher betrieben wurde.«

Der lippische Vertreter, Oberschulrat Sünkel, hielt dagegen, daß der Landesverband dazu allein gar nicht in der Lage sei und führte zur Begründung die Verluste an, die gegenwärtig durch den »ungeheuren Holzschlag« entstünden, der die Bestände in den Forsten und damit die künftigen Erlöse dezimiere. Außerdem habe man in Lippe auch durch die zahlreichen Flüchtlinge große Belastungen auszuhalten. Schließlich erinnerte er auch an die Zusicherungen des Landes zur Erhaltung der kulturellen Einrichtungen in Lippe.[167]

Auch für die zukünftige Stellung der Bäder war zu diesem Zeitpunkt noch keine überzeugende Lösung gefunden. In seinem Begleitschreiben zu den Zweckverbandsentwürfen brachte Drake der Landesregierung gegenüber seine Meinung zum Ausdruck, daß die Übernahme der Bäder auf den Landesverband zu riskant sei; er war eher geneigt, auch sie dem Land zu übertragen.

Schließlich verwies er noch einmal auf die Absicht von Mellies und den Landräten, den Kreisen eine starke Stellung gegenüber dem Landesverband zu sichern: »Die Vertretung der Kreise wünscht den Landesverband sozusagen für sich« – mit allen entscheidenden Kompetenzen einschließlich der Beamtenernennung. »Ich vertrete in diesem grundsätzlich wichtigen Punkte die Ansicht, dass dem Lande, der Landesregierung, ein gewisser Einfluss gesichert sein müsste. Das ergibt sich aus der übernommenen Landeshoheit und aus den daraus für die Landesregierung abgeleiteten Rechten und Pflichten. Wie sich dieser Einfluss im einzelnen und in den Hauptpunkten auswirken soll, bedarf sorgsamer Überlegung.«[168]

Mit diesen Bemerkungen legte Drake die Entwürfe Anfang Dezember dem Innenminister in Düsseldorf vor. Die Beratungen über die Konzeption des lippischen Zweckverbandes gingen damit in die nächste Runde.

## Beratungen mit der Landesregierung

Für den 8. Januar 1948 war daraufhin eine Konferenz mit einem Vertreter des Innenministeriums angesetzt worden. Unmittelbar vorher hatte Wilhelm Mellies noch einmal an Drake appelliert, sich nicht einseitig und endgültig auf die Zweckverbandslösung festzulegen und warb wie schon bei früherer Gelegenheit für die Vorteile der Übertragung des Vermögens auf einen (Groß-)Kreis Lippe. Es war ihm bekannt, daß Drake in dem Zweckverband auch die von ihm oft beschworene über 800jährige lippische Tradition repräsentiert und fortgesetzt sah. Mellies ging daher direkt darauf ein und betonte ausdrücklich, daß es »dann auch nicht schwer [sei], in einem solchen Kreise die lippische Eigenart zu pflegen, die Tradition zu erhalten und die kulturellen Belange zu wahren.«[169] Wenn diese Lösung chancenlos sei, sollte aber wenigstens noch einmal genau überlegt werden, ob nicht doch die Aufteilung des Vermögens auf die Kreise eine bessere Lösung sei als die Begründung eines Zweckverbandes. Zusätzlich wies Mellies aber auf die möglichen, noch nicht berücksichtigten Folgen der geplanten Bodenreform für das ganz überwiegend aus Grundbesitz bestehende lippische Vermögen hin. In seinem Randvermerk zu diesem Schreiben ging Drake auf die Alternative Zweckverband oder Großkreis gar nicht ein, und die möglichen Konsequenzen der Bodenreform tat er kurz ab: »Bodenreform noch nicht klar! Folgen auf jeden Fall nicht tragisch zu nehmen, denn man kann die Domänen nicht auf Buckel wegtragen. Reform dauert ihre Zeit, wird Jahre, Jahrzehnte erfordern.« Drake konnte zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehen, daß die Bodenreformfrage in den kommenden Jahren noch zu erheblichen Konflikten mit der Landesregierung, insbesondere mit dem zuständigen Minister Lübke führen sollte.



Heinrich Lübke, Ernährungs- und Landwirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, 1947

Am 8. Januar 1948 reiste Ministerialdirigent Dr. Vogels als bester Kenner der

lippischen Verhältnisse im nordrhein-westfälischen Innenministerium nach Detmold. Er brachte zwei Gesetzentwürfe mit, die in seinem Ministerium erarbeitet worden waren: Ein Gesetz zur Durchführung der Vereinigung des Landes Lippe mit dem Land Nordrhein-Westfalen und ein Gesetz betreffend den Landesverband Lippe; beide Entwürfe wollte er mit Drake und Petri in allen Punkten umfassend besprechen. Dabei stellte sich heraus, daß zu zahlreichen Einzelfragen noch Klärungs- und Erläuterungsbedarf herrschte. Man vertagte sich auf einen Monat; dann sollte eine Kabinettsvorlage erstellt werden.[170]



**Alois Vogels, Ministerialdirigent im nordrhein-westfälischen Innenministerium**

Ende Februar 1948 wurden die Gesetzentwürfe nach weiteren Verhandlungen in revidierter Fassung dem Innenminister zugeleitet[171]; sie enthielten im Landesverbands-Gesetz zusätzlich den Anspruch des Landesverbandes auf die Senne, falls diese nicht mehr militärisch genutzt würde und auf die in den dreißiger Jahren von der SS übernommenen Externsteine. Auch diese Gelegenheit nutzte Drake, um warnend auf die Absicht der Kreise hinzuweisen, den Verbandsvorsteher in die alleinige Abhängigkeit von der – aus Delegierten der Kreistage zusammengesetzten – Verbandsversammlung zu bringen. Der Landesverband war in dieser Entwurfsfassung als öffentlich-rechtliche Körperschaft konzipiert, deren Mitglied die lippische Bevölkerung sei; damit wäre der Landesverband also weder Gemeindezweckverband noch Stiftung.

Schriftwechsel und interne Vermerke über die Beratungen in den folgenden Wochen lassen erkennen, daß vor allem die Abhängigkeit des künftigen Landesverbandes von der Düsseldorfer Landesregierung einerseits und den beiden lippischen Kreisen andererseits noch auszubalancieren war. Das konkretisierte sich vor allem in der Frage nach der Stellung des Verbandsvorstehers.

Drake setzte sich für die Anstellung durch den Innenminister auf Vorschlag der Verbandsversammlung ein. Dagegen optierten sowohl die SPD-Vertreter als auch die beiden lippischen Kreise für eine Anstellung durch die Verbandsversammlung mit nachträglicher Zustimmung der Aufsichtsbehörde. Mellies stellte den Aspekt der Selbstverwaltung in den Vordergrund seiner Überlegungen und sprach sich in einem Schreiben an Menzel deshalb dafür aus, den Verbandsvorsteher vom Landesverband anzustellen. Die notwendige Kontrolle der Landesregierung könne durch ein Vetorecht gewährleistet werden.[172]



Walter Menzel, Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Davon hat sich Innenminister Menzel vermutlich überzeugen lassen und entschied sich für diese Version. Er beschied Drake, daß der Verbandsvorsteher »grundsätzlich nicht anders zu behandeln [sei] wie die sonstigen Verbandsbeamten, und demgemäss der Verband sein Dienstherr sein soll.«[173]

Drake gab sich damit jedoch nicht zufrieden. Er sah »in der verbleibenden Selbstverwaltung (auch in der Form des Landeszweckverbandes) unter den gegenwärtigen, und vorläufig dauernden, unruhigen Zeitverhältnissen kaum hinreichend Gewähr« für den Zusammenhalt des lippischen Vermögens und glaubte, »angesichts der vielfachen Greifarme, die ausgestreckt sind«, eine zusätzliche Sicherung vorsehen zu müssen. »Sie könnte darin bestehen, dass die leitende, verwaltende Kraft nicht nur der Bestimmung des Landesverbandes unterliegt. Aber auch darüber hinaus könnte eine gewisse Kontrolle nicht schaden, aber, und dies mit besonderer Betonung: wenn man sicher wäre, dass diese höhere Kontrolle einwandfrei geübt würde und nicht nur im Sinne eines sozusagen lokalen oder gar gruppenmässigen oder persönlichen Interesses. Die Gefahren sind nicht klein, wie jeder weiss, der sich mit dem augenblicklichen Getriebe und den zugrundeliegenden Tendenzen befasst. Die Menschen sind nun einmal Menschen und meist weit davon entfernt, in Notgängen ihres Lebens übergeordnete Gesichtspunkte der Rücksicht auf das Gemeinwohl gelten zu lassen.«[174] Menzel hat sich durch diese letzte Intervention nicht von seiner Haltung abbringen lassen, und im April hat sich auch Drake mit dieser Regelung einverstanden erklärt. Im »Gesetz über den Landesverband Lippe« vom 5.11.1948 heißt es schließlich: »Der Verbandsvorsteher wird von der Verbandsversammlung mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde angestellt.«[175]

Gelegentlich waren es auch schwer verständliche Formulierungen, die zu Nachfragen führten: In Petris Gesetzentwurf vom 1. Dezember

1947 wird der Anspruch des Landesverbandes auf solche Grundstücke erhoben, die dem Land Nordrhein-Westfalen »nach der Errichtung des Verbandes aus dem früheren Domanialvermögen des Landes Lippe gesetzlich unmittelbar zufallen oder die es bevorzugt zu erwerben in der Lage ist.«[176] Obwohl in den beigegebenen Erläuterungen mit dem Hinweis auf den Truppenübungsplatz in der Senne diese Formulierung eigentlich hinreichend konkretisiert worden war, provozierte sie im Innenministerium Unverständnis und die Nachfrage, um welche Grundstücke es sich denn dabei handeln solle; Grundbesitz, der auf den Landesverband übertragen werden solle, müsse von altersher zum lippischen Domanium gehört haben.[177]

Die zusätzliche Klarstellung aus Detmold folgte bald: »Es ist hier vor allem gedacht an die Grundstücke, die an den Militärfiskus für den Truppenübungsplatz Senne abgetreten werden mußten und bei denen anzunehmen ist, daß sie demnächst zurückgefordert werden können.« Mit den »bevorzugt zu erwerbenden« Grundstücken war der fürstliche Forstbesitz gemeint, soweit er »evtl. demnächst im Wege der Bodenreform in Anspruch genommen werden kann.«[178]

Diese Kontroversen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß daneben in vielen Einzelfragen Übereinstimmung erzielt worden war; von Drakes Einverständnis mit Menzels Verbandsvorsteherregelung war bereits die Rede. Allerdings blieben zunächst die Verwaltung der Bäder und die Sicherung des Grundvermögens des Landesverbandes gegen die Auswirkungen einer künftigen Bodenreform weiterhin offen.

Wenige Tage nach einer weiteren Besprechung zwischen Petri und Vogels am 3. Mai erhielt Drake von Menzel den endgültigen Gesetzentwurf der Landesregierung übersandt. Im Begleitschreiben betonte Menzel, daß die Aufsichtsbehörde den Haushalt des Landesverbandes genehmigen müsse: »Es geht nicht an, daß die Verwaltung des Landesvermögens, die früher ausschließlich Sache der Organe des Landes Lippe war, nach Bildung des Landesverbandes unter völliger Ausschaltung der neuen Landesgewalt vor sich gehen sollte.« Menzel kündigte am Schluß seines Schreibens an, daß er demnächst den Entwurf den Kabinettskollegen zur Stellungnahme und zur Beschlußfassung vorlegen wolle. Drake notierte am Rand: »Es muß vorbehalten bleiben, daß ich bei der endgültigen Erledigung im Kabinett zugegen bin.«[179]

Er hat der Verabschiedung der Lippe-Gesetze im Kabinett eine hohe symbolische Bedeutung beigemessen und plante daher eine dementsprechend öffentlichkeitswirksame Veranstaltung in Lippe. Das Kabinett sollte die Sitzung, auf deren Tagesordnung die Lippe-Gesetze standen, im Schloß Brake abhalten, und der Ministerpräsident sollte nach Drakes Plänen anschließend mit einer Ansprache vor »eine Versammlung von etwa 100 bis 150 namhaften Vertretern der lippischen Bevölkerung« treten.[180]

In Düsseldorf waren wohl andere Dinge wichtiger, als einen einfachen Kabinettsbeschluß symbolisch derart aufzuwerten; Ministerpräsident Arnold antwortete hinhaltend auf die Einladung. Weitere Reaktionen oder gar Vorbereitungen für eine Kabinettssitzung in Detmold sind nicht bekannt. Das Kabinett versammelte sich am 4. Juli 1948 im späteren Nachmittag zu seiner 100. Sitzung wie üblich und stimmte den Entwürfen des Innenministers für die beiden Lippe-Gesetze zu. Die einzige Änderung, die dabei am Text vorgenommen wurde, betraf die genauere Bestimmung der Aufsichtsbehörde: der Innenminister sollte diese Funktion übernehmen. Die Behandlung der Lippe-Gesetze stand in der Kabinettssitzung unter 14 Tagesordnungspunkten zwar an erster Stelle; noch vor Eintritt in die Tagesordnung hat das Kabinett aber unter dem Eindruck der knapp drei Wochen zuvor verhängten sowjetischen Blockade die kostenlose Lieferung von 100.000 Tonnen Kohle an die Berliner Bevölkerung beschlossen und außerdem einen Bericht des Ministerpräsidenten über eine Konferenz mit den Militärgouverneuren der Westzonen diskutiert, bei dem es um die Vorbereitung zur Gründung der Bundesrepublik ging.[181]

Der Stellenwert der Lippe-Gesetze wurde in Düsseldorf zu dieser Zeit offenbar anders angesetzt als in Detmold. Vogels hat am folgenden Tag die Zustimmung des Kabinetts telefonisch nach Detmold gemeldet, und dabei wird wohl die ausgeschlagene Einladung nach Detmold noch einmal zur Sprache gekommen sein. Jedenfalls konnte Drake zwei Tage später vermerken, daß Vogels beabsichtige, den Verfassungsausschuß zu veranlassen, seine Beratungen über die Gesetze in Detmold abzuhalten.[182]

Andere Ressorts als das Innenministerium waren in Düsseldorf bis zu diesem Zeitpunkt mit der Durchführung der Eingliederung des lippischen Landesteils offenbar nicht befaßt gewesen; anders ist

jedenfalls die Ahnungslosigkeit nicht zu erklären, die aus einer Anfrage des Finanzministers an seinen Kollegen Menzel hervorgeht: »Bei Eingliederung des Landes Lippe ist in Aussicht genommen worden, einen Teil des Domanialvermögens in eine besondere Rechtsform zu Gunsten des bisherigen Lippischen Gebietsteils einzubringen. Es wird um gefl. Auskunft gebeten, wie weit die Vorbereitungen dazu gediehen sind.« Daß die Vorbereitungen nach monatelangen Verhandlungen fast beendet waren, ist demnach aus den Diensträumen des Innenministeriums nicht hinausgedrungen. Dem Finanzminister kam es darauf an, eine genaue Aufstellung darüber zu bekommen, welche Teile des lippischen Vermögens unmittelbar auf das Land übergehen sollten.[183]

Spätestens seit er die Vorlagen für die Kabinettssitzung am 4. Juli vorliegen hatte, verfügte er über eine solche Aufstellung, die als Anlage zum Gesetz über den Landesverband Lippe gehörte. Im Juli und August kam es deswegen noch zu einer kurzen Auseinandersetzung. Dr. Poerschke, im Finanzministerium für die Vermögensverwaltung zuständiger Referent, hatte seinem Minister gegenüber Bedenken gegen die Verteilung der lippischen Immobilien auf Land und Landesverband erhoben. Er stellte fest, daß das Land auffallend wenige Grundstücke und keine Polizeigebäude erhalten sollte, die doch sonst überall dem Land gehörten. Auch bei der Verteilung der Schulden machte er Vorbehalte geltend: Das Land dürfe solche Schulden nicht übernehmen, die eindeutig mit Zwecken und Aufgaben verbunden seien, die jetzt beim Landesverband angesiedelt seien. Auch dürfe die Wohnungskreditanstalt nicht auf den Landesverband übertragen werden, da dann das Land auf deren Geschäftsgebaren keinen Einfluß mehr habe. Die Auflösungsbestimmung in § 17 des Gesetzes über den Landesverband ging dem Referenten erheblich zu weit: Eine Verteilung des bei einer Auflösung des Verbandes übrigbleibenden Vermögens auf die Kreise Detmold und Lemgo würde die übrigen Kreise des Landes erheblich übervorteilen. »Die Domänen und Forsten und der Teil der Mietgrundstücke, die Zwecken der allgemeinen Landesverwaltung dienen, müssen zur Herstellung eines gleichmässigen Rechtszustandes mit dem übrigen Nordrhein-Westfalen in solchem Falle dem Lande zufallen.« Wegen dieser seiner Meinung nach gravierenden Mängel riet der Referent dringend zu Neuverhandlungen mit dem Innenministerium.[184]

Der Finanzminister machte sich die Bedenken dieser Referentenvorlage zu eigen und legte sie zwei Tage später dem Ministerpräsidenten vor.[185] Eine Woche darauf schob er sogar noch weitere Bedenken nach: Im Finanzministerium war aufgefallen, daß der Anteil des Landes Lippe an der Extertalbahn AG im Wert von 828.000 Reichsmark, der 30 % des lippischen Aktienbesitzes ausgemacht hatte, auf die beiden lippischen Kreise übertragen werden sollte mit der Begründung, diese Aktien seien früher vom Land Lippe treuhänderisch für die Kreise verwaltet worden. Die Landesregierung könne es nicht hinnehmen, daß ihr Einfluß derart beeinträchtigt werde; außerdem plane der Verkehrsminister, die Verwaltung der Extertalbahn in die Hand zu bekommen, weshalb das Aktienpaket im Besitz des Landes Nordrhein-Westfalen bleiben müsse.[186]

Der Detmolder Landrat und CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Johanning arbeitete daraufhin eine Stellungnahme für den Finanzminister aus, die sich wie eine Nachhilfelektion liest – und so wird sie auch gemeint gewesen sein: Zunächst stellt er die Bedeutung der Punktationen und der Verordnung Nr. 77 der Militärregierung als Grundlage für die Verhandlungen über die Gesetzentwürfe dar und greift dann auf § 2 des Domanialvertrags von 1919 zurück, denn nur vor diesem Hintergrund könne die Berechtigung der gegenwärtigen lippischen Ansprüche zutreffend beurteilt werden. Damals sei sogar vom Fürsten anerkannt worden, daß den Bewohnern Lippes zu Recht zustehe, »was von diesen im wesentlichen im Verlaufe der früheren Jahrhunderte zusammengetragen wurde. Diese Rechtsgrundlage scheint dem Herrn Referenten im Finanzministerium nicht bekannt oder nicht dem Sinne gemäß beachtet worden zu sein.« Das Fazit, das Johanning am Schluß zieht, ist eindeutig: »Gegen das den Einwohnern des früheren Landes Lippe verbriefte Recht kann das Land NRW weder einen rechtlichen noch moralischen Anspruch darauf erheben, das Vermögen des Zweckverbandes für den recht unwahrscheinlichen Fall der Auflösung dieses Verbandes den Zwecken der allgemeinen Landesverwaltung dienen zu lassen.«[187]

Diese nachdrückliche Stellungnahme hat unmittelbare Wirkung gezeigt: Schon am folgenden Tag wurden die Einwände fallengelassen; dem Finanzminister schien es »aus allgemeinen politischen Erwägungen geboten, die gegen das Gesetz erhobenen Bedenken vor dem Landtagsausschuss nicht weiter zu verfolgen.«[188] Dafür zeigte sich Drake

konziliant: Mit der Bestimmung, daß bei einer Auflösung des Landesverbandes »die Domänen und Forsten und der Teil der Mietgrundstücke, die der allgemeinen Landesverwaltung dienen, dem Lande zufallen« sollen, war er einverstanden.[189]

Unmittelbar bevor die Gesetzentwürfe als Regierungsvorlage dem Landtag vorgelegt werden sollten, meldeten sich Vertreter der beiden Bäder zu Wort, allerdings mit unterschiedlicher Zielsetzung. »Um ... die Lebensinteressen des Bades als Heilbad genügend vertreten zu können«, hielt der Meinberger Bürgermeister Koch es für dringend erforderlich, »daß die Gemeinde durch den Bürgermeister und das Bad durch den Kurdirektor im Länderverband (!) und in den zu bildenden Unterausschüssen vertreten sind.«[190]

Dagegen vertrat der Salzufler Kurdirektor Thissen den Standpunkt, daß »ein Zweckverband mit seinen immerhin doch nur unzureichenden Mitteln« als Träger für das Bad Salzuflen wohl nicht in Frage komme. Die Ausbauten, die notwendig seien, um »im Laufe der Jahre prominente Ausländer nach Salzuflen ziehen« zu können, »die über die notwendigen Mittel verfügen, um sich jeden Luxus gestatten zu können«, bedürften eines stärkeren Rückhaltes. Diesen könne nur der Landeshaushalt bieten.[191]



**Max Staercke, bis 1933 Mitglied des Lippischen Landespräsidiums, im Jahre 1958**

Die bevorstehende Einbringung der Lippe-Gesetze in den Landtag provozierte aber auch auf anderer Seite Bedenken: Diejenigen Kreise, die die Eingliederung nach Nordrhein-Westfalen ablehnten oder wenigstens dessen Endgültigkeit anzweifelten oder aber direkt für Niedersachsen optierten, hatten sich um Max Staercke[192] zu einem »Ausschuß für die Vorbereitung eines Volksentscheides über den Anschluß Lippes an die Nachbarländer Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen« zusammengeschlossen. Dieser Ausschuß agitierte – z. T. auch mit verdeckter Unterstützung aus Hannover[193] – gegen alles, was auf irgendeine Weise geeignet war, einer Volksabstimmung vorzugreifen.



Karl Arnold, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Dementsprechend richtete er eine Protestschrift an den Landtagspräsidenten; Ministerpräsident Arnold erhielt am 17. August 1948 eine Abschrift verbunden mit der Aufforderung, die Gesetzentwürfe zurückzuziehen. Vor der endgültigen Klärung des Volksentscheides dürften keine Verfügungen über Aufteilung und Bindung des lippischen Landesvermögens getroffen werden, »welche den kommenden Volksentscheid so oder so beeinflussen könnten und unter Umständen gar in absehbarer Zeit revidiert werden müssten.« Die Verfasser der Protestschrift holten in ihrer Argumentation weit aus: Das Ende der staatlichen Selbständigkeit habe nicht dem Willen der Bevölkerung entsprochen, sondern sei eine »Nachwirkung des Reichszusammenbruchs« gewesen. Sie scheuten sich nicht, die NS-Herrschaft und die Tätigkeit der lippischen Landesregierung seit Kriegsende als Kontinuität darzustellen, indem sie behaupteten, es habe seit 1933 in Lippe keine demokratisch legitimierte Regierung gegeben; auch die verschiedentlich für eine Orientierung nach Niedersachsen abgegebenen Voten der Wirtschaftskammern und der Kreistage wurden erwähnt. Abschließend heißt es: »Das Land Lippe gehört geschichtlich, wirtschaftlich, volkstümlich, kulturell und konfessionell zum Volkstum Niedersachsens. In seinem Staatsverband begehrt es sein endgültiges Schicksal und seine endgültige Heimat und zur Demonstrierung hierzu der baldigen Anberaumung der ihm feierlich verbrieften Volksabstimmung.« Die Landesregierung in Düsseldorf war allerdings nicht bereit, sich zu diesem Zeitpunkt noch auf eine derart grundsätzliche Diskussion einzulassen – ein Randvermerk auf der Eingabe belegt das: »Nach Rücksprache mit MinDg. Dr. Vogels wird das Innenministerium die Eingabe nicht beantworten, weil die Gesetze dem Landtag vorliegen. Dem Ausschuß [...] ist schon mehrfach erklärt worden, daß an der Durchführung der vorgesehenen gesetzl. Maßnahmen festgehalten wird.«[194]

Aus einer anderen Richtung und mit anderer Zielsetzung meldete das kommunistische »Volks-Echo« unter der Überschrift »Jetzt fehlen nur noch die lippischen Schützen« Kritik an: Nachdem nun gerade mit dem Ende der lippischen Selbständigkeit ein Relikt der deutschen Kleinstaaterei beseitigt worden sei, solle nun mit der Gründung des Landesverbandes die lippische Landesregierung »durch die Hintertür« wieder eingeführt werden, um ihren Beamten die Posten zu sichern. Der Artikel warnte davor, daß der Landesverband zum »Staat im Staate« werden könnte. Das sei nur zu vermeiden, wenn sich der Landesverband darauf beschränkte, das ihm übertragene Vermögen seinerseits möglichst bald auf die Kreise zu übertragen um sich dann anschließend aufzulösen.[195]

## Die Lippe-Gesetze im Landtag

Aber auch dieser Protest konnte den Gang der Dinge nicht aufhalten: Die Gesetzentwürfe wurden dem Landtag vorgelegt, von diesem am 27. Juli 1948 in erster Lesung beraten und dem Verfassungsausschuß überwiesen. Auf Antrag der FDP wurde ferner beschlossen, die fünf lippischen Abgeordneten zu der Ausschußsitzung mit beratender Stimme hinzuzuziehen.[196]

Der Ausschuß wurde für den 9. und 10. September nach Detmold eingeladen; hier sollten die Lippe-Gesetze beraten und deren zweite Lesung im Landtag vorbereitet werden. Nachdem die Kabinettssitzung Anfang Juli nicht – wie Drake es gewünscht hatte – in Detmold abgehalten worden war, hatte Vogels sich beim Landtag dafür eingesetzt, daß dann aber einer der nächsten Schritte im Gesetzgebungsverfahren in Detmold getan werden und der Verfassungsausschuß hier tagen sollte.

Die Umstände der unmittelbaren Nachkriegszeit machten allerdings besondere Vorkehrungen erforderlich, um die nötige Verpflegung der Ausschußmitglieder zu sichern. Beim Kreisernährungsamt Detmold wurde beantragt, für das Mittagessen pro Person 75 g Nährmittel, 10 g Fett und 50 g Fleisch sowie für das Abendessen 100 g Brot bereitzustellen.[197] Der mit der Organisation beauftragte Mitarbeiter Drakes berichtete: »Als Mittagessen wird auf der Grotenburg gereicht: 1 Suppe, 1 Fleischgang, Nachtisch und Mokka. Als Abendessen hat der Lippische Hof

vorgesehen: Hors d'œuvre, Suppe, Fleischgang und Käse als Nachtisch. Wegen des Weins, Schnapses und der Zigarren wird um Entscheidung gebeten, ob Herr Bollhöfer diese aus dem vorhandenen Bestand stellen soll oder die Wirte veranlaßt werden sollen, es zu liefern. Der Preis des Mittagessens stellt sich auf etwa 3,50 DM, der des Abendessens auf etwa 6,50 DM. Herr Dr. Köster ist bemüht, zusätzlich ein Stück Damwild rechtzeitig zu schießen.« Drake entschied, daß Wein, Schnaps und Zigarren aus dem vorhandenen Bestand zu nehmen seien und daß die Wirte nicht den ganzen Bedarf liefern sollten – »das kommt zu teuer« –, sondern allenfalls ergänzend, falls der Regierungsbestand an Tabakwaren und Spirituosen nicht reichen sollte. Der für das Abendessen angesetzte Preis war nach Drakes Meinung zu hoch, und außerdem solle man nicht »Hors d'œuvre« sagen sondern »Vorspeise«.[198] Ob wegen des Preises oder aus welchen Gründen auch immer – zum Abendessen hat schließlich nicht der Regierungspräsident, sondern haben die beiden Kreise eingeladen.[199]

Zu der Sitzung, die im Gebäude der ehemaligen lippischen Regierung und seit 1947 der Bezirksregierung stattfand, waren die zwölf Ausschußmitglieder und die fünf lippischen Landtagsabgeordneten Landrat Dr. Johanning, Landrat Feldmann, Bürgermeister Winter, Rektor Wendt und Dr. Krekeler angereist, außerdem Vertreter des Justizministeriums, der Landeskanzlei und der Landesforstverwaltung. Von lippischer Seite nahmen Drake, Petri und weitere Dezernenten und Sachbearbeiter teil. Auf der Tagesordnung standen nur die beiden Lippe-Gesetze; über sie wurde paragraphenweise beraten und abgestimmt. Die vorgeschlagenen Änderungen waren meist redaktioneller Art: So erhielt hier das »Gesetz über die Vereinigung des Landes Lippe mit dem Land Nordrhein-Westfalen« seine endgültige Benennung, nach dem im Entwurf zunächst »Gesetz zur Durchführung der Vereinigung ...« gestanden hatte. Auch das »Gesetz über den Landesverband Lippe« sollte nach dem Willen des KPD-Abgeordneten Schabrod eine andere Bezeichnung bekommen: Er stellte den Antrag, es in »Gesetz über die Vermögensverwaltung des früheren Landes Lippe« zu ändern. Hintergrund dieses Abänderungsantrags war eine grundsätzlich andere Vorstellung von der Verwendung des lippischen Landesvermögens. Bereits in dem zitierten, zweieinhalb Wochen zuvor erschienenen Artikel des »Volks-Echo« war zum Ausdruck gekommen, daß die Kommunisten den Landesverband

zu einer reinen Vermögensverwaltung von begrenzter Dauer machen wollten. Alles, was über diese Funktion hinausging, wurde abgelehnt. Das galt auch für die im Gesetz vorgesehene Weiterführung des lippischen Landessiegels durch den Landesverband, wodurch ja ausdrücklich über das Ende der Eigenstaatlichkeit hinaus eine Art Kontinuität des Landes Lippe repräsentiert werden sollte. Ganz rigoros bekämpfte der KPD-Abgeordnete Schabrod hier wie bei jeder sich sonst bietenden Gelegenheit die Verpflichtung des Landesverbandes zur Zahlung einer Rente an Mitglieder des ehemals regierenden Hauses Lippe. Alle Anträge Schabrods, die auf die Durchsetzung der KPD-Alternativvorschläge hinausliefen, wurden im Ausschuß wie später auch im Landtagsplenum regelmäßig mit großer Mehrheit abgelehnt.[200]

Die zweitägige Sitzung des Verfassungsausschusses endete mittags mit einem im ehemaligen Landtagsgebäude angerichteten Imbiß. Anschließend gab Drake den Abgeordneten seine Einladung an den Landtag mit auf den Weg, die dritte Lesung der Lippe-Gesetze und deren Verabschiedung ebenfalls in Lippe vorzunehmen; einen feierlichen Akt im Detmolder Landestheater hielt er für die einzig angemessene Form für dieses Ereignis.[201]

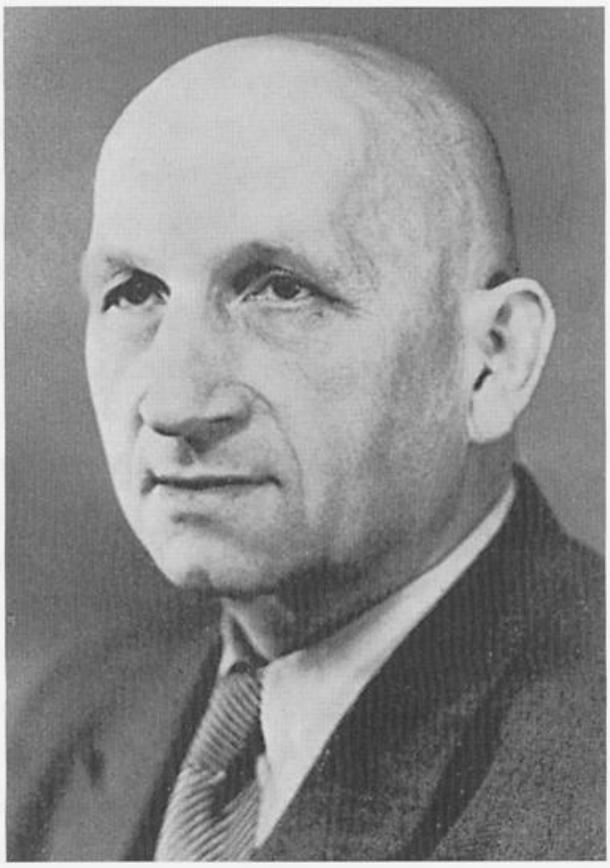
Die Sitzung des Verfassungsausschusses hatte eine überraschend starke politische Wirkung. Bereits am 16. September erhielt Ministerpräsident Arnold von seinem niedersächsischen Kollegen Kopf ein Fernschreiben. Dieser hatte durch eine Rundfunkmeldung von der Sitzung und deren Ergebnis erfahren und meinte, daß diese Meldung falsch sein müsse, weil doch erst nach einer Volksabstimmung endgültig über die Zukunft Lippes entschieden werden könne.[202] Arnold antwortete mit einem ausführlichen Schreiben, in dem er die Bedeutung dieses gesetzgeberischen Schrittes herunterspielte und betonte, daß die Gesetzentwürfe nur ausführen sollten, was durch die Militärregierung in der Verordnung Nr. 77 und darüber hinaus mündlich ohnehin bereits festgelegt sei. Außerdem würden »damit lediglich die unumgänglichen Verwaltungsgrundlagen geschaffen, vor allem aber in dem Gesetz betr. den Landesverband Lippe die Zusagen betr. selbständige Verwaltung des lippischen Sondervermögens durch eine eigene öffentlich-rechtliche Körperschaft eingelöst.« Die besondere Dringlichkeit dieser Einrichtung begründete Arnold mit der Bedeutung und dem Umfang des Vermögens, und er benutzte diese Gelegenheit zur genaueren Aufzählung der

wichtigsten Objekte. Das Recht der lippischen Bevölkerung auf eine Volksabstimmung sei im Zuge der Gesetzesberatungen nie bezweifelt worden. Auf indirekte, sehr diplomatische Weise forderte Arnold anschließend seinen Ministerpräsidentenkollegen auf, alle Versuche zur Einflußnahme in Lippe zu unterlassen: Er betonte, daß er seiner Landesregierung vergleichbare Schritte gegenüber niedersächsischen Gebiete untersagt habe. »Bei dieser Gelegenheit möchte ich unterstreichen, dass ich Anweisung gegeben habe, seitens der Landesregierung auf Annäherungsversuche niedersächsischer Gebietsteile in keiner Weise einzugehen, geschweige denn irgendwelche Propaganda in dieser Richtung zu betreiben. So darf ich hoffen, dass die bei Ihnen aufgetretenen Bedenken beseitigt sind, und wir aus staatspolitischen wie aus persönlichen Gründen uns weiterhin der äussersten gegenseitigen Loyalität, wie allgemein so auch hinsichtlich unserer Landesgrenzen, befleissigen.«[203]

Aber nicht nur dem niedersächsischen Ministerpräsidenten war bekanntgeworden, welche Bedingungen zwischen Detmold und Düsseldorf für die Eingliederung Lippes in das Land Nordrhein-Westfalen ausgehandelt wurden. Auch die Repräsentanten der mit Hannover zum Land Niedersachsen vereinigten Länder Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Braunschweig verfolgten die Entwicklung genau, denn ihnen waren derart günstige Konditionen versagt geblieben. Schon am 15. September wandte sich der Oldenburgische Landesbund an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten mit der Bitte um Informationen über die geplanten Lippe-Regelungen. Dabei wurde auch mitgeteilt, daß derzeit »in der gesamten oldenburgischen Bevölkerung eine starke Erbitterung« über die Behandlung durch Hannover Platz greife.[204] Kam diese Meinungsäußerung aus einem der betroffenen Gebiete selbst, so hat Drake wenige Wochen später aus seiner Sicht dem Innenminister Menzel auf dessen Wunsch über die niedersächsischen Verhältnisse berichtet: Die »... von Hannover ausgehende alles gleichmachende Walze« habe einen Stimmungsumschwung in Schaumburg-Lippe bewirkt, nachdem »alle Vermögensstücke ... eingezogen« worden seien. Angesichts der bevorstehenden Abstimmung in Lippe gebe es in Oldenburg Proteste, weil man »nicht eine gleiche Chance gehabt hätte«; außerdem werde dort ebenfalls über starke Zentralisierung geklagt. Wenn aus Braunschweig keine Proteste zu hören wären, habe das damit zu tun, daß man

dort wegen enger personeller Beziehungen besser gestellt sei.[205] Zwei Jahre später hat Drake aus der Rückschau die Wirkungen der Lippe-Gesetze in Niedersachsen noch deutlicher darstellen können: Aus Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe »werden Stimmen laut, die das Verfahren als beispielhaft bezeichnen, das man in Nordrhein-Westfalen bei der Hereinnahme des kleinen Lippischen Landes angewendet hat; und das Gesetz über die Bildung des Lippischen Landesverbandes wird als vorbildlich bezeichnet, ja diese hierauf bezüglichen Gesetze des Landes Nordrhein-Westfalen werden der Niedersächsischen Landesregierung mit dem Hinweise vorgehalten, daß sie ebenso verfahren müsse, wenn Ruhe und Frieden in Niedersachsen gewahrt werden sollten.«[206]

Die Gegenüberstellung der Verhältnisse in Niedersachsen und der eigenen nutzte Drake, um in Lippe den Nordrhein-Westfalen-Gegnern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Zum 26. Oktober 1948 hatte er die Vertreter der Wirtschaftskammern und einiger größerer Unternehmen, der Gewerkschaften und der Parteien zu einer Versammlung eingeladen, um vor diesem Publikum den »Treibereien gewisser Kreise in Detmold« entgegenzutreten, womit die Aktivitäten von Max Staercke und seinen Mitstreitern im »Ausschuß für die Vorbereitung eines Volksentscheides über den Anschluß Lippes an die Nachbarländer Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen« gemeint waren. Wie schon bei früheren Gelegenheiten benutzte Drake dieses Forum, um seine Politik bestätigen zu lassen, was ihm auch diesmal gelang: Nahezu alle Teilnehmer, die sich zu Wort meldeten, unterstützten Drakes Kurs – auch solche, die 1946 noch nach Niedersachsen tendiert hatten, wie etwa die Landwirte. Von den Gegnern dieser Politik meldete sich niemand zu Wort, was Drake süffisant kommentierte. Nur Bruno Kirchhof forderte, daß vor einer Abstimmung keine vollendeten Tatsachen geschaffen und vor allem die Lippe-Gesetze



**Emil Feldmann, Landrat des Kreises Lemgo**



Landesbibliothek Detmold

nicht verabschiedet und keine vermögensrechtlichen Regelungen getroffen werden dürften – man solle nur abwarten, wie sich die Bevölkerung entscheide! Der Landtagsabgeordnete und Lemgoer Landrat Emil Feldmann, der als Berichterstatter des Verfassungsausschusses im Düsseldorfer Landtag wenig später die Lippe-Gesetze zu begründen hatte, betonte, daß ihm dafür der Rückhalt in der lippischen Bevölkerung wichtig sei. Er wertete es »als außerordentlich großen Erfolg, daß die lippischen Vermögenswerte der hiesigen Einwohnerschaft erhalten bleiben. Die Vorteile seien enorm und dürften gar keine Bedenken laut werden lassen.«[207] In Düsseldorf schätzte man die politische Wirkung der Lippe-Gesetze nach innen wie nach außen ähnlich ein. Die Stimmung in Niedersachsen – so ein Vermerk aus dem Innenministerium – »kann ... für die Abwehr der Bestrebungen gewisser Kreise auf Abtrennung von Lippe wertvoll werden.«[208] Menzel hielt das für so wichtig, daß er allen Kabinettskollegen am 5. November eine Abschrift des Versammlungsprotokolls vom 26.10.1948 übersandte.[209]

Im Sitzungsabschnitt vom 3.–5. November 1948 hat der Landtag die Lippe-Gesetze – das »Gesetz über die Vereinigung des Landes Lippe mit dem Land Nordrhein-Westfalen«[210] und das »Gesetz über den Landesverband Lippe«[211] – in zweiter und dritter Lesung beraten und schließlich verabschiedet. Gegenstimmen kamen nur von der KPD. Sie hatte bereits in der ersten Lesung im Juli Bedenken gegen die Gründung des Landesverbandes angemeldet; ebenso hatten die kommunistischen Abgeordneten gegen die Fortexistenz des Provinzialverbandes Stellung genommen. Wie bei diesem sahen sie im Landesverband ganz allgemein eine überflüssige Sondererscheinung, die den Verwaltungsaufbau und das Zusammenleben der Menschen im Land Nordrhein-Westfalen störe.[212] In der zweiten und dritten Lesung wurde die ablehnende Haltung noch präzisiert. Vor allem die Verpflichtung des Landesverbandes zur Zahlung von Renten an Mitglieder des ehemals regierenden Hauses Lippe wurde kategorisch abgelehnt: »Wir haben nicht vor, etwa den lippischen Fürsten, die 1918 endlich abgesägt worden sind, heute noch, nach über 30 Jahren mit Renten, Pensionen usw. zu dienen und ihnen für ihre damaligen Leistungen für das deutsche und das lippische Volk heute noch Zahlungen zu leisten. [...] Alle diese verstaubten mittelalterlichen Rechtsansprüche soll der Landesverband erfüllen; er soll das nötige Geld auch durch Gebühren usw. hereinholen, um diese Zahlungen

leisten zu können. Das lehnen wir ab. Wir wollen die Privilegien in Deutschland nicht noch länger konservieren.«[213] Aus ihrem Blickwinkel heraus konnten die KPD-Abgeordneten den Zweck des Landesverbandes nur bzw. vor allem darin sehen, aus dem ihm übertragenen Vermögen die für diese Rentenzahlungen erforderlichen Mittel zu erwirtschaften. Das Vermögen solle stattdessen direkt der Bevölkerung zukommen.
Als Gegenvorschlag wollten sie daher den Landesverband zur reinen Vermögensabwicklungsstelle machen, deren Aufgabe es sein sollte, die Übergabe der einzelnen Immobilien und sonstigen Vermögensteile an die betreffenden Gemeinden, an die beiden Kreise oder an das Land zu organisieren und sich dann aufzulösen. Die entsprechenden Änderungsanträge der KPD-Fraktion wurden jedoch ausnahmslos abgelehnt.

Das »Gesetz über den Landesverband Lippe« stellt letztlich einen Kompromiß zwischen den beiden gegensätzlichen Positionen dar, die bereits in der grundlegenden Besprechung vom 24. Mai 1947[214] formuliert worden waren: § 2 enthält als Zweckbestimmung des Landesverbandes, mit dem ihm übertragenen Vermögen »die kulturellen Belange und die Wohlfahrt der Bewohner im Bezirke des früheren Landes Lippe im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zu fördern«. Damit hatten sich Drake und Petri durchgesetzt. Deren Position entsprach es auch, daß der Landesverband berechtigt sein sollte, »das frühere lippische Landeswappen als Dienstsiegel zu führen« (§ 1) und damit die Tradition der lippischen Landeshoheit zu repräsentieren. § 4 entspricht dagegen der Auffassung von Mellies: »Der Verbandsvorsteher wird von der Verbandsversammlung mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde angestellt.« Auch § 17 begünstigt im Sinne von Mellies die lippischen Kreise mit der für den Fall einer Auflösung vorgesehenen Übertragung des Restvermögens. Als 1973 im Zuge der Kreisreform tatsächlich ein Großkreis Lippe gebildet wurde, lebte die Diskussion um die Stellung des Landesverbandes zwar noch einmal auf, allerdings ohne Folgen.[215]

Damit war eine für die Bewohner Lippes sehr vorteilhafte Regelung vereinbart worden. In Niedersachsen ist das bekanntlich seinerzeit so nicht gelungen. Die Vertreter des ehemaligen Landes Schaumburg-Lippe nutzten – teilweise erfolgreich – daher im November 1949 die erste sich bietende Gelegenheit, um in Hannover die Rückübertragung des Domanialvermögens einzufordern und beriefen sich

dabei ausdrücklich auf das Beispiel Lippe. Daran haben sich langwierige Auseinandersetzungen angeschlossen. Erst zwei Jahrzehnte später konnte die Eingliederung Schaumburg-Lippes mit einer teilweisen Rückübertragung des Domanialvermögens beendet werden konnte.[216]

### Verzögerte Genehmigung

Nachdem die Lippe-Gesetze den Landtag passiert hatten und damit die intensiven Verhandlungen zwischen Düsseldorf und Detmold nach elf Monaten abgeschlossen werden konnten, dankte Menzel Drake und gab seiner Hoffnung Ausdruck, »daß es Ihnen vergönnt sein möge, mit Ihrer in Jahrzehnten bewährten Verwaltungskunst die Geschicke des neuen Regierungsbezirks Detmold noch recht lange zum Wohle der Allgemeinheit zu lenken.«[217] Zweifellos war hiermit ein entscheidender Punkt erreicht, aber das konnte nicht verhindern, daß es schon sehr bald zu neuen Konflikten kam.

Schon wenige Tage nach der Verabschiedung der Gesetze gingen bei Petri die ersten Stellenbewerbungen ein. Sie mußten zunächst abschlägig beschieden werden, weil »der Personalbedarf vorerst aus den hier zur Verfügung stehenden Kräften gedeckt werden« könne und außerdem die Verbandsversammlung darüber zu entscheiden habe. Da die Militärregierung den Lippe-Gesetzen noch nicht zugestimmt habe, könne aber die Verbandsversammlung noch nicht gewählt werden.[218] Daß die Genehmigung der Militärregierung noch ausstand, war allerdings zwischenzeitlich zu einem Problem geworden. Im Januar hatte die Militärregierung in Düsseldorf Bedenken gegen die Wertansätze in den Lippe-Gesetzen geäußert, die noch ausgeräumt werden mußten. Weitere Schwierigkeiten wurden zwar nicht erwartet, aber Vogels wies die Militärregierung vorsorglich darauf hin, daß am 1. April das neue Haushaltsjahr 1949/50 beginne und der Landesverband dann arbeitsfähig sein müsse.[219] Als Mitte März die Zustimmung immer noch nicht vorlag, wandte Drake sich an den Ministerpräsidenten, dem er die nachteiligen Folgen vor Augen stellte: »Dem Landesfürsorgeverband, der Landesstrassenverwaltung und der Allgemeinen Vermögensverwaltung des früheren Landes Lippe in seiner Zusammenfassung im Landesverband wird mit dem 1.4. d. J. jede Grundlage entzogen. [...] Ich werde als Vertreter

Der Regierungspräsident

Detmold, den 27. Juli 1949
Fernsprecher 3051

Akt.-Z.: II.V.2.16.

Bei Antwortschreiben wird um Angabe obigen Geschäftszeichens und des Tages dieses Schreibens gebeten.

An den
Herrn Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
in Düsseldorf

DER INNENMINISTER DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN
- 1. AUG 1949
ABT. No.

Betr.: Genehmigung der Lippe-Gesetze.

- - - -

Im Nachgang zu meinem Bericht vom 21. Juni 1949 - II.V.2.16.- übersende ich in der Anlage einen Beschluß des Kreistages des Kreises Lemgo mit der Bitte um geeignet erscheinende weitere Behandlung. In dem Beschluß der Kreisverwaltung werden die Angaben meines obigen Berichts über die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes hinsichtlich der ehemaligen lippischen Vermögen, sozialen und kulturellen Institute voll bestätigt. Ich bitte nochmals dringend, alle nur möglichen Schritte zur Herbeiführung der Genehmigung zu den Lippe-Gesetzen und dadurch zur Beseitigung des jetzigen untragbaren Zustandes zu unternehmen.

General Bishof hat bei seinem kürzlichen Besuch mir zugesichert, daß er General Robertson bitten werde, sich unmittelbar beim Kontrollrat einzuschalten, um die Genehmigung schnellstens zu erreichen. Es würde zweckmäßig sein, wenn dieser Schritt auch von dort aus unterstützt werden könnte.

**Drakes Schreiben an den nordrhein-westfälischen Innenminister vom 27.7.1949**

des früheren Landes Lippe vor eine Verantwortung gestellt, die ich schwerlich tragen kann. [...] Die von mir in den letzten Tagen einberufenen Kreisausschüsse der Kreise Detmold und Lemgo haben [...] beschlossen, bei dem Herrn Ministerpräsidenten dringlich vorstellig zu werden, alle Schritte bei der Militärregierung zu unternehmen, um die beschleunigte Genehmigung zu den Lippe-Gesetzen zu erwirken. Ich erlaube mir deshalb, die Bitte auszusprechen, im Sinne des Beschlusses der massgeblichen Vertretungskörperschaften die erforderliche Verbindung mit der Militärregierung nochmals besonders betont aufzunehmen.«[220] In Düsseldorf war es der Landesregierung zunächst nicht möglich, von der Militärregierung eine präzise Auskunft über den Stand der Dinge zu bekommen, da der zuständige Sachbearbeiter im Urlaub war.[221]

Inzwischen war der 1. April verstrichen, ohne daß die Gesetze genehmigt worden waren. Zusätzlich zu der auf Veranlassung von Drake von den Kreisausschüssen beschlossenen dringlichen Vorstellung beim Ministerpräsidenten wandten sich die Landräte von Detmold und Lemgo auch an General Bishop: Ohne die Bestätigung sei die Bewirtschaftung des lippischen Vermögens völlig ungeklärt. Am 30. April meldete »Die Welt«, daß die Lippe-Gesetze dem Alliierten Kontrollrat vorgelegt weden sollten; eine Begründung dafür, daß die Entscheidung so hoch angesiedelt werden sollte, wurde allerdings nicht gegeben. Drake äußerte gegenüber dem Innenminister allerdings die Vermutung, daß die Verzögerung mit Ansprüchen zu tun haben könnte, die Prinz Bernhard der Niederlande an das lippische Vermögen stellte – nach Drakes Meinung allerdings zu Unrecht. Um das zu untermauern, verwies er auf Verhandlungen, die er im Herbst des vorangegangenen Jahres mit Dr. Stein, dem Anwalt des Prinzen, geführt hatte und die seiner Ansicht nach ergeben hätten, daß der Prinz keine Ansprüche mehr geltend machen könne. Drake benutzte auch diese Gelegenheit, um die zahlreichen nachteiligen Konsequenzen der Verzögerung für den Haushalt des Landesverbandes aufzuzählen, für die lippischen Kulturinstitute, für den dringend notwendigen Ausbau der Bäder, für die Domänen- und Forstbetriebe und nicht zuletzt für die erforderlichen Stellenbesetzungen.[222] Bei seiner Forderung nach beschleunigter Genehmigung der Gesetze fand Drake unerwartete Unterstützung durch die kommunistische Landtagsfraktion. Mit einer Kleinen Anfrage machte sie ihrer-

seits am 25. Juni 1949 im Landtag auf den gesetzlosen Zustand bei der Verantwortlichkeit für das lippische Landesvermögen aufmerksam.[223] Der Innenminister beschränkte sich in seiner – nicht eben prompten – Antwort vom 24. August darauf, den Landtag aufzufordern, ebenfalls beim Zivilgouverneur zu intervenieren.[224] Überhaupt gewinnt man den Eindruck, daß man es in der Landesregierung leid war, ständig in dieser Sache gedrängt zu werden. Die beiden lippischen Kreistage hatten im Juli inhaltlich übereinstimmende Resolutionen gefaßt, in denen der andauernde Schwebezustand beklagt wurde. Drake übersandte sie Ende des Monats dem Innenminister zur Kenntnis. Ergänzend schrieb er: »General Bishop hat bei seinem kürzlichen Besuch mir zugesichert, daß er General Robertson bitten werde, sich unmittelbar beim Kontrollrat einzuschalten, um die Genehmigung schnellstens zu erreichen. Es würde zweckmäßig sein, wenn dieser Schritt auch von dort aus unterstützt werden könnte.« Das Schreiben hat in Düsseldorf einen sehr bezeichnenden Randvermerk erhalten: »Jetzt nicht schon wieder!«, man solle damit noch etwa zwei Wochen warten.[225]

Am 12. September 1949 erhielt Ministerpräsident Arnold von dem Regional Commissioner General Bishop schließlich die Lippe-Gesetze mit dem Genehmigungsvermerk der Militärregierung übersandt. Im Begleitschreiben wurde der Zusammenhang zwischen der Verzögerung und den Ansprüchen von Prinz Bernhard bestätigt; gleichzeitig wurde die Landesregierung für die Wahrung dieser Ansprüche gegenüber dem lippischen Landesvermögen verantwortlich gemacht: »Dem Prinzen Bernhard ist bereits mitgeteilt worden, daß seine Lage völlig gesichert ist, da die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen Rechtsnachfolger des Landes Lippe und somit aller gegen das Land Lippe gerichteten Ansprüche oder Verpflichtungen ist. Es wird zweifellos möglich sein, daß Herrn Dr. Stein vom Herrn Innenminister eine ähnliche Versicherung abgegeben wird.«[226]

## Streit um das Wahlverfahren und Konstituierung der Verbandsversammlung

Während des nervösen Wartens auf die Bestätigung der Gesetze durch die Militärregierung mußte auch noch die Frage gelöst werden, nach

welchem Verfahren die Delegierten der Kreistage für die Verbandsversammlung gewählt werden sollten.

Menzel hatte Drake im März – etwas vorschnell, wie sich zeigen sollte – mündlich mitgeteilt, daß man mit der Genehmigung in den nächsten Tagen rechnen könne. Drake gab diese Nachricht am 22. März 1949 an die beiden Kreisverwaltungen mit der Aufforderung weiter, die Wahl der Delegierten zur Verbandsversammlung jetzt vorzubereiten, da die Gesetze dann sofort in Kraft träten.[227] Vier Wochen später hatte der Kreistag Detmold seine Vertreter für die Verbandsversammlung bestimmt: Es befand sich unter ihnen jedoch keiner aus Detmold. Umgehend beklagte sich der Stadtdirektor bei Drake: Mehr als 20 % der Kreisbewohner seien Detmolder, die Stadt Detmold sei mit einem Drittel an der Gesamtumlage des Kreises beteiligt, und sie müsse als Regierungshauptstadt ihre Interessen in der Verbandsversammlung vertreten können.[228] Der Regierungspräsident konnte jedoch keine Abhilfe schaffen. »Auch ich hätte gewünscht, die Stadt Detmold ... vertreten zu sehen.« Er versprach zwar, sich »im Sinne der Stadtvertretung« einzusetzen, machte aber keine Hoffnung.[229]

Ein weitaus schwierigeres Problem wurde wenige Tage später erkennbar, als die Lemgoer CDU beim Innenministerium anfragte, welches Verfahren denn bei der Wahl zur Verbandsversammlung anzuwenden sei.[230] Es hatte sich herausgestellt, daß die FDP nach Lage der Dinge in der Verbandsversammlung nicht vertreten sein würde – es sei denn, das Wahlverfahren würde geändert oder eine der beiden großen Parteien gäbe einen Sitz an die FDP ab. Rechtsanwalt Ludwig Weßler aus Schötmar, FDP-Fraktionssprecher im Kreistag Lemgo, wandte sich mit verschiedenen Vorschlägen zu diesem Problem an Drake; u. a. meinte er, daß man ähnlich wie bei der Besetzung von Kreistagsausschüssen ohne Rücksicht auf das Stimmenverhältnis alle Parteien beteiligen könne. Weßler wies darauf hin, daß von 80 Abgeordneten in beiden Kreisen zehn der FDP angehörten, und es müsse mindestens ein FDP-Vertreter in der Verbandsversammlung sein, da man seiner Meinung nach beide Kreise als eine Wahlkörperschaft anzusehen habe. »Dafür spricht zwingend der Umstand, daß die beiden Kreise gemeinsam das ehemalige Land Lippe repräsentieren, um dessen Domanium es hier geht.« Für den Fall, daß die FDP auf diesem Wege nicht berücksichtigt würde, kündigte Weßler eine Verwaltungsklage an.[231]

Das Problem hätte mit einer Durchführungsverordnung zum Gesetz über den Landesverband gelöst werden können – nur war das nicht möglich ohne ein genehmigtes Gesetz.[232] Bei diesem Stand der Dinge mußten vorläufige Regelungen gefunden werden, um die Arbeit der Organe des Landesverbandes vorzubereiten und Haushalts- und Vermögensfragen zu beraten. Einem Vorschlag des Detmolder Oberkreisdirektors folgend[233] wurde zunächst eine »provisorische Verbandsversammlung« gebildet, die zweimal – am 27. Juni und am 12. September 1949 – zusammentrat.[234]

Nachdem die Gesetze am 28. September verkündet und damit wirksam geworden waren, teilte Drake den Kreisverwaltungen in Detmold und Brake mit, daß der Landesverband jetzt existiere und daß die Verbandsversammlung so schnell wie möglich mit regelmäßigen Sitzungen beginnen müsse. Daher seien umgehend je fünf Vertreter zu entsenden.[235]

Wegen der fehlenden Bestätigung der Gesetze waren die Beratungen über das Wahlverfahren für die Verbandsversammlung sowie die Vorbereitungen für deren Konstituierung bisher blockiert gewesen; jetzt konnten sie mit Aussicht auf Erfolg wiederaufgenommen werden. Für den 24. Oktober hatte Drake zu einer Besprechung der hierfür jetzt unmittelbar anstehenden Fragen eingeladen, an der neben Drake, Schöne und Petri die beiden Landräte Johanning und Feldmann, acht Abgeordnete aus beiden Kreisen und fünf weitere Vertreter aus der Bezirksregierung und den Kreisen teilnahmen. Erster Beratungspunkt war der Anspruch der FDP auf einen Sitz in der Verbandsversammlung und ihre Forderung nach Korrektur der Wahl im Kreistag Lemgo. Landrat Feldmann erläuterte das Zustandekommen dieses Ergebnisses: Bei der Wahl der Delegierten zur Verbandsversammlung im Kreistag Lemgo seien drei SPD- und zwei CDU-Abgeordnete gewählt worden. »Bezüglich des Einspruches der FDP erklärte er, daß bei der Vornahme der Wahl nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren auf der Grundlage der Sitze im Kreistage sich für den 3. Sitz der SPD bzw. den 1. Sitz der FDP je 6 Stimmen ergeben hätten. Da man nach allgemeiner Auffassung eine Entscheidung durch das Los nicht für angebracht gehalten habe, habe der Kreistag entscheiden müssen, der den Sitz der SPD zugesprochen habe. Bei der Überlassung des Sitzes an die FDP würde sich sonst die Tatsache ergeben haben, daß die SPD mit 33 Sitzen in beiden Kreistagen zusammen

nur über 4 Sitze in der Verbandsversammlung verfüge, während die CDU mit 31 Sitzen über 5 Sitze in der Verbandsversammlung verfüge.« Drake äußerte Verständnis für Forderung der FDP und empfahl, »im Verhandlungswege einen praktischen Weg zu finden, um die FDP zu befriedigen, und zwar bei Berücksichtigung Gesamtlippes.« In diesem Zusammenhang stellte er auch fest, daß die KPD bei den Kommunalwahlen am 17. Oktober 1948 nur 6.000 Stimmen erhalten habe und daher – anders als die FDP mit einem Ergebnis von 15.200 Stimmen – keinen Sitz in der Verbandsversammlung beanspruchen könne. Landrat Feldmann betrachtete allerdings das Ergebnis der Delegiertenwahl im Kreistag Lemgo als endgültig und wollte sich auf Verhandlungen nicht einlassen. Mellies unterstützte ihn dabei und begrüßte ausdrücklich die Absicht von Rechtsanwalt Weßler, vor dem Verwaltungsgericht den Sitz für die FDP einzuklagen – so könne man immerhin endgültige Klarheit gewinnen.[236]

Da sich bei den Verhandlungen auf dieser Ebene keine Lösung abzeichnete, ließ Drake von Regierungsdirektor Schöne ein Gutachten erstellen. Es ließ die Ausweglosigkeit aller bisher erörterten Verfahrensweisen deutlich werden: Eine Losentscheidung werde überall abgelehnt, eine Urwahl widerspreche dem Gesetz, ebenso der denkbare Verzicht einer Partei auf ein Mandat zugunsten einer anderen; auch eine Entscheidung auf der Grundlage der Stimmenzahl anstelle der Kreistagsmandate sei nicht mit dem Gesetz vereinbar. Das Gutachten kommt im Ergebnis zu der Empfehlung einer Losentscheidung als dem kleinsten Übel. Falls diese Lösung nicht akzeptiert werde, müsse die Landesregierung Durchführungsbestimmungen erlassen.[237] Drake legte es dem Innenminister vor und unterstützte in seinem Begleitschreiben den Anspruch der FDP aus grundsätzlichen Erwägungen. Darüber hinaus war es ihm allerdings auch wichtig, daß die FDP Heinz Krekeler für die Verbandsversammlung



**Heinz Krekeler, Landtagsabgeordneter**

nominiert hatte; er galt als innerparteilicher Gegner von Max Staercke und seiner proniedersächsischen Agitation. Das war für Drake ein wichtiger Grund, sich für Krekeler einzusetzen.[238] Dieser hatte sich mit der Forderung nach einer Durchführungsverordnung zu dem in dieser Hinsicht unzureichenden § 4 des »Gesetzes über den Landesverband Lippe« ebenfalls an den Innenminister gewandt.[239] Er begründete seine Forderung damit, daß die FDP bei »der Traditionsgebundenheit der ganzen lippischen Bevölkerung« in der Verbandsversammlung als »lippische Traditionsorganisation« vertreten sein müsse; die FDP-Wähler forderten das »mit Nachdruck«.[240] Von Krekeler hatte Drake auch erfahren, daß Innenminister Menzel angeblich eine Novellierung des Gesetzes plane, durch die die Mitgliederzahl der Verbandsversammlung von zehn auf zwölf erhöht werden solle, um der FDP zu angemessener Beteiligung zu verhelfen. Die Absicht zu einer Novellierung stieß bei Drake jedoch auf Widerstand; aus grundsätzlichen Erwägungen strebte er eine Regelung »auf der gegebenen gesetzlichen Grundlage« an; »ich konnte freilich nicht umhin, dem Minister anzudeuten, daß mir diese Flickerei an den Gesetzen aus parteipolitischen und temporären Zweckmäßigkeiten heraus nicht gefällt: Ein Gesetz und dergleichen ist mir immer etwas Heiliges, mindestens etwas, was mit Vorsicht behandelt werden muß, in Rücksicht auf die Bewertung der Gesetze durch die öffentliche Meinung.«[241] In Düsseldorf hatte sich auch das Kabinett mit der Sache beschäftigt und war offenbar zu einer Gesetzesänderung bereit, nahm aber – ganz im Sinne Drakes – dann davon wieder Abstand und empfahl stattdessen ein Losverfahren. Es ließ aber auch die Möglichkeit offen, weitere Vorschläge einzureichen.[242] Vogels teilte Drake den Kabinettsbeschluß telegraphisch mit; anstelle einer Auslosung riet er aber dringend »zu einer Einigung auf freiwilliger Basis durch Zuteilung des zehnten Sitzes an Dr. Krekeler«.[243] Diesen Vorschlag hatte Vogels schon zuvor gemacht, und Drake hatte auch versucht, ihn umzusetzen – allerdings vergeblich, wie er Vogels am 22. November schrieb: »Ich habe versucht, Ihrer Anregung entsprechend auf die beteiligten Parteien dahin einzuwirken, dass die CDU einen Sitz an die FDP abgibt. Nach meiner Überzeugung ist nur dieser Vorschlag sachlich vertretbar, weil man in Rücksicht auf die Gesamtstimmen (49.000 SPD, 46.000 CDU) der SPD nicht wohl zumuten kann, eine geringere Vertreterzahl in der Verbandsversammlung zu haben, als die CDU sie hat.« Zunächst hatten die CDU-Vertreter wohl

zustimmen wollen, der Vorschlag wurde aber »nachher in der besonderen CDU-Sitzung« abgelehnt. »Ich kann hiernach meinerseits die Anregung nur mit meinem Bedauern zurückgeben, und bitte, möglichst von dort aus einen letzten Versuch zu machen, die Dinge im oben angedeuteten Sinne zu bereinigen.« Eine erneute Behandlung der Sache im Landtag lehnte Drake allerdings wie schon bei früherer Gelegenheit ab: »Das beeinträchtigt den Wert der Gesetzgebung. Auch in dem kleinen Lippischen Lande wurde früher Wert darauf gelegt, an erlassenen Gesetzen nur in dringenden und sehr wichtigen Fällen zu ›flicken‹.« Solche Präzedenzfälle würden nur zukünftige gute Vorsätze verderben. »Schließlich erweckt die Aussicht, daß wegen dieser verhältnismässig kleinen parteipolitischen Divergenz der ganze Lippische Landesverband nun wieder für drei Monate auf's Trockene gelegt werden würde, wenig angenehme Vorstellungen.«[244]

Die »verhältnismässig kleine parteipolitische Divergenz« wurde in der Öffentlichkeit vor allem durch ein Artikelduell zwischen der »Lippischen Rundschau« und der »Freien Presse« wahrgenommen, das sich über zwei Wochen hinzog. Die der CDU nahestehende »Lippische Rundschau« warf der SPD vor, sie habe die ganze Diskussion nur deshalb geführt, um über eine Gesetzesänderung unberechtigterweise zu zusätzlichen Sitzen in der Verbandsversammlung zu kommen.[245] Die SPD-Zeitung »Freie Presse« beschuldigte dagegen unter der Überschrift »Verzögert die SPD den Arbeitsbeginn? Um die Konstituierung des Landesverbandes – Tendenziöse Darstellung der CDU« die CDU der Unkenntnis und Böswilligkeit – nicht die SPD-Vertreter in den Kreistagen, sondern ein leitender Beamter im Innenministerium habe den Vorschlag der Vergrößerung der Verbandsversammlung gemacht.[246] Nachdem die »Westfalenzeitung/Lippische Rundschau« erneut den Vorwurf erhob, die SPD sei verantwortlich dafür, daß der Landesverband nicht schon längst seine Arbeit habe aufnehmen können[247], reagierte die »Freie Presse« mit der Titelzeile »Gegen niedrige Demagogie der CDU«.[248]

Dennoch konnte mit Hilfe pragmatischer Kompromisse ein vorläufiges Ergebnis erzielt werden. Im Detmolder Kreistag waren drei CDU- und zwei SPD-Mitglieder gewählt worden, wobei auch diese Wahl nur »auf Stottern« zustande kam.[249] Die aufgrund eines Verfahrensmangels zunächst zweifelhafte Wahl eines CDU-Abgeordneten wurde

# Es bleibt bei zehn Vertretern

tscheidung über Landesverbands-Versammlungen gefal

Gesetz über die Zusammensetzung der V

zu ihren Gunsten

# Verzögert die SPD den Arbeitsbeginn?

Um die Konstituierung des Landesverbandes — Tendenziöse Darstellung der CDU

Die der CDU nahestehende Westfalen-Zeitung veröffentlichte in ihrer Sonnabendausgabe einen Artikel, der sich mit der Verschiebung der Landesverbandsversammlung, die für den 28. November vorgesehen war, beschäftigt.

Die Zuschrift stammt, wie ausdrückl betont wird, aus Kreisen der CDU,

Stütze im Gesetz selbst finden. Wenn aber der Vorwurf erhoben wird, die SPD verzögere den Arbeitsbeginn des Landesverbandes, dann ist das eine Behauptung, die einer Verunglimpfung gleichkommt und die durch nichts bewiesen werden kann. Wenn weiterhin gleichzeitig gesagt wird, daß man sich bezüglich des Wahlrechts nicht einig werden konnte und sich deshalb dazu

besser informieren und nicht gut gemeinte Anregungen von leitende Beamten des Ministeriums, die au eine Lösung dieses Problems bedach waren, in Verdächtigungen gegen di SPD ummünzen.

In keiner der vielen Besprechunge die in dieser Angelegenheit stattfar den, haben die Sprecher der SPD Ar laß gegeben, zu der Annahme, da tz hinweg illseitig e stimmunge in versuch aß die SP erzögerun lippische ß Verträg Neubaute nicht a

# Die SPD verzögert den Arbeitsbeginn

**Warum die Konstituierung der Landesverbandsversammlung verschoben werden mußte**

u der Verlautbarung des Regiegspräsidenten über die Verlegung für den 29. November vorgesehekonstituierenden Sitzung der bandsversammlung des Landesbandes Lippe (siehe WZ vom 24. wird uns aus Kreisen der CDU igo geschrieben:

urch Gesetz der Landesregierung Nordrhein-Westfalen ist das d Lippe dem Land itfale des de de Lem g der des L e Körp

Mehrheit der FDP mit etwas über 30 Stimmen zustande, so daß im Kreise Lemgo auf die CDU zwei, die SPD zwei und die FDP eine Stimme entfallen würden. Dies würde im Landesverband eine klare Lage ergeben.

Eine Einigung bezüglich des Wahlrechtes war jedoch

gerung für die Verwaltung der pischen Vermögen keine Rechtsperschaft besteht. Verträge Ausführung von Neubauten, Grstücksverkäufen usw. harren weiteren Entscheidung und körnicht erledigt werden

SPD

# Gegen niedrige Demagogie der CDU

In der Montag-Ausgabe wurden in ler Deutlichkeit die üblen Unterstelngen der CDU zurückgewiesen, die der Behauptung gipfelten, daß die PD an der Verzögerung der Arbeitsfnahme des Lippischen Landesverndes schuld sei. Trotzdem wird in er Dienstag-Ausgabe der „Westfalenzeitung" diese unwahre Behauptung neut aufgestischt. Das wirft dann och die Frage auf, ob hier Leute am Werk sind, die in demagogischer Abcht die Wahrheit verbiegen.

erreicht zu sein, als der CDU-Abgeordnete Braband aus dem Kreise Lemgo bereit war, seinen Sitz im Landesverband an die FDP abzugeben. Auch diesen Plan vereitelten diesel ben Kräfte der CDU, obgleich auch der Detmolder Landrat diese Regelung für gegeben hielt.

Allein durch diese Haltung der CDU wurde die Konstituierung des Lippischen Landesverbandes verzögert. Die Behauptung, daß die SPD einen Antrag auf Gesetzesänderung an den

Presseartikel vom 26. – 30.11.1949




**Kreistag des Landkreises Detmold, 1949**

wenig später »durch interfraktionelle Besprechungen des Kreistages Detmold geklärt und bestätigt.«[250]

Im Kreistag Lemgo war es nur zu einer vorläufigen Wahl der Delegierten zur Verbandsversammlung gekommen, bei der drei Sitze an die SPD und je ein Sitz an CDU und FDP gegangen waren. Für die Bereitschaft der CDU, den ihr zustehenden zweiten Sitz an die FDP abzutreten, wurde zusätzlich ein weiteres CDU-Mitglied als landwirtschaftlicher Sachverständiger mit beratender Stimme in die Verbandsversammlung delegiert. Die Lemgoer CDU war damit aber nur unter Vorbehalt einverstanden und forderte die Herstellung klarer Verhältnisse durch Ausführungsbestimmungen der Landesregierung.[251]

Bei der Besprechung am 24. Oktober war für die konstituierende Sitzung der 21. November als Termin ins Auge gefaßt worden. Er mußte jedoch – obwohl bereits Einladungen zu diesem Termin an den Ministerpräsidenten Arnold, Innenminister Menzel, Finanzminister Weitz und an Drakes seinerzeitigen Verhandlungspartner, den jetzigen

Sozialminister Amelunxen, hinausgegangen waren – zunächst um eine Woche und dann wegen der noch ungelösten Wahlverfahrensfrage noch einmal verschoben werden. Sie fand schließlich am 19. Dezember 1949 mit den teilweise nur vorläufig gewählten Verbandsversammlungsmitgliedern statt. Einziger Tagesordnungspunkt war die Wahl des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters. Bevor die Wahl stattfand, kam es noch zu »längeren Verhandlungen«, über die ein besonderes »Beiprotokoll zum Protokoll über die konstituierende Verbandsversammlung des Landesverbandes Lippe vom 19.12.1949« angefertigt worden ist.[252] Es läßt erkennen, daß die Wahl von Heinrich Drake zum Verbandsvorsteher nicht so selbstverständlich gewesen ist, wie sie aus der Rückschau erscheint.

Der Abgeordnete Wendt (CDU) schlug Konrad Petri zur Wahl vor. Landrat Emil Feldmann (SPD) beantwortete diesen Vorschlag mit der Nominierung von Heinrich Drake für den Posten des Verbandsvorstehers, dem Petri als Stellvertreter an die Seite gestellt werden sollte. Drake selbst verließ nach seiner Nominierung die Versammlung – nicht ohne zuvor zu erklären, daß er zwar aus politischen Gründen zögere, diesen Posten anzunehmen, aus sachlicher Notwendigkeit jedoch dazu bereit sei – allerdings unter der Bedingung, daß alle Parteien zustimmten. In der anschließenden Diskussion kam die Einigung zustande, Drake zum Verbandsvorsteher zu wählen, wenn die Aufsichtsführung beim Innenminister in Düsseldorf verbleibe und nicht dem Regierungspräsidenten in Detmold übertragen werde. Die Abgeordneten Wendt (CDU) und Dr. Krekeler (FDP) schlossen sich diesem Votum an unter der zusätzlichen Bedingung, daß die Amtszeit des Verbandsvorstehers auf die Wahlperiode der Verbandsversammlung beschränkt werde und daß bei Personalentscheidungen der Verbandsversammlung eine Mehrheit von sieben Stimmen erforderlich sein solle. Nach dem man sich über die Aufnahme dieser Bestimmungen in die Verbandssatzung geeinigt hatte, wurde Heinrich Drake einstimmig zum ersten Verbandsvorsteher gewählt, Konrad Petri zu seinem Stellvertreter. Erst vier Tage später wurde Drake von dem Abgeordneten Wendt als dem Vorsitzenden der konstituierenden Sitzung offiziell gefragt, ob er die Wahl annehme. Drakes Antwort ließ Vorbehalte erkennen: »Ich habe ihm gesagt, daß ich Verfahren – bei dem ich ohne Befragung wegen der Einzelheiten gewählt worden sei – nicht als richtig anerkennen könne, die Wahl aber wegen

der sonst entstehenden geschäftlichen Schwierigkeiten angenommen hätte. Ein Rücktritt bleibe vorbehalten.«[253]

Zwar waren damit noch längst nicht alle offenen Probleme im Verhältnis des Landes Nordrhein-Westfalen zu seinem Landesteil Lippe gelöst, aber es war zumindest auf der institutionellen Ebene ein Abschluß erreicht. In dem Schreiben, das Drake nach Weihnachten an Arnold, Amelunxen und Menzel richtete, kam zum Ausdruck, welche Bedeutung das für Drake gehabt hat. An Arnold schrieb er: »Der Lippische Landesverband ist vor wenigen Tagen auf dem Grunde der durch Landtag und Kabinett verabschiedeten ›Lippe-Gesetze‹ Wirklichkeit geworden; er hat unter meinem Vorsitz seine Arbeit aufgenommen. Es ist mir in diesem Augenblick ein Bedürfnis, Ihnen zu danken. Darf ich Sie frdl. bitten, als kleine Erinnerungsstücke an diese Stunde die hierneben stehenden Zeugnisse lippischer Handwerkskunst geneigtest persönlich entgegenzunehmen.«[254]

Mit der förmlichen Konstituierung der Verbandsversammlung war aber das Problem des Verfahrens bei der Wahl zur Verbandsversammlung noch nicht gelöst. Noch eine Woche vor der konstituierenden Sitzung hatte Drake um beschleunigten Erlaß einer entsprechenden Durchführungsverordnung gebeten. Doch das brauchte seine Zeit. Ende Februar verfaßte die Detmolder CDU eine Eingabe an den Innenminister: Sie stellte die Lage der Verbandsversammlung als ungesetzlich dar, beklagte, daß dies von der Landesregierung geduldet werde, wo es doch um die Verwaltung von Werten in Millionenhöhe gehe, und äußerte den Verdacht, »dass gewisse politische Kreise den Erlass der Durchführungsbestimmungen absichtlich hinauszögern.« Menzel gab die Eingabe, »deren Inhalt Sie wohl interessieren wird«, an Drake weiter und stellte fest: »Wir waren uns darüber einig, daß es am besten sei, wenn die durch lose Vereinbarung zwischen den Parteien konstituierte Verbandsversammlung ihre Tätigkeit einige Zeit in die Hand nehmen sollte, damit durch sachliche Zusammenarbeit die vorhandenen Gegensätze tunlichst abgeschliffen würden. Ich habe die ernste Befürchtung, daß, wenn wir jetzt im Wege der Ausführungsbestimmungen sagen, daß für die Verhältniswahl das de Hondt'sche System maßgebend sein soll und dann eine formale Wahl gemäß diesem Grundsatz stattfindet, die Gegensätze erneut aufflackern werden.« Um das zu vermeiden, bat er Drake, die Vertreter der CDU »davon zu überzeugen, daß das von uns gewählte Ver-

fahren im Hinblick auf die Umstände das beste ist.«[255] Drake hat das entweder nicht versucht, oder er war damit nicht erfolgreich, denn schon wenige Tage später stellte die Lemgoer CDU eine ultimative Forderung nach einer Wahlverfahrensregelung: Der gegenwärtige Schwebezustand sei untragbar und mute »wie ein Hohn auf alle Demokratie an!« Wenn die Durchführungsbestimmungen bis zum 30. April nicht erlassen seien, »müssen sich die vorläufig nominierten Mitglieder des Kreises Lemgo und die gewählten Mitglieder des Kreises Detmold die weitere Mitarbeit im Landesverband ausdrücklich vorbehalten.«[256]

Ob unter dem Eindruck dieses Ultimatums oder nicht – im Düsseldorfer Innenministerium wurde schließlich eine Durchführungsverordnung entworfen, die das d'Hondtsche Höchstzahlverfahren für die Wahl der Verbandsversammlung verbindlich machte[257]; sie wurde am 2. Mai vom Kabinett gebilligt.[258]

## III. Der Landesverband gewinnt Profil

### Landestraditionsverband oder Gemeindezweckverband?

Im September 1949 hatte die Militärregierung nach langer Verzögerung die Lippe-Gesetze endlich genehmigt – damit waren sie in Kraft getreten. Daß der Landesverband nicht unmittelbar darauf seine Tätigkeit offiziell aufnehmen konnte, hatte damit zu tun, daß zunächst eine Einigung über ein geeignetes Wahlverfahren für die Landesverbandsversammlung zustande gebracht werden mußte. Als die Vertreter der betroffenen Parteien in den Kreisen Detmold und Lemgo sich zumindest vorläufig darüber verständigt hatten, konnte sich der Landesverband kurz vor Weihnachten 1949 schließlich konstituieren und seine Arbeit beginnen. Damit waren allerdings bestimmte grundsätzliche Fragen nach dem Selbstverständnis dieser Institution noch nicht beantwortet. Zwar war eine Organisation geschaffen, die die im Gesetz beschriebenen Aufgaben erledigen konnte, aber die Frage etwa, ob sich der Landesverband als reine Vermögensverwaltung oder darüber hinaus als Repräsentant einer fortdauernden lippischen Reststaatlichkeit verstand, gewann bald verfassungsrechtliche und politische Bedeutung. Dieser Meinungsgegensatz hatte den Entstehungsprozeß von Beginn an durchzogen. Er war aber, weil es dazu keine zwingende Notwendigkeit gab, bis zu diesem Zeitpunkt nicht aufgelöst worden. Gleichwohl war man sich der Alternativen bewußt. In einer Aktennotiz hat Petri schon Ende März 1948 festgehalten, daß der Landesverband wegen seiner umfassenden Aufgaben nicht ein Organ der Kreise sein dürfe.

»Hervorzuheben ist, dass sein Charakter mehr derjenige eines Landestraditionsverbandes als eines Gemeindezweckverbandes ist.«[259]

Die Notwendigkeit, darüber Klarheit zu gewinnen, ergab sich jedoch im Zusammenhang mit einem Verfassungsstreit um die Endgültigkeit der Angliederung Lippes an das Land Nordrhein-Westfalen. Eine gerichtliche Klärung war unumgänglich geworden, weil es bei der Umsetzung der »Punktationen« auf mehreren, teilweise eng miteinander verbundenen Bereichen zu Konflikten gekommen war, die einvernehmlich nicht gelöst werden konnten. In dem daraufhin beim Bundesverfassungsgericht angestrengten Verfahren war neben anderen der Landesverband als Antragsteller beteiligt. Daher mußte zuvor dessen Aktivlegitimation geklärt werden; es ging also um die Frage, ob der Landesverband das ehemalige Land Lippe rechtlich vertreten könne oder nicht. Darauf wird später zurückzukommen sein.

### Regierungsverlegung

Die in Nummer 4 der »Punktationen« vereinbarte Verlegung des Sitzes der Bezirksregierung sorgte für zählebigen, zuweilen mit großer Heftigkeit ausgetragenen Streit – bis hin zu offenem Widerstand der Beamten der Kommunalabteilung, die sich im Mai 1948 tätlich zur Wehr setzten, so daß die Überführung dieser Abteilung unter Polizeischutz erfolgen mußte.[260]

Gegenüber seinen Gegnern in dieser Angelegenheit betonte Drake mehrfach, daß er die Verlegung lediglich im Auftrag der Landesregierung durchführe – es ist jedoch unverkennbar, daß sie für ihn zur Prestigefrage geworden war. So ist auch die über das schon sonst für Drakes Handeln gewohnte Maß hinausgehende Energie zu verstehen, mit der er die Regierungsverlegung betrieben hat.

Andere Konflikte, die sich bei der Ausgestaltung der »Punktationen« ergaben, hatten allerdings mit dem Landesverband und seinem Gegenstand, dem Landesvermögen, weit mehr zu tun.

## Bodenreform

Aufgrund von politischen Vorgaben der Alliierten war 1949 auch in Nordrhein-Westfalen nach längerer und nicht ganz reibungsloser Vorbereitung die gesetzliche Grundlage für eine Bodenreform geschaffen worden. Das Bodenreform- und Siedlungsgesetz[261] verfehlte sein ursprüngliches politisches Ziel, weil die erforderlichen Enteignungen gegen die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes nicht durchführbar waren. So entzogen sich viele Großgrundbesitzer unter Berufung auf Artikel 14 des Grundgesetzes der Inanspruchnahme durch das Bodenreformgesetz. Das BVG verzögerte eine dort anhängig gemachte Entscheidung mehrere Jahre, so daß die nordrhein-westfälische Landesregierung schließlich 1962 das Gesetz zurückzog.[262] Damit war die Bodenreform weitgehend gescheitert, und ihre Wirkung war daher hauptsächlich auf die Inanspruchnahme staatlicher Domänen zur Schaffung von Siedlungen beschränkt.[263]

Daß die geplante Bodenreform Auswirkungen auf das lippische Domanialvermögen haben könnte, war Wilhelm Mellies bereits im Januar 1948 aufgefallen. Zu diesem Zeitpunkt hielt Drake es noch nicht für besonders vordringlich, diesen Komplex in die aktuellen Überlegungen mit einzubeziehen.[264] Das »Gesetz über die Vereinigung des Landes Lippe mit dem Land Nordrhein-Westfalen« enthält in § 4 den Satz: »Das auf den Landesverband übergehende Grundvermögen ist im Sinne des Gesetzes zur Beschaffung von Siedlungsland dem Grundbesitz des Landes Nordrhein-Westfalen gleichzustellen.«[265] Der Konflikt, den diese Formulierung auslöste, bahnte sich in einer Denkschrift an, die Drake im Juli 1951 zur Vorbereitung der Verhandlungen über Volksabstimmung oder Vertrag verfaßt hat. Bei »schablonenhafter Durchführung der Bodenreform« sei die lippische Siedlungspolitik in Gefahr: »Lippe ist stets übervölkertes Gebiet gewesen. Neuerdings hat sich aber aus dem Handwerk eine beachtliche Industrie entwickelt, die die überschüssige Bevölkerung aufnimmt, für die aber Landreserven bereit gehalten werden müssen. Dazu haben in stärkstem Maße die Domänen gedient, und es sind im Lauf der letzten Jahrzehnte Tausende von Kleinsiedlungen entstanden. Diese Möglichkeit muß bleiben oder das Land Nordrhein-Westfalen müßte für den Schaden, der Lippe entstände, Ersatz bieten.«[266] Letztlich ging es um die Frage, ob das dem Landesverband übertragene



Besuch des Ministerpräsidenten Karl Arnold in Lippe, 1951

Vermögen überhaupt in die Bodenreform einbezogen werden dürfe oder – ersatzweise – wer über die Einbeziehung im Einzelfall zu entscheiden habe.

Als Ministerpräsident Arnold am 14. Januar 1952 den Vertretern Lippes seine Erklärung zur Lippe-Frage vorstellte, entspann sich zu diesem Punkt eine grundsätzliche Diskussion. In der Erklärung heißt es dazu: »Die Entscheidung über die Frage, ob das Grundeigentum der früheren lippischen Domänen, die jetzt auf den Lippischen Landesverband übergegangen sind, ohne Schädigung des Gemeinwohls enteignet werden kann, wird der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erst nach Anhörung des Landesverbandes Lippe durch Erlass treffen.«[267] Der zuständige Minister Heinrich Lübke betonte seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Landesverband, hielt aber daran fest, daß das lippische Domanium »im Interesse der Vertriebenen« in die Bodenreform einbezogen werden müsse. Drake warf dagegen ein, daß eine Aufteilung der lippischen Domänen die Zukunftsplanung der Gemeinden beeinträchtige und nannte als Beispiel die Stadt Detmold, die durch eine »Einbeziehung eines vor ihren Toren liegenden Rittergutes in die Bodenreform sehr stark in ihrer Entwicklung gehindert« sei. Lübke sicherte daraufhin die Berücksichtigung örtlicher Interessen zu,

bestand allerdings darauf, daß der Landesverband auf keinen Fall allein entscheiden dürfe, welche Grundstücke in die Bodenreform einzubeziehen seien. Diese Auskunft konnte den Vertretern Lippes nicht genügen. Das in Düsseldorf angefertigte Protokoll dieser Besprechung enthält zum Abschluß dieses Punktes zwar den Satz »Diese Formulierung findet Zustimmung.« Das hat man in Detmold jedoch anders gesehen: In dem hier überlieferten Exemplar ist handschriftlich »Nein!« hinzugefügt.[268] Drake hat die lippischen Bedenken noch einmal schriftlich zusammengefaßt. Um die alleinige Zuständigkeit des Landesverbandes für die Entscheidung über lippisches Domanialland zu begründen, verwies er auf den Domanialvertrag von 1919: »Es muß bemerkt werden, daß der Domanialbesitz durch eine vertragliche Bestimmung aus dem Jahre 1919 dem lippischen Lande vorbehalten ist und daß schon deshalb eine Entscheidung über diesen Besitz nicht ohne weiteres getroffen werden kann. Eine solche Entscheidung kann nur der zuständigen Vertretungs-Körperschaft in Lippe vorbehalten sein.« Das Gleichbehandlungsgebot in § 4 des »Gesetzes über die Vereinigung des Landes Lippe mit dem Land Nordrhein-Westfalen« interpretierte Drake darüber hinaus anders als die Landesregierung: Nicht die Zuständigkeit der Siedlungsbehörden ergebe sich aus dem Gesetzestext, sondern vielmehr, »daß der Landesverband genauso über das Schicksal seiner Domänen entscheidet wie das Land Nordrhein-Westfalen über die etwaige Aufteilung seines Grundbesitzes. Zuständig ist also nicht der Herr Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, sondern die Verbandsversammlung des Landesverbandes Lippe.« Das sei auch die Auffassung der Verfasser des Gesetzes gewesen. Außerdem verwies Drake auf die »Punktationen«, die eine Entscheidung in zweifelhaften Einzelfragen einem beiderseits paritätisch zu besetzenden Ausschuß zuweisen. In diesem Sinne machte Drake einen Kompromißvorschlag, wonach zunächst keine Entscheidung getroffen, sondern vom Landesverband mit dem Einverständnis aller Betroffenen ein Gesamtplan aufgestellt werden sollte.[269] Die Erklärung des Ministerpräsidenten über die Verwaltung der lippischen Landesteile in ihrer endgültigen Fassung vom 22. Januar 1952 hat diesen Vorschlag aufgegriffen. Der Landesverband wird beauftragt, »binnen vier Monaten einen vorbereitenden Plan bezüglich der früheren lippischen Domänen aufzustellen und mit dem Herrn Ernährungsminister zu beraten, wobei Klarheit darüber besteht, dass im Rahmen

der bestehenden Gesetzgebung eine Verständigung herbeigeführt wird.«[270] Der Hinweis auf die bestehende Gesetzgebung besagte, daß Arnold nicht bereit war, einen Teil der Entscheidungskompetenz in der Bodenreform von der Regierung auf den Landesverband zu übertragen.

Drakes Feststellung, daß die Verfasser des Vereinigungsgesetzes seine Interpretation zugrundegelgt hätten, hat daher in Düsseldorf offenbar eine leichte Verunsicherung bewirkt. Jedenfalls hielt Vogels, im Jahre 1946 immerhin Verhandlungsführer der Landesregierung und Kenner der lippischen Verhältnisse und ihrer Protagonisten, es für angebracht, sich bei dem früheren Vorsitzenden des Verfassungsausschusses Jacobi über die damaligen Absichten zu vergewissern. Problematisch wirkte sich vor allem die Tatsache aus, daß das Bodenreformgesetz noch nicht existierte, als über die »Punktationen« verhandelt wurde. Die Antwort von Jacobi auf die Anfrage von Vogels ist bezeichnend für die politische Situation 1946/47 und ihren Wandel in den sich anschließenden Jahren: »Mir ist in klarer Erinnerung, [...] daß der Verfassungsausschuß in der Tat von der Vorstellung ausging, daß in irgendeiner Form Sondervermögen für das Gebiet des früheren Landes Lippe bestehen bleiben würde. Auch ist mir erinnerlich, daß hinsichtlich der Verwaltung desselben, vor allem aber in Bezug auf die Verfügungen über dieses Vermögen eine irgendwie geartete Miteinschaltung lippischer Instanzen in Rede stand. Bei diesen Erwägungen spielten die Punktationen eine Rolle. Mir kommen allerdings Zweifel, ob die Praktizierung dieser damals ins Auge gefaßten Behandlung nicht eine ergänzende gesetzliche Bestimmung notwendig macht, dies deshalb, weil sehr schwer darüber hinweg zu kommen ist, daß das Bodenreformgesetz erst nach der Verkündung des Vereinigungsgesetzes verabschiedet worden ist und hierbei keinerlei Sonderregelungen für das Gebiet des früheren Landes Lippe Erwähnung gefunden haben. Nach meiner Erinnerung ist damals, sowohl von seiten der Ministerien als auch der Abgeordneten an das frühere Land Lippe überhaupt nicht gedacht worden. ... Ich übersehe im Augenblick nicht, ob man den von Ihnen beabsichtigten und von mir nicht zuletzt aus taktischen politischen Gründen den Lippern gegenüber bejahten Versuch einer verfahrensmäßigen Sonderbehandlung des früheren lippischen Grundvermögens nicht im Wege einer Durchführungsverordnung durchsetzen kann.«[271] Vogels hat diesen Gedanken in seiner Antwort aufgenommen und für eine konkretisierende Ergänzung des Vereini-

gungsgesetzes zugunsten des Landesverbandes plädiert. Daß Lübke sich dagegen wehre, sei »von seinem Ressortstandpunkt aus [...] verständlich«, es zeuge aber von mangelnder Berücksichtigung »der durch die Punktationen und das Vereinigungsgesetz gegebene Situation.«[272] Der Briefwechsel zwischen Vogels und Jacobi ist Drake in Abschrift zugänglich gemacht worden. Er läßt erkennen, daß es in Düsseldorf nicht nur die in der Regierung immer stärker hervortretende Ablehnung der lippischen Wünsche gab. Als der Hauptausschuß des Landtags am 19. und 21. Januar 1952 die Erklärung des Ministerpräsidenten beriet, haben sich Abgeordnete von SPD, FDP und Zentrum für die lippischen Belange eingesetzt und durch ihr Votum bewirkt, daß sich der Ausschuß den lippischen Vorschlag zu eigen machte, für die lippischen Domänen zunächst einen Generalplan zu erarbeiten, bevor endgültig über die Bodenreform in Lippe entschieden werden sollte.[273]

Drake selbst hat unmittelbar im Anschluß an die Erklärung des Ministerpräsidenten wiederum verstärkt versucht, in Düsseldorf für seine Position zu werben. Die CDU und ihre Landtagsfraktion hatte im Gegensatz zu SPD, FDP und Zentrum vorbehaltlos die Position von Arnold unterstützt. Drake schilderte daher dem Fraktionsvorsitzenden Johnen die gegenwärtige Situation aus lippischer Sicht, wobei er besonders darauf hinwies, daß die Bodenreform dem Landesverband schwere Verluste zufügen werde.[274] Von einer gewissen Bitterkeit ist ein Schreiben von Drake an Amelunxen geprägt, der in der neuen Regierung Arnold seit September 1950 als Justizminister amtierte und dem gegenüber Drake daher vor allem die Unantastbarkeit von Verträgen betonte. Drake mußte den Eindruck haben, daß ausgerechnet der ehemalige Ministerpräsident, mit dem er seinerzeit die »Punktationen« vereinbart hatte, nun als Minister der Regierung Arnold dazu beitrug, den Wert dieser Vereinbarungen auszuhöhlen. »Eine unumstößliche Grundlage müßten die Vereinbarungen bleiben; sie werden aber nach meiner Überzeugung angetastet. [...] Besonders wichtig ist [...] die Frage des Domaniums. Da können wir nicht zulassen, daß der Landwirtschaftsminister [...] in der Frage der Verwertung der Domänen allein und letztgültig entscheidet. [...] Man kann den Landesverband [...] nicht nebenherlaufen lassen. [...] So war ja nun der Vertrag, den wir seinerzeit geschlossen haben, nicht gemeint. Schließlich kommt auch infrage, daß die Verfasser der Lippe-Gesetze eine eindeutige Rechtsauffassung über die fraglichen

Bestimmungen haben, die besagt, daß der Lippische Landesverband für Lippe an die Stelle des nordrhein-westfälischen Ministers treten sollte.«[275]

Um in dieser aus seiner Sicht unbefriedigenden Situation voranzukommen, bat Drake schließlich sogar Arnold selbst, »die ganze Sache noch einmal zu persönlicher Unterrichtung und Entscheidung an sich heranzuziehen.«[276] Der Ministerpräsident blieb jedoch bei seiner Haltung: »Nach nochmaliger Prüfung der von Ihnen dargelegten Punkte sehe ich [...] keine Möglichkeit, weitere Änderungen an der [...] Erklärung vorzunehmen. [...] Ich betrachte die Angelegenheit damit als erledigt.«[277] Dennoch kam es zwei Tage später in Düsseldorf zu einer Besprechung zwischen Drake und Arnold, bei der Drake den Vorschlag machte, nach Klärung der noch strittigen Punkte »mit allseitiger Zustimmung möglichst in einem kleinen Akte in Detmold den insoweit endgültigen Anschluss zu proklamieren.« Arnold stellte einen Besuch in Aussicht – Verhandlungen über einmal gefaßte Beschlüsse lehnte er aber ab: »Im Landtage sei überhaupt wenig Neigung, sich mit diesen Dingen noch zu beschäftigen, er habe seine liebe Not, alle an der Stange zu halten. Einige Abgeordnete sagten, wenn Lippe denn absolut nicht wolle, solle es irgendwohin gehen. Auch im Kabinett sei es schwierig, zumal da man immer fürchte, daß aus anderen Teilen des Landes ähnliche Wünsche kommen würden, die man nicht abweisen dürfe.« Drake beklagte, daß trotz der für die Durchführung der Bodenreform in Aussicht genommenen Beratungen mit dem Landesverband der Minister Lübke die Entscheidungen treffen werde, »und das sei bedenklich, weil ihm praktisch damit die Entscheidung über alle lipp. Domänen in die Hand gegeben sei.« Diesen Befürchtungen hat Arnold entgegengehalten, die Lipper »möchten Vertrauen haben, dass alles in bester Weise geregelt werden solle. Ich [Drake] habe versichert, dass bloßes Vertrauen kaum ausreiche, besser sei unter Vertrauenden, dass sie ihre Absichten fixierten, und so spätere Enttäuschungen von vornherein unterbänden.«[278]

Obwohl in Lippe die Enttäuschung über die Haltung der Landesregierung im gleichen Maße wuchs, wie die Regierung an Verständnis für die lippischen Wünsche verlor, kam es am 15. April 1952 zu einem Besuch Arnolds in Detmold. Die Hoffnung, hierbei einen Durchbruch zu erreichen, wurde jedoch enttäuscht durch die Weigerung des Ministerpräsidenten, über sachliche Veränderungen gegenüber seiner

Erklärung vom 22. Januar zu verhandeln. Lediglich zu Verfahrensfragen bezüglich der Bodenreform machte er Zugeständnisse.[279]

Seit Mitte Februar hatte Drake die Möglichkeit einer gerichtlichen Klärung in Rechnung gezogen[280]; nach dem Konferenzergebnis vom 15. April 1952 schien dieser Weg unausweichlich.

Es waren aber noch weitere Konflikte hinzugekommen, die bei der Abfassung der »Punktationen« noch nicht erkennbar gewesen sind, die aber mit der Unvereinbarkeit der zwischen Amelunxen und Drake unter besonderen politischen Umständen ausgehandelten Angliederungsbedingungen mit der nordrhein-westfälischen Verfassung und einer Reihe von Landesgesetzen zu tun hatten.

## Landschaftsverbände und Verwaltungsreform

Im Juli 1950 bemerkte Drake in einem Brief an den Bielefelder Oberbürgermeister Ladebeck: »Ich mache [...] kein Hehl daraus, daß ich in einem verhältnismäßig kleinen Lande, wie es Nordrhein-Westfalen [im Vergleich zum früheren Preußen, d. Verf.] ist, das Bestehen zweier Provinzialverbände, wie sie hier vorgesehen sind, nicht für richtig, um einen sehr milden Ausdruck zu gebrauchen, halte.«[281] Das war ein Reflex der zu dieser Zeit bereits angestellten Überlegungen zur Neuordnung und weiteren Entwicklung der früheren preußischen provinziellen Selbstverwaltung. Nachdem die Landesregierung zunächst einen einheitlichen Provinzialverband für das ganze Land geplant hatte, wurde nach dem Regierungswechsel von 1950 als vorläufiges Ergebnis erneuter Beratungen im Februar 1951 der Entwurf für eine Landschaftsverbandsordnung als Regierungsvorlage in den Landtag eingebracht.[282]

In Lippe wurde dieser Entwurf sehr genau überprüft. Nicht die Erneuerung der Provinzialverbände – seit der Regierungsvorlage mit veränderter Bezeichnung – an sich, sondern die geplante Kombination mit einer umfassenden Verwaltungsreform hatte Drake alarmiert. Vorgesehen war, eine Reihe von bisher zentralen staatlichen Zuständigkeiten auf die erneuerte provinzielle Selbstverwaltung und auf die Gemeinden zu übertragen und die staatliche Mittelinstanz auf einen Kernbereich von Hoheitsaufgaben zu beschränken. Anzahl und Umfang der staatlichen Mittelbehörden – der Bezirksregierungen – hätten dann erheblich ein-

geschränkt werden können.[283] Hier vor allem setzten die Bedenken von Drake ein, die er in einem ausführlichen Schreiben dem Ministerpräsidenten Anfang April 1951 unterbreitete: »Wenn die dem Landtage vorliegende Landschaftsverbandsordnung Gesetz werden sollte, wird der Ostteil des Landes eine schwere Schädigung erleiden. Als Betreuer dieses Gebietes, der der Landesregierung für die gesunde Entwicklung verantwortlich ist, wie als Garant des Lippischen Landes bitte ich folgende Darlegungen entgegenzunehmen, die aus ernster Sorge hervorgehen.« Die ernste Sorge wegen drohender schwerer Schädigung galt der möglichen Aufhebung der Detmolder Bezirksregierung; dies hätte an sich schon eine entscheidende Mißachtung der »Punktationen« bedeutet. Mit einer Verlagerung des administrativen Schwerpunkts nach Münster wären darüber hinaus erhebliche Nachteile für Lippe wie für andere Randbereiche dieser stark vergrößerten Bezirke verbunden: Die Verwaltung könne »bei Entfernungen von 100 – 150 Kilometern nicht volksnah, sondern volksfern sein [...]. Die Leitung würde repräsentativ, sie könnte unmöglich ihren Bereich mit lebendiger und persönlicher Anteilnahme durchdringen. Einerseits Steigerung der Kosten und Ausgaben durch Zunahme des bürokratischen Apparats, andererseits schwere Belastung der Bevölkerung durch Reisekosten und Zeitversäumnisse. Autos und Flugzeuge stehen vorläufig für die Masse der Bevölkerung nicht zur Verfügung.« Konsequenterweise hat Drake die Errichtung von fünf Landschaftsverbänden vorgeschlagen, die sich weitgehend an den bestehenden Regierungsbezirken orientieren sollten – mit Ausnahme eines eigenen Bezirks für das Ruhrgebiet, der aus den anderen herauszuschneiden sei. Zur Bewältigung der »allerwichtigsten Dinge« unter all jenen Aufgaben, die zur bisherigen landschaftlichen Selbstverwaltung gehörten – wie Heilanstalten, Versicherungen und Straßenbau – könne ein »Landeszweckverband« eingerichtet werden. Im übrigen hielt Drake die ganze Vorgehensweise für falsch; seiner Meinung nach wäre eine Gemeindereform das notwendige Fundament für alle weiteren Verwaltungsreformen. Abschließend ließ er den Ministerpräsidenten wissen, »dass diese Landschaftsverbandsordnung im ostwestfälischen Raum kaum, in Lippe keine Zustimmung findet, im Gegenteil abgelehnt wird.«[284]

Neben der Sorge um den Erhalt der Detmolder Bezirksregierung spielte aber auch die Frage eine Rolle, wie das Verhältnis zwischen dem Landesverband und den Landschaftsverbänden zu gestalten sei. Im

Oktober 1951 hatte Drake einen Entwurf für den von ihm angestrebten Vertrag mit der Landesregierung fertiggestellt, dessen § 3 einen Vorschlag dazu enthielt: »Falls im Lande Nordrhein-Westfalen Landschaftsverbände gebildet werden, ohne daß über die Betreuung des lippischen Bereichs durch sie eine Verständigung erfolgt wäre, so sind die kulturellen Aufgaben im lippischen Gebiete dem Landesverband Lippe zu übertragen. Die Bereitstellung der für diese Zwecke erforderlichen Mittel an den Landesverband Lippe erfolgt unmittelbar durch das Land Nordrhein-Westfalen.«[285] Die in diesem Vorschlag enthaltene teilweise Verlagerung von Zuständigkeiten des Landschaftsverbandes auf den Landesverband Lippe liest sich fast wie eine Vorwegnahme der Regelung in der Landschaftsverbandsordnung von 1953. Dennoch liefen die Beratungen nicht direkt auf diese Lösung zu, sondern es wurden in der Diskussion um die Erklärung des Ministerpräsidenten im Januar 1952 noch andere Varianten entwickelt.

Arnold hatte auf die dem Landtag vorliegende Landschaftsverbandsordnung verwiesen, die einen westfälisch-lippischen Landschaftsverband vorsehe. Er kündigte an, daß die Regierung sich im Landtag für eine Regelung in der Landschaftsverbandsordnung einsetzen werde, die die Bildung eines besonderen Zweckverbandes »zur Durchführung der Selbstverwaltungsaufgaben kultureller Art für das Gebiet des früheren Landes Lippe« ermögliche. Drake hielt das nicht für ausreichend – seine Sorge war, daß Lippe auf kulturellem Gebiet von Münster abhängig werden könne. Zusammen mit Max Staercke und dem Detmolder Landrat Dr. Johanning forderte Drake unter Berufung auf die »Punktationen« die Errichtung eines dritten Landschaftsverbandes für Ostwestfalen-Lippe[286]: Die Möglichkeit, daß Lippe durch Majorisierung in einem zu bildenden Landschaftsverbande oder in einer ähnlichen Körperschaft in eine Gemeinschaft gezwungen würde, die ihm aus sachlichen Erwägungen nicht genehm wäre, muß ausgeschlossen werden.«[287] Aber auch innerhalb des Kabinetts gab es Widerspruch, allerdings aus der entgegengesetzten Richtung: So warnte etwa Heinrich Lübke vor einer solchen Sonderregelung, die leicht zum Präzedenzfall werden und an anderer Stelle Begehrlichkeiten wecken könnte.

Nicht nur auf den Landesverband und Lippe insgesamt bezogen sich die Befürchtungen, die man hier für den Fall der Begründung von zwei Landschaftsverbänden hegte. Der Detmolder Bürgermeister

Richard Moes sah Gefahren für seine Stadt heraufziehen, wenn daneben die beabsichtigte Verwaltungsreform verwirklicht und die staatliche Mittelinstanz an die beiden Landschaftsverbände gekoppelt würde. Auch er unterstützte daher die Forderung nach einem dritten – ostwestfälisch-lippischen – Landschaftsverband, der seinen Sitz selbstverständlich in Detmold haben müsse. »Detmold als Sitz eines ostwestfälisch-lippischen Landschaftsverbandes könnte einer die Mittelinstanz betreffende Verwaltungsreform ruhig entgegensehn.« Er entwickelte darüber hinaus aber noch weitergehende Perspektiven: »Vielleicht würde ein solcher Verband sogar die Wege ebnen können zu einer späteren Verschmelzung mit dem Lippischen Landesverband. Da ich kein Ur-Lipper bin, glaube ich diesem uns jetzt so wichtigen Gebilde keine Ewigkeitsbedeutung zumessen zu können. Aber es könnte auch in ferner Zukunft wohl eher in Ostwestfalen als in Großwestfalen mit Münster als Hauptstadt aufgehn.« Sein Interesse galt jedoch in erster Linie seiner Stadt: »Im Hinblick auf unsere räumliche Enge sind uns die Fragen über die Zukunft des lippischen Domaniallandes besonders wichtig. Über seine Verwertung möchten wir als unmittelbare und mittelbare Interessenten gehört werden. Soweit deckt sich unser Interesse völlig mit dem Recht einer Mitwirkung, das wir dem Landesverband zuerkannt wissen möchten.«[288]

Nicht ganz uneigennützig machte sich der Landesrat Naunin vom westfälischen Provinzialverband die lippischen Forderungen gegenüber der Landesregierung zu eigen. Um die lippischen Vorbehalte gegenüber einem Landschaftsverband Westfalen-Lippe abzubauen, betonte er im kommunalpolitischen Ausschuß des Landtags die westfälisch-lippische Interessenkoalition gegenüber Düsseldorf: »Ein etwaiges Mißtrauen gegenüber dem Landschaftsverband Westfalen sei nicht am Platze. Die westfälischen Kreise würden sicherlich mit den lippischen Ansprüchen einverstanden sein; denn Lippe verteidige das, was Westfalen gegenüber dem Lande verteidige. Man wäre unehrlich, würde man die Sonderstellung, die Westfalen vom Lande verlange und nun im Landschaftsverband gesichert sehe, Lippe nicht einräumen.«[289]

Die Beratungen zum Entwurf für eine Erklärung des Ministerpräsidenten über die Verwaltung der lippischen Landesteile hatten dazu geführt, daß der endgültige, am 22. Januar 1952 von Arnold unterzeichnete Text an einigen Stellen ergänzt oder geändert wurde. An den Aus-

führungen über den Landschaftsverband für Westfalen und Lippe änderte sich dagegen trotz der von lippischer Seite vorgebrachten einmütigen Kritik nichts.

Mit einer weiteren Denkschrift hatte Drake Ende Februar 1952 den Versuch unternommen, die seit den Verhandlungen sechs Wochen zuvor festgefahrene Entwicklung wieder in Bewegung zu bringen. Zum Komplex Landschaftsverband/Verwaltungsreform stellte er fest: »Zwei Landschaftsverbände für Nordrhein-Westfalen sind nach der ziemlich übereinstimmenden lippischen Auffassung ein schwerer Fehler« und wiederholte seine Forderung nach einem dritten Landschaftsverband für Ostwestfalen und Lippe; dabei stand natürlich die Sorge um das Fortbestehen der Detmolder Bezirksregierung im Vordergrund. Die Gefährdung des Regierungssitzes Detmold muß wohl als akut empfunden worden sein, denn Drakes Denkschrift enthielt vorsichtshalber eine Rückzugsposition: Falls die Landesregierung im Zuge der Verwaltungsreform die Zahl der Bezirksregierungen verringern wolle, »so könnte Lippe nicht darauf verzichten, Vorbehalte zu machen hinsichtlich eigener mittelinstanzieller Befugnisse für wichtige Aufgabenbereiche, so auf dem Gebiete der Kultur, der Jugendpflege, des Verkehrs, was im einzelnen festzulegen sein möchte.«[290] Bei dem Besuch des Ministerpräsidenten in Detmold am 15. April 1952 äußerte sich Arnold ausweichend: Über die Angelegenheit bestehe unter den Fraktionen des Landtags keine Einigkeit; Landschaftsverbände und Verwaltungsreform seien allerdings nicht voneinander zu trennen.[291]

Wenn auch nicht für die bestehende Unsicherheit über die Zukunft der Detmolder Bezirksregierung, so aber doch für das Verhältnis zwischen dem Landesverband Lippe und dem künftigen Landschaftsverband Westfalen-Lippe zeichnete sich kurz darauf eine Lösung ab. Ministerialdirektor Dr. Rombach aus dem Innenministerium hatte die Lippe-Erklärung des Ministerpräsidenten vom 22. Januar kommentiert und zu Punkt 6, der den Komplex Landschaftsverbände/Verwaltungsreform und die Möglichkeit eines besonderen lippischen Zweckverbandes innerhalb des Landschaftsverbandes behandelt, an den Ministerpräsidenten berichtet, »daß eine zweckverbandsähnliche Organisation bereits im Landesverband Lippe besteht, der nach dem Gesetz über den Landesverband Lippe bereits wichtige kulturelle Aufgaben zugewiesen worden sind. Dieser Landesverband erscheint als der

geeignete Träger für die Übertragung weiterer Selbstverwaltungsaufgaben kultureller Art.« Dementsprechend hatte er auch gleich die erforderliche Ergänzung zum Entwurf der Landschaftsverbandsordnung formuliert: »Die in Absatz 2 zu c bezeichneten Aufgaben kultureller Art sind für das Gebiet des früheren Landes Lippe dem Landesverband Lippe auf dessen Antrag zu übertragen.«[292] Diese Formulierung ist fast wörtlich in die am 12. Mai 1953 vom Landtag verabschiedete Landschaftsverbandsordnung eingegangen, die am 1. November 1953 in Kraft getreten ist.

Vor allem die ursprünglich zusammen mit der Errichtung der Landschaftsverbände beabsichtigte Verwaltungsreform hatte in Lippe für erhebliche Unruhe gesorgt. Nach dem Regierungswechsel in Düsseldorf 1956 wurden die Reformpläne zunächst nicht weiterverfolgt. Mit dem Landesorganisationsgesetz von 1962[293], das die Funktion des Regierungspräsidenten absicherte, fand das zunächst sehr umfassend angelegte Reformvorhaben insoweit seinen Abschluß.[294]

Seit der Errichtung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe war Heinrich Drake Mitglied der Landschaftsversammlung, des parlamentarischen Gremiums des Landschaftsverbandes. In der Personalunion von Verbandsvorsteher des Landesverbandes und Mitglied der Landschaftsverbandsversammlung war Drake in der Lage, die Interessen des Landesverbandes Lippe in Münster wirkungsvoll zu vertreten und zu sichern. Vier Jahre später hat er sich in einem Grundsatzartikel in der »Lippischen Rundschau« zum Verhältnis von Landesverband und Landschaftsverband Westfalen-Lippe geäußert: Der Landesverband habe das ihm in der Landschaftsverbandsordnung verbriefte Recht, die Übertragung der Aufgaben der landschaftlichen Kulturpflege zu beantragen, bisher nicht in Anspruch genommen. Dennoch leiste der Landesverband als Träger von Landesmuseum, Landesbibliothek und Landestheater einen Beitrag zur Kulturpflege über Lippe hinaus, da Einzugsbereich und Bedeutung dieser drei Institutionen zwischenzeitlich erheblich gewachsen seien. Um dem Eindruck entgegenzutreten, der Landesverband sei so etwas wie ein Hilfsorgan des Landschaftsverbandes, betonte Drake den im öffentlichen Bewußtsein womöglich etwas verwischten Unterschied zwischen Landesverband und Landschaftsverband: »Der Landesverband Lippe ist fast reine Vermögensverwaltung ›mit sozialem Einschlag‹, der Landschaftsverband Westfalen-Lippe dagegen eine regionale öffentlich-rechtliche Körperschaft mit der wichtigen



Heinrich Drake als Alterspräsident der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe in Münster, 1957

Befugnis, Umlagen von seinen Gliedern (Trägern) zu erheben und mit dem Recht, wichtige Aufgabengebiete des Landes Nordrhein-Westfalen zu verwalten: allgemeine und besondere Fürsorge, Straßen- und Wegebau, Jugendpflege, landschaftliche Kultur.« Drake verwies insbesondere auf die direkten und indirekten finanziellen Leistungen aus Lippe für den Landschaftsverband. Er trat damit vor allem der Meinung entgegen, daß die beiden lippischen Kreise durch die Existenz des Landesverbandes besonders begünstigt seien. »Soweit ihnen aus den Aufkünften des Landesverbandes etwas zugute kommt, ist es das Aufkommen aus eigenem Besitz, das sie in alten Zeiten haben schmerzlich entbehren müssen und das ihnen heute endlich die an sich so selbstverständliche geringe Hilfe in ihren steuerkraftmäßig so kümmerlichen Verhältnissen gewährt. Es ist die leider unzureichende Abgeltung für den von ihnen übernommenen Teil der ›landesherrlichen Verwaltung‹, deren Fundation das Domanialgut Anno dazumal und bis in neuere Zeit hinein bildete.«[295] Damit war ein Thema angesprochen, das einige Jahre später bei



**Heinrich Drake (o. R., 3. v. l.) im Landschaftsausschuß der Landeschaftsversammlung Westfalen-Lippe, 1964**

der Durchführung der Kommunalreform noch eine wichtige Rolle spielen sollte.

Auch mehr als drei Jahrzehnte später konnte eine bessere Kenntnis der besonderen Charakteristika von Landesverband oder Landschaftsverband in der Öffentlichkeit offenbar nicht vorausgesetzt werden. Heinz Jurgeneit, langjähriger Kämmerer des Landesverbandes, hat 1989 in einem längeren Aufsatz zur aktuellen Situation des Landesverbandes auch zu dessen Verhältnis zum Landschaftsverband Westfalen-Lippe Stellung genommen: »Grundsätzlich muß herausgestellt werden, daß der Landesverband Lippe eine eigenständige von der Einrichtung und Organisation des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe völlig unabhängige öffentlich-rechtliche Körperschaft ist und auch in der entscheidenden Aufgabenstellung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (Straßenbau und Gesundheitswesen) keine Aufgabenverbindung zum Landesverband Lippe besteht. Es gibt jedoch eine Verbindungsachse zwischen diesen beiden Institutionen, und diese liegt im kulturellen Bereich. Die nach der Landschaftsverbandsordnung den Landschaftsverbänden Westfalen-Lippe und Rheinland übertragene Zuständigkeit im Rahmen der landschaftlichen Kulturpflege sieht für den lippischen Bereich eine Sonderregelung in der Weise vor, daß hier

in Lippe die landschaftliche Kulturpflege dem Landesverband Lippe übertragen ist.«[296]

## Volksabstimmung

Eine Volksabstimmung über die Eingliederung Lippes nach Nordrhein-Westfalen, wie sie von der Militärregierung in der Verordnung Nr. 77 vorgesehen war, hat bekanntlich nicht stattgefunden. Während der Beratungen über die Lippe-Gesetze haben die verschiedenen mit der Sache befaßten Vertreter der Militärregierung mehrfach darauf gedrungen, daß die Möglichkeit für eine Abstimmung erhalten bleibt. Im Innenministerium wurde zu Beginn des Jahres 1951 schließlich ein »Gesetz über eine Volksabstimmung in den Landkreisen Detmold und Lemgo« entworfen. Das Kabinett hat dem Entwurf am 26. Februar 1951 zugestimmt, zugleich aber zur Kenntnis genommen, »daß der Innenminister an die Bundesregierung die Anfrage richten wird, ob die vorgesehene Abstimmung als Volksbegehren nach Art. 29, II GG anerkannt werden wird.«[297] In diesem Fall hätte das Ergebnis eine rechtlich bindende Wirkung für zukünftige Neugliederungen gehabt. Im übrigen war dieser Grundgesetzartikel von Anfang an durch die Alliierten suspendiert gewesen; er ist erst mit dem Ende des Besatzungsstatuts am 5. Mai 1955 in Kraft getreten. Das Bundesinnenministerium teilte auf diese Anfrage aber im März 1951 mit, daß eine Volksabstimmung in Lippe kaum eine größere Bedeutung als eine reine Meinungsumfrage haben könne.[298] Für diesen Fall herrschte zwischen Düsseldorf und Detmold Einigkeit, daß man den Gesetzentwurf dann zurückziehen könne. Das ist im Ergebnis auch so geschehen: Der Entwurf wurde am 18. April 1951 dem Landtag vorgelegt, der ihn ohne Debatte an den Hauptausschuß überwies.[299] Die Militärregierung hatte auf Anfrage inzwischen eine vorläufige Verschiebung der Volksabstimmung empfohlen. Der Entwurf hat im Hauptausschuß gelegen, bis dieser im Dezember 1951 eine Volksabstimmung in Lippe endgültig ablehnte.[300] Die Landesregierung hat den Entwurf daraufhin am 11. Dezember 1951 zurückgezogen.[301]

Bei einer Wahl, die unabhängig vom Ergebnis keine praktischen Auswirkungen haben würde, sei, so Drakes Befürchtung, nur mit einer äußerst niedrigen Beteiligung zu rechnen, und dann wären die

vermutlich besser motivierten Gegner von Nordrhein-Westfalen um Max Staercke im Vorteil.[302] Staercke und der von ihm dominierte »Ausschuß für die Vorbereitung eines Volksentscheides über den Anschluß Lippes an die Nachbarländer Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen« spielte in dieser Auseinandersetzung eine wichtige Rolle, die bereits weiter oben charakterisiert worden ist. Er betrachtete es als seine Aufgabe, die niedersächsische Option für Lippe offenzuhalten. Die politisch etwas unübersichtliche Entwicklung der Volksabstimmungsfrage in den fünf Jahren von der Verordnung Nr. 77 bis zur Erklärung des Ministerpräsidenten konnte sich der Ausschuß dabei zunutze machen.

Solange Artikel 29 GG suspendiert war, mußten alle Versuche, die Eingliederung Lippes nach Nordrhein-Westfalen rückgängig zu machen, erfolglos bleiben. Nach dem Inkrafttreten des Artikels im Mai 1955 war diese Möglichkeit prinzipiell gegeben. Ein Durchführungsgesetz vom 23.12.1955 setzte allerdings eine Frist bis zum 5.2.1956 – bis zu diesem Datum hätte ein entsprechendes Volksbegehren eingeleitet werden müssen. In Lippe ist dies nicht geschehen, nicht einmal die Mitglieder des Kreises um Max Staercke haben das versucht. Daß diese Möglichkeit nicht genutzt wurde, kann wohl als stillschweigende Zustimmung zur Endgültigkeit des von Amelunxen und Drake 1946/47 ausgehandelten und von der britischen Militärregierung in der Verordnung Nr. 77 verfügten Anschlusses Lippes an das Land Nordrhein-Westfalen gewertet werden, der 1955 auch vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden war.[303]

### Vertrag statt Abstimmung

Anstelle einer Volksabstimmung strebte Drake bereits seit September 1951 den Abschluß eines zweiseitigen Vertrags zwischen dem Landesverband Lippe »als Treuhänder der Lippischen Bevölkerung« und Nordrhein-Westfalen zur Regelung aller offenen Fragen an. Die Vertragsform hielt Drake deshalb für notwendig, »weil ein einfaches Gesetz ohne rechtliche und besondere Schwierigkeiten vom Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen wieder geändert werden könne.« Vogels wandte dagegen ein, daß staatsrechtliche Abmachungen nur zwischen Staaten getroffen werden könnten; der Landesverband sei daher kein geeigneter Vertragspartner.[304] Damit war ein Punkt angesprochen, der in dem

späteren Verfassungsstreit große Bedeutung erlangen sollte; an dieser Stelle wurde er nur angerissen.

Zur Vorbereitung der dafür notwendigen Verhandlungen arbeitete er eine Denkschrift aus, die einen Entwurf zu einem »Vertrag zwischen dem Lande Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband Lippe« enthält. In acht Paragraphen wurden alle wesentlichen Punkte benannt, die aus lippischer Sicht noch einer endgültigen Regelung bedurften und über die in Lippe Konsens herrschte. Da dies für die Schulfrage nicht vorausgesetzt werden konnte, ist sie in dem Vertragsentwurf nicht aufgeführt. Dagegen werden die »Punktationen« sowie die beiden Lippe-Gesetze zu Bestandteilen des Vertrages erklärt (§ 1); es wird bestimmt, daß Detmold Sitz von Bezirksregierung und Landgericht bleiben und daß zusätzlich das Landesverwaltungsgericht von Minden hierher verlegt werden soll; eine Veränderung der Kreisgrenzen und eine Einführung der Ämterverfassung soll nur mit Zustimmung der beiden lippischen Kreise geschehen; die IHK- und Handwerkskammer-Bezirke dürfen nur mit Zustimmung ihrer Trägerschaft verändert werden (§ 2); »Falls im Lande Nordrhein-Westfalen Landschaftsverbände gebildet werden, ohne daß über die Betreuung des lippischen Bereichs durch sie eine Verständigung erfolgt wäre, so sind die kulturellen Aufgaben im lippischen Gebiete dem Landesverband Lippe zu übertragen. Die Bereitstellung der für diese Zwecke erforderlichen Mittel an den Landesverband Lippe erfolgt unmittelbar durch das Land Nordrhein-Westfalen.« (§ 3); das lippische Landesarchiv wird drittes nordrhein-westfälisches Staatsarchiv (§ 4); die Musikakademie soll vom Land gefördert werden und seinen Sitz in Detmold haben; bei Neugründung oder Verlegung einer Pädagogischen Akademie soll Lippe berücksichtigt werden (§ 5); die Bäder Salzuflen und Meinberg sollen »stärkste Förderung« erhalten und dürfen nicht schlechter als das Bad Oeynhausen gestellt werden (§ 6); Landesbibliothek und Landesmuseum sollen sowohl regelmäßige als auch zusätzlich jeweils eine einmalige Zahlung erhalten, ebenso soll auch das Landeskrankenhaus gefördert werden (§ 7); schließlich soll das Land etwas mehr als zwei Millionen Mark lippischer Altschulden übernehmen (§ 8).[305]

Nach Drakes Vorstellung sollte dieser Vertrag durch ein Gesetz veröffentlicht werden. Seine Absicht war es offenbar, durch diese doppelte Absicherung den formalen Mangel der »Punktationen« auszu-

gleichen, der ihm bei deren Entstehung nicht bewußt geworden war. Gegenüber dem Staatsrechtler Prof. Giese, der im Rahmen des Verfassungsstreits ein Rechtsgutachten für den Landesverband erstellt hat, bemerkte Drake im April 1952, »dass Ministerpräsident Dr. Amelunxen mir gegenüber seinerzeit zu erkennen gegeben hat, es sei alles in Ordnung und in bester Weise geregelt. Dass der Landtag förmlich nicht zugestimmt hat, war mir nicht bekannt.«[306]

Bevor über diesen Vertragsentwurf mit der Landesregierung verhandelt wurde, machte Drake ihn am 25. Oktober 1951 zum Gegenstand einer etwa 300köpfigen Versammlung von Bürgermeistern, Kreistagsmitgliedern, Landesverbandsmitgliedern und »namhaften Persönlichkeiten des Landes«. Die Teilnehmer dieser »Turnhallen-Konferenz« in Lage haben sich im wesentlichen mit dem Entwurf einverstanden erklärt. Eine abweichende Meinung vertrat allerdings Bruno Kirchhof für die FDP. Er forderte, daß als Vertragspartner auf lippischer Seite neben dem Landesverband die beiden Kreise erscheinen müßten. »Der Landesverband ist nach unserer Ansicht keine Gebietskörperschaft. Er vertritt nicht den lippischen Staat, er ist nur der treuhändische Verwalter der Vermögensmassen. Er ist durch Landesgesetz gegründet. Letzten Endes war [!] er nichts anderes als das ausführende Organ der beiden Kreise Detmold und Lemgo.«[307] Ohne auf den merkwürdigen Imperfektgebrauch einzugehen, protestierte Drake sofort: »Wenn Herr Kirchhof ... ausführt, daß der Landesverband nur ausführendes Organ der beiden Kreise ist, so ist mir ... nicht bekannt, daß das richtig ist. Der Landesverband hat eine eigene staatsrechtliche Grundlage. Er wird vom Kreistag gewählt. Er ist in keiner Weise in seiner Arbeit durch Beschlußfassungen der Kreistage gehindert. Man kann ihn nicht als ausführendes Organ der Kreise ansehen.«[308] Wenige Tage später legte Drake seine Denkschrift dem Ministerpräsidenten vor, wobei er auch über den Verlauf und die Ergebnisse der »Turnhallen-Konferenz« sowie – merklich distanziert – über den Einwand der FDP berichtete: »Für den Fall eines Vertragsabschlusses ist als Vertragspartner auf der lippischen Seite der Landesverband Lippe vorgesehen. Es ist hier der Wunsch laut geworden, dass die Kreise dabei beteiligt werden möchten. Die Frage bedarf hinsichtlich der Rechtsverhältnisse und des praktischen Verfahrens noch der Klärung.«[309]

Im Hauptausschuß des Landtags stand der Vertragsplan Anfang Dezember auf der Tagesordnung. Zur Vorbereitung dieser Sitzung fand

am 30. November eine Besprechung zwischen Ministerpräsident Arnold, dem neuen Innenminister Flecken (CDU) und Drake in Düsseldorf statt. Flecken machte bei dieser Gelegenheit den Vorschlag, »dass die Landesregierung eine Erklärung durch den Herrn Ministerpräsidenten abgebe, etwa des Inhalts, dass das lippische Land nicht schlechter behandelt werden solle als irgend ein anderer Landesteil«; besondere Wünsche aus Lippe, »die man billiger Weise als berechtigt anerkennen müsse«, sollten erfüllt werden, »soweit das die Gesamtsituation organisatorisch und finanziell irgendwie zulasse.«[310] Drake wurde am Schluß der Besprechung gebeten, eine Kurzfassung seiner Denkschrift anzufertigen und sie rechtzeitig zur Ausschußsitzung vorzulegen. Drei Tage später lag diese Fassung der Landesregierung vor. In der Sitzung des Hauptausschusses am 4. Dezember, bei der auch Drake anwesend war, stellte Flecken sie den Mitgliedern vor. Er stellte fest, »dass Herr Präsident Drake dabei verbleibt, man möchte das von ihm vorgelegte Wunschbukett zum Gegenstand von Beratungen und Verhandlungen machen, die zwischen einer Kommission des Lipper Landes und der Landesregierung zu führen seien. [...] Ich befinde mich in Übereinstimmung mit dem Herrn Ministerpräsidenten, wenn ich sage, dass wir die Angelegenheit nicht für so einfach halten und dass sie sich in Wirklichkeit nicht ohne Schwierigkeiten wird erledigen lassen, zum mindesten gesehen unter der deutlichen Ausübung eines Drucks in Bezug auf die Durchsetzung von Wünschen.« Der Ton zwischen Düsseldorf und Detmold wurde erkennbar schärfer, je länger die Auseinandersetzung dauerte. Im weiteren Verlauf der Sitzung sprach der KPD-Abgeordnete Rose, zugleich Fraktionsführer im Lemgoer Kreistag, dem Landesverband das Recht ab, als Vertragspartner der Landesregierung aufzutreten. Die Haltung seiner Partei hatte sich seit den Beratungen der Lippe-Gesetze im Landtag drei Jahre zuvor[311] nicht verändert: Nach wie vor hatte der Landesverband für die Kommunisten ausschließlich die Funktion einer Vermögensverwaltung und kam daher als Vertragspartner der Landesregierung nicht in Frage. Rose beklagte bei dieser Gelegenheit, daß der Landesverband sich dennoch Kompetenzen anmaße, die ihm als nicht unmittelbar demokratisch legitimierter Institution nicht zustünden. »In Lippe ist es vorgesehen, daß die Kreistage die Vertreter in den Landesverband wählen, und zwar im Verhältnis 5:5. Nichtgewählte können jedoch die Vertretung der Kreistagsvertreter übernehmen, so daß

außerhalb des Kreistages aus der Bevölkerung Vertreter entsendet werden können. Das hat die CDU durchgeführt, und wir haben festgestellt, daß im Landesverband den Kreisen zweckgebundene Mittel überwiesen werden. Das bedeutet praktisch, daß nicht vom Volk Gewählte über den gewählten Vertretern der Kreise stehen, wozu keine gesetzliche Grundlage vorhanden [ist].«[312] Sehr viel simpler charakterisierte Innenminister Flecken die Lage, indem er das Problem auf den Meinungsunterschied zwischen Drake und dessen – nicht einmal präzise bezeichneten – innerlippischen Gegnern reduzierte: Lippe sei gar nicht in der Lage, einen Vertragspartner zu stellen, denn – so das Protokoll – »der Regierungspräsident hielte den Landesverband, die Kreistagsabgeordneten die Kreistage für zuständig. Ausserdem sei es fraglich, ob das Land Nordrhein-Westfalen ... mit einem Landesteil einen Vertrag abschliessen könne. Deshalb sollte man sich mit einer allgemeineren, feierlichen und vom Landtag gebilligten Erklärung der Landesregierung zufrieden geben.«[313]

## Erklärung des Ministerpräsidenten statt Vertrag

Einen Entwurf für eine solche Erklärung legte Flecken wenige Tage später dem Ministerpräsidenten vor. Die von Drake anstelle einer Abstimmung angestrebte Vertragslösung hatte kaum noch Chancen auf Verwirklichung. Dennoch versuchte Drake, sie mit einem dramatisch gehaltenen Appell an den Ministerpräsidenten kurz vor dem Jahreswechsel noch zu retten: Lippe verzichte nicht auf die Abstimmung; falls aber nur eine unverbindliche Volksbefragung möglich sei, müsse jetzt eine zweiseitige Vereinbarung getroffen werden, denn das Ende der Fünfjahresfrist stehe in weniger als vier Wochen bevor. »Die Landesregierung wird erkennen, dass der 21. Januar 1952 nicht ohne eine bestimmte befriedigende Vereinbarung oder Erklärung, die nicht einseitig sein darf, vorübergehen kann. Das gebietet schon die Rücksicht auf ein selbständig gewesenes deutsches Land. Ein Blick auf die Geschichte Nordamerikas, auf die Schweiz beweist, wie eine wohlgeordnete verständige Demokratie die Empfindungen kleinerer Gebietsteile zu schonen weiss. Mit einem ›Druck‹ hat dieser Hinweis nichts zu tun.« Damit bezog Drake sich direkt auf die Ausführungen von Flecken in der Hauptausschußsitzung vom

4. Dezember; den dort vom Minister gebrauchten Ausdruck von einem lippischen »Wunschbukett« hielt Drake nicht für besonders passend und machte das in seinem Schreiben auch deutlich. Abschließend bat Drake darum, umgehend einen Verhandlungsausschuß einzurichten und dafür »die geeignetsten, mit der Sache vertrauten Referenten zu bestimmen. Die lippischen Vertreter stehen bereit.«[314] Arnold ließ sich aber dadurch nicht umstimmen. Für weitere Verhandlungen mit der lippischen Seite sah er keine Notwendigkeit – alle Argumente waren durch Drakes wiederholte umfangreiche Denkschriften hinreichend bekannt – und auch die Bereitschaft der Landesregierung, sich noch länger damit zu befassen, war geschwunden.[315]

Die lippischen Probleme mit einer einseitigen Erklärung zu lösen hatte für die Landesregierung darüber hinaus den entscheidenden Vorteil, daß kein Vertragspartner erforderlich war und man das Problem, wer die lippische Seite repräsentieren sollte, umgehen konnte. Gelöst wurde es dadurch eben nicht, und so kam es später unweigerlich wieder auf den Tisch.

Der von der Landesregierung formulierte Erklärungstext wurde am 14. Januar 1952 in Düsseldorf den Repräsentanten Lippes vorgestellt und in einer Runde von Ministern durchgesprochen. Das Ergebnis dieser Konferenz wurde in den Text eingearbeitet, ebenso ergänzende Bemerkungen, die Drake vier Tage später nachgereicht hatte.

Am 22. Januar 1952, einen Tag nach Ablauf der Fünfjahresfrist nach dem 21. Januar 1947, hat Ministerpräsident Arnold den so zustandegekommenen endgültigen Text der Erklärung unterzeichnet.[316] Er konnte die Vertreter Lippes jedoch nicht zufriedenstellen. Im Schulstreit hatten sich die Fronten mittlerweile derart verhärtet, daß er mit einer einseitigen Erklärung nicht mehr zu beenden gewesen wäre.

In Abschnitt 9 der »Punktationen« war die Erhaltung der Gemeinschaftsschule als Regelschule in Lippe vereinbart worden.[317] Dies kollidierte mit den schulpolitischen Bestimmungen der nordrhein-westfälischen Landesverfassung von 1950, die in Artikel 12 den Erziehungsberechtigten die Wahl der Schulform zubilligte und die Errichtung von Bekenntnisschulen auf Antrag ermöglichte.[318] Um den »Punktationen« zu entsprechen, wurde der Verfassung in Artikel 89 die sogenannte »Lippe-Klausel« hinzugefügt, die allerdings auf Initiative von CDU und Zentrum in ihrer Geltung auf den Zeitraum »bis zur endgültigen Ent-

scheidung über die ... Eingliederung« beschränkt wurde. Damit wurde die Schulfrage unmittelbar mit der Debatte um die Volksabstimmung verbunden.

Die Behandlung der lippischen Schulfrage in den Verfassungsberatungen hatte das Vertrauen der Lipper in die Zuverlässigkeit der Düsseldorfer Landesregierung bei der Erfüllung der »Punktationen« nicht eben bestärkt, und als zusammen mit der Landtagswahl am 18. Juni 1950 auch über die neue Landesverfassung abgestimmt wurde, stieß diese im lippischen Gebiet bei etwa zwei Dritteln der Wähler auf Ablehnung, während sie im Landesdurchschnitt mit einfacher Mehrheit angenommen wurde. Aus derselben Haltung heraus war auch die Verweigerung der Eidesleistung auf die Landesverfassung durch viele lippische Lehrer motiviert. Erst nach Androhung schärfster disziplinarischer Maßnahmen waren sie bis auf einen zur Ablegung des Diensteides bereit.[319]

Mit der Fünfjahresfrist war auch die Geltungsdauer der »Lippe-Klausel« in der nordrhein-westfälischen Verfassung abgelaufen, daher galten nun die nordrhein-westfälischen Schulgesetze unmittelbar auch im Gebiet des ehemaligen Landes Lippe. Wichtigste Konsequenz war die nun auch hier gegebene Möglichkeit zur Errichtung von Bekenntnisschulen, und diese Möglichkeit wurde genutzt. Eine ausreichende Zahl von Erziehungsberechtigten hatte in einigen lippischen Kommunen einen Antrag auf Einrichtung katholischer Volksschulen gestellt. Dennoch weigerten sich die Städte Detmold, Lemgo und Bad Salzuflen, eine Bekenntnisschule einzurichten. Die Kommunen begründeten das mit dem Hinweis auf die noch ausstehende endgültige Eingliederung Lippes in das Land Nordrhein-Westfalen. Die beantragten katholischen Volksschulen konnten schließlich nur nach Anwendung kommunalaufsichtlicher Zwangsmittel gegründet werden.[320]

### Der Verfassungsstreit und die Aktivlegitimation des Landesverbandes

Nachdem Drake im Juni 1952 im Alter von 70 Jahren – nicht ohne sanften Druck aus der CDU-Fraktion des Landtags[321] – sein Amt als Regierungspräsident aufgegeben hatte, konnte er als Landesverbandsvorsteher ohne die Beschränkungen und Verpflichtung zur Rücksichtnahme

agieren, die mit der Funktion eines Regierungspräsidenten verbunden gewesen waren. Selbst als er zwischen 1953 und 1956 vorübergehend als Verbandsvorsteher ausgeschieden war[322], hat Drake an den Auseinandersetzungen gewissermaßen aus eigenem Recht weiterhin teilgenommen. Für ihn selbst bedurfte das vermutlich keiner besonderen Rechtfertigung. Aber auch der Landesregierung lag dieser Gedanke nicht fern: Der spätere Staatssekretär im Innenministerium Fritz Rietdorf hat im Januar 1954 die Legitimation zur Vertretung des ehemaligen Landes Lippe allenfalls dem früheren Landespräsidenten zubilligen wollen.[323]



**Albrecht Gehring, Verbandsvorsteher des Landesverbandes Lippe, 1953 – 1956**

Auf Empfehlung von Vogels hatte er sich im Frühjahr 1952 an den Staatsrechtler Friedrich Giese gewandt und ihn um ein Gutachten über die verfassungsrechtliche Situation Lippes gebeten. Dem Auftrag wurden die Fragen nach dem Stellenwert der vo Nr. 77 und der »Punktationen« sowie nach der Endgültigkeit des Anschlusses Lippes und der Bedeutung der Volksabstimmung zugrundegelegt. Außerdem sollte u. a. geklärt werden, in welchem Umfang die nordrhein-westfälischen Schulgesetze und die Bodenreform in Lippe durchgeführt werden könnten und schließlich, »welche Stelle für das Land Lippe berufen ist, etwa entstehende Rechtsstreitigkeiten mit dem Lande NRW diesem gegenüber zu führen.« Das Gutachten lag im Mai vor; es stellte fest, daß es sich bei den »Punktationen« um eine »rechtsgültige und rechtsverbindliche Rechtsvereinbarung« zwischen Nordrhein-Westfalen und Lippe handele und daß außerdem der Anschluß Lippes noch nicht endgültig vollzogen sei. Zur staatsrechtlichen Charakterisierung des Landesverbandes führte Giese an, daß nur dieser als »umfassende und höchste Körperschaft im Lande [Lippe]« berufen sei, die Rechte der lippischen Bevölkerung zu wahren. »War es beim Abschluß der Richtlinienvereinbarung noch das Staatsfragment Lippe, welches mit dem werdenden Staat NRW kontrahierte, so ist es seit dem Landesverbandsgesetz vom 5.11.1948 der durch dieses

Gesetz ins Leben gerufene Landesverband Lippe, der die Rechtsnachfolge angetreten hat.« Giese schrieb dem Landesverband in seinem Gutachten die Rechtsstellung »einer dezentralisierten Staatlichkeit« zu und verglich ihn mit einem Unterstaat innerhalb eines Oberstaates. »Wurde dieses Gebilde eigener Art auch vornehmlich zur Verwaltung des durch das Vereinigungsgesetz ausgesonderten Vermögens des früheren Landes Lippe errichtet (G. v. 5.11.48, § 1) und dazu mit Organen ausgestattet (Verbandsversammlung und Verbandsvorsteher), so stehen ihm doch darüber hinaus alle Aufgaben und Befugnisse zu, welche im lippischen Raume nicht vom Oberstaat NRW wahrzunehmen sind.« Das Gutachten kam daher zu dem Ergebnis, daß der Landesverband Lippe »zu allen einschlägigen Verhandlungen mit NRW und zur nichtstreitigen oder streitigen Geltendmachung jener Rechte und Interessen [...] aktiv legitimiert [ist].«[324]

Drake hatte sich von diesem Gutachten, das seine Auffassung untermauerte, versprochen, daß es einen günstigen Einfluß auf die unnachgiebige Haltung der Landesregierung haben würde. Diese Erwartung wurde allerdings enttäuscht: Nicht verständnisvolle Zustimmung, sondern helle Empörung löste das Gutachten in der Düsseldorfer Staatskanzlei aus, nachdem Drake es dem Ministerpräsidenten Mitte Juni übersandt hatte. »Das ist nicht mehr zu überbieten!« lautet ein Randvermerk zu der von Giese geforderten Kompetenz des Verbandsvorstehers zur Geltendmachung des Tatbestandes des Art. 29 GG für Lippe, und ein Kommentar am Schluß des Gutachtens meint sarkastisch: »Es ist doch gut, daß es Professoren gibt!«[325]

Weitere Versuche zu einer Verständigung blieben erfolglos. Ganz im Gegenteil: Nun bemühte sich die Landesregierung um gerichtliche Bestätigung ihrer Position, indem sie beim Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen in Münster beantragte, in einem Normenkontrollverfahren festzustellen, daß die nordrhein-westfälischen Schulgesetze mit Artikel 89 der Landesverfassung vereinbar seien.[326] Das Urteil vom 23. Januar 1954 geht bei der Zuständigkeitsprüfung u. a. auf die von Giese aufgestellte These von Ober- und Unterstaat ein: »[Die lippischen Gemeinden] nehmen eine Organstreitigkeit zwischen Organen des als ›Oberstaat‹ bezeichneten Landes Nordrhein-Westfalen und des als ›Unterstaatsfragment‹ fortexistierend bezeichneten Landes Lippe an. Diese Ansicht über die Rechtsstellung des früheren Landes

Lippe ist sowohl staatsrechtlich wie nach dem vorliegenden Tatbestand offenkundig unhaltbar, so daß auch alle übrigen sich aus ihr ergebenden Folgerungen keiner Erörterung bedürfen.« Die Zuständigkeit des Verfassungsgerichtshofes in dieser Sache ergebe sich allein dadurch, daß sie als Antrag auf Normenkontrolle anhängig gemacht wurde. In der Sache hat der Verfassungsgerichtshof die Position der Landesregierung bestätigt und darüber hinaus festgestellt, daß die »Punktationen« nur von politischer Bedeutung seien und keinen rechtsverbindlichen Charakter hätten. Außerdem sei die Eingliederung Lippes am 21. Januar 1947 mit endgültiger Wirkung erfolgt.[327]

Damit waren die Fronten geklärt, und um eine Entscheidung zwischen diesen beiden Positionen ging es bei dem folgenden Verfassungsstreit vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Dorthin wandten sich nun die Vertreter Lippes, weil sie der Meinung waren, daß der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof als ein Gericht des Landes Nordrhein-Westfalen nicht in einer Sache entscheiden könne, in der das Land selbst Partei sei; sie hielten daher nur das übergeordnete Bundesverfassungsgericht für zuständig.

Noch bevor der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof sein Urteil veröffentlicht hatte, stellten der Landesverband Lippe und der Kreis Detmold (vertreten durch Professor Giese) sowie der Kreis Lemgo und die Städte Detmold, Lemgo und Bad Salzuflen (vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Redelberger aus Recklinghausen) am 30. Dezember 1953 beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf einstweilige Anordnung gegen die nordrhein-westfälische Landesregierung wegen Aussetzung der Durchführung des »Ersten Gesetzes zur Ordnung des Schulwesens im Lande Nordrhein-Westfalen vom 8. April 1952[328] in Lippe.« Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt, aber das BVG äußerte sich über die eigene Zuständigkeit in dieser Sache und vor allem darüber, ob der Landesverband als Kläger auftreten könne. »Als Repräsentanten des untergegangenen, aber im angegebenen Umfang als fortbestehend zu behandelnden Landes sind [...] der Landesverband Lippe und die beiden lippischen Kreise Detmold und Lemgo anzuerkennen. Sie sind die ›Exponenten des Volkswillens‹, von denen auch in Nr. 5 der Punktationen die Rede ist.« Zur Begründung wird im Urteil angeführt, daß der Landesverband eine Selbstverwaltungskörperschaft ausschließlich für den Bereich des ehemaligen Landes Lippe sei, daß

ihm der größte Teil des Landesvermögens übertragen und es seine Aufgabe sei, Kultur und Wohlfahrt im Bereich des ehemaligen Landes Lippe zu fördern. Daß auch den beiden lippischen Kreisen die Eigenschaft zugestanden wird, Repräsentanten der lippischen Bevölkerung zu sein, hat damit zu tun, daß den beiden Kreistagen im Vereinigungsgesetz vom 5. November 1948 ein Anhörungsrecht bei der Rechtsangleichung eingeräumt wurde. Da die Lippe-Gesetze den Kommunen keine vergleichbaren Vertretungsbefugnisse zugewiesen haben, konnte das Bundesverfassungsgericht den Städten Detmold, Lemgo und Bad Salzuflen die Fähigkeit nicht zubilligen, in diesem Verfahren als Antragsteller aufzutreten.[329] Der Vertreter der Landesregierung Rietdorf hat die Frage der Aktivlegitimation erwartungsgemäß anders beurteilt: »Sollte das BVerfG [...] das ehemalige Land Lippe noch als prozeßfähig ansehen, um seine vermeintlichen Rechte gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen aus den Richtlinien geltend zu machen, so müßte eine Legitimation des Landesverbandes Lippe und der lippischen Kreise und Gemeinden energisch bestritten werden. Wenn überhaupt, dann könnten insoweit nur die früheren noch vorhandenen Organe des Landes Lippe, also etwa der frühere Landespräsident, auftreten.«[330]

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Februar 1954 war eine Entscheidung über einen Antrag auf einstweilige Anordnung, nicht über inhaltliche Fragen der Ausgestaltung des rechtlichen Verhältnisses zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und seinem Landesteil Lippe. Nachdem das BVG dem Landesverband und den beiden lippischen Kreisen das Recht zuerkannt hatte, für das nicht mehr existierende Land Lippe einen Prozeß zu führen, suchten diese nun die Entscheidung in der Hauptsache. Am 17. Juli 1954 reichten sie – vertreten durch Professor Giese und Rechtsanwalt Redelberger – beim BVG eine Feststellungsklage ein. Das Gericht sollte die folgenden vier Punkte bestätigen:

1) Wenn nicht eine Volksabstimmung abgehalten oder eine an deren Stelle tretende Willensentscheidung des ehemaligen Landes Lippe eingeholt wird, verstößt die Erklärung der Eingliederung Lippes nach Nordrhein-Westfalen am 22. Januar 1952 »gegen den ungeschriebenen Grundsatz der Pflicht zu bundesfreundlichem Verhalten und gegen weitere vorkonstitutionelle Grundsätze«;
2) die Eingliederung verstößt unter denselben Bedingungen auch

gegen die »Punktationen«, gegen den Willen der Militärregierung und gegen das Lippe-Gesetz vom 5. November 1948;

3) »Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wird verpflichtet, zur Klärung der Frage der endgültigen Eingliederung des angegliederten Landes Lippe an Nordrhein-Westfalen auf der Grundlage der Punktationen unverzüglich die Willensentscheidung des Landesverbandes Lippe und der Kreise Detmold und Lemgo herbeizuführen«;

4) das Schulgesetz vom 8. April 1952 darf im Gebiet des ehemaligen Landes Lippe nicht (hilfsweise: bis zur endgültigen Eingliederung nicht) durchgeführt werden. Außerdem sollte erreicht werden, daß das Gericht die dauernde Rechtsverbindlichkeit der »Punktationen« feststellt.

Die beantragte Entscheidung des BVG sollte in erster Linie den Schulstreit beenden, aber die Frage nach der Endgültigkeit der Eingliederung und nach dem Stellenwert des Landesverbandes spielte eine ebenso wichtige Rolle. Die Vertreter der nordrhein-westfälischen Landesregierung hatten zwar die Aktivlegitimation der Antragsteller bezweifelt. Sie hielten den Antrag für unbegründet, »weil der Abschluß von Vereinbarungen mit einem untergegangenen Staatswesen überhaupt eine rechtliche Unmöglichkeit« sei.

Am 28. Juni 1955 fand die entscheidende mündliche Verhandlung in Karlsruhe statt. Drake war aufgrund eines Mißverständnisses nicht anwesend; er wurde aber anschließend über den Verlauf unterrichtet. Professor Smend aus Göttingen, der Drake persönlich bekannt war und der über gute Kontakte zum BVG verfügte, teilte mit, daß die Sache für Lippe nicht gut stehe. »Prof. Giese hat einen ganz schlechten Eindruck gemacht. Jeglicher Optimismus, der von Seiten Gieses herausgestellt würde, wäre unbegründet. Es würde sehr begrüßt werden, wenn außergerichtlich Vergleichsverhandlungen zustande kämen.«[331] Derlei Ausgleichsversuche hatten weiterhin stattgefunden; sie bestanden vor allem in dem – letztlich gescheiterten – Versuch, auf schulpolitischem Gebiet doch noch zu einer Kompromißlösung zu kommen.[332]

Das Urteil wurde am 28. Juli 1955 verkündet. Im Anschluß an das vorangegangene Urteil vom 24. Februar 1954 hat das BVG auch hier wiederum seine Zuständigkeit und auch die Berechtigung des Landesverbandes und der beiden lippischen Kreise zur Vertretung der lippischen Bevölkerung vor dem Gericht bestätigt. »Die Antragsteller, der

Landesverband Lippe und die Kreise Detmold und Lemgo, sind [...] die Selbstverwaltungskörperschaften, die die Bevölkerung des ehemaligen Landes Lippe in ihrer Gesamtheit repräsentieren. Ihnen muß daher die Befugnis eingeräumt werden, für das untergegangene Land Rechte gegen das Land Nordrhein-Westfalen vor dem Bundesverfassungsgericht geltend zu machen.« Aber das war nur ein Teilerfolg. Die von lippischer Seite gestellten Anträge hat das BVG dagegen abgelehnt. Es begründete seine Entscheidung vor allem damit, daß den »Punktationen« nicht der Charakter eines Staatsvertrages zukomme, da sie keinem Parlament zur Zustimmung vorgelegt worden seien. Die »Punktationen« seien jedoch als politische Richtlinien, als mehrfach bekräftigtes feierliches Versprechen der Landesregierung anzusehen, auf dessen Einlösung das ehemalige Land Lippe einen moralischen Anspruch habe. »Über die Einhaltung solcher politischer Richtlinien kann jedoch das Bundesverfassungsgericht nicht judizieren.« Die Ankündigung der Volksabstimmung in der Verordnung Nr. 77 wertete das Gericht als bloße politische Absichtserklärung der Besatzungsmacht ohne Rechtsverbindlichkeit und setzte daher den 21. Januar 1947 als Datum der endgültigen Eingliederung Lippes in das Land Nordrhein-Westfalen fest.[333] Der Kommentar von Drake zu diesem Urteil hat teilweise einen etwas resignativen Unterton: »Das Urteil [...] beendet den Streit, es ist endgültig. Seine Bedeutung ist unverkennbar. Das BVG spricht von hoher Warte. Wenngleich es der Kritik nicht enthoben ist, so kann es nicht meine Aufgabe sein, den Entscheidungsgründen in rechtlicher Beziehung nachzugehen.« Das BVG hat die politische Bedeutung der »Punktationen« hoch eingeschätzt – und dies hat Drake in seinem Kommentar verständlicherweise besonders hervorgehoben: »Diese Punktationen waren getragen von der lippischen Gesamtbevölkerung und ihrer Vertretung. Indem das erste nordrhein-westfälische Kabinett sie am 5. Dezember 1946 einstimmig förmlich akzeptierte und die folgenden Kabinette dieses Akzept feierlich bestätigten, haben sie einen Akt vollzogen, den das BVG einem förmlichen Staatsvertrage nicht gleichzusetzen vermochte, dem aber nun das höchste deutsche Gericht eine bemerkenswerte Auszeichnung verliehen hat.«[334]

## Kreisreform

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hatte seinerzeit die Verhältnisse in Lippe geklärt. Das bedeutete jedoch nicht, daß sie damit für alle Zukunft zementiert worden wären.

Mit dem 21. Januar 1947 war nicht nur die lippische Eigenstaatlichkeit beendet worden, sondern es gab fortan auch keine einheitliche lippische Verwaltungseinheit mehr. Das Gebiet des ehemaligen Landes bestand jetzt aus den beiden Kreisen Detmold und Lemgo. Es war deshalb unumgänglich, für die Verwaltung des lippischen Vermögens zum Nutzen der Bewohner »im Bezirk des früheren Landes Lippe« (§ 2 Landesverbands-Gesetz) eine Einrichtung zu schaffen, die diese Aufgabe unabhängig von der aktuellen Verwaltungsgliederung erfüllen konnte. Die Wiederherstellung einer lippischen Verwaltungseinheit durch die Bildung eines Großkreises Lippe wurde 1947 zwar diskutiert, allerdings ohne ernsthafte Realisierungsaussichten. Anderenfalls wäre der Landesverband damals nach Lage der Dinge wohl kaum errichtet worden. Als Drake im Februar 1947 gegenüber Colonel McGregor, dem Chef der regionalen britischen Militärregierung, die Zweckverbandspläne erläuterte, erwähnte er das vergleichbare Konzept für Schaumburg-Lippe aus den zwanziger Jahren, als dort Überlegungen zu einem eventuellen Anschluß an Preußen angestellt wurden. Drake betonte in diesem Zusammenhang, daß eine solche Lösung in Schaumburg-Lippe jetzt sinnlos sei, »weil dieses Land später nur aus einem Kreise bestehen wird.«[335] Wenn Drake dieses Beispiel anführt, um für Lippe die Notwendigkeit zur Errichtung eines Zweckverbandes zu begründen, dann hat sich diese Notwendigkeit für ihn zunächst allein aus der Tatsache ergeben, daß das lippische Gebiet keine Verwaltungseinheit mehr darstellte. Die Rolle des vorgesehenen Zweckverbandes als Träger lippischer Landestradition oder gar als Staatsfragment wie in dem Gutachten von Friedrich Giese[336] hat für Drake in diesem Begründungszusammenhang und zu diesem frühen Zeitpunkt keine Rolle gespielt. Ein undatierter, vermutlich aber im Frühjahr 1947 verfaßter Vermerk des Oberregierungsrates Konrad Petri weist in einem Nebensatz dem geplanten Zweckverband dagegen aber auch die Funktion zu, »Hüter und Wahrer alter lippischer Tradition« zu sein und fordert dementsprechend, daß er zum



Verabschiedung Heinrich Drakes durch den Landesverband Lippe, 1966

Ausdruck dafür berechtigt sein müsse, »das lippische Landeswappen zu führen.«[337]

Mehr als zwei Jahrzehnte später hat Drake in einem längeren Zeitungsartikel seine damalige Haltung bestätigt: »Mit der Begründung der beiden lippischen Kreise (anstatt eines Kreises, wie ihn W. Mellies vorschlug) entstand das Verlangen nach körperschaftlicher Versicherung des überkommenen Landesvermögens. So ist der Landesverband entstanden, der eben die Sicherheit bietet und bot, daß auf seiner Basis bei verständiger Leitung mit direkten Einflüssen aus den parlamentarischen Bereichen der beiden Landkreise eine gerechte Aufteilung der Überschüsse im lippischen Bereich möglich und auch kontrollierbar sei.«[338]

Der Artikel war ein Kommentar Drakes zur damals aktuellen Debatte um die Zukunft des Landesverbandes Lippe. Unmittelbarer Anlaß für diese Debatte waren Gedanken, die der Regierungsdirektor a. D., zeitweiliger Detmolder Bürgermeister und Mitglied der Verbandsversammlung Bruno Kirchhof in einem Schreiben an den Verbandsvorsteher Dr. Arnold Ebert geäußert hatte. Bereits unmittelbar nach Kriegsende war Kirchhof, wie schon erwähnt, einer der ersten gewesen, die sich Gedanken über die Zukunft des Landes Lippe und seines Landesvermögens gemacht hatten.[339] Gerade 78 Jahre alt geworden, nahm er nun die Beratungen über die geplante Kreisreform zum Anlaß, um eine Perspektive für den Landesverband unter den sich voraussichtlich ändernden Bedingungen zu entwickeln.

Etwa seit der Mitte der sechziger Jahre wurden Pläne für umfassende Neugliederungen auf allen Ebenen staatlicher und kommunaler Verwaltung in Nordrhein-Westfalen beraten.[340] Ein wichtiger Teil war die Neuordnung der Kreise zu leistungsfähigeren und größeren Einheiten. Die Kommission, die im Auftrag der Landesregierung die Vorarbeiten für die Neugliederung geleistet hatte, schlug in ihrem Gutachten die Zusammenlegung der beiden lippischen Kreise Detmold und Lemgo zu

einem Kreis Lippe vor. Hier wurde diese Absicht grundsätzlich sehr begrüßt, wenn auch die Durchführung nur unter erheblichen Schwierigkeiten vonstatten ging. Nicht zuletzt über den Sitz der vereinigten Kreisverwaltung wurde gestritten. Schließlich erhielt Detmold den Zuschlag für die Kreisverwaltung; dafür verlangte Lemgo jedoch einen Ausgleich. Bereits damals war in diesem Zusammenhang von der Verlegung des Sitzes des Landesverbandes von Detmold nach Lemgo die Rede; bis zur Verwirklichung brauchte es dann jedoch noch eine geraume Weile.[341]



**Arnold Ebert, Verbandsvorsteher des Landesverbandes Lippe, 1966–1972**

Die Folgen der Kreisreform in Lippe auf den Landesverband beschränkten sich jedoch nicht auf die Frage eines möglichen Ortswechsels der Verwaltung. Mit der Aussicht auf einen vereinten Kreis Lippe stellte sich sogleich auch die Frage nach der weiteren Existenzberechtigung des Landesverbandes unter derart veränderten Bedingungen. Wie bereits erwähnt regte Bruno Kirchhof Ende Dezember 1968 in einem Schreiben an den seit zwei Jahren amtierenden neuen Verbandsvorsteher Ebert[342] an, »auch landesverbandsseitig einmal ernsthaft über die Folgen nachzudenken, welche die von unseren beiden Kreistagen letzthin so einmütig beschlossene Zusammenlegung der Kreise Detmold und Lemgo für das durch die Lippegesetze der lippischen Bevölkerung belassene und dem Landesverband zur Verwaltung anvertraute ehemalige Domanialvermögen einschließlich bestimmter weiterer altlippischer Anstalten und Einrichtungen haben kann.« Sein Vorschlag zielte darauf ab, dieses Vermögen dem neuen Großkreis als zweckgebundenes Sondervermögen zu übertragen.[343]

Wenige Tage später meldete sich auch Heinrich Drake zu diesem Thema zu Wort. Er stand nicht mehr in der direkten Verantwortung und kommentierte die Entwicklung daher zwar etwas aus der Distanz, aber deshalb nicht weniger engagiert. Er hatte die anstehende Wiederbegründung der lippischen Verwaltungseinheit vor Augen und forderte

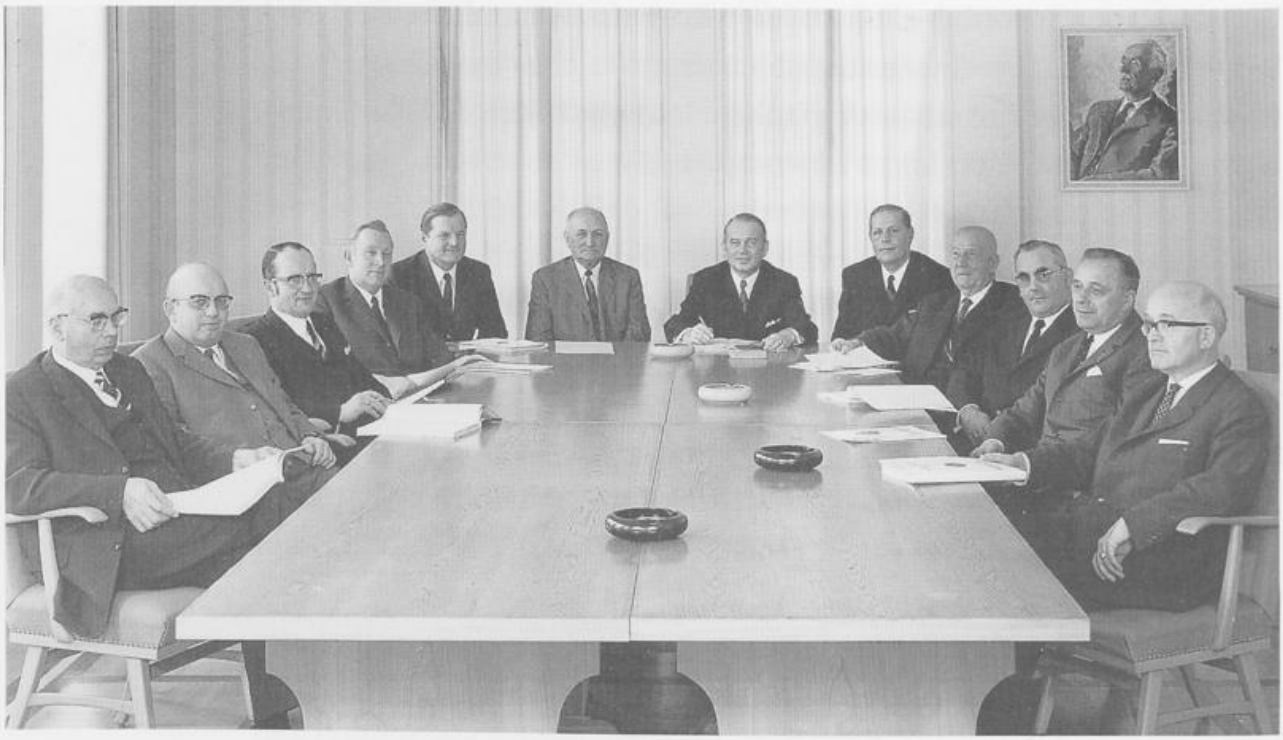
daher – ähnlich wie Kirchhof – die Übertragung des vom Landesverband seit zwanzig Jahren verwalteten Vermögens auf den Kreis Lippe. Ihm standen dabei die Verhältnisse vor Augen, die in Lippe zur Zeit des Freistaats nach 1919 geherrscht hatten, und er sah Parallelen: »Bleibt der Verwaltungskörper Lippes [...] im wesentlichen gewahrt, so tritt der Fall ein, den wir von 1919 bis 1933 und auch darüber hinaus bedingterweise gehabt haben, daß nämlich die ordnungsgemäß fundierte Landes- oder Kreisleitung in dem demokratischen Gefüge des Bezirks die Verfügungsgewalt über das Gesamtgut hätte.« An anderer Stelle hat Drake wenig später den Landesverband als »ein Kind der Not« bezeichnet, also gewissermaßen als notwendiges Übel und einzige, wenn auch nicht optimale Möglichkeit zur Verwaltung des Landesvermögens unter den damals gegebenen Bedingungen.[344] Die Ausstattung des Kreises Lippe mit dem lippischen Vermögen betrachtete er daher als »natürlichen Entwicklungsprozeß«. Am Schluß des Artikels formulierte er bekenntnishaft: »Lippe ein Kreis! Da hinein gehört der Landesverband Lippe mit seinem Vermögen. Dies Vermögen ist seit Jahrhunderten Landesgut gewesen – es muß den Landeskindern in erster Linie zugute kommen.«[345] Im gleichen Sinne kommentierte auch die »Lippische Landeszeitung« am 4. Januar 1969: Es sei »nur ein Akt der Vernunft«, das Vermögen auf den Kreis zu übertragen und damit »sozusagen das alte lippische Vermögen in die neue Ehe einzubringen.«[346]

Alle drei Meinungsäußerungen übergingen allerdings sowohl die Überprüfung ihrer Vorschläge nach verfahrenstechnischen Kriterien als auch die Frage der politischen Durchsetzbarkeit. Dafür brachte der stellvertretende Landrat des Kreises Detmold Leopold Möller (CDU) die bisherige Diskussion auf den Boden der politischen Realität. Er wies zunächst darauf hin, daß bei einer Einbringung des Landesverbandes in den Kreis Lippe der Verbandsvorsteher zu einem Dezernenten unter dem Oberkreisdirektor und die Verbandsversammlung ein Fachausschuß des Kreises mit nur beratender Stimme werden müßten. Sodann führte er die erforderlichen Gesetzesänderungen auf: Alle im Gesetz über den Landesverband Lippe diesem eingeräumten Rechte müßten per Gesetz dem Kreis Lippe übertragen werden; außerdem wären die dem Landesverband in der Landschaftsverbandsordnung zugebilligten Rechte auf dem Gebiet der landschaftlichen Kulturpflege auf den Kreis zu übertragen. All dies müsse zu einer erheblichen Bevorzugung des

Kreises Lippe gegenüber allen anderen Kreisen des Landes Nordrhein-Westfalen führen. Die Erfolgsaussichten für ein solches Vorhaben schätzte Möller eher gering ein: »Ich glaube allerdings nicht, daß der Landtag bereit ist, dem Kreis Lippe erneut solche Sonderrechte zu geben. Im Gegenteil!« Außerdem gab er zu bedenken, daß die Bäder, die Kulturinstitute und das Landeskrankenhaus dann demnächst das Präfix »Kreis« in ihrer Bezeichnung hinzunehmen hätten, was zu einem Imageverlust führen müsse. »Was verspricht man sich davon, wenn wir künftig mit zwei Kreisbädern (Salzuflen und Meinberg) werben? Wirkt das besser als die Bezeichnung Staatsbad? Wenn wir bei Übernahme des Landeskrankenhauses Detmold dieses fortan Kreiskrankenhaus nennen müßten, werden wir in Zukunft eine Kreisbibliothek, ein Kreisheimatmuseum und ein Kreistheater haben. Was soll das?«[347]

Wenige Tage später legte Bruno Kirchhof seine Vorschläge als förmlichen Antrag der Verbandsversammlung vor. Von seinem Plan, das Landesverbandsvermögen dem Kreis einzugliedern – wenn auch als gebundenes Sondervermögen –, war er allerdings inzwischen abgerückt. Er berücksichtigte jetzt, daß der Kreis bei Verwirklichung seiner ursprünglichen Forderung zu reich werden und er dann weniger Zuschüsse vom Land erhalten würde. Kirchhof beantragte nun die Umwandlung des Landesverbandes in eine Stiftung und legte auch gleich einen Satzungsentwurf vor.[348] Während ihm dies von politischen Gegnern bereits als »Rückzugsgefecht« ausgelegt wurde[349], fand er bei der Lippischen Landes-Zeitung Unterstützung. Sie apostrophierte den Vorstoß von Kirchhof als »überragendes kommunalpolitisches Ereignis« und hat sich darüber hinaus während der ganzen Debatte um den Landesverband immer wieder betont kritisch mit dessen herkömmlicher Konstruktion befaßt.

Als die Verbandsversammlung im April 1969 in öffentlicher Sitzung über den Antrag debattierte, argumentierte Kirchhof vor allem mit der notwendigen Unabhängigkeit von zukünftigen Gebietsänderungen; diese sei nur in der Form einer Stiftung zu erreichen. Außerdem brachte er die Frage in die Diskussion, ob »eine Vermögensverwaltung unserer Art überhaupt eines parlamentarischen Gremiums« bedürfe.[350] Ebert antwortete in einer ersten Stellungnahme sehr diplomatisch. Er lobte Kirchhofs Äußerungen zunächst »als eine entschiedene Absage an diejenigen, welche jahrelang die Existenzberechtigung des Landesverbandes



Verbandsversammlung des Landesverbandes Lippe, 1966

Lippe angezweifelt und sich darin gefallen haben, die Bedeutung und die Leistungen dieser Institution zu negieren, zu leugnen oder zu bagatellisieren.«[351] Veränderungen der Verbandsversammlung lehnte er allerdings ab.

Nachdem die Zukunft des Landesverbandes auch in der Öffentlichkeit länger diskutiert worden war, wurde im November über den Antrag Kirchhofs in der Verbandsversammlung abgestimmt. Der SPD-Abgeordnete Bröker wertete die Vorschläge pauschal als ungeeignet zur Verbesserung der Arbeit des Landesverbandes und wandte sich insbesondere gegen eine Umwandlung in eine Stiftung: »Eine echte Stiftung kann auch der nordrhein-westfälische Landtag nicht vornehmen, da der Gesetzgeber nichts stiften kann, was den Lippern schon gehört.« Der CDU-Abgeordnete Friedrich schloß sich dem an; er betrachtete die konkreten Änderungsvorschläge als Kleinigkeiten, wegen derer man »in einer nüchternen Abwägung der Gegebenheiten, wie sie in Nordrhein-Westfalen bestehen«, besser die Finger lassen solle.

Bröker beantragte schließlich, über den Vorschlag abzustimmen und empfahl, ihn abzulehnen »und davon abzusehen, eine Änderung in der Organisation des Landesverbandes zu bewirken.« Kirchhofs Antrag wurde daraufhin mit 9 zu 2 Stimmen verworfen.[352]

Dennoch war damit die Debatte um Zukunft und Existenzberechtigung des Landesverbandes nicht beendet. Der Verbandsvorsteher nutzte die Gelegenheit eines ausführlicheren Hörfunk-Interviews Ende Januar 1970 zur Formulierung seiner Perspektive für den Landesverband. Auch und vor allem wenn der Großkreis Lippe komme, müsse der Landesverband als eigenständige Institution erhalten bleiben. Die Verwaltungseinheiten des Staates und der Gemeindeverbände seien nach Bedarf veränderbar – »Der Landesverband Lippe muß aber für alle Zeiten sein Wirken auf den Raum des früheren Landes Lippe erstrecken.« Ebert wandte sich auch gegen den von Drake Ende 1968 angestellten Vergleich mit der Zeit zwischen 1919 und 1947, in der das Domanialvermögen im Freistaat Lippe nicht separiert war; Drake hatte diese Verhältnisse im Kreis Lippe wiederhergestellt sehen wollen. Diesen Vergleich wollte Ebert jedoch nicht gelten lassen, da der Landesverband andere Funktionen habe als eine Kreisverwaltung. Außerdem – Ebert nahm hier die Gedanken von Leopold Möller auf[353] – sei ein derart dotierter Kreis Lippe zu reich, um die sonst üblichen Finanzzuweisungen weiterhin beanspruchen zu können; dies sei dann im Effekt sogar gegen den gesetzlichen Auftrag des Landesverbandes, die kulturellen Belange und die Wohlfahrt der Lipper zu fördern. »Nach seiner Entstehungsgeschichte soll der Landesverband durch die Vermögenserträgnisse der lippischen Bevölkerung etwas Besonderes zukommen lassen. Die Absicht des Gesetzgebers würde in ihr Gegenteil verkehrt, falls das Land Nordrhein-Westfalen den Landesverband zur Entlastung der im übrigen Landesgebiet mit Staatsmitteln erfüllten Aufgaben heranziehen würde.«[354]

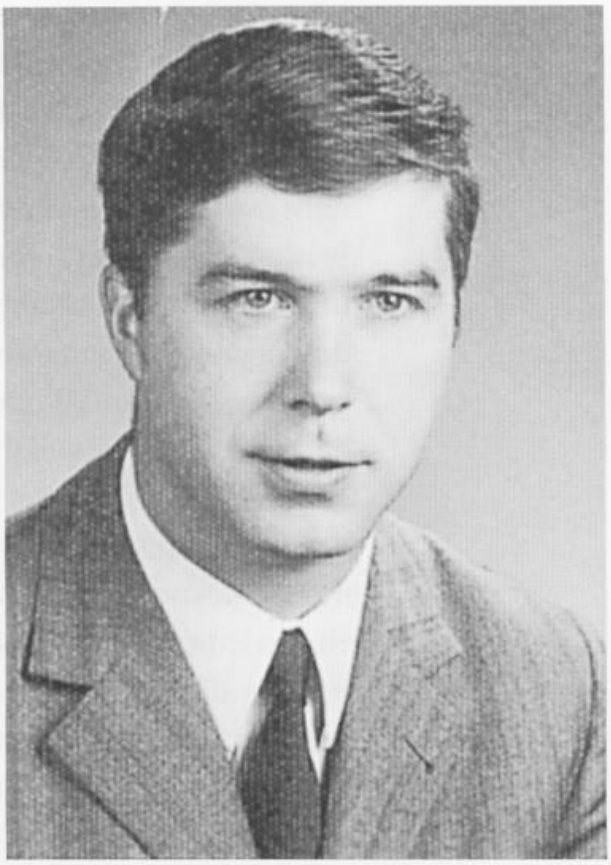
Am Fortbestand des Landesverbandes in einem künftigen Kreis Lippe wurde nicht mehr gezweifelt – jedenfalls nicht in den sozialdemokratischen Kreistagsfraktionen, die diese Haltung in einer gemeinsamen Sitzung im April 1971 auf der Grotenburg bekräftigten. Fürs erste war ihnen jedoch die überkommene Funktion des Landesverbandes als Zuschußgeber für die Kreise doch noch wichtiger: Die Abgeordneten »gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die beiden Kreise künftig erhöhte Zuschüsse aus den Erträgnissen des Landesverbandes erhielten und durch weitere gute Koordination mit den Organen der Kreise die Wohlfahrt der Bevölkerung im Lande Lippe gefördert werde.«[355]

Als Ebert im November 1971 den Etat 1972 einbrachte, nutzte er die Gelegenheit, den bevorstehenden Funktionswandel des Landesverbandes im vereinigten Kreis Lippe aus seiner Sicht zu beschreiben: »Die Aufgaben der Vermögensverwaltung und der Förderung der Kulturinstitute werden durch die bevorstehende Zusammenlegung der beiden Kreise Detmold und Lemgo keineswegs geringer. Der Landesverband wird zwar dann nicht mehr die Aufgabe haben, als Klammer zu wirken und Kräfte darauf zu verwenden, die lippische Einheit zu fördern; um so mehr gilt es aber, die anderen Aufgaben, die ja bisher auch schon ganz überwiegend die Tätigkeit des Landesverbandes ausgefüllt haben, mit Tatkraft und Initiative zu erledigen.«[356]

Indessen hatte sich die Zielrichtung der Landesverbandskritiker etwas verschoben. Im Hinblick auf die anstehende Vereinigung der Kreise Detmold und Lemgo hatte zunächst die lippische »Wiedervereinigung« und deren Absicherung Priorität. Daher standen in der dennoch weiterlaufenden Diskussion nicht mehr die Existenz des Landesverbandes überhaupt oder die Organisationsform im Vordergrund, sondern die Zusammensetzung der Verbandsversammlung. Wiederum setzte sich die Lippische Landes-Zeitung an die Spitze der Kritik am Status quo des Landesverbandes und forderte wiederholt, die Verbandsversammlung zu entpolitisieren. Dieser Gedanke war auch schon in dem Kirchhofschen Antrag enthalten gewesen, aber er wurde jetzt stärker betont, nachdem der Stiftungsplan gescheitert war. Mit dem Hinweis auf die Ämterhäufung bei den »Parteifunktionären« verlangte sie, das Beschlußgremium des Landesverbandes zur Hälfte mit »Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens«, vor allem aus der Wirtschaft zu besetzen.[357]

Auch wenn zwar die Frage der Fortexistenz des Landesverbandes nicht mehr unmittelbar im Zentrum der Diskussion stand und zunächst die bevorstehende Vereinigung der beiden lippischen Kreise sowie anschließend die Konsolidierung des neuen Kreises Lippe abgewartet werden sollte, befand sich der Landesverband nicht eben in einer besonders stabilen Phase seiner Entwicklung, als der Verbandsvorsteher Ebert Ende März 1972 der Verbandsversammlung offiziell mitteilte, daß er zum Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten berufen worden sei. Die SPD-Fraktion beantragte, die Nachfolge umgehend zu regeln und keine längere Vakanz entstehen zu lassen, »um Spekulationen einer eventuellen

Integration des Landesverbandes Lippe in den Großkreis Lippe entgegenzutreten.«[358] Etwas zögerlicher ging die lippische CDU das Problem an. Der Kreisvorsitzende Kuhlmann schlug vor, zunächst die Gründung des Kreises Lippe abzuwarten, anschließend darüber nachzudenken, wie die Rolle des Landesverbandes »in dem dann wiedervereinigten Lippe« zu gestalten sei und erst dann die Nachfolgefrage endgültig zu beraten. Um sich in dieser Lage nicht auf einen auf zwölf Jahre anzustellenden Verbandsvorsteher festlegen zu müssen, brachte Kuhlmann den Gedanken ins Spiel, den Spitzenposten im Landesverband wieder, wie bis 1966, ehrenamtlich zu besetzen[359]; durchsetzen konnte er sich mit diesem Vorschlag jedoch nicht. Die Verbandsversammlung bestimmte zum Nachfolger Eberts den SPD-Politiker Helmut Holländer als hauptamtlichen Verbandsvorsteher. In der Neufassung der Satzung des Landesverbandes vom 13.4.1973 ist die Bestimmung über die Stellung des Verbandsvorstehers eher noch deutlicher gefaßt als in der Satzung von 1966: Hieß es seinerzeit: »Die Anstellung kann auch als Beamter auf Zeit für 12 Jahre erfolgen«, so findet sich in der neuen Satzung die Formulierung: »Seine Anstellung erfolgt in der Regel als Beamter auf Zeit für 12 Jahre.«[360]



**Helmut Holländer, Verbandsvorsteher des Landesverbandes Lippe, 1972–1999**

Das »Bielefeld-Gesetz« vom 24. Oktober 1972 regelte die Neugliederung der Gemeinden und Kreise in der nördlichen Hälfte des Regierungsbezirks Detmold. Mit Wirkung ab 1. Januar 1973 entstanden die Kreise Gütersloh, Minden-Lübbecke und Lippe.[361] Die Folgen, die sich aus der Begründung des Kreises Lippe für den Landesverband ergaben, regelt § 26 mit den logisch notwendigen Anpassungen der Formulierungen im »Gesetz über den Landesverband Lippe vom 5. November 1948«.[362] Außerdem wurde die Festlegung auf Detmold als Sitz des Landesverbandes gestrichen.[363] Zur notwendigen Anpassung an die aktuellen Gegebenheiten gehörte es auch, daß man sich bei den Bestimmungen über die Haushaltsführung nicht mehr auf die Reichshaushaltsordnung, die

Wirtschaftsbestimmungen für die Reichsbehörden und die Rechnungslegungsordnung für das Reich, sondern auf das für das Land Nordrhein-Westfalen geltende Haushaltsrecht bezog.[364]

Aber nicht nur das Gesetz über den Landesverband Lippe, sondern auch die Satzung des Landesverbandes mußte den neuen Gegebenheiten angepaßt werden. Bis dahin war die Satzung von 1952 fast unverändert in Kraft gewesen – mit Ausnahme der erwähnten, nicht unwesentlichen Änderung von 1966. Die neue Satzung war dagegen keine weitere Überarbeitung der Satzung von 1952, sondern sie unterscheidet sich erheblich von ihrer Vorgängerin. Sie trägt zunächst formal der Kreisreform Rechnung: Regelungen zur gleichgewichtigen Vertretung der beiden Kreise in den Ausschüssen der Verbandsversammlung[365] waren nun ebensowenig noch erforderlich wie die genaue Balance der finanziellen Zuwendungen des Landesverbandes für die Kreise.[366] Dagegen enthält die neue Satzung sehr viel präzisere und differenziertere Bestimmungen über die Aufgaben des Verbandsvorstehers[367], der Verbandsversammlung[368] und ihren einzelnen Abgeordneten.[369] In der alten Satzung fehlte eine Bestimmung über die dienstrechtliche Stellung des stellvertretenden Verbandsvorstehers. Auch als 1966 die Möglichkeit einer hauptamtlichen Besetzung der Verbandsvorsteherstelle mit Beamtenstatus als Kannbestimmung geschaffen worden war, ist der Passus über den stellvertretenden Verbandsvorsteher nicht geändert worden – man ging wohl grundsätzlich noch von der ehrenamtlichen Verbandsführung aus. Die neue Satzung machte die hauptamtliche Besetzung der Vorsteherstelle zur Regel und mußte daher für den Stellvertreter den ehrenamtlichen Charakter der Stelle festlegen.[370]

Doch nicht nur im Hinblick auf rechtliche und verwaltungspraktische Bestimmungen war die Satzung von 1952/66 überholt. Ein Vergleich zeigt, daß ganze Passagen weggefallen sind, ohne in der neuen Satzung eine Entsprechung gefunden zu haben. Es handelt sich durchweg um allgemeine und grundsätzliche Ausführungen. So heißt es in § 7 der alten Satzung: Neben der Führung der laufenden Geschäfte, der Vorbereitung der Beschlüsse der Verbandsversammlung und der Vertretung des Landesverbandes nach außen ist es die Aufgabe des Verbandsvorstehers, »auf sparsamste Verwendung aller Mittel zu achten.« In § 13 waren Grundsätze für den Haushaltsplan und die Verwaltungsarbeit formuliert worden, die man so 1973 nicht mehr für erforderlich

hielt: »Oberster Grundsatz der Arbeit des Landesverbandes soll die Förderung des allgemeinen Volkswohles sein; Vorteile einzelner müssen dahinter zurücktreten.« § 14 der Satzung von 1952/66 faßt noch einmal zusammen: »Die Verwaltung des Landesverbandes Lippe soll zweckmäßig gegliedert und im Aufwand sparsam sein. Sie soll die besten lippischen Überlieferungen wahren. In die Verwaltung des Landesverbandes dürfen nur beste Kräfte aufgenommen werden, die im ganzen eine vorbildliche Arbeit sichern.«[371]

An eine Satzung wurden 1973 unter veränderten Bedingungen andere Anforderungen gestellt als 1952 und noch 1966. Aber auch die Sprache der alten Satzung war überholt.

## Schluß

Die neue Satzung von 1973 markiert eine entscheidende Zäsur in der Geschichte des Landesverbandes. Sie bildet den Abschluß einer mehrjährigen Phase, die geprägt war von Diskussionen über die Zukunft oder sogar über die Existenzberechtigung des Landesverbandes. Derart tiefgreifende Auseinandersetzungen um den Landesverband als Institution hat es seither nicht mehr gegeben.

In den 50 Jahren seines Bestehens hat er den Zweck, zu dem er errichtet wurde, erfüllt: Das Vermögen des ehemaligen Landes Lippe dient nach wie vor dem Nutzen der Bewohner des heutigen Kreises Lippe und damit nahezu genau der Region, die bis 1947 das Land Lippe umfaßt hat.

Gewiß ist die vor 50 Jahren entstandene und zwischenzeitlich modifizierte Organisationsform nicht die einzig mögliche oder allein vorstellbare Antwort auf die Problemstellung der Jahre 1946/47 gewesen – Alternativen sind seinerzeit und später durchaus formuliert worden. Aber es war unter den politischen Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit eine Lösung zustandegekommen, die die Voraussetzung dafür bot, das Landesvermögen zusammenzuhalten und bestimmungsgemäß zu nutzen.

Insoweit steht der Landesverband Lippe in der Tradition der Auseinandersetzung um das Domanialvermögen, die sich in Lippe erst seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und dann als sehr zäher Prozeß in mehreren Schritten abgespielt hat. Bis 1918 konnte ein entscheidender Durchbruch in den Verhandlungen zwischen dem Landtag und dem jeweiligen Fürsten bzw. seiner Regierung nicht erreicht werden. Erst die Revolution von 1918 und der Sturz der Monarchie schufen die

notwendigen Voraussetzungen für den Erfolg. In Lippe gelang dann mit dem Domanialvertrag von 1919 die endgültige Trennung von fürstlichem Privatbesitz und Staatsvermögen. Darüber hinaus war im Domanialvertrag festgelegt worden, daß dieses Vermögen »bei Änderung des staatsrechtlichen Bestandes des Freistaats Lippe« diesem Gebiet erhalten bleiben solle – ein Gedanke, der nicht neu war: Bereits 1868 wurde in den Verhandlungen über den (ersten) Domanialvertrag die Möglichkeit berücksichtigt, daß das Fürstentum seine Selbständigkeit verlieren könne.

Akut wurde dies dann nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als die britische Militärregierung unter dem Einfluß internationaler sicherheitspolitischer Probleme die Neugliederung ihrer Besatzungszone organisierte und sich schließlich auf eine Struktur festlegte, die drei Flächen- und zwei Stadtstaaten vorsah. Daß das Land Lippe dabei seine Selbständigkeit aufgeben mußte, verstand sich von selbst. Ob aufgrund britischer Großzügigkeit im kleinen oder weil es der Militärregierung gleichgültig war, wohin man sich in Lippe orientierte, sei dahingestellt – jedenfalls hatte aber Lippe im Gegensatz zu den anderen ehemals nichtpreußischen Klein- und Mittelstaaten auf diesem Gebiet in der zweiten Jahreshälfte 1946 die Gelegenheit, sich für einen der beiden ihm benachbarten Flächenstaaten, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen, zu entscheiden. Damit war Verhandlungsspielraum gegeben, und er wurde genutzt. Nur unter diesen Bedingungen konnte die Maxime der Sicherung des Landesvermögens für die Bewohner des Landes Lippe überhaupt zum Kriterium in der Anschlußfrage gemacht werden. Wo dies wie in Schaumburg-Lippe, Oldenburg und Braunschweig nicht möglich war, ist das jeweilige Landesvermögen zunächst umstandslos in das Staatsvermögen des neuen Landes (in diesem Fall Niedersachsen) übernommen worden. Die Entscheidung für den Anschluß an das westliche Nachbarland eröffnete in Lippe die Möglichkeit, das Landesvermögen in eigener Verwaltung zu behalten. Mit dem Landesverband wurde die Organisation geschaffen, die diesen Zweck erfüllen sollte. Weitere Ausgestaltung und genaue Zweckbestimmung dieser Organisation unterlagen allerdings wiederum den damaligen politischen Bedingungen.

Die Neuordnung der ehemaligen provinziellen Selbstverwaltung in Verbindung mit dem Plan einer umfassenden Verwaltungsreform berührte zu Beginn der 50er Jahre die lippischen Interessen gleich mehr-

fach. Die projektierte Verminderung der Regierungsbezirke bedrohte den Bestand der Bezirksregierung Detmold, und die Zuständigkeit des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe auf kulturellem Gebiet mußte gegen den Aufgabenbereich des Landesverbandes abgegrenzt werden; in Lippe wurden neue Abhängigkeiten von Münster befürchtet. Für den Bereich der Kulturpflege ist in der Landschaftsverbandsordnung von 1953 eine einvernehmliche Lösung gefunden worden, während die tiefgreifenden Verwaltungsreformpläne einige Jahre später vorerst versandet sind.[372]

Der Streit um die Verfügungsberechtigung über den Grundbesitz des Landesverbandes im Zusammenhang mit der geplanten Bodenreform ist zwar letztlich ergebnislos geblieben, weil die Bodenreform insgesamt gescheitert ist. Aber er hatte zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Landesverband und dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten geführt, die einen Teilbereich eines sich über acht Jahre hinziehenden Streites zwischen den Repräsentanten des ehemaligen Landes Lippe und der Landesregierung in Düsseldorf ausmachte. Dabei ging es um verschiedene Punkte der Eingliederungsbedingungen, die sich erst im Vollzug als strittig erwiesen oder deshalb strittig wurden, weil sich die Düsseldorfer Politik nach dem Regierungswechsel 1950 vor allem im Schulbereich geändert hatte. Zwar hatte der Schulstreit unmittelbar mit dem Landesverband nichts zu tun, aber er wurde zusammen mit dem ungelösten Volksabstimmungsproblem zum Anlaß der Auseinandersetzung vor dem Bundesverfassungsgericht um die Endgültigkeit der Eingliederung Lippes nach Nordrhein-Westfalen überhaupt und um den Stellenwert der »Punktationen« im besonderen. In diesem Verfahren ist der Landesverband neben den Kreisen Detmold und Lemgo als Antragsteller für das ehemalige Land Lippe aufgetreten. Da die nordrhein-westfälische Landesregierung als Antragsgegner die Legitimation des Landesverbandes bestritten hatte, mußte auch diese Frage vom Gericht entschieden werden. Das Bundesverfassungsgericht hat sich zwar auf das Argumentationsgebäude des Staatsrechtlers Giese mit einem nordrhein-westfälischen »Oberstaat« und einem lippischem »Unterstaatsfragment« nicht eingelassen. Es hat aber dem Landesverband die Prozeßfähigkeit als Repräsentant des untergegangenen, aber in gewissem Umfang als fortbestehend zu betrachtenden Landes Lippe zugebilligt. Zur Begründung hat das Gericht die Eigenschaft des Landesverbandes als Selbstverwaltungskörperschaft

mit Zuständigkeit ausschließlich für den Bereich des nicht mehr existierenden Landes Lippe sowie die Tatsache hervorgehoben, daß dem Landesverband der größte Teil des lippischen Landesvermögens übertragen worden sei.

Der Landesverband als Repräsentant des untergegangenen Landes Lippe – das entsprach der Absicht von Konrad Petri, der bereits im Frühjahr 1947 den zukünftigen Zweckverband als »Hüter und Wahrer alter lippischer Tradition« sah, der daher auch das lippische Landeswappen führen sollte. Daneben stand die von Heinrich Drake wiederholt geäußerte Charakterisierung des Landesverbandes als schlichtem Notbehelf in einer Situation, in der es keine gesamtlippische Institution gab, die das in Lippe verbliebene Vermögen hätte verwalten können, wollte man es nicht auf die beiden Kreise Detmold und Lemgo aufteilen. Nahezu 25 Jahre hatte diese Situation Bestand, in der der Landesverband sowohl Vermögensverwaltung als auch die einzige »lippische Klammer« war. Aber als sich Ende der 60er Jahre eine umfassende Neugliederung der Kreise und die Möglichkeit zur Bildung eines Kreises Lippe abzeichnete, kamen sogleich Zweifel an der weiteren Existenzberechtigung des Landesverbandes auf. Denn mit der Wiederherstellung einer lippischen Verwaltungseinheit entfiel eine der Voraussetzungen, die seinerzeit zur Gründung des Landesverbandes geführt hatten. Wie bereits 1947 wurde auch jetzt wieder die Übertragung des Vermögens auf den – nunmehr realistischerweise zu erwartenden – Großkreis Lippe vorgeschlagen. Dagegen konnte sich jedoch die Überzeugung des damaligen Verbandsvorstehers Arnold Ebert durchsetzen, der für den Landesverband als eigenständige, von möglichen weiteren Veränderungen staatlicher oder kommunaler Verwaltungsbezirke unabhängige Institution auch in einem Kreis Lippe eine wichtige Funktion sah.

## Anmerkungen

1. *20.12.1881, †12.6.1970, Landespräsident bis 1933 und von 1945–1947, Regierungspräsident in Detmold 1947–1952, Vorsteher des Landesverbandes Lippe 1949–1953 und 1956–1966; vgl. zu seiner politischen Biographie v.a.: Rombeck-Jaschinski, Ursula, Heinrich Drake und Lippe (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 13). Düsseldorf 1984.
2. Bekanntmachung vom 18.4.1945 »Seit nahezu 14 Tagen ruht die Landesverwaltung.« Lippische Gesetz-Sammlung 1945, Nr. 1 vom 14.6.1945, S. 1 (siehe Anhang Dok. Nr. 1); »Mahnung! Warnung!«, 27.4.1945. NW Staatsarchiv Detmold (künftig StA DT) D 81, Nr. 142 (siehe Anhang Dok. Nr. 2); »Vorläufige Ordnung der Verwaltung des Lippischen Landes. Vom 10.5.1945.« Lippische Gesetz-Sammlung 1945, Nr. 1 vom 14.6.1945, S. 1 (siehe Anhang Dok. Nr. 3); »Aufruf! Ein harter, unerbittlicher Winter steht bevor«, 25.8.1945. StA DT D 81, Nr. 794.
3. *21.12.1890, †20.11.197f6, 1920 Regierungsassessor, 1921 Regierungsrat, 1932 Oberregierungsrat, 1940 Regierungsdirektor. Im August 1945 ist er nach einem kurzen Zwischenspiel als Kurdirektor in Bad Salzuflen entlassen worden. Im Mai 1947 wurde er endgültig in den Ruhestand versetzt. 1960 hat er sich als Rechtsanwalt niedergelassen. StA DT D 99, Nr. 1413 (Personalakte Bruno Kirchhof). Kirchhof war nach 1945 Gründungsmitglied der FDP in Lippe, MdL, Mitglied des Kreistages Detmold und der Verbandsversammlung des Landesverbandes; 1952–1964 war er Bürgermeister der Stadt Detmold; LZ 22.11.1976 (Nachruf).
4. StA DT, D 72 Drake Nr. 64, 7.9.1956. Als Drake diese Einschätzung abgab, war allerdings bereits erkennbar, daß Kirchhof sich durchaus nicht hatte abseits stellen lassen (vgl. die vorangehende Anm.).
5. StA DT L 80 Ia Gr. II Tit. 1 Nr.28 Bd. I, fol. 56 (siehe Anhang Dok. Nr. 4).
6. Kittel, Erich, Heimatchronik des Kreises Lippe. 2. Aufl. Köln 1978, S. 295 f.
7. Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, S. 296.
8. StA DT L 75 X, 1, Nr. 17, Bd. I.

9. Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, S. 294 ff.Niebuhr, Hermann und Klaus Scholz, Der Anschluß Lippes an Nordrhein-Westfalen (= Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, Bd. 20). Detmold 1984, S. 24 ff. Gliederung des Deutschen Reichs. Lippisches Landespräsidium an den Preußischen Minister des Innern, 7.7.1923. StA DT L 75 X, 1, Nr. 17, Bd. I (siehe Anhang Dok. Nr. 5).
10. Der Hinweis auf die vertragliche Vereinbarung bezieht sich auf den Domanialvertrag vom 31.10.1919, §2: »Das gesamte Domanium ... geht mit Wirkung vom 12. November 1918 in das Eigentum des Freistaats Lippe mit der Maßgabe über, daß bei Änderung des staatsrechtlichen Bestandes des Freistaats Lippe dieses Vermögen und seine Nutzung dem den jetzigen Freistaat Lippe umfassenden Gebiete allein erhalten bleibt.« Gesetz über die Regelung der Rechtsverhältnisse des Domaniums und der Lehen, vom 24. Dezember 1919 [Publikation des Domanialvertrages vom 31. Oktober 1919]. Lippische Gesetz-Sammlung 1919, S. 1065-1088; hier: S. 1067.
11. Der Preußische Minister des Innern an das Lippische Landespräsidium, 21.7.1923. StA DT L 75 X, 1, Nr. 17, Bd. I.
12. Protokolle der Landtagsverhandlungen, Wahlzeit 1925–1928, Bd. II, S. 951.
13. StA DT L 75 X, 1, Nr. 23, 31.8.1927 (siehe Anhang Dok. Nr. 6).
14. Im Verlauf seines Schreibens führte das Landespräsidium die drei Punkte etwas weiter aus und fügte an die Frage nach den »öffentlichen Einrichtungen« die Anregung an, » ... ob bei der Eingliederung Lippes in den Regierungsbezirk Minden nicht zweckmäßigerweise der Regierungssitz in die Mitte des Gebietes, d. h. nach Detmold, verlegt würde.« Diese Forderung war seitdem fester Bestandteil der Selbständigkeitsdebatte und konnte bekanntlich 1946/47 auch durchgesetzt werden.
15. StA DT L 75 X, 1, Nr. 17, Bd. I, 14.3.1928 (siehe Anhang Dok. Nr. 7).
16. StA DT L 75 X, 1, Nr. 17, Bd. I, 14.3.1928, Randvermerk Drakes vom 27.3.1928.
17. Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, S. 298.
18. Teppe, Karl, Provinz – Partei – Staat (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XXXVIII, Bd. 1). Münster 1977, S. 202 ff.
19. *5.10.1891, †April 1945; 1931 Gauleiter im Parteigau Westfalen-Nord, dem auch Lippe und Schaumburg-Lippe angehörten; 1933 Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe; 1936 Staatsminister in beiden Ländern; 1938 Oberpräsident der Provinz Westfalen; 1941 stellvertretender Minister für die besetzten Ostgebiete. Zur Biographie Alfred Meyers siehe Priamus, Heinz-Jürgen, Alfred Meyer. Biographische Skizze eines NS-Täters. In: Niebuhr, Hermann und Andreas Ruppert (Bearb.), Nationalsozialismus in Detmold. Bielefeld 1998, S. 42–79.
20. Diese Zusammenhänge waren im April 1946 den Verfassern einer Denkschrift gegen die sich abzeichnende Präferenz für eine Angliederung Lippes an Westfalen noch sehr bewußt: Die Repräsentanten der IHK für Lippe und Schaumburg-Lippe, der Handwerkskammer für Lippe und Schaumburg-Lippe und der Kreisbauernschaft Lippe forderten einen Zusammenschluß von Lippe, Schaumburg-Lippe, Grafschaft Schaumburg (Kreis Rinteln) und

Lügde unter allgemeiner Orientierung nach Hannover, wo »zu allen Zeiten das grösste Verständnis für die kleinstaatlichen Belange Lippes« geherrscht habe – »Ganz anders liegen demgegenüber die Dinge mit Westfalen, das darüber hinaus auch noch zu stark mit dem Gedenken an die Nazizeit belastet ist!« StA DT L 80 Ia Gr. II Tit.1, Nr. 28 Bd. I, fol. 180 f., 23.4.1946 (siehe Anhang Dok. Nr. 8).

21. Vermerk über eine Besprechung am 26.2.1943. StA DT L 80 Ia Gr. II Tit. 1, Nr. 28, Bd. I, fol. 6.
22. StA DT D 20 B, Nr. 2517. Bezeichnenderweise wurden diese Gedanken ein Jahrzehnt später bei der Diskussion um Eingliederung nach Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen von den Niedersachsen-Befürwortern wieder aufgegriffen: »Das Land Lippe gehört geschichtlich, wirtschaftlich, volkstümlich, kulturell und konfessionell zum Volkstum Niedersachsens.« NW Hauptstaatsarchiv (künftig HStA) NW 263/4.
23. Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, S. 327.
24. StA DT L 80 Ia Gr.II Tit. 1, Nr. 28, Bd. I, fol. 19, 8.6.1934 (siehe Anhang Dok. Nr. 9).
25. StA DT L 80 Ia Gr. II Tit. 1, Nr. 28, Bd. I.
26. Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, S. 194.
27. Mitteis, Heinrich und Heinz Lieberich, Deutsche Rechtsgeschichte. 13. Aufl. München 1974, S. 193 ff.
28. Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, S. 65 ff., das Zitat S. 71 f.
29. Meier, Friedrich, Die Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalt in Lippe. Diss. Frankfurt. Gelsenkirchen 1927, S. 14.
30. Lippische Regesten, Neue Folge (= Lippische Geschichtsquellen, Bd. 17). Lemgo 1989 ff., 1368 Dez. 27.
31. Bulst, Neithard, Landesherr und Stände im 18. Jahrhundert. Zusammenarbeit und Konflikt. In: Bulst, Neithard u. a. (Hrsg.), Die Grafschaft Lippe im 18. Jahrhundert. Bielefeld 1996, S. 251–267; hier: S. 254 ff.
32. Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, S. 143. Vgl. auch Nitschke, Peter, Von der Landeshoheit zur Landesherrschaft – Die Grafschaft Lippe im Zeitalter der Aufklärung. In: Arndt, Johannes und Peter Nitschke (Hrsg.), Kontinuität und Umbruch in Lippe. Sozialpolitische Verhältnisse zwischen Aufklärung und Restauration 1750-1820 (= Lippische Studien, Bd. 13). Detmold 1994, S. 25–48; hier: S. 45 ff.
33. Meier, Die Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalt in Lippe, S. 20 ff.
34. Simon August an Karl-August von Nassau-Weilburg 1750; zit. nach Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, S. 158.
35. Arndt, Johannes, Das Fürstentum Lippe im Zeitalter der Französischen Revolution 1770–1820. Münster/New York 1992; hier: S. 127 ff.
36. Meier, Die Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalt in Lippe, S. 23 f.
37. Meier, Die Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalt in Lippe, S. 32 f.
38. Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1842/43, S. 175; Meier, Die Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalt in Lippe, S. 43.
39. Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1842/43, S. 201.

40. Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1842/43, S. 204.
41. Barmeyer, Heide, Lippe 1800–1848. Biedermeier oder Vormärz? In: Wiersing, Erhard (Hrg.), Lippe im Vormärz (= Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe, Bd. 35). Bielefeld 1990, S. 17–55; hier S. 27.
42. Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1840, S. 12 f.
43. Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1840, S. 127; Meier, Die Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalt in Lippe, S. 40.
44. Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1847, S. 201.
45. Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1847, S. 293.
46. Hartung, Fritz, Deutsche Verfassungsgeschichte. 9. Aufl. Stuttgart 1969, S. 50f.
    Ebert, Arnold, Lippe und sein Landesverband. Detmold 1969, S. 9 ff. Hambusch, Lutz, Die Rechtsstellung des Landesverbandes Lippe. Münster 1971, S. 15.StA DT L 77 A, Nr. 3600.
47. StA DT L 77 A, Nr. 3600, fol. 2 f.; Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, S. 213.
48. Proklamation des Fürsten Leopold II. vom 9.3.1848 mit Zugeständnissen als Reaktion auf die Petition vom Vortage. StA DT L 77 A, Nr. 3600, fol. 9.
49. Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1849, Anlage 25.
50. Meier, Die Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalt in Lippe, S. 61 ff.
51. Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, S. 230.
52. 10. Proposition, Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1854, S. 19 f.
53. 10. Proposition, Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1854, S. 20.
54. Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1867/68, S. 4.
55. Meier, Die Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalt in Lippe, S. 85.
56. Meier, Die Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalt in Lippe, S. 95 f.
57. Verordnung, die Trennung des Staatshaushalts vom Domanialhaushalte betreffend, vom 24. Juni 1868. Gesetz-Sammlung für das Fürstenthum Lippe 1868, S. 63 (siehe Anhang Dok. Nr. 10).
58. Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, S. 236.Meier, Die Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalt in Lippe, S. 24 ff.Hambusch, Die Rechtsstellung des Landesverbandes Lippe, S. 16.Ellwein, Thomas, Der Staat als Zufall und als Notwendigkeit. Die jüngere Verwaltungsentwicklung in Deutschland am Beispiel Ostwestfalen-Lippe. Bd. 1: Die öffentliche Verwaltung in der Monarchie 1815-1919. Opladen 1993, S. 136.
59. StA DT L 10, Nr. 26.
60. Meier, Die Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalt in Lippe, S. 107 ff.
61. Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1876/77, S. CCLVI ff.
62. Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1876/77, S. CCLX.

63. Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1876/77, S. 629 ff.
64. Erklärung des Landtags vom 25.7.1877, Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1876/77, S. 795 ff.
65. Landtags-Abschied vom 12. September 1877, Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1876/77, S. 805–828, hier: S. 824 f.
66. Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1877/78, S. 211f.
67. Meier, Die Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalt in Lippe, S. 121 f.
68. Zum folgenden vgl. Meier, Die Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalt in Lippe, S. 122 ff.
69. Gesetz, betreffend den Beitrag des Fürstlichen Domaniums zu den aus der Landkasse zu bestreitenden Ausgaben für die Beamtengehälter, vom 25. März 1898. Gesetz-Sammlung für das Fürstenthum Lippe 1898, S. 312 (siehe Anhang Dok. Nr. 11).
70. Erklärung des Landtags vom 4.3.1911, Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1909-1912, S. 804 ff., hier S. 805.
71. Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe 1912, S. 1615 f.
72. Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, S. 236.Ebert, Lippe und sein Landesverband, S. 18.Gesetz, betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen dem Staate und dem Fürstlichen Domanium, vom 12. Juli 1912. Gesetz-Sammlung für das Fürstentum Lippe 1912, S. 823 (siehe Anhang Dok. Nr. 12).
73. Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, S. 291 f.Kittel, Erich, Die Revolution von 1918 in Lippe. In: Lippische Mitteilungen 37 (1968), S. 32–153. Hambusch, Die Rechtsstellung des Landesverbandes Lippe, S. 17.
74. Zu den Verhandlungen über das Domanium und zur Entstehung des Domanialvertrags insgesamt: L 75 I 1, Nr. 40, hier besonders fol. 8.
75. StA DT D 70, Nr. 45.
76. StA DT L 75 I 1, Nr. 40, fol. 303–306 (siehe Anhang Dok. Nr. 14).
77. Gesetz über die Regelung der Rechtsverhältnisse des Domaniums vom 17. Juli 1919. Lippische Gesetz-Sammlung 1919, S. 975 (siehe Anhang Dok. Nr. 13).
78. Gesetz über die Regelung der Rechtsverhältnisse des Domaniums und der Lehen, vom 24. Dezember 1919 [Publikation des Domanialvertrages vom 31. Oktober 1919]. Lippische Gesetz-Sammlung 1919, S. 1065 (siehe Anhang Dok. Nr. 15).
79. §3 Domanialvertrag (Lippische Gesetz-Sammlung 1919, S. 1067 f.). Vgl. dazu Meier, Die Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalt in Lippe, S. 155 ff.
80. Drake, Heinrich (Hrsg.), Die Lippische Landesverwaltung in der Nachkriegszeit. Detmold 1932, S. 271 f.
81. Schiedsspruch in der Schiedsgerichtssache zwischen Leopold IV. Fürst zur Lippe als Vertreter des vormals im Lande Lippe regierenden Fürstenhauses und dem Lande Lippe, vertreten durch den Reichsstatthalter in Lippe

und Schaumburg-Lippe (Landesregierung Lippe); 14.6.1938. L 2, Nr. 194 (siehe Anhang Dok. Nr. 17).

82. Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, S. 292.StA DT L 76 C, Nr. 22a: Land Lippe gegen Fürstenhaus (1935–1940).
83. 1 Die folgenden Ausführungen zur Eingliederung des Landes Lippe nach Nordrhein-Westfalen fußen auf einem Aufsatz des Verfassers, siehe Niebuhr, Hermann, Lippe 1946/47: Das Ende der Selbständigkeit und die Eingliederung nach Nordrhein-Westfalen. In: Geschichte im Westen 11 (1996), S. 21–34.
84. StA DT L 80 Ia Gr. II Tit. 1, Nr. 28, Sonderakten, Nr. 2: Punktationen u. a. (1946–47) (siehe Anhang Dok. Nr. 23).
85. Verhandlungen des Landtags, Protokoll der 11. Sitzung.
86. Vgl. die Ausführungen in der Einleitung und in Kapitel 1.
87. StA DT D 72 Drake, Nr. 149, Lippische Gesetz-Sammlung 1945, Nr. 1.
88. Die Abhängigkeit der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen von der internationalen sicherheitspolitischen Lage ist verschiedentlich untersucht und dargestellt worden: z. B. Hüttenberger, Peter, Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie (= Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, Bd. 1), Siegburg 1973, S. 196 ff.; Steininger, Rolf, Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe, Bd. 4). Düsseldorf 1988.
89. Stüber, Gabriele, Zonales Provisorium und demokratisches Experiment. Der Zonenbeirat der britischen Besatzungszone 1946–1948, Teil I und II. In: Geschichte im Westen 5 (1990), S. 162–187 und 6 (1991), S. 30–61.
90. Stellvertretender Militärgouverneur an Zonenbeirat, 4.7.1946. StA DT L 80 Ia II 1, Nr. 29, Bd. 1.
91. Rombeck-Jaschinski, Ursula, Heinrich Drake und Lippe (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 13). Düsseldorf 1984, S. 210.
92. StA DT L 80 Ia I 6 zu Nr. 11.
93. Wie Anm. 92.
94. StA DT L 80 Ia II 1, Nr. 29, Bd. 1.
95. Vgl. etwa StA DT L 80 Ia II 1, Nr. 28, Bd. 1.
96. Dr. Paul Zenz, *26.6.1897, †1955, 1930 Regierungsrat in Minden, seit 22.4.1945 Regierungspräsident.
97. Vermerk vom 14.5.1946. StA DT L 80 Ia II 1, Nr. 28, Bd. 1.
98. Vermerk vom 11.11.1945. StA DT L 80 Ia II 1, Nr. 28, Bd. 1.
99. Vermerk vom 24.4.1946. StA DT L 80 Ia II 1, Nr. 28, Bd. 1.
100. Denkschrift Kopf vom 1.4.1946. StA DT L 80 Ia II 1, Nr. 28, Bd. 1.
101. Verhandlungen des Landtags, Protokoll der 6. Sitzung.
102. Verhandlungen des Landtags, Protokoll der 7. Sitzung.
103. Nds.Hauptstaatsarchiv Hannover, VVP 17, Nr. 450.

104. StA DT L80 Ia II 1 Nr. 28, Bd. 3.
105. Hüttenberger, Peter, Die Vereinigung Lippes mit Nordrhein-Westfalen. Voraussetzungen und Motive. In: Geschichte im Westen 2 (1987), S. 36–42, hier: S. 39 f.
106. Bei der politischen Bedeutung, die die »Punktationen« bis heute haben, wirkt deren nüchterne Entstehungsgeschichte überraschend: Drake hat sie im November 1946 nach Besprechungen mit Vertretern von Verwaltung und Wirtschaft offenbar nur zusammen mit Amelunxen verfaßt und – teilweise sogar unterwegs im Auto – niedergeschrieben. Spuren einer Diskussion über einzelne Formulierungen (Entwurfsfassungen mit Änderungsvorschlägen oder Korrekturen) finden sich in der archivischen Überlieferung – einschließlich des Nachlasses Drake – nicht. Auch im lippischen Landtag sind sie nicht einzeln beraten oder beschlossen worden. Die einzige Spur einer Beteiligung des lippischen Landtags findet sich in Drakes Bemerkungen zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Juli 1955: »Landtag und Landesregierung [sind] in der vertraulichen Sitzung – die Militärregierung hatte strengste Weisung gegeben, daß alles vertraulich zu behandeln sei – am 3. Dezember 1946 zugegen gewesen. [...] Ein Protokoll über jene [...] vertrauliche Sitzung [...] hat sich unter den Akten nicht gefunden.« In: Staercke, Max (Hrsg.), Der lippische Verfassungsstreit im Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Detmold 1956, S. 50 f. Die »Punktationen« in StA DT L 80 Ia II 1, Nr. 28, Sonderakten Nr. 2 (siehe Anhang Dok. Nr. 23).
107. Drake an Amelunxen, 10.12.1946. StA DT L 80 Ia II 1, Nr. 28, Bd. 3.
108. Verhandlungen des Landtags, Protokoll der 11. Sitzung.
109. Lippische Gesetz-Sammlung 1947, Nr. 3, S. 36 (siehe Anhang Dok. Nr. 24).
110. Vgl. dazu Kapitel III.
111. StA DT L 80 Ia Gr. II Tit. 1, Nr. 28, Sonderakten 2: Punktationen u. a. (1946–47).
112. Vermerk vom 6.6.1945 (vgl. das Einleitungskapitel). StA DT L 80 Ia Gr.II Tit.1, Nr.28, Bd.I, fol.56.
113. StA DT L 80 Ia Gr. II Tit. 1, Nr. 28, Bd. I, fol. 3.
114. *28.9.1885. Nach Jurastudium und Promotion Militärdienst im Ersten Weltkrieg. Seit 1918 im Staatsdienst: 1919 Regierungsrat, Tätigkeit in zahlreichen Ämtern, Verbänden und Kommissionen, u. a. Vorsitzer der Lippischen Landesbrandversicherungsanstalt und stellvertretender Vorsitzender des Oberverwaltungsgerichts;1928 Oberregierungsrat; 1930 Mitglied des Landespräsidiums; 1933 zunächst aus allen Ämtern entlassen; 1940–1945 stellvertretender Landrat in Detmold; im Juli 1945 Entlassung aus dem Staatsdienst und Internierung; 1946 bei der lippischen Regierung wieder eingestellt; 1949–1954 stellvertretender Vorsitzer des Landesverbandes Lippe. †26.6.1963; vgl. Der Leopoldiner, Heft 22, 1963.
115. StA DT L 80 Ia Gr. II Tit. 1, Nr. 28, Bd. I, fol. 2.
116. StA DT L 80 Ia Gr. II Tit. 1, Nr. 28, Bd. I, fol. 180 f. (siehe Anhang Dok. Nr. 18).

117. Eingabe vom 5.7.1945. StA DT L 80 Ia Gr. II Tit. 1, Nr. 23, Bd. I.
118. StA DT L 80 Ia Gr. I Tit. 6 zu Nr. 11.
119. Protokoll der 6. Sitzung des Kreistages Detmold am 23. August 1946. StA DT L 80 IIb V 2 zu 16 (Handakte Dr. Petri), fol. 212 f. (siehe Anhang Dok. Nr. 19).
120. §35 Reichsdeputationshauptschluß vom 25.2.1803. Druck bei Huber, Ernst Rudolf, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1. Stuttgart 1961, Nr. 1.
121. Hambusch, Die Rechtsstellung des Landesverbandes Lippe, S. 21.
122. Registratur des Landesverbandes Lippe (künftig LV) 1010/01 Landesverband Lippe; Entstehung, Rechtsgrundlage Bd. I, 1945–1947.
123. Hambusch, Die Rechtsstellung des Landesverbandes Lippe, S. 23f. ; Klein, Thomas, Waldeck. In: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945, Reihe B, Bd. 16: Mitteldeutschland (Kleinere Länder), Marburg 1981, S. 257–288; hier: S. 270.
124. LV 1010/01, Bd. I.
125. LV 1010/01, Bd. I.
126. Hambusch, Die Rechtsstellung des Landesverbandes Lippe, S. 24 ff.
127. LV 1010/01 Bd.1 (Dok.Nr. 25).
128. Petri an Drake, 7.12.1946. StA DT L 80 IIb Gr. V Tit. 2 zu Nr. 16 (Handakte Dr. Petri), fol. 99 (siehe Anhang Dok. Nr. 21).
129. Petri an Drake, 21.11.1946. StA DT L 80 IIb Gr. V Tit. 2 zu Nr. 16 (Handakte Dr. Petri), fol. 98 (siehe Anhang Dok. Nr. 20).
130. Vermerk Petri, 16.12.1946. StA DT L 80 IIb Gr.V Tit. 2 zu Nr. 16 (Handakte Dr. Petri), fol. 100 f. (siehe Anhang Dok. Nr. 22).
131. Petri an Drake 18.4.1947. StA DT L 80 IIb Gr. V Tit. 2 zu Nr. 16 (Handakte Dr. Petri), fol. 119 ff.
132. LV 1010/01 Bd. 1, fol. 46a-c (siehe Anhang Dok. Nr. 26); Rombeck-Jaschinski, Heinrich Drake und Lippe, S. 248 ff.
133. S.o. Anm. 128–131.
134. StA DT L 80 IIb Gr. V Tit.2 zu Nr. 16 (Handakte Dr. Petri), fol. 140.
135. *5.9.1899, †19.5.1958, lippischer Sozialdemokrat, bis 1933 Präsident des lippischen Landtags, 1945 Landrat des Kreises Detmold, Mitglied des lippischen Landtags, Kreistagsabgeordneter, MdB, stellvertretender SPD-Vorsitzender.
136. Drake hat später gelegentlich mit dem entgegengesetzten Argument, daß nämlich die lippischen kulturellen Einrichtungen weit über den lippischen Landesteil hinaus von Bedeutung seien, deren Übernahme durch das Land gefordert, s. u. »Vorverhandlungen in Lippe«.
137. Regierungspräsident (i. A. Petri) an Landesbrand, 2.7.1947 und Antwort vom 7.7.1947. LV 1010/01 Bd. I, fol. 57 ff.
138. Anfrage vom 7.7.1947 mit Antworten. LV 1010/01 Bd. I, fol. 62–66.
139. Schreiben vom 7.7.1947. LV 1010/01 Bd.I, fol 78.
140. Petri an Drake, 7.8.1947. LV 1010/01 Bd. I, fol. 68–70.

141. Weerth (NHV) an Drake, 9.5.1947. LV 1010/01 Bd. I, fol. 89.
142. Suffert (Landesmuseum) vom 24.6.1947 mit Randvermerk Bonwetsch. LV 1010/01 Bd. I, fol. 90 f.
143. Petri an Drake, 7.7.1947. LV 1010/01 Bd. I, fol. 93. (siehe Anhang Dok. Nr. 27).
144. Der Chef der Landeskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen – Landesarchivverwaltung – an Drake 16.7.1947. LV 1010/01 Bd. I, fol. 90 f.
145. Siehe Anhang Dok. Nr. 29.
146. S. o. Kapitel I.
147. »Allgemeine Bemerkungen zum Gesetzentwurf.« LV 1010/01 Bd. II, fol. 14.
148. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen 1949, S. 269.
149. LV 1010/01 Bd. II, fol. 12.
150. LV 1010/01 Bd. I, fol. 101.
151. LV 1010/01 Bd. II, fol. 13; (siehe Anhang Dok. Nr. 30).
152. LV 1010/01 Bd.II, fol. 18.
153. Drake an Innenminister Menzel, 16.10.1947. LV 1010/01 Bd. I, fol. 103.
154. Vermerk Petri, »Landesverband betreffend«, 28.10.1947. StA DT L 80 IIb Gr. V Tit. 2 zu Nr. 16 (Handakte Dr. Petri), fol. 161.
155. Drake an Rechtsanwalt Schnitger, 28.10.1947, Rechtsanwalt Schnitger an Drake, 1.11.1947, Drake an Finanzminister, 7.11.1947. LV 1010/01 Bd. I, fol. 113 ff.
156. Finanzminister an Regierungspräsident Drake, 24.2.1948. LV 1010/01 Bd. II, fol. 127.
157. Vermerk Petri, 11.11.1947, über Landesverbands-Konferenz vom 4.11.1947. LV 1010/01 Bd. I, fol. 109. Mellies 5.11.1947: »Gegenvorschläge zur Verwaltung des früheren Landesvermögens«, fol. 5: Johanning, Landrat des Kreises Detmold, 21.11.1947. LV 1010/01 Bd. II, fol. 2.
158. Winter (Bürgermeister von Silixen) an Regierungspräsident Drake, 3.12.1947. LV 1010/01 Bd. II fol 30. Friedrich Winter (*18.09.1896, †02.01.1980) war bereits seit 1925 in der lippischen Kommunalpolitik tätig und seit 1929 Mitglied des lippischen Landtags gewesen. Als Sozialdemokrat war er in der NS-Zeit zeitweilig in Haft. 1945 wurde er erneut Bürgermeister in Silixen und lippischer, dann nordrhein-westfälischer Landtagsabgeordneter und von 1948–1964 war er Mitglied der Verbandsversammlung des Landesverbandes Lippe. 1962 wurde er Landrat des Kreises Lemgo und behielt dieses Amt bis zur Bildung des Kreises Lippe.
159. Vermerk Petri, 11.11.1947, über Landesverbands-Konferenz vom 4.11.1947. LV 1010/01 Bd. I, fol. 109.
160. Aktenvermerk Petri, 28.11.1947 (siehe Anhang Dok. Nr. 28). LV 1010/01 Bd. II, fol. 9.
161. Petri an Regierungspräsident Drake 1.12.1947. StA DT L 80 II b Gr. V Tit. 2 zu Nr. 16 (Handakte Dr.Petri), fol. 176–191.
162. Drake an Innenminister, 4.12.1947. LV 1010/01 Bd. II, fol. 28.

163. Vorläufige Ordnung der Verwaltung des Lippischen Landes. Vom 10. Mai 1945. Lippische Gesetz-Sammlung 1945, Nr. 1 vom 14. Juni 1945, S. 1.
164. Drake: Vermerk über eine Aussprache mit Vertretern der Wirtschaftskammern zur Selbständigkeit des Landes Lippe vom 22.11.1945. StA DT L 80 Ia Gr. II Tit. 1, Nr. 28, Bd. I, fol. 117; desgl., 24.4.1946, fol. 173–178.
165. Drake an Innenminister, 4.12.1947. LV 1010/01 Bd. II, fol. 28.
166. Drake an Petri: Bemerkungen zu dem Entwurf über den Lippischen Landesverband und zu den Erläuterungen dazu, 9.10.1947. LV 1010/01 Bd. I, fol. 101.
167. Dr. Busley (Kultusministerium): Vermerk über Konferenz MinDir. Dr. Koch, Dr. Busley und Oberschulrat Sünkel »Betr.: Kulturelle Aufgaben und Arbeitseinrichtungen im Gebiet von Lippe-Detmold« vom 10.12.1947. HStA NW 57-6a, fol. 81. [Abschrift in LV 1010/01 Bd. II, fol. 53].
168. Drake an Innenminister, 4.12.1947. LV 1010/01 Bd. II, fol. 28.
169. Mellies an Regierungspräsident Drake, 7.1.1948. LV 1010/01 Bd. II, fol. 83.
170. Vermerk Vogels, 8.1.1948, über Besprechung der Gesetzentwürfe des Innenministers mit Drake und Dr. Petri in Detmold. LV 1010/01 Bd. II, fol. 35. Zur Biographie Vogels siehe Romeyk, Horst, Alois Vogels (1887–1964). In: Geschichte im Westen 2 (1987), S. 179-190.
171. Drake an Innenminister, 24.2.1948: Übersendung der Gesetzentwürfe. LV 1010/01 Bd. II, fol. 106.
172. Mellies an Innenminister Menzel, 29.3.1948. LV 1010/01 Bd. II, fol. 140.
173. Innenminister Menzel an Drake, 5.4.1948. LV 1010/01 Bd. II, fol. 140.
174. Drake an Innenminister Menzel 19.4.1948. LV 1010/01 Bd. II, fol. 141.
175. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen 1949, S. 269.
176. LV 1010/01 Bd. II, fol. 12 (Dok. Nr. 12).
177. Innenminister an Regierungspräsident 15.3.1948. LV 1010/01 Bd. II, fol. 130 f.
178. Regierungspräsident Drake an Innenminister, 8.4.1948. LV 1010/01 Bd. II, fol. 133.
179. Innenminister an Regierungspräsident Drake 8.5.1948. LV 1010/01 Bd. III, fol. 153.
180. Drake an Ministerpräsident, 10.6.1948. HStA NW 263-4 (siehe Anhang Dok. Nr. 31).
181. Kanther, Michael Alfred (Bearb.), Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1946 bis 1950. Siegburg 1992, Nr. 229.
182. Randvermerk Drake, 7.7.1948. LV 1010/01 Bd. III, fol. 192a.
183. Finanzminister an Innenminister, 20.5.1948. HStA NW 90-157, fol. 35.
184. Poerschke (Finanzministerium) an den »Herrn Finanzminister«, 8.7.1948 (Abschrift). LV 1010/01 Bd. III, fol. 192d.
185. Finanzminister an Ministerpräsident, 10.7.1948. HStA NW 90-157, fol. 44 f.
186. Finanzminister an Ministerpräsident 17.7.1948. HStA NW 263-4.

187. Johanning 6.8.1948: »Stellungnahme zu der Vorlage des Herrn Dr. Poerschke an den Herrn Finanzminister«. HStA NW 90-157, fol. 60.
188. Vermerk Finanzminister, 6.8.1948. HStA NW 90-157, fol. 57.
189. Drake an Innenminister, 18.8.1948. HStA NW 57-6b, fol. 62.
190. Bürgermeister Koch (Bad Meinberg) an Regierungspräsident Drake, 2.8.1948. LV 1010/01 Bd. III, fol. 199.
191. Kurdirektor Thissen (Bad Salzuflen) an Regierungspräsident Drake, 21.8.1948. LV 1010/01 Bd. III, fol. 193.
192. *5.9.1880, †10.7.1959, 1919–1933 Mitglied des lippischen Landtags, Mitglied des lippischen Landespräsidiums, Buchhändler und Verleger der »Lippischen Landeszeitung«.
193. Oberkirchenrat Lampe an Staercke, 8.4.1952, Zusage über 300 DM, die Staercke persönlich in Hannover abholen soll. »Ich glaube, das ist der beste und unauffälligste Weg.«. Nds. Hauptstaatsarchiv Hannover, VVP 17 Nr. 228.
194. Ausschuß zur Vorbereitung des Volksentscheides in Lippe an Ministerpräsident, 17.8.1948. HStA NW 263-4.
195. »Volks-Echo« vom 23.8.1948: »Jetzt fehlen nur noch die lippischen Schützen.«
196. Landtag Nordrhein-Westfalen, Erste Wahlperiode. Stenographischer Bericht über die 52. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 27. Juli 1948.
197. Regierungspräsident an Kreisernährungsamt Detmold, 6.9. und 8.9.1948. LV 1010/01 Bd. III, fol. 220 f.
198. Vermerk Haase, 7.9.1948, mit Randvermerk von Drake. LV 1010/01 Bd. III, fol. 213.
199. Vermerk Haase, 10.9.1948, über die Sitzung des Verfassungsausschusses. LV 1010/01 Bd. III, fol. 264.
200. Kurzprotokoll über die Sitzung des Verfassungsausschusses vom 9./10.9.1948 in Detmold. HStA NW 57-6b, fol. 209 f.
201. Vermerk Haase, 10.9.1948, über die Sitzung des Verfassungsausschusses. LV 1010/01 Bd. III, fol. 264.
202. Niedersächsischer Ministerpräsident Kopf an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten 16.9.1948. HStA NW 263-4.
203. Nordrhein-westfälischer Ministerpräsident an den niedersächsischen Ministerpräsidenten Kopf 8.10.1948. HStA NW 263-4.
204. Oldenburgischer Landesbund an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten 15.9.1948. NW 57-6b, fol. 129.
205. Drake an Menzel, 22.10.1948. StA DT D 72 Drake, Nr. 69.
206. Drake: Anschluß des Lippischen Landes an das Land Nordrhein-Westfalen, Denkschrift, 25.11.1950, S.8. StA DT D 72 Drake, Nr. 69.
207. Versammlungsprotokoll vom 26.10.1948. StA DT D 72 Drake, Nr. 69.
208. Vermerk vom 27.10.1948. HStA NW 57-6b, fol. 202v.
209. Innenminister an alle Kabinettsmitglieder, 5.11.1948. HStA NW 263-4.
210. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen 1949, S. 267 (siehe Anhang Dok. Nr. 32).
211. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen 1949,

S. 269 (siehe Anhang Dok. Nr. 33).

212. Landtag Nordrhein-Westfalen, Erste Wahlperiode. Stenographischer Bericht über die 52. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 27. Juli 1948.
213. Landtag Nordrhein-Westfalen, Erste Wahlperiode. Stenographischer Bericht über die 64. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 3. November 1948.
214. S.o. »Die Gründung des Landesverbandes«
215. Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, S. 348 ff.
216. Böhme, Ernst, Schaumburg-Lippe und die Gründung des Landes Niedersachsen. In: Höing, Hubert, (Hrsg.), Vom Ständestaat zur freiheitlich-demokratischen Republik (= Schaumburger Studien, Heft 55). Melle 1995, S. 219–234, hier: S. 231 ff.
217. Freie Presse vom 1.12.1948.
218. Bewerbungen vom 25.11.1948 und 8.2.1949. LV 1010/01 Bd. IV, fol. 304 f., 312 f.
219. Vermerk Drake, 18.1.1949, über Besprechung in Düsseldorf. LV 1010/01 Bd. IV, fol. 306.
220. Drake an Ministerpräsident, 15.3.1949. LV 1010/01 Bd. IV, fol. 316.
221. Vermerk vom 26.3.1949. HStA NW 57-3.
222. Drake an Innenminister, 21.6.1949. HStA NW 57-3. Auf dem Konzept zu diesem Schreiben (LV 1010/01 Bd. IV, fol. 351) hat Drake vermerkt: »Ich bin an die lippischen Kreise herangetreten mit der Bitte, in geeigneter Weise direkt an den Kontrollrat in demselben Sinne heranzutreten.«
223. Landtag Nordrhein-Westfalen. Drucksachen, Erste Wahlperiode, S. 728 (Nr. II-1117).
224. Innenminister an Landtag 24.8.1949. HStA NW 57-3, fol. 66.
225. Drake an Innenminister, 27.7.1949, Randvermerk vom 3.8.1949. HStA NW 57-3, fol. 54.
226. Regional Commissioner Bishop an Ministerpräsident Arnold, 12.9.1949. HStA NW 180-154, fol. 22 (siehe Anhang Dok. Nr. 34). Rombeck-Jaschinski, Ursula, Heinrich Drake und Lippe, S. 255.
227. Drake an Kreisverwaltungen Detmold und Lemgo, 22.3.1949. LV 1010/01 Bd. IV, fol. 317.
228. Stadtdirektor Detmold an Regierungspräsident Drake, 20.4.1949. LV 1010/01 Bd. IV, fol. 321.
229. Regierungspräsident Drake an Stadtdirektor Detmold, 25.4.1949. LV 1010/01 Bd. IV, fol. 321.
230. CDU Lemgo an Innenminister, 30.4.1949. HStA NW 57-3.
231. Ludwig Weßler an Regierungspräsident Drake, 9.5.1949. LV 1010/01 Bd. IV, fol. 323.
232. Innenminister an Drake, 3.5.1949. HStA NW 57-3.
233. OKD Detmold an Regierungspräsident Drake, 10.5.1949. LV 1010/01 Bd. IV, fol. 338.
234. LV 1010/01 Bd. IV, fol. 352 f., fol. 366–370.

235. Drake an Kreisverwaltungen Detmold und Lemgo 29.9.1949. LV 1010/01 Bd. IV nach fol. 373.
236. »Besprechung betr. den Landesverband Lippe«, 24.10.1949. LV 1010/01 Bd. IV, fol. 376 h-j.
237. Gutachten von Schöne vom 29.10.1949. LV 1010/01 Bd. IV, fol. 376 o-w.
238. Drake an Innenminister, 1.11.1949 und 4.11.1949. LV 1010/01 Bd. IV, fol. 376 z, 380.
239. Krekeler (FDP) an Innenminister, HStA NW 57-3, fol. 71.
240. Krekeler an Drake, 7.11.1949. StA DT D 72 Drake, Nr. 69.
241. Drake an Krekeler, 10.11.1949. StA DT D 72 Drake, Nr. 69.
242. Kanther, Michael Alfred (Bearb.), Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1946 bis 1950. Siegburg 1992, Nr. 431 (161. Kabinettssitzung am 21.11.1949).
243. Vogels an Drake (Telegramm), 23.11.1949. LV 1010/01 Bd. V, nach fol. 400.
244. Drake an Innenminister, 22.11.1949. LV 1010/01 Bd. V, fol. 399. Das Schreiben hat sich vermutlich mit dem Telegramm vom 23.11.1949 (Vogels an Drake) gekreuzt.
245. Westfalenzeitung/Lippische Rundschau vom 26.11.1949.
246. Freie Presse vom 28.11.1949.
247. Westfalenzeitung/Lippische Rundschau vom 29.11.1949.
248. Freie Presse vom 30.11.1949.
249. Freie Presse vom 3.12.1949: Landesverbandswahlen »auf Stottern«.
250. Konstituierende Sitzung der Verbandsversammlung, 19.12.1949, Protokoll. StA DT D 72 Drake, Nr. 74 (siehe Anhang Dok. Nr. 35).
251. Landrat Feldmann an Drake, 9.12.1949. LV 1010/01 Bd. V, fol. 415. Westfalenzeitung/Lippische Rundschau vom 9.12.1949.
252. LV 1112/03.
253. Vermerk von Drake auf dem Protokoll. LV 1112/03.
254. Drake an Ministerpräsident Arnold, 28.12.1949. StA DT D 72 Drake, Nr. 69.
255. Innenminister an Regierungspräsident Drake, 21.3.1950. LV 1010/01 Bd. V, fol. 443.
256. CDU Lemgo an Landrat Feldmann, Brake (Abschrift an Innenminister) 3.4.1950. HStA NW 57-3, fol. 144.
257. Vermerk Petri, 17.4.1950. LV 1010/01 Bd. V, fol. 452.
258. Kanther, Michael Alfred (Bearb.), Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1946 bis 1950, Siegburg 1992, Nr. 485 (183. Kabinettssitzung am 2.5.1950).
259. Vermerk über den Landesverband vom 30.3.1948. StA DT L 80 IIb Gr. V Tit. 2 zu Nr. 16 (Handakte Dr. Petri), fol. 209 f.
260. StA DT D 1 Nr. 6359; StA DT D 1, Nr. 6360.
261. Gesetz über die Durchführung der Bodenreform und Siedlung in Nordrhein-Westfalen vom 16.5.1949, Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen 1949, S. 84.
262. Hügen, Ludwig, Bodenreform. In: Nordrhein-Westfalen. Landesgeschichte

im Lexikon (= Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, Bd. 31). Düsseldorf 1993, S. 68 f. Vgl. auch ders., Das Gesetz »für die Wolfsschlucht«. Bodenreformpolitik in Nordrhein-Westfalen 1945–1949 (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 28). Essen 1991.

263. Brunn, Gerhard, Aufbruch aus Ruinen – Die Jahre 1946 bis 1948. In: Reinicke, Christian und Horst Romeyk (Red.), Nordrhein-Westfalen. Ein Land in seiner Geschichte. Aspekte und Konturen 1946–1996. Münster 1996, S. 21–42; hier: S. 39.
264. Mellies an Drake, 7.1.1948. LV 1010/01 Bd. II fol. 83. S.o. »Beratungen mit der Landesregierung«.
265. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen 1949, S. 267.
266. »Materialien zur lippischen Volksabstimmung, Anschlußfrage. Lippische Wünsche«, Denkschrift Drake 12.7.1951. StA DT D 72 Drake, Nr. 69.
267. Erklärung des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, abgegeben vor Vertretern der lippischen Bevölkerung am 14. Januar 1952. HStA NW 263-7.
268. Niederschrift über die Besprechung zwischen Vertretern der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und Vertretern von Lippe am 14.1.1952. StA DT D 1, Nr. 7848, fol. 163 ff., hier fol. 172.
269. Drake, »Bemerkungen und Vorschläge zu dem Entwurfe der Regierungserklärung« 18.1.1952. StA DT D 1 Nr. 7848, fol. 218–228.
270. Erklärung des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen über die Verwaltung der lippischen Landesteile, abgegeben namens der Landesregierung. 22.1.1952 (siehe Anhang Dok. Nr. 37). HStA NW 263-7.
271. Jacobi an Vogels, 29.1.1952 (Abschrift). StA DT D 72 Drake, Nr. 70.
272. Vogels an Jacobi, 1.2.1952 (Abschrift). StA DT D 72 Drake, Nr. 70.
273. Kurzprotokolle über die 21. und 22. Sitzung des Hauptausschusses am 19. und 21.1.1952. HStA NW 180-154, fol. 30–41. Vgl. Rombeck-Jaschinski, Heinrich Drake und Lippe, S. 270.
274. Drake an Johnen, 24.1.1952. StA DT D 72 Drake, Nr. 70.
275. Drake an Justizminister Amelunxen, 26.1.1952. StA DT D 72 Drake, Nr. 70 (siehe Anhang Dok. Nr. 38).
276. Drake an Arnold, 28.2.1952. HStA NW 263-12.
277. Ministerpräsident Arnold an Regierungspräsident Drake, 18.3.1952. HStA NW 180-154, fol. 42.
278. Vermerk von Drake vom 21.3.1952 über Besprechung mit Arnold am 20.3.1952 in Düsseldorf. StA DT D 72 Drake, Nr. 70.
279. »Niederschrift über die Besprechung zwischen Ministerpräsident Arnold und Vertretern der lippischen Bevölkerung über die Verwaltung der lippischen Landesteile am 15. April 1952 in Detmold«. HStA NW 263-12.
280. Drake an Giese, 12.2.1952. StA DT D 72 Drake, Nr. 70.
281. Drake an OB Ladebeck, 25.7.1950. StA DT D 72 Drake, Nr. 69.

282. Fleckenstein, Gisela (Bearb.), Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1950 bis 1954. Siegburg 1995, Nr. 70 (222. Sitzung am 15.2.1951).
283. Landtag Nordrhein-Westfalen. Drucksachen, Zweite Wahlperiode, Nr. 214. Hüttenberger, Peter, Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie (= Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, Bd. 1). Siegburg 1973, S. 522 ff.
284. Drake an Ministerpräsident, Bedenken gegen Entwurf für Landschaftsverbandsordnung 4.4.1951. HStA NW 179-9, fol. 4–8 (siehe Anhang Dok. Nr. 36).
285. Gesetz- bzw. Vertragsentwurf, 20.10.1951. StA DT D 72 Drake, Nr. 69.
286. Protokoll der Besprechung zwischen Vertretern der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und Vertretern von Lippe am 14.1.1952. StA DT D 72 Drake, Nr. 154.
287. Drake an Ministerpräsident Arnold, »Bemerkungen und Vorschläge zu dem Entwurfe der Regierungserklärung«, 18.1.1952. StA DT D 72 Drake, Nr. 154.
288. Bürgermeister Moes an Ministerpräsident Arnold, 18.1.1952. HStA NW 263-7.
289. Kurzprotokoll über die 29. Sitzung des kommunalpolitischen Ausschusses [des nordrhein-westfälischen Landtags] am 15.10.1952. StA DT D 72 Drake, Nr. 74.
290. Drake an Ministerpräsident Arnold, 28.2.1952. HStA NW 263-12.
291. Niederschrift über die Besprechung zwischen Ministerpräsident Arnold und Vertretern der lippischen Bevölkerung über die Verwaltung der lippischen Landesteile am 15.April 1952 in Detmold. HStA NW 263-12.
292. Dr. Rombach an Ministerpräsident Arnold, 21.4.1952. HStA NW 263-12.
293. GVBl. NW, S. 421.
294. Romeyk, Horst, »Im Interesse einer fortschrittlichen Entwicklung der Verwaltungsstruktur« – Die staatliche Neugliederung. In: Christian Reinicke u. a. (Red.) Nordrhein-Westfalen. Ein Land in seiner Geschichte (= Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, Bd. 36). Münster 1996, S. 442–446; hier: S.442. Da das Manuskript der vorliegenden Arbeit bereits 1997 abgeschlossen wurde, konnte die aktuelle Diskussion um die Verwaltungsstrukturreform nicht mehr berücksichtigt werden.
295. Lippische Rundschau vom 16.5. und 21.5.1957.
296. Jurgeneit, Heinz, Landesverband Lippe: gestern – heute – morgen. (Ms. für Zeitungsartikel 1989). LV 1010/01 Bd. VI.
297. Fleckenstein, Gisela (Bearb.), Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1950 bis 1954. Siegburg 1995, Nr. 73 (224. Sitzung am 26.2.1951).
298. Bundesinnenministerium an nordrhein-westfälisches Innenministerium, 23.3.1951. HStA NW 57-9a.

299. Landtag Nordrhein-Westfalen, Zweite Wahlperiode. Stenographischer Bericht über die 21. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 18. April 1951.
300. Landtag Nordrhein-Westfalen, 17. Sitzung des Hauptausschusses am 4. Dezember 1951, Diskussionsprotokoll. Vgl. auch Rombeck-Jaschinski, Heinrich Drake und Lippe, S. 267.
301. Landtag Nordrhein-Westfalen, Zweite Wahlperiode. Stenographischer Bericht über die 35. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 11. Dezember 1951.
302. Vermerk über eine Besprechung zwischen Drake, Dr. Schöne und Referenten aus dem Innenministerium (Dr. Vogels), dem Justizministerium (Geller) und der Staatskanzlei (von Müller) vom 26.2.1951. HStA NW 263-5.
303. Vgl. Kittel, S. 334.
304. Protokoll vom 21.9.1951 StA DT D 1 Nr. 7847, fol. 104.
305. Entwurf für Vertrag und Gesetz 20.10.1951. StA DT D 72 Drake, Nr. 69.
306. Drake an Giese, 3.4.1952. StA DT D 72 Drake, Nr. 70.
307. »Turnhallen-Konferenz« in Lage am 25.10.1951, Protokoll. StA DT D 72 Drake, Nr. 69.
308. Wie Anm. 307.
309. Drake an Ministerpräsident, 31.10.1951. StA DT D 72 Drake, Nr. 69.
310. Von Drake angefertigtes Protokoll der Besprechung vom 30.11.1951. StA DT D 1, Nr.7848, fol. 53.
311. S.o. »Die Lippe-Gesetze im Landtag«.
312. Landtag Nordrhein-Westfalen, 17. Sitzung des Hauptausschusses des nordrhein-westfälischen Landtages am 4.12.1951.
313. Wie Anm. 312.
314. Drake an Ministerpräsident Arnold, 27.12.1951. HStA NW 263-6.
315. Rombeck-Jaschinski, Heinrich Drake und Lippe, S. 267 ff.
316. Siehe Anhang Dok. Nr. 37.
317. StA DT L 80 Ia Gr. II Tit. 1 Nr. 28 Sonderakten 2: Punktationen u. a. (1946–47).
318. GVBl. NW, S. 128.
319. StA DT D 1, Nr. 2043.
320. StA DT D 106 Detmold, Nr. 3189. Vgl. Ernst, Ulrich, Der lippische Schulstreit. In: Müller, Wolfgang u.a. (Bearb.), Detmold in der Nachkriegszeit (= Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe, Bd. 41). Bielefeld 1994, S. 403–423.
321. Vgl. etwa HStA NW 263-12: Hermann Wendt (MdL/CDU) an Ministerpräsident Arnold vom 11.2.1952: Seine lippischen Parteifreunde sind davon überzeugt, »daß alle den Anschluß betreffenden Fragen schneller und reibungsloser gelöst werden würden, wenn auch im Regierungspräsidium ein möglichst baldiger Wechsel [...] erfolgte.«
322. Im Detmolder Kreistag hatten die Abgeordneten von CDU und FDP nach der Kommunalwahl 1952 zusammen die »Lippische Gemeinschaft«

gebildet; dieser Block war stärker als die SPD-Fraktion. Bei der Wahl der 5 Delegierten des Kreistags zur Landesverbandsversammlung brachte die »Lippische Gemeinschaft« daher drei Kandidaten durch, während für die SPD nur zwei Sitze blieben. Von den drei von der SPD nominierten Kandidaten erzielte Drake das schlechteste Ergebnis, so daß er nicht wieder Mitglied der Verbandsversammlung wurde. Da einer der beiden gewählten SPD-Abgeordneten zu Drakes Gunsten verzichtete, war dieser zwar wiederum Mitglied der Verbandsversammlung; aufgrund der veränderten Mehrheitsverhältnisse wurde jedoch nicht er, sondern der Dipl.-Landwirt Albrecht Gehring (CDU) zum Verbandsvorsteher gewählt. Als sich bei der folgenden Kommunalwahl 1956 eine deutliche SPD-Mehrheit ergab, legte Gehring vorzeitig sein Amt nieder, und Drake wurde wieder Verbandsvorsteher. Vgl. Rombeck-Jaschinski, Heinrich Drake und Lippe, S. 277 ff.

323. S. u., Anm. 330.
324. Schriftwechsel Drake – Giese und Entwurf vom 10.4.1952. StA DT D 72. Drake, Nr. 70. Gutachten vom 21.5.1952. StA DT D 1, Nr.6357.
325. Verbandsvorsteher Drake an Ministerpräsident, 17.6.1952. HStA NW 180-15, fol. 111–131.
326. Antrag der Landesregierung vom 30.6.1953. StA DT D 72 Drake, Nr. 82.
327. Urteil VGH 4/53 vom 23.1.1954. StA DT D 72 Drake, Nr. 82.
328. GVBl. S. 61.
329. BVG-Urteil vom 24.2.1954 (2 BvQ 1/54), Abschnitt B I 4. StA DT D 72 Drake, Nr. 82. (siehe Anhang Dok. Nr. 39).
330. Vermerk Rietdorf (Innenministerium) 29.1.1954. HStA NW 180-151, fol. 27 f.
331. Vermerk Drake über Telefongespräch mit Smend vom 6.7.1955. StA DT D 72 Drake, Nr. 83.
332. Rombeck-Jaschinski, Heinrich Drake und Lippe, S. 281 f.
333. BVG-Urteil vom 28.7.1954 (2 BvH 1/54).
334. Drake, Heinrich, Bemerkungen zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Juli 1955. In: Staercke, Max (Hrsg.), Der lippische Verfassungsstreit im Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Detmold 1956, S. 47–111; hier: S. 47.
335. Drake an McGregor 14.2.1947: Unterrichtung über die Aufgaben eines Zweckverbandes. LV 1010/01 Bd. 1.
336. Gutachten Giese vom 21.5.1952. StA DT D 1, Nr. 6357.
337. Undatierter Vermerk zu Ausstattung, Charakter, Bezeichnung, Vorsteher, Beamte, Forstverwaltung und Wappen des Landesverbandes. StA DT L 80 IIb Gr. V Tit. 2 zu Nr. 16 (Handakte Dr. Petri), fol. 140.
338. LZ 25.4.1969. Diese Äußerung trifft den historischen Tatbestand nicht genau: Drake bezieht sich hier auf die Situation im Frühjahr 1947, als in den Beratungen über die zweckmäßigste Verwaltung des Landesvermögens auch die Frage diskutiert worden war, ob ein Zweckverband entbehrlich sei, wenn die Kreise Detmold und Lemgo zu einem (Groß-)Kreis Lippe vereinigt würden (s. o. in Kap. II). Die Gründung der beiden lippischen Kreise dagegen

lag damals bereits 15 Jahre zurück: Unter dem Zwang zu Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung wurden 1932 aus den bisherigen vier Landratsämtern Blomberg, Brake, Detmold und Schötmar die beiden Kreise Detmold und Lemgo gebildet; vgl. Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, S. 291.

339. Kirchhof an Drake 6.6.1945. StA DT L 80 Ia Gr. II Tit. 1, Nr. 28, Bd. I, fol. 56. S. o. im Einleitungskapitel.
340. Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, S. 347 ff.; Romeyk, Horst, wie Anm. 294.
341. Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, S. 348 ff.
342. Dr. Arnold Ebert, 1966 bis 1972 erster hauptamtlicher Verbandsvorsteher. Kurz vor Drakes Rückzug von der Leitung des Landesverbandes war die Satzung geändert worden: Der Bestimmung in § 7 Abs. 1 über Wahl und Anstellung des Verbandsvorstehers (»Der Verbandsvorsteher wird von der Verbandsversammlung mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde (Innenminister) angestellt.«) wurde auf Beschluß der Verbandsversammlung vom 15.4.1966 der folgende Satz angefügt: »Die Anstellung kann auch als Beamter auf Zeit für 12 Jahre erfolgen.« ABl. Reg. Dt. 1966, S. 212.
343. Kirchhof an Verbandsvorsteher Ebert 25.12.1968. LV 1010/05 Bd. I. (siehe Anhang Dok. Nr. 40).
344. LZ 29.1.1969: »Landespräsident Heinrich Drake: ›Ein Kind der Not gewesen‹. Gedanken zum Landesverband Lippe und die künftige Form lippischer Vermögensverwaltung.«
345. LR 31.12.1968: »Wohin des Wegs – Landesverband?« von Heinrich Drake.
346. LZ 4.1.1969, Kommentar.
347. LR 21.1.1969: »Auf dem Weg zum ›Großkreis‹ Lippe« von Leopold Möller.
348. Protokoll der Verbandsversammlung am 25.1.1969. LV 1010/05 Bd. I.
349. LR 30.1.1969: »Kirchhofs ›Rückzugsgefecht‹ in Sachen Landesverband/CDU wurde informiert«.
350. Anlage 1 zur Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung am 18.4.1969. LV 1010/05 Bd. II.
351. Anlage 2 zur Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung am 18.4.1969. LV 1010/05 Bd. II
352. Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung am 15.11.1969. LV 1010/05 Bd. II.
353. Vgl. Anm. 347.
354. Manuskript der Hörfunksendung »Lippe-Detmolds Erben«, WDR 2, 24.1.1970. LV 1010/05 Bd. I.
355. LZ 7.4.1971: »Für Fortbestand des Landesverbandes. Gemeinsame Sitzung der lippischen Kreistags-Fraktionen auf der Grotenburg.«
356. LZ 20.11.1971: »Aufgaben des Landesverbandes werden durch Fusion nicht geringer. Dr. Ebert begründete bei Einbringung des Etats Notwendigkeit des Fortbestandes.«
357. LZ 19.6.1971: »Viel Brisanz ohne Brillanz.«

358. Protokoll der Verbandsversammlung am 28.3.1972. LV 1010/05 Bd. II
359. LZ 27.3.1972: »Diether Kuhlmann: ›Konkretes Wort zum Landesverband Lippe‹.«
360. Satzung des Landesverbandes Lippe vom 13.4.1973. ABl. Reg. Dt. 1973, S. 264.
361. Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Bielefeld (Bielefeld-Gesetz). GVBl. NW, S. 284, §§ 19–21.
362. Gesetz über den Landesverband Lippe vom 5. November 1948. GVBl. NW, S. 206, §§ 4 und 17.
363. Gesetz über den Landesverband Lippe vom 5. November 1948. GVBl. NW, S. 206, § 1.
364. Gesetz über den Landesverband Lippe vom 5. November 1948. GVBl. NW, S. 206, §. 10.
365. Satzung des Landesverbandes Lippe vom 4.1.1952 i.d.F. vom 20.4.1966. ABl. Reg. Dt. 1966, S. 212, § 10 (siehe Anhang Dok. Nr. 41).
366. Satzung des Landesverbandes Lippe vom 4.1.1952 i.d.F. vom 20.4.1966. ABl. Reg. Dt. 1966, S. 212, § 15.
367. Satzung des Landesverbandes Lippe vom 13.4.1973. ABl. Reg. Dt. 1973, S. 264; § 8 (siehe Anhang Dok. Nr. 41).
368. Satzung des Landesverbandes Lippe vom 13.4.1973. ABl. Reg. Dt. 1973, S. 264; § 3.
369. Satzung des Landesverbandes Lippe vom 13.4.1973. ABl. Reg. Dt. 1973, S. 264; §§ 4, 5.
370. Satzung des Landesverbandes Lippe vom 13.4.1973. ABl. Reg. Dt. 1973, S. 264; § 9.
371. Satzung des Landesverbandes Lippe vom 4.1.1952 i.d.F. vom 20.4.1966. ABl. Reg. Dt. 1966, S. 212, § 7, 13, 14.
372. Vgl. Anm. 294.

# Literaturverzeichnis


Arndt, Johannes
Das Fürstentum Lippe im Zeitalter der Französischen Revolution 1770–1820. Münster/New York 1992

Barmeyer, Heide
Lippe 1800–1848. Biedermeier oder Vormärz? In: Erhard Wiersing (Hrsg.), Lippe im Vormärz (= Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe, Bd.35). Bielefeld 1990, S. 17–55

Böhme, Ernst
Schaumburg-Lippe und die Gründung des Landes Niedersachsen. In: Hubert Höing (Hrsg.), Vom Ständestaat zur freiheitlich-demokratischen Republik (= Schaumburger Studien, Heft 55). Melle 1995, S. 219–234

Brunn, Gerhard
Aufbruch aus Ruinen – Die Jahre 1946 bis 1948. In: Christian Reinicke und Horst Romeyk (Red.), Nordrhein-Westfalen. Ein Land in seiner Geschichte. Aspekte und Konturen 1946–1996. Münster 1996, S. 21–42

Bulst, Neithard
Landesherr und Stände im 18. Jahrhundert. Zusammenarbeit und Konflikt. In: Neithard Bulst u.a. (Hrsg.), Die Grafschaft Lippe im 18. Jahrhundert. Bielefeld 1996, S. 251–267

Drake, Heinrich (Hrsg.)
Die Lippische Landesverwaltung in der Nachkriegszeit. Detmold 1932

Drake, Heinrich
Bemerkungen zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Juli 1955. In: Max Staercke (Hrsg.), Der lippische Verfassungsstreit im Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Detmold 1956, S. 47–111

Ebert, Arnold
Lippe und sein Landesverband (= Bildbandserie des Lippischen Heimatbundes, Bd.4). Detmold [1969]

Ellwein, Thomas
Der Staat als Zufall und als Notwendigkeit. Die jüngere Verwaltungsentwicklung in Deutschland am Beispiel Ostwestfalen-Lippe. Bd.1: Die öffentliche Verwaltung in der Monarchie 1815-1918. Opladen 1993. Bd. 2: Die öffentliche Verwaltung im gesellschaftlichen und politischen Wandel 1919–1990. Opladen 1997

Ernst, Ulrich
Der lippische Schulstreit. In: Wolfgang Müller u.a. (Bearb.), Detmold in der Nachkriegszeit (= Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe, Bd. 41). Bielefeld 1994, S. 403–423

Fleckenstein, Gisela (Bearb.)
Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1950 bis 1954. Siegburg 1995

Hambusch, Lutz
Die Rechtsstellung des Landesverbandes Lippe. Münster 1971

Hartung, Fritz
Deutsche Verfassungsgeschichte. 9. Aufl., Stuttgart 1969

Huber, Ernst Rudolf
Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd.1, Stuttgart 1961

Hügen, Ludwig
Bodenreform. In: Nordrhein-Westfalen. Landesgeschichte im Lexikon (= Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, Bd. 31). Düsseldorf 1993, S. 68 f.

Hügen, Ludwig
Das Gesetz »für die Wolfsschlucht«. Bodenreformpolitik in Nordrhein-Westfalen 1945 – 1949 (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 28). Essen 1991

Hüttenberger, Peter
Die Vereinigung Lippes mit Nordrhein-Westfalen. Voraussetzungen und Motive. In: Geschichte im Westen 2 (1987), S. 36–42

Hüttenberger, Peter
Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie (= Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, Bd.1). Siegburg 1973

Kanther, Michael Alfred (Bearb.)
Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1946 bis 1950. Siegburg 1992

Kittel, Erich
Die Revolution von 1918 in Lippe. In: Lippische Mitteilungen 37 (1968), S. 32–153

Kittel, Erich
Heimatchronik des Kreises Lippe (= Heimatchroniken der Städte und Kreise des Bundesgebietes, Bd. 44). 2. Aufl., Köln 1978

Klein, Thomas
Waldeck. In: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945, Reihe B, Bd.16: Mitteldeutschland (Kleinere Länder). Marburg 1981, S. 257–288

Meier, Friedrich
Die Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalt in Lippe. (Diss. Frankfurt) Gelsenkirchen 1927

Mitteis, Heinrich und Heinz Lieberich
Deutsche Rechtsgeschichte. 13. Aufl., München 1974

Niebuhr, Hermann und Klaus Scholz
Der Anschluß Lippes an Nordrhein-Westfalen (= Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, Bd. 20). Detmold 1984

Niebuhr, Hermann
Lippe 1946/47: Das Ende der Selbständigkeit und die Eingliederung nach Nordrhein-Westfalen. In: Geschichte im Westen 11 (1996), S. 21–34

Nitschke, Peter
Von der Landeshoheit zur Landesherrschaft – Die Grafschaft Lippe im Zeitalter der Aufklärung. In: Johannes Arndt und Peter Nitschke (Hrsg.), Kontinuität und Umbruch in Lippe. Sozialpolitische Verhältnisse zwischen Aufklärung und Restauration 1750-1820 (= Lippische Studien, Bd.13). Detmold 1994

Priamus, Heinz-Jürgen
Alfred Meyer. Biographische Skizze eines NS-Täters. In: Hermann Niebuhr und Andreas Ruppert (Bearb.), Nationalsozialismus in Detmold. Bielefeld 1998

Rombeck-Jaschinski, Ursula
Heinrich Drake und Lippe (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 13). Düsseldorf 1984.

Romeyk, Horst
Alois Vogels (1887–1964). In: Geschichte im Westen 2 (1987), S. 179–190

Romeyk, Horst
»Im Interesse einer fortschrittlichen Entwicklung der Verwaltungsstruktur« - Die staatliche Neugliederung. In: Christian Reinicke u.a. (Red.), Nordrhein-Westfalen. Ein Land in seiner Geschichte (= Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, Bd. 36). Münster 1996, S. 442–446

Staercke, Max (Hrsg.)
Der lippische Verfassungsstreit im Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Detmold 1956

Steininger, Rolf
Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe, Bd. 4). Düsseldorf 1988

Stüber, Gabriele
Zonales Provisorium und demokratisches Experiment. Der Zonenbeirat der britischen Besatzungszone 1946–1948, Teil I und II. In: Geschichte im Westen 5 (1990), S. 162 - 187 und 6 (1991), S. 30–61

Teppe, Karl
Provinz – Partei – Staat (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XXXVIII, Bd. 1). Münster 1977

Wehlt, Hans-Peter (Bearb.)
Lippische Regesten, neue Folge (= Lippische Geschichtsquellen, Bd. 17). Lemgo 1989ff.

# Anhang

## Dokumente

### Nr. 1

*»Seit nahezu 14 Tagen ruht die Landesverwaltung«. Bekanntmachung vom 18.4.1945.*
*Lippische Gesetz-Sammlung 1945, Nr. 1 vom 14.6.1945, S. 1;*
*D 81 Nr. 141*

Seit nahezu 14 Tagen ruht die Landesverwaltung. Die verantwortlich gewesenen Leiter der Landesregierung haben ihre Posten verlassen. Dieser Zustand ist unerträglich. Ich habe auf allgemeinen Wunsch die Leitung der Landesverwaltung als Landespräsident bis auf weiteres übernommen zu dem Zweck, sie auf neuem Grunde wieder einzurichten. Die Landesleitung untersteht der Kontrolle und Aufsicht der Alliierten Militärregierung und ist im besonderen an die Weisungen des obersten Offiziers der Militärverwaltung in Detmold gebunden. Ich werde meine Pflicht tun und erwarte Pflichterfüllung von jedem Landesbewohner.

Detmold, den 18. April 1945
Heinrich Drake

### Nr. 2

*»Mahnung! Warnung!«. Aufruf vom 27.4.1945.*
*D 81 Nr. 142*

Mahnung! Warnung!

1. Die Lebensmittelversorgung ist schwer gefährdet. Ich mahne und warne!
2. Pflanzt Kartoffeln! Baut Gemüse!
3. Steht nicht umher und bekakelt die Lage! Sie wird dadurch nur schlechter. Arbeitet!
4. Die Landwirtschaft braucht Arbeitskräfte. Meldet Euch!
5. Beachtet die Gesetze! Seid gerecht und anständig und am härtesten gegen Euch selbst!
6. Landwirte! Holt aus dem Euch anvertrauten Boden heraus, was menschenmöglich ist! Schwarzschlächter sind Verbrecher! Alle Gesetzesverächter schneiden in ihr eigenes Fleisch, denn die Folgen des Leichtsinns werden über ein Kleines furchtbar sein. Ich warne!
7. Seid getreue Nachbarn! Helft einander, wo Ihr könnt. Auf die Anständigkeit der Gesinnung kommt es heut an. Gegen Übeltäter muß die Gemeinschaftshilfe der Polizeigewalt unterstützend zur Seite treten.

8. Selbsthilfe, wo sie irgend geht! Belästigt keinen anderen, wenn Ihr Euch selber helfen könnt!
9. Achtet die ehrliche Arbeit! Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert!
10. Pflanzt Kartoffeln! Baut Gemüse! Pflegt die Obstbäume!

Detmold, den 27. April 1945.
Der Landespräsident
Drake

## Nr. 3

*»Vorläufige Ordnung der Verwaltung des Lippischen Landes. Vom 10. Mai 1945.«*
*Lippische Gesetz-Sammlung 1945, Nr. 1 vom 14.6.1945, S. 1.*
*D 81, Nr. 144*

Vorläufige Ordnung der Verwaltung des Lippischen Landes. Vom 10. Mai 1945

1. Die Landesführung liegt bei dem Landespräsidenten. Er ist die Lippische Landesregierung.
2. Für die Aufgaben und Befugnisse der Landesregierung gelten die reichs- und landesrechtlichen Bestimmungen.
   Die Lippische Landesregierung ist an die Anordnungen der Militärregierung gebunden.
   Die Landesregierung ist, solange die Reichsgewalt ruht und eine gewählte Landesvertretung nicht besteht, für den Erlaß von Gesetzen zuständig. Sie kann Entscheidungen treffen, für die bisher das Reich zuständig war.
3. Die Lippische Landesregierung ist oberste und obere Verwaltungsbehörde des Landes. Sie gliedert sich in Abteilungen.
   Alle Einzelheiten regelt die durch den Landespräsidenten zu erlassende Geschäftsordnung.
4. Der Landespräsident bestellt einen Landesrat aus allen Teilen des Landes, mit dem er alle grundsätzlichen und allgemeinen Fragen berät.
   Der Landesrat besteht aus 4 Bürgermeistern, 4 Vertretern der Landwirtschaft und 4 Vertretern des Gewerbes.
   Die Vertreter der Landwirtschaft und des Gewerbes müssen zur Hälfte Arbeitnehmer sein.
   Der Landesrat wird mindestens einmal im Monat vom Landespräsidenten zusammengerufen.
5. Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Detmold, den 10. Mai 1945
Drake
Landespräsident

## Nr. 4

*Kirchhof: Vermerk vom 6.6.1945.*
*L 80 Ia Gr. II Tit.1, Nr. 28, Bd. I, fol. 56*

Betr.: Provinz Westfalen und Land Lippe.
Die heutige kurze Erörterung der Frage, ob und inwieweit die Lippische Landesverwaltung nach Westfalen orientiert werden kann und soll oder gar zu orientieren ist, veranlaßt den Unterzeichneten nochmals, darum zu bitten, den gesamten Fragenkomplex unter allen Umständen in aller Kürze durch eine Besprechung bei dem zuständigen Militärkommandanten und dem Oberpräsidenten in Münster nach Fühlungnahme und unter möglichster Hinzuziehung des hiesigen Kommandanten zu einer grundsätzlichen Klärung zu bringen. Mögen bei oberflächlicher Beurteilung auch viele Gründe insbesondere der Verwaltungsvereinfachung, der allgemeinen Wirtschaftspolitik usw. für den Anschluß, wenn nicht gar für das Aufgehen des Landes Lippe in der Provinz Westfalen sprechen, so bleibt doch stets zu bedenken, daß unsere Verwaltung hinsichtlich ihrer Einfachheit, Sparsamkeit und Unmittelbarkeit noch nie übertroffen ist und daß sich dies auch in Zukunft kaum ändern wird, vor allem um deswegen nicht, weil heute in vielen Fragen die alliierte Militär-

regierung mitzusprechen hat.
Die Bestrebungen des Oberpräsidenten gehen heute bestimmt dahin, Lippe zu kassieren; wir müssen auf der Hut bleiben. Je mehr Zeit vergeht, desto mehr wird der Militär-Kommandant in Münster von dem Oberpräsidenten vielleicht im Sinne seiner Bestrebungen eingenommen. Die Befürchtung dürfte nicht unberechtigt sein, daß das Land Lippe vielleicht über Nacht in den Regierungsbezirk Minden aufgeht. Dann ist unter Umständen nichts mehr zu unternehmen. Wenn dann wenigstens Zug um Zug der Regierungshauptsitz nach Detmold verlegt würde, könnte manches Bedenken bis auf die Frage des Landesvermögens noch zurückgestellt bleiben. Ob aber selbst das erstere dann noch zu erreichen ist, erscheint dem Unterzeichneten zweifelhaft.
Eine gewisse Orientierung nach Münster, insbesondere heute, wo keine Reichsregierung mehr vorhanden ist, dürfte selbstverständlich sein und zwar sowohl staatspolitisch wie auch wirtschaftspolitisch usw. Es ist aber nicht ohne weiteres einzusehen, daß die Landesverwaltung nunmehr den langjährigen Versuchen und Verhandlungen von Münster unterliegen und seine Selbständigkeit zum Schaden der lippischen Staatswirtschaft und vor allem seiner Bevölkerung aufgeben soll. Welcher lippische Staatsbürger würde das insbesondere im Augenblick ernsthaft wünschen?
Daß die Bestrebungen der Einverleibung Lippes in Münster ernsthaft ventiliert werden, ersieht der Unterzeichnete u.a. auch aus dem anliegenden Schreiben des Oberpräsidenten vom 30. Mai d. Jrs.. So eingehend hat sich bisher der Oberpräsident von Westfalen noch niemals um die finanziellen Dinge in Lippe bekümmert.
Das Wichtigste und Schwerwiegendste bei allen in Betracht kommenden Fragen ist die Angelegenheit des lippischen Staatsvermögens. Es darf niemals dahin kommen und würde insbesondere auch von der lippischen Bevölkerung niemals verstanden werden, wenn bei Aufhebung der Selbständigkeit des Landes etwa auch das Landesvermögen, das jeder Lipper sozusagen sein Eigen nennt, auf die Provinz Westfalen oder ein sonstiges grösseres Gebilde übergehen sollte. Diese Fragen sind mit dem Oberpräsidium wie auch mit dem Regierungspräsidenten in Minden in den letzten Jahren ganz besonders und eingehend Gegenstand von Erörterungen gewesen. Dabei ist von hier aus stets der Gedanke vertreten, das Landesvermögen bei Aufhebung der Landesverwaltung unter allen Umständen den beiden Kreisen als Ganzes zu erhalten, man hat in diesem Zusammenhange auch bereits früher die Frage der Bildung eines Zweckverbandes Lippe mit dem Ziele der einheitlichen Zusammenfassung und Verwaltung des gesamten Landesvermögens einschliesslich gewisser landeseigener Einrichtungen, wie z.B. der Landesbibliothek, des Landesarchivs, der Hermannsdenkmalstiftung und der Damenstifte usw. erörtert und zwar mit dem Erfolge, daß selbst der Oberpräsident diesen Dingen stets im lippischen Sinne seine besondere Beachtung verlieh.
Der Unterzeichnete gibt hiernach anheim, möglichst bald die angeregte Fühlungnahme aufzunehmen und in offener Aussprache bei dem Militärkommandanten in Münster zur Erörterung zu stellen. Sicherlich wird diese Stelle dann in etwa auch hinreichendes Verständnis für die auf alter Landestradition fussenden Wünsche der Landesregierung haben.

## Nr. 5

*Lippisches Landespräsidium an den Preußischen Minister des Innern, 7.7.1923.*
*L 75 X, 1, Nr. 17, Bd. I*

Die bisher über den Anschluß des lippischen Landes an das preußische Staatsgebiet unverbindlich geführten Verhandlungen haben kein bestimmtes Ergebnis gehabt, was bei der Art dieser Verhandlungen verständlich ist. Unter Beziehung auf die kurze Aussprache des Unterzeichneten mit dem Herrn Minister des Innern am 5. dieses Monats hält es das Landespräsidium

für wünschenswert, daß eine festere Grundlage für gegebenenfalls fortzuführende Verhandlungen bereitet werde, ohne daß damit irgendwie der notwendigen Willenserklärung der lippischen Landesbewohner vorgegriffen würde. Für die Vorbereitung weiterer Maßnahmen würde es daher erwünscht sein, die Stellungnahme des preußischen Ministeriums des Innern bzw. des preußischen Gesamtministeriums zu folgenden Fragen zu erfahren:

1. Kann dem lippischen Lande zugesichert werden, daß ihm im Falle seiner Angliederung an den preußischen Staat das Domanialgut in dem Umfange, wie es ihm seiner Zeit infolge vertraglicher Vereinbarung zugefallen ist, ungeschmälert zu eigener Nutzung verbleibt?
2. Das lippische Land entspricht nach seiner Größe und Bewohnerzahl ungefähr dem Gebiete von 2–3 preußischen Kreisen. Es besteht hier der Wunsch, daß die lippische Verwaltungseinheit bei einer Angliederung an den preußischen Staat erhalten bleiben möchte. Welche Möglichkeiten sind mit Rücksicht auf die besondere preußische Verwaltungsorganisation in dieser Hinsicht gegeben?
3. Würden im Falle des Anschlusses sämtliche lippischen Beamten und Angestellten übernommen?
4. Sichert Preußen die Erhaltung der lippischen Schulen und der besonderen Staatseinrichtungen, die der Wohlfahrt der lippischen Bevölkerung dienen, zu?
5. Würde Preußen auf dem Gebiete des Verkehrs ein Zugeständnis in dem Sinn machen können, daß der dem Bahnverkehr noch nicht erschlossene lippische Norden in absehbarer Zeit eine Bahnlinie (Vollbahn, Nebenbahn, elektrische Bahn) erhält? Das Landespräsidium würde für eine sehr gefällige Beantwortung dieser Fragen dankbar sein.

## Nr. 6

*Drake an Höpker-Aschoff, 31.8.1927.*
*L 75 X, 1, Nr. 23*

Sehr geehrter Herr Minister!

In der Anschlußfrage darf ich mich auf mein vor etwa 3 Wochen an Sie persönlich gerichtetes Schreiben beziehen. Ich habe inzwischen einen Beschluß im Landespräsidium veranlaßt, damit wir weiter kommen und sehen, ob in absehbarer Zeit eine Verhandlungsmöglichkeit mit Aussicht auf Erfolg besteht. Es ist also beschlossen worden, vorläufige Verhandlungen mit dem Preußischen Staatsministerium aufzunehmen, zunächst aber darum zu bitten, eine gefällige Mitteilung darüber hierher gelangen zu lassen, ob

1. bei einem evtl. Anschluß an Preußen das Land Lippe darauf rechnen kann, daß ihm der domaniale Besitz verbleibt,
2. Preußen die Erhaltung der öffentlichen Einrichtungen (es sind darunter die Schulen, Landgericht usw. zu verstehen) garantieren würde,
3. Preußen bereit sein würde, den Ausbau der seit Jahrzehnten als dringend notwendig erkannten Verkehrslinien in sichere Aussicht zu stellen.

Ich darf zu diesen Punkten kurz folgendes bemerken.

Zu 1. Das Land hat bei den Verhandlungen mit dem früheren Fürsten im Jahre 1919 einen verhältnismäßig günstigen Abschluß erreicht. Hier wird sehr großes Gewicht darauf gelegt, daß der Genuß aus diesen erfolgreichen Verhandlungen nicht beeinträchtigt werde. Dies rechtfertigt sich ganz besonders deswegen, weil Lippe 10 000 Wanderarbeiter beherbergt, deren Arbeitserträge im wesentlichen preußischen Gebietsteilen zugute kommen, für deren Versorgung in Schul-, Fürsorge- und anderen Angelegenheiten das Lippische Land aber einzutreten hat.

Zu 2. Hierzu bedarf es wohl kaum einer Erläuterung. Es würde sich fragen, ob bei der Eingliederung Lippes in den Regierungsbezirk Minden nicht zweckmäßigerweise der Regierungssitz

in die Mitte des Gebietes, d. h. nach Detmold, verlegt würde.
Zu 3. Die fraglichen Verkehrslinien sind im Ausbau bereits begonnen, und zwar unter Beteiligung des preußischen Staates (1. Teilstrecke Barntrup-Rinteln). Diese Teilstrecke ist nahezu vollendet. Es handelt sich dann noch um die beiden weiteren Teilstrecken Rinteln-Lemgo-Detmold und Detmold-Barntrup.
Vielleicht könnten wir weitere Einzelheiten in einer Besprechung erörtern. Indem ich bitte, dies Schreiben vertraulich zu behandeln, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen
Ihr
Drake

## Nr. 7

*Preußischer Ministerpräsident an Drake (mit Randvermerk), 14.3.1928.*
*L 75 X, 1, Nr. 17, Bd. I*

Auf das gefällige Schreiben vom 9. Dezember 1927 - Nr. 117621 - beehre ich mich ergebenst zu erwidern, daß die Preußische Regierung nach wie vor bereit ist, über einen etwaigen Anschluß des Freistaates Lippe an Preußen zu verhandeln, falls solche Verhandlungen von Lippe gewünscht werden sollten. Aus dem genannten Schreiben mußte entnommen werden, daß dies zurzeit nicht der Fall ist, da nach Ansicht des Landespräsidiums zunächst der Ausfall der Länderkonferenz, der Reichstags- und der Lippischen Landtagswahlen abzuwarten sei.
Die 3 Fragen, auf die schon jetzt eine Antwort erbeten wird, betreffen Angelegenheiten, die der Natur der Sache nach zu den Hauptgegenständen etwaiger späterer Verhandlungen gehören würden. Es erscheint mir weder zweckmäßig, noch entspricht es der Übung, daß schon vor derartigen Verhandlungen und bevor feststeht, ob solche überhaupt in Gang kommen, eine einseitige Bindung des einen Vertragsteils über die wichtigsten Teile des zukünftigen Vertrages herbeigeführt wird. Dies muß dem Gange der späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben. Ich glaube daher auf Verständnis rechnen zu dürfen, wenn ich bitte, sich zunächst mit der Erklärung der grundsätzlichen Verhandlungsbereitschaft der Preußischen Regierung begnügen zu wollen. – Was die angeregten Verhandlungen über die 3 Enklaven anbetrifft, so erscheint es mir nach wie vor zweckmäßiger, sie zu verschieben, bis sich der weitere Verlauf der Angelegenheit im ganzen übersehen läßt.

Randvermerk Drakes: Es ist nach Mitteilung im Präsidium beschlossen worden, die Sache vorläufig auf sich beruhen zu lassen, z. d. A. Detmold, 27.3.28. Drake. Nach mehreren Wiedervorlagen endgültig z. d. A. am 1.10.29.

## Nr. 8

*IHK, Handwerkskammer und Kreisbauernschaft: Denkschrift vom 23.4.1946 (Auszug).*
*L 80 Ia Gr. II Tit. 1, Nr. 28, Bd. I, fol. 180 f.*

IHK für Lippe und Schaumburg-Lippe (Herbert Küster, Präsident, A.Hofmann, 1.Vorsitzender), Handwerkskammer für Lippe und Schaumburg-Lippe (Höcker, Vorsitzender) und Kreisbauernschaft Lippe (Gehring, Kreisbauernführer) 23.4.1946: Denkschrift. Zusammenschluß von Lippe, Schaumburg-Lippe, Grafschaft Schaumburg (Kreis Rinteln) und Lügde unter allgemeiner Orientierung nach Hannover. In der NS-Zeit wurden viele Verwaltungsaufgaben nach Münster verlagert; »Hannover hat zu allen Zeiten das grösste Verständnis für die kleinstaatlichen Belange Lippes gehabt ... Ganz anders liegen demgegenüber die Dinge mit Westfalen, das darüber hinaus auch noch zu stark mit dem Gedenken an die Nazizeit belastet ist! In diesem Zusammenhange zur weiteren Beleuchtung des gesamten Fragenkomplexes vorweg ein Wort zu der Frage des lippischen Staatsvermögens, dessen besondere Bedeutung auch unter Berücksichtigung der Folgen des verlorenen Krieges und der einschlägigen Bestimmungen der Mil.Reg.

seitens der lippischen Bevölkerung und der lippischen Öffentlichkeit in keiner Weise verkannt werden kann. Die Provinz Westfalen, dess kann man nach den vielfachen Erfahrungen sicher sein, wird allergrössten Wert darauf legen, die Forsten, Domänen und die Bäder des Landes in ihre Regie und Eigentum zu bekommen. Dort herrscht im Gegensatz zu der Provinz Hannover in etwa noch der alte expansionslüsterne Preussengeist, welcher der Bevölkerung der kleinen Länder niemals irgendwelche übergrossen Konzessionen macht, vor allem dann nicht mehr, wenn ihr staatliches und politisches Aufgehen in den preussischen Staatsverband beschlossen oder gar erledigt ist.«

## Nr. 9

*Staatsminister Riecke an Reichsstatthalter Meyer, 8.6.1934.*
*L 80 Ia Gr. II Tit. 1, Nr. 28, Bd. I, fol. 19*

Vorbehaltlich demnächstiger Ergänzung bitte ich bei etwaigen Erörterungen wegen der Eingliederung des Landes Lippe nachstehende lippische Forderungen oder Wünsche zu vertreten:

1.) Politische und wirtschaftliche Orientierung des gesamten Staatsgebietes nach Westfalen, soweit nicht in folgendem etwas abweichendes gewünscht wird; Übernahme der gesamten Schuldenverwaltung und sonstigen Verpflichtungen des Landes sowie der Verwaltung des Kapitalvermögens.
2.) Die Landeshauptstadt Detmold muss Sitz einer Regierung oder einer dieser gleichgeordneten allgemeinen Verwaltungsbehörde bleiben (gegebenenfalls unter Anschluss preussischer Gebietsteile); Erhaltung der beiden jetzigen lippischen Kreise als Verwaltungseinheit sowie Aufrechterhaltung der sonstigen Verwaltungsorganisation.
3.) Detmold muss Sitz eines Landgerichts bleiben gegebenenfalls unter Anschluss preussischer Amtsgerichtsbezirke oder Teile von ihnen; Erhaltung der lippischen Amtsgerichte.
4.) Erhaltung des ehemaligen Domanialvermögens als Zweckverbandsvermögen oder dergl. für die an Stelle des Landes etwa tretenden Gebietskörperschaften. Freistellung dieses Zweckverbands-Vermögens von allen (preussischen) Staatssteuern. Staatszuschüsse für die Bäder Bad Salzuflen und Bad Meinberg. Aufrechterhaltung bezw. Übernahme der lippischen Staatskrankenanstalten.
5.) Übernahme sämtlicher Beamten und Angestellten unter Wahrung ihres Dienst- und Ruhegehaltsalters.
6.) Aufrechterhaltung des lippischen Schulwesens in der bisherigen Ausgestaltung und Beibehaltung bezw. Übernahme der sonstigen Kultureinrichtungen (z.B. Landestheater, Landesbibliothek, Archiv, Gesch. Forschungsanstalt für Germanenkunde).
7.) Beibehaltung aller sonstigen öffentlichen oder vom Staate unterstützten Einrichtungen und Dienststellen (Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, S.A.-Reit- und Fahrschule, Externsteine-Stiftung, Arbeitslager, S.A., B.d.M.-Schulen usw.).
8.) Anlehnung der Landesbank und sämtlicher Sparkassen an die Landesbank (Giro-Zentrale) Hannover.
9.) Durchführung sämtlicher aus der geplanten Heeresvermehrung herrührenden Bauprojekte usw.
10.) Förderung der Verkehrsverhältnisse (Kalletalbahn usw.).

## Nr. 10

*Verordnung, die Trennung des Staatshaushalts vom Domanialhaushalte betreffend, vom 24. Juni 1868 [Publikation der Vereinbarung über die Trennung des Staatshaushalts vom Domanialhaushalte vom 24. Juni 1868].*
*Gesetz-Sammlung für das Fürstenthum Lippe 1868, S. 63*

Die seit langen Jahren gepflogenen Verhandlungen zwischen Unserer Regierung und Unseren

getreuen Ständen haben Uns zu der Ueberzeugung geführt, daß unter den veränderten Zeitverhältnissen und zur Förderung der Wohlfahrt Unseres Landes eine geregelte Finanzverwaltung durch die völlige Trennung der Landcasse und der Landrentei herbeigeführt werden müsse. Auf Grund der von Uns dem Landtage vorgelegten Proposition ist dann die nachstehende Vereinbarung über die Trennung des Staatshaushalts von dem Domanialhaushalte mit Unseren getreuen Ständen abgeschlossen und von Uns genehmigt worden:
Vereinbarung über die Trennung des Staatshaushalts von dem Domanialhaushalte.

§ 1
Die zum Fürstlichen Domanium gehörigen Vermögensobjecte verbleiben dem Fürstlichen Hause als ein untheilbares und in seinem wesentlichen Bestande unveräußerliches Fideicommißgut, dessen Genuß und Verwaltung dem je regierenden Fürsten gebührt.

§ 2
Dasselbe umfaßt namentlich die herrschaftlichen Schlösser nebst Zubehör, die Meiereien mit den davon in Erbpacht und Einzelpacht ausgewiesenen Gebäuden und Grundstücken sowie den dazu gehörigen Diensten bzw. Dienstgeldern und Zehnten; die Forsten; die Saline zu Uflen; das Bad Meinberg; die Bierbrauerei zu Brake; die herrschaftlichen Erb- und Zeitpacht-Mühlen; die Ziegeleien und Krüge; die Zins-Pacht- und Zehnt-Korn-Gefälle so wie Viehabgaben bzw. die an ihre Stelle getretenen Renten; die Lehns-Aufkünfte, so wie die baaren Rentgefälle überhaupt, welche ablöslich sind und nicht den Charakter einer Steuer haben.
Das gesammte Domanium ist unter ausdrücklicher Angabe der Fideicommiß-Qualität zu catastriren und finden bezüglich der Fortführung des Catasters die über die Fortführung der Caster im Allgemeinen bestehenden landesgesetzlichen Vorschriften Anwendung.
Die zur Zeit auf dem Fideicommiß ruhenden Schulden sind ihrem Betrage nach in ein mit dem Cataster im Zusammenhange stehendes Hypothekenbuch einzutragen und sollen insbesondere, um dem Interesse des Landes an der Conservirung des Fideicommiß-Vermögens zur Aufrechterhaltung der Würde des Fürstlichen Hauses Rechnung zu tragen, über die Voraussetzungen, unter welchen Veränderungen in der Substanz des Fideicomisses oder die Belastung desselben mit Schulden über jenen Betrag hinaus zulässig sind, besondere Bestimmungen im Wege der Gesetzgebung erlassen werden. Der betreffende Gesetzentwurf ist dem nächsten Landtage vorzulegen.

§ 3
Aus den Aufkünften aus dem Fürstlichen Fideicommiß-Gut werden folgende Ausgaben bestritten:
a. Die Apanagen, Competenzen und Dotalgelder der Glieder des Fürstlichen Hauses und die an die Nebenlinien des Fürstlichen Hauses abzuführenden Apanagen und Dotalgelder;
b. die Kosten der Fürstlichen Hofhaltung;
c. die auf dem Domanium ruhenden Lasten und Abgaben so wie die darauf zu übernehmenden Steuern, Lasten und Abgaben;
d. die Zinsen von den auf der Landrentei ruhenden und derselben zur Last bleibenden Schulden;
e. die Kosten der Domanial-Verwaltung.

§ 4
An die Landcasse fallen zurück bzw. werden derselben überwiesen:
a. Sämmtliche Zahlungen, welche aus der Landcasse oder aus anderen landschaftlichen Cassen seither zur Bestreitung der Kosten der Landes-Verwaltung an die Landrentei geleistet sind;
b. alle in die Landrentei geflossenen Staats-Einnahmen, also namentlich die sämmtlichen Aufkünfte, welche diese bisher aus den nutzbaren Regalien und Hoheitsrechten (Gewerbe-Abgaben, Jurisdictions-, Verwaltungs-,

Straf-Gefälle etc.) bezog, so wie alle Abgaben und Gefälle, welche nicht ablöslich sind und den Character einer Steuer haben;

c. die bisher zur Landrentei vereinnahmte Revenüe aus dem Lippstädter Fonds;

d. die von dem Domanium zu zahlende Grundsteuer;

e. die vergleichsweise auf das Domanium übernommene, aus der Landrentei jährlich zur Landcasse zu zahlende Rente von 5000 Rthl; endlich wird

f. die Leihecasse mit dem darin angesammelten Reservefonds an das Land abgetreten.

§5

Dahingegen übernimmt die Landcasse die Kosten der gesammten Landesverwaltung und alle diejenigen Ausgaben, welche bisher aus der Landrentei zu öffentlichen Zwecken bestritten sind, einschließlich der Zuschüsse zu Kirchen- und Schulzwecken, so weit diese nicht, weil auf privatrechtlichen Titeln beruhend, der Landrentei zur Last bleiben müssen. Diejenigen Verpflichtungen, welche auf den herrschaftlichen Forsten hinsichtlich der aus denselben an Kirchen, Schulen und milden Anstalten frei oder gegen theilweise Bezahlung abgegebenen Holz- und Torfnutzungen ruhen, verbleiben jenen auch ferner, ohne daß dafür eine Entschädigung aus der Landcasse beansprucht wird.

§6

Die bisher als Gerichts- und Geschäfts-Locale der Aemter und als Dienstwohnungen der Staatsverwaltungs- und Justiz-Beamten benutzten Gebäude und Localitäten, einschließlich der Gefängnisse, welche nicht mit herrschaftlichen Schlössern und Meierei-Gebäuden oder solchen herrschaftlichen Gebäuden verbunden sind, die zugleich zu anderen Zwecken benutzt werden und deren Hauptbestimmung ihr Verbleiben im Domanial-Eigenthum nothwendig macht, gehen nach dem darüber dieser Vereinbarung beigefügten Verzeichnisse mit dem zugehörigen Inventar unentgeltlich in das Eigenthum des Landes über. Die Kosten der Unterhaltung und der Versicherung dieser Gebäude zur Brandcasse so wie die Kosten etwa nöthig werdender Neubauten oder neuen Anlagen trägt selbstredend die Landcasse. Die mit herrschaftlichen Schlössern oder Gebäuden verbundenen Gerichts- oder Geschäfts-Locale der Aemter, Dienstwohnungen der Staatsverwaltungs- und Justiz-Beamten und Gefängnisse werden sammt dem zubehörigen Inventar und den dazu gehörigen Dienstgrundstücken den betreffenden Behörden zur gleichfalls unentgeltlichen Benutzung für die Zukunft so lange belassen, als selbige zu Staatsverwaltungs- und Justizzwecken erforderlich sein und erfolgen wird. Sobald diese Benutzung aufhört, fallen die Räumlichkeiten und Gebäude ohne Entschädigung aus der Landrentei zur unbeschränkten Disposition an die Fürstliche Rentcammer zurück, in deren Eigenthum sie als Bestandtheile des Domaniums nach wie vor verbleiben. Die Kosten der Unterhaltung der letzteren Gebäude und Räumlichkeiten in Dach und Fach so wie die Zahlung der Brandassecuranz-Beiträge von denselben verbleiben der Landrentei.

Das gleiche Verhältniß findet auch hinsichtlich der Mitbenutzung des s.g. Dicasterialgebäudes seitens der Ober-Landesbehörden und hinsichtlich der zur öffentlichen Bibliothek eingeräumten Localitäten Statt; auch dies Gebäude und diese Localitäten bleiben im Eigenthum des Domaniums und fallen ohne Entschädigung zur Disposition Fürstlicher Cammer zurück, sobald ihre Benutzung zu dem bisherigen Zweck nicht mehr erforderlich sein oder aus sonstigen Gründen aufhören sollte. Die Dienstwohnungen der Assessoren, welche zugleich Hebungsbeamte sind, verbleiben im Eigenthum Fürstlicher Cammer und werden von dieser unterhalten.

§7

Das zum Domanium gehörige Grundeigenthum, so weit es bisher von der Grundsteuer befreit gewesen ist, wird zu den Staats- und Communallasten und Abgaben nach denselben

Grundsätzen herangezogen und besteuert, wie das bisher steuerpflichtige sonstige Grundeigenthum. Die behuf der Besteuerung desselben zu den Amtsgemeindecassen bereits vorhandenen Catastrirungen und Einschätzungen sind für die Besteuerung des Domanialgrundeigenthums bis zu einer etwaigen anderweiten allgemeinen Catastrirung und Einschätzung des Grundbesitzes maßgebend.
Die dem Domanium bisher zustehende Sporteln-freiheit wird aufgehoben.

§ 8
Die nach vorstehenden Principien und Bestimmungen auf die Landcasse übergehenden Einnahmen und Ausgaben ergiebt die Zusammenstellung in Anl. A. Für die einzelnen Beträge der nicht ständigen und jährlich schwankenden, deshalb durchschnittlich berechneten Einnahmen und Ausgaben wird eine Garantie eben so wenig übernommen, als für den Ertrag der nur approximativ und präsumtiv berechneten Grundsteuer.

§ 9
Mit Übernahme der in Anlage A verzeichneten Einnahmen und Ausgaben tritt das Land in sämmtliche in Beziehung darauf der Fürstlichen Cammer zustehenden Rechte und die ihr dagegen obliegenden Pflichten ein; es verpflichtet sich namentlich die beim Uebergange des Gewerbe-Concssions-Regals laufenden Gewerbe-Concessionen bis zu deren Ablauf bzw. bis zur anderweiten gesetzlichen Regulirung des Gewerbewesens auszuhalten.
Die zum Domanialvermögen gehörigen, unter der Cameralverwaltung stehenden und zeitweise verpachteten Mühlen und Ziegeleien so wie die herrschaftlichen Erbpacht-Mühlen, Ziegeleien, Krügereien und sonstigen gewerblichen Etablissements bleiben bis zum Erlaß einer Gewerbeordnung bzw. eines Gewerbe-Steuer-Gesetzes von der Zahlung einer Concessions-Abgabe an das Land befreit. Alsdann sind dieselben gleichmäßig zur Steuerzahlung heranzuziehen, ohne daß solchen Falls Fürstlicher Cammer bzw. den Erbpächtern eine Entschädigung aus der Landcasse zu gewähren ist; vielmehr wird eine bezügliche Entschädigung so weit sie gesetzlich anerkannt wird, von Fürstlicher Cammer übernommen.

§ 10
Zu den Gehalten der Amtsassessoren, welche zugleich Hebungsbeamte sind, trägt die Landrentei ein Drittheil und zu den Gehalten der Amtsrendanten die Hälfte fernerhin bei. Hinsichtlich der Besoldung der Bauerrichter bleibt das bisherige Beitragsverhältniß unverändert. Die Auseinandersetzung ist jedoch eine provisorische und unterliegt im Fall der eintretenden Vacanz oder Einziehung der betreffenden Stellen der Aenderung nach Maßgabe der darüber in jedem einzelnen Falle zwischen Fürstlicher Regierung und Fürstlicher Rentcammer zu treffender Vereinbarung.

§ 11
Mit dem Zeitpunkte, an welchem diese Vereinbarung über die Trennung des Domanial-Haushalts in Kraft tritt, geht die Verwaltung der Regalien und nutzbaren Hoheitsrechte so wie sämmtlicher von Fürstlicher Rentcammer besorgten Geschäfte, welche mit den daraus zur Landcasse fließenden Einnahmen und daraus zu bestreitenden Ausgaben in Beziehung und Verbindung stehen, einschließlich der Erhebung und Berechnung der fraglichen Gefälle, der Abnahme der darüber abzulegenden Rechnungen etc. etc. in das Ressort Fürstlicher Regierung über, zu deren Registratur alle darauf bezüglichen Acten, Register u.s.w. verabfolgt werden.
Andererseits wird die Verwaltung der auf die Lehngefälle bezüglichen, bisher von Fürstlicher Regierung besorgten Geschäfte der Lehncammer, da die Lehnsgefälle als Bestandtheile des Domaniums nach wie vor zur Landrentei fließen, in das Ressort Fürstlicher Cammer übertragen.

§ 12
Diese Vereinbarung tritt mit dem 1sten Januar 1869 in Wirksamkeit.

## Nr. 11

*Gesetz, betreffend den Beitrag des Fürstlichen Domaniums zu den aus der Landkasse zu bestreitenden Ausgaben für die Beamtengehälter, vom 25. März 1898.*
*Gesetz-Sammlung für das Fürstenthum Lippe 1898, S. 312*

Im Namen Seiner Durchlaucht des Fürsten Carl Alexander
Von Gottes Gnaden Wir, Ernst Casimir Friedrich Karl Eberhard, Graf und Edler Herr zur Lippe-Biesterfeld, Graf zu Schwalenberg und Sternberg etc. etc., Regent des Fürstenthums Lippe, verordnen mit Zustimmung des Landtags, was folgt:

§ 1
Die von dem Fürstlichen Domanium an die Landkasse zu zahlende Rente erhöht sich vom 1. April 1898 ab um 20 000 Mark, auf welche bis zur Tilgung des Eisenbahnzuschusses von 240 000 Mark der bisher vom Lande jährlich zu zahlende und von dem gleichen Tage ab wegfallende Betrag von 12 000 Mark in Anrechnung zu bringen ist.

§ 2
Das Fürstliche Domanium ist ferner verpflichtet, vom 1. April 1899 ab bei Ausgaben der Landkasse für Gehälter, dauernde oder vorübergehende Besoldungen, Pensionen und Unterstützungen, welche die im Rechnungsjahre 1898/99 für diesen Zweck aufgewendeten Ausgaben übersteigen, einen Beitrag von 10 % zu den rechnungsmäßig belegten Mehrausgaben an die Landkasse zu zahlen.
Detmold, den 25. März 1898
Ernst, Graf-Regent zur Lippe.
In Vertretung:
Overbeck.

## Nr. 12 *(Original-Dokument folgende Seiten)*

*Gesetz, betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen dem Staate und dem Fürstlichen Domanium, vom 12. Juli 1912.*
*Gesetz-Sammlung für das Fürstentum Lippe 1912, S. 823 ff.*

№ 17. — 823 — 1912.

# Gesetz-Sammlung

für das

# Fürstentum Lippe.

**Detmold,** den 31. Juli 1912.

**Inhalt:** Gesetz, betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen dem Staate und dem Fürstlichen Domanium, vom 12. Juli 1912. Seite 823.

Nr. 32.

## Gesetz,

**betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen dem Staate und dem Fürstlichen Domanium,** vom 12. Juli 1912.

Wir **Leopold,** von Gottes Gnaden regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Biesterfeld, Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc.,

verordnen, mit Zustimmung des Landtages, was folgt:

### Artikel I.

Aufgehoben werden

1. das Gesetz, betreffend den Beitrag des Fürstlichen Domaniums zu den aus der Landkasse zu bestreitenden Ausgaben für Beamtengehälter, vom 25. März 1898 (L.-V. Bd. 22 S. 312);
2. der § 2 der Übereinkunft wegen Verzichtleistung der Fürstlichen Domanialverwaltung auf die ihr infolge des seinerzeit zum Bau der Eisenbahn von Herford nach Detmold geleisteten Zuschusses zugesicherte Teilnahme an dem künftigen Reingewinn dieser Eisenbahnlinie vom 10. November 1887 (L.-V. Bd. 19 S. 630);
3. das Gesetz, die Abänderung der mit der Verordnung vom 24. Juni 1868 als Landesgesetz publizierten Vereinbarung über die Trennung

des Staatshaushaltes vom Domanialhaushalte betreffend, vom 20. März 1879 (L.-V. Bd. 17 S. 566);

4. Nr. 1 des Landtagsbeschlusses vom 27. September 1901 zur Vorlage 18 der Legislaturperiode 1901/04, betreffend Dörentruper Sand- und Tonwerke.

Artikel II.

An die Stelle der nach Artikel I aufgehobenen gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmung im § 4 e der Verordnung, die Trennung des Staatshaushaltes vom Domanialhaushalte betreffend, vom 24. Juni 1868 (L.-V. Bd. 15 S. 63) treten nachstehende Bestimmungen:

§ 1.

Auf das Fürstliche Domanium wird eine aus der Kammerkasse an die Landkasse in vierteljährlichen Raten am Ende eines jeden Kalendervierteljahres zu entrichtende Rente im Betrage von jährlich 140 000 ℳ, geschrieben einhundertvierzigtausend Mark, gelegt.

§ 2.

Die jährlichen Aufkünfte des Fürstlichen Domaniums bezieht der regierende Fürst bis zum Betrage von 500 000 ℳ, geschrieben fünfhunderttausend Mark. Übersteigen die Aufkünfte diese Summe, so fällt der Mehrbetrag dem regierenden Fürsten und dem Lande zu gleichen Teilen zu.

§ 3.

Die Domanialverwaltung hat jährlich eine Rechnung über die Aufkünfte (Einnahme und Ausgabe) aufzustellen und dem Landtage vorzulegen.

Für die Berechnung der Aufkünfte des Fürstlichen Domaniums (§ 2) finden, soweit nicht in den §§ 4, 5 und 6 dieses Gesetzes abweichende Bestimmungen getroffen sind, die in den §§ 6 bis 14 des Einkommensteuergesetzes vom 12. Juni 1912 und in den hierzu ergehenden Ausführungsbestimmungen aufgestellten Grundsätze sinngemäße Anwendung.

§ 4.

Sämtliche Einnahmen aus den Forsten, mögen sie in betriebsplanmäßigen oder außerbetriebsplanmäßigen Nutzungen bestehen oder auch nach forstwirtschaftlichen Grundsätzen als Verminderung des Holzbestandskapitals anzusehen sein, sind nach dem vollen Betrage in Einnahme zu stellen.

§ 5.

I. Abzugsfähige Ausgaben sind alle wirtschaftlichen Ausgaben, welche zur Leitung des Betriebes, zur Erhaltung oder Sicherung der Substanz oder zur Erzielung oder Förderung des Ertrages gemacht sind (Betriebs- und Verwaltungskosten), soweit nicht in diesem Paragraphen etwas anderes bestimmt ist.

II. Insbesondere sind abzugsfähig:

a) die Betriebs- und Verwaltungskosten einschließlich der Gehälter und Pensionen;

b) die Ausgaben, welche erforderlich sind, um die in der Anlage zu diesem Gesetze verzeichneten Gebäude in Dach und Fach zu unterhalten, sowie die gesamten Kosten der baulichen Unterhaltung der übrigen zum Domanium gehörigen Gebäude, soweit diese Kosten nicht von Dritten zu tragen sind;

c) die auf dem Domanium ruhenden dauernden Lasten, Abgaben und Zinsen, namentlich die drei festen Fideikommißrenten in Höhe von jährlich 77 371 ℳ und die an das Land zu zahlende feste jährliche Rente von 140 000 ℳ, sowie die nach gesetzlicher Bestimmung vom Domanium an das Land, die Gemeinden, Kirchen und Schulen zu zahlenden Steuern, endlich die Feuerversicherungsbeiträge, einschließlich derjenigen für die in der Anlage verzeichneten Zubehörungen des Domaniums, und die sonstigen Versicherungsbeiträge, überall soweit diese Leistungen nicht von den dazu Verpflichteten wieder vergütet werden. Eine etwa später eintretende Erhöhung der Fideikommißrenten, sowie der festen dauernden Lasten und Abgaben oder eine Neueinstellung von solchen bleiben außer Betracht, sofern sie nicht durch Gesetz eingeführt werden;

d) die Zahlungen an milde Stiftungen, soweit diese den Charakter dauernder Lasten des Domaniums haben und nicht auf privatrechtlicher Vereinbarung beruhen.

III. Nicht abzugsfähig sind insbesondere:

a) die Ausgaben, einschließlich der Gehälter und Pensionen, für die Hofhaltung sowie für Marstall und Gestüt;

b) die für Jagdzwecke, einschließlich der Erhaltung und Erneuerung des Wildgatters, gemachten Ausgaben, wogegen auch die aus der Jagd erzielten Einnahmen außer Betracht bleiben;

c) die Kosten der baulichen Unterhaltung und die sonstigen Aufwendungen für die in der Anlage zu diesem Gesetz aufgeführten Zubehörungen des Domaniums mit der Einschränkung, welche sich aus der Be-

stimmung unter II b ergibt. Dagegen bleiben auch die Einnahmen außer Betracht, welche aus jenen Zubehörungen erzielt werden.

An sämtlichen vorbezeichneten Bestandteilen des Domaniums nebst dem zugehörigen Inventar steht dem regierenden Fürsten die unentgeltliche und unbeschränkte Nutzung zu;

d) die Ausgaben für Dotalgelder, Wittum, Apanagen und ähnliche Bezüge mit der oben (II c) betreffs der Fideikommißrenten vorgesehenen Einschränkung.

IV. Als Kosten der Unterhaltung „in Dach und Fach" gelten die sämtlichen Unterhaltungskosten der Dächer (Dachdeckung und Dachverband), die Unterhaltungskosten der Außen- und Innenwände, einschließlich der Balkenlagen und des Verputzes nur der Außenwände, ausschließlich der Fenster, Türen, Decken, Gewölbe, Fußböden, Treppen und dergleichen. Diese Begriffsbestimmung für „Dach und Fach" gilt auch im Sinne des § 6 Abs. 1 der Vereinbarung vom 24. Juni 1868, die Trennung des Staatshaushalts vom Domanialhaushalte betreffend.

§ 6.

Maßgebend für die Feststellung des nach § 2 der Landkasse zuzuführenden Betrages ist das Ergebnis des letztverflossenen Kalender- oder Wirtschafts- (Betriebs-) jahres, wenn das Wirtschaftsjahr nicht mit dem Kalenderjahr übereinstimmt.

§ 7.

Bezüglich der Kostendeckung für nicht lediglich werbenden Zwecken dienende Neu- und Ersatzbauten bedarf es, soweit sie nicht aus Entschädigungsgeldern oder allodialen Mitteln auf den in der Anlage verzeichneten Grundstücken errichtet werden, der jedesmaligen Vereinbarung zwischen dem regierenden Fürsten und dem Landtage.

§ 8.

Die Vorschrift in § 8 des Gesetzes vom 10. Februar 1869 zur näheren Bestimmung der Voraussetzungen, unter welchen Veränderungen in der Substanz usw. zulässig sind, nach welcher das Fürstliche Haus- und Fideikommißvermögen oder einzelne Teile desselben mit Schulden, welche den Betrag der bei dem Erlaß des Gesetzes vorhandenen Fideikommißschulden überschreiten, ohne Zustimmung des Landtags nicht beschwert werden sollen, wird dahin erläutert, daß, soweit die Fideikommißschulden durch Aufwendungen aus der Substanz des Fideikommißvermögens (Aktivkapitalien, Ablösungskapitalien, Erlös aus Verkäufen und dergleichen) herabgemindert sind bezw. werden, der Betrag der bei dem Erlasse des

Gesetzes vom 10. Februar 1869 vorhanden gewesenen Fideikommißschulden sich um den Betrag der auf diese Weise zur Schuldentilgung verwandten Summen vermindert.

§ 9.

Der in § 13 des gedachten Gesetzes vom 10. Februar 1869 aufgestellte Grundsatz, daß die Verwaltung des gesamten Fideikommißvermögens dem regierenden Fürsten ohne Mitwirkung des Landtags zusteht, wird festgehalten.

Die zu dem Fideikommiß gehörigen Vermögensstücke sind in ihrem wesentlichen Bestande zu erhalten und nach Möglichkeit zu verbessern.

Bei ihrer Verwaltung sind die Regeln einer ordnungsmäßigen Wirtschaft zu beachten. Insbesondere ist

1. für die gute Instandhaltung der Gebäude Sorge zu tragen,
2. bei den in eigener Verwaltung stehenden gewerblichen Anlagen nach kaufmännischen Gesichtspunkten,
3. bei den Forsten nach forstwirtschaftlichen Grundsätzen und Regeln zu verfahren. Die Waldungen sind zweckentsprechend zu behandeln und sachgemäß zu nutzen. Hierbei soll die Erzielung und Sicherstellung eines möglichst hohen nachhaltigen Ertrages in erster Linie maßgebend sein. Die Nachhaltigkeit darf namentlich auch durch den Jagdbetrieb nicht wesentlich gefährdet werden. Auf eine möglichst baldige Nutzbarmachung der noch mit Grundgerechtigkeiten belasteten und für die Forstverwaltung zum Teil ertragslosen Flächen ist hinzuwirken.

In den von den oberen Beamten der Domanialverwaltung zu leistenden Diensteid ist die Verpflichtung zur Beobachtung der in diesem Gesetz enthaltenen Bestimmungen aufzunehmen.

§ 10.

Dem Landtage steht das Recht zu, die Mitteilung aller Unterlagen der aufzustellenden Rechnung behufs Prüfung der Richtigkeit der an die Landkasse jährlich abzuführenden Summe durch das Landkasse-Administrationskollegium zu verlangen und etwaige Erinnerungen gegen das Ergebnis zu erheben. Werden Erinnerungen nicht erhoben oder wird ein Ausgleich über die Meinungsverschiedenheiten erzielt, so erklärt der Landtag seine Zustimmung durch einen Beschluß, durch welchen der an die Landkasse abzuführende Betrag für das betreffende Jahr festgestellt wird.

Anderenfalls beschließt der Landtag, ob und welche der streitigen Rechnungsposten beanstandet werden sollen. Dem Landtag oder in dessen Vertretung dem Landtagsausschusse steht das Recht zu, innerhalb einer Frist von drei Monaten vom Tage des Beanstandungsbeschlusses und auf

Grund desselben bei Meidung des Verlustes die Berufung bei dem Berufungsausschuß zu erheben.

Der Berufungsausschuß ist eine ständige Behörde und besteht aus fünf Mitgliedern, welche zur Zeit ihrer Ernennung bezw. Wahl Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder der Berufungskommission oder einer Veranlagungskommission sein müssen. Der regierende Fürst und der Landtag ernennen auf die Dauer von sechs Jahren je zwei Mitglieder, das fünfte Mitglied wird, sofern eine Einigung der Parteien hierüber nicht stattfindet, von den vier ernannten Mitgliedern erwählt und, wenn unter diesen eine Einigung nicht zu erzielen ist, von dem Plenum des Landgerichts für den gleichen Zeitraum bestimmt. Die Mitglieder des Berufungsausschusses wählen unter sich den Vorsitzenden. Im Falle des Ablebens oder der dauernden Verhinderung wird für jedes Mitglied in der festgesetzten Weise für den Rest der Amtsperiode ein Ersatzmitglied bestimmt. Domanialbeamte und Landtagsabgeordnete können zu Mitgliedern des Berufungsausschusses nicht ernannt bezw. erwählt werden.

Der Berufungsausschuß hat das Recht, Zeugen und Sachverständige unbeeidigt zu vernehmen. Die zu Vernehmenden dürfen die Auskunftserteilung nur unter den Voraussetzungen ablehnen, welche nach den Bestimmungen der Zivilprozeßordnung zur Verweigerung eines Zeugnisses oder Gutachtens berechtigen. Gegen Zeugen und Sachverständige, welche zur Auskunftserteilung verpflichtet sind und ohne entschuldbaren Grund nicht erscheinen oder ihre Aussage grundlos verweigern, kann eine Ordnungsstrafe bis zu 150 ℳ für jeden Fall erkannt werden. Die Festsetzung der Strafe erfolgt durch den Vorsitzenden. Gegen den Strafbescheid steht die innerhalb vier Wochen bei dem Vorsitzenden einzulegende Beschwerde zu, über welche die Regierung endgültig entscheidet.

Im übrigen finden, soweit in diesem Gesetze nichts anderes bestimmt ist, und unbeschadet der Vorschrift im Artikel II § 3, auf das Verfahren die Bestimmungen der §§ 1034 bis 1036 und 1038 der deutschen Zivilprozeßordnung entsprechende Anwendung.

Der Berufungsausschuß entscheidet über die Berufung durch einen mit Gründen versehenen Beschluß endgültig.

## § 11.

Streitigkeiten, welche zwischen der Domanialverwaltung und dem Landtage über die Rechtsverhältnisse und Ansprüche aus diesem Gesetz sowie über die Handhabung und Ausführung desselben entstehen, mit Ausnahme der in § 10 gedachten Erinnerungen und Meinungsverschiedenheiten, für welche das dort geregelte Verfahren gilt, werden, soweit sie nicht

durch die deswegen zunächst einzuleitenden Verhandlungen ihre Erledigung finden, durch ein Schiedsgericht entschieden.

Für das Schiedsgericht gelten folgende Bestimmungen:

1. Jede Partei ernennt einen Schiedsrichter.

2. Beide Schiedsrichter wählen den dritten Schiedsrichter, wenn nicht die Parteien sich über die Person des dritten Schiedsrichters einigen. Wird eine Einigung hierüber in beiden Fällen nicht erzielt, so ernennt

3. das Plenum des Landgerichts den dritten Schiedsrichter.

4. Der dritte Schiedsrichter ist Vorsitzender des Schiedsgerichts.

5. Als dritter Schiedsrichter kann nur ein im Justiz- oder Verwaltungsdienst befindlicher deutscher Richter berufen werden, es sei denn, daß die Parteien sich über eine andere Persönlichkeit einigen.

6. Zu Schiedsrichtern können nicht gewählt werden Mitglieder des lippischen Landtags und Domanialbeamte.

Im übrigen gelten für das Verfahren die im zehnten Buche §§ 1025 bis 1048 der deutschen Zivilprozeßordnung gegebenen Vorschriften.

§ 12.

Der Landtag hat die Befugnis, zur Wahrung der aus diesem Gesetz sich für ihn ergebenden Rechte, soweit deren Ausübung nicht dem Landtage als solchem beziehungsweise dem Landtagsausschuß zugewiesen ist, zwei Vertrauensmänner zu bestellen. Wird von dieser Befugnis Gebrauch gemacht, so gelten folgende Bestimmungen:

1. Den Vertrauensmännern werden für den Fall ihrer Verhinderung Stellvertreter beigegeben. Die Wahl erfolgt auf 6 Jahre nach Maßgabe der im § 13 darüber enthaltenen Vorschrift. Im Falle des Ablebens oder der dauernden Verhinderung findet eine Ersatzwahl für den Rest der Wahlperiode statt.

2. Die Einsicht in die Kammerakten, soweit sie sich auf die durch dieses Gesetz dem Landtage eingeräumten Rechte beziehen, darf den Vertrauensmännern ohne wichtigen Grund nicht verweigert werden.

3. Die Domanialverwaltung hat die Vertrauensmänner mit beratender Stimme zu ihren Beschlußfassungen zuzuziehen bei der Feststellung des jährlichen Voranschlags der Kammerkasserechnung, sowie bei wesentlichen Änderungen in der Organisation der Domanialverwaltung und in den hergebrachten allgemeinen Verwaltungsgrundsätzen. Außerdem sind die Vertrauensmänner in gleicher Weise zuzuziehen bei Beschlußfassungen der Domanialverwaltung über den Fortfall vorhandener und die Gründung neuer Beamtenstellen, über allgemeine Erhöhungen der Beamtengehälter, über den Ankauf, Verkauf und Austausch von Liegenschaften (einschließlich

Gebäuden) im Werte von mehr als 10000 ℳ, über die Beteiligung des Domaniums an industriellen Unternehmungen, über die Verpachtung der mehr als 50 ha umfassenden Domänen (Hauptpachten) sowie über ähnliche, nach dem pflichtmäßigen Ermessen der Domanialverwaltung auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes hier in Betracht kommende wichtige Angelegenheiten.

Die Vertrauensmänner sind rechtzeitig zur Teilnahme an den Sitzungen, in welchen die betreffenden Gegenstände beraten werden sollen, unter Mitteilung der Tagesordnung einzuladen. Auf ihren Wunsch soll ihnen nach Möglichkeit vorher Einsicht von den bezüglichen Akten gewährt werden.

4. Die Vertrauensmänner sind verpflichtet, Beschlüsse der Domanialverwaltung, welche ihrer Ansicht nach gegen dieses Gesetz verstoßen, und gegen welche sie vergeblich vorstellig geworden sind, dem Landtage bezw. dem Landtagsausschusse zur weiteren Veranlassung mitzuteilen.

§ 13.

Beschlüsse des Landtages, welche die Anrufung des Schiedsgerichts zum Gegenstand haben, bedürfen zur Gültigkeit einer Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Zahl der Landtagsmitglieder.

Die Wahl der nach § 12 zu wählenden Vertrauensmänner und deren Stellvertreter bedarf zu ihrer Gültigkeit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Landtagsmitglieder.

Sämtliche übrigen auf Grund dieses Gesetzes vom Landtage oder sonstigen Körperschaften vorzunehmenden Wahlen erfolgen mit absoluter Mehrheit.

Artikel III.

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1913 in Kraft.

Detmold, den 12. Juli 1912.

(L. S.) **Leopold.**

Frhr. von Gevekot.

**Anlage**
zum Gesetz vom 12. Juli 1912.

# Verzeichnis

der

## dem regierenden Fürsten zur unentgeltlichen und unbeschränkten Nutzung vorbehaltenen Zubehörungen des Fürstlichen Domaniums.

| Ord.-Nr. | Gemarkung. | Ktbl. | Parz. Nummer. | Der Grundstücke Lage | Größe ha | a | qm |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **A. Fürstliches Residenzschloß und Marstall in Detmold.** | | | | | | | |
| 1. | Detmold | 11 | 196/49 | Am Schloßplatz | — | 5 | 67 |
| 2. | | | 195/50 | Am Burggraben | — | 3 | 34 |
| 3. | | | 162/52 | Burggraben | 1 | 09 | 70 |
| 4. | | | 53 | Schloßplatz | 1 | 09 | 21 |
| 5. | | | 54 | Das Schloß | — | 34 | 79 |
| 6. | | | 55 | Schloßplatz | — | 1 | 68 |
| 7. | | | 198/56 | " | — | 7 | 54 |
| 8. | | | 57 | " | — | 20 | 17 |
| 9. | | | 58 | " | — | — | 25 |
| 10. | | | 59 | " | — | 35 | 50 |
| 11. | | | 60 | " | — | 8 | 21 |
| 12. | | | 111/61 | " | — | 5 | 91 |
| 13. | | | 112/61 | " | — | 5 | 14 |
| 14. | | | 197/61 | " | 1 | 54 | 82 |
| 15. | | 20 | 36 | Rosental | — | 10 | 36 |
| | | | | Summe A | 5 | 12 | 29 |
| **B. Fürstliches Palais in Detmold.** | | | | | | | |
| 1. | Detmold | 6 | 93 | Papenberg | — | — | 83 |
| 2. | | | 94 | " | — | 3 | 23 |
| 3. | | | 160/95 | " | — | 61 | 65 |
| 4. | | 7 | 44 | Palaisgarten | — | 2 | 81 |
| 5. | | | 45 | " | — | 2 | 90 |
| 6. | | | 46 | " | — | — | 43 |
| 7. | | | 47 | " | — | 23 | 56 |
| 8. | | | 48 | " | — | 4 | 68 |
| 9. | | | 49 | " | — | — | 44 |
| 10. | | | 50 | " | — | 18 | 37 |
| 11. | | | 51 | " | — | 2 | 59 |
| 12. | | | 52 | " | — | 10 | 45 |
| 13. | | | 53 | " | 6 | 30 | 07 |
| | | | | Summe B | 7 | 62 | 01 |

| Ord.-Nr. | Gemarkung | Kbl. | Parz. Nummer | Der Grundstücke Lage | Größe ha | a | qm |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **C. Fürstliches Theater in Detmold.** | | | | | | | |
| 1. | Detmold | 20 | 106/51 | Theaterplatz | — | 86 | 41 |
| 2. | | | 107/52 | " | — | 6 | 67 |
| 3. | | | 108/0.52 | " | — | 2 | 20 |
| | | | | Summe C | — | 95 | 28 |
| **D. Fürstlicher Lustgarten in Detmold.** | | | | | | | |
| 1. | Detmold | 20 | 115/1 | Lustgarten | — | 12 | 11 |
| 2. | | | 2 | " | — | 1 | 18 |
| 3. | | | 3 | " | — | 1 | 83 |
| 4. | | | 68/4 | " | — | 5 | 98 |
| 5. | | | 70/5 | " | — | 12 | 78 |
| 6. | | | 116/5 | " | — | 70 | 02 |
| 7. | | | 72/7 | " | — | 37 | 51 |
| 8. | | | 117/8 | " | — | 61 | 15 |
| 9. | | | 75/9 | " | — | 4 | 84 |
| 10. | | | 76/10 | " | — | 1 | 45 |
| 11. | | | 11 | " | — | 3 | 62 |
| 12. | | | 12 | " | — | 4 | 59 |
| 13. | | | 49 | Rosental | — | 2 | 30 |
| 14. | | | 50 | " | — | — | 88 |
| 15. | | | 83/51 | Theaterplatz | — | 1 | 30 |
| 16. | | | 82/55 | Am Lustgarten | — | 19 | 73 |
| 17. | | 21 | 270/1 (teilweise) | Mühlenwiese | — | 87 | 35 |
| | | | | Summe D | 3 | 28 | 62 |
| **E. Fürstlicher Waschhof in Detmold.** | | | | | | | |
| 1. | Detmold | 11 | 129/42 | Waschhof | — | 7 | 53 |
| 2. | | | 130/43 | " | — | 35 | 56 |
| | | | | Summe E | — | 43 | 09 |

| Ord.-Nr. | Gemarkung | Ktbl. | Parz. Nummer | Der Grundstücke Lage | Größe ha | a | qm |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **F. Fürstliche Dienerschaftshäuser in Detmold.** | | | | | | | |
| 1. | Detmold | 9 | 88 | An der Werrestraße | — | 12 | 78 |
| 2. | | 13 | 55/42 | Hambruch | — | 26 | 91 |
| 3. | | | 56/43 | " | — | 13 | 27 |
| 4. | | 20 | 46 | Rosental | — | 2 | 77 |
| 5. | | | 47 | " | — | 2 | 91 |
| 6. | | | 48 | " | — | 2 | 42 |
| 7. | | | 45 | " | — | 4 | 80 |
| 8. | | | ½ von 35 | " | — | 3 | 96 |
| 9. | | | 37 | " | — | 14 | 90 |
| 10. | | | 38 | " | — | — | 10 |
| 11. | | | 39 | " | — | 9 | 85 |
| 12. | | | 40 | " | — | 5 | 48 |
| 13. | | | 41 | " | — | 4 | 74 |
| 14. | | | 42 | " | — | 3 | 30 |
| 15. | | | 43 | " | — | 3 | 48 |
| 16. | | 21 | 213/1 | Wiesenstraße | — | 2 | 69 |
| 17. | | | 254/1 | " | — | 8 | 78 |
| | | | | Summe F | 1 | 23 | 14 |
| **G. Fürstlicher Tiergarten bei Detmold.** | | | | | | | |
| 1. | Johannettental | 1 | 13 | Tiergarten | — | 62 | 29 |
| 2. | (Lopshorn — | | 14 | " | — | 16 | 11 |
| 3. | Forstrevier) | | 15 | " | — | 24 | 96 |
| 4. | | | 16 | " | — | 13 | 97 |
| 5. | | | 17 | " | — | 30 | 87 |
| 6. | | | 18 | " | — | 6 | 18 |
| 7. | | | 19 | " | — | — | 44 |
| 8. | | | 63/20 | " | 1 | 34 | 30 |
| 9. | | | 21 | " | — | 58 | 06 |
| 10. | | | 23 | " | 1 | 60 | 83 |
| 11. | | | 30 | " | 3 | 26 | 07 |
| 12. | Johannettental | 1 | 36 | " | — | 7 | 17 |
| 13. | (Meierei) | | 37 | " | — | 65 | 68 |
| 14. | | | 38 | " | 7 | 30 | 48 |
| 15. | | | 39 | " | — | 30 | 66 |
| | | | | Summe G | 16 | 68 | 07 |

| Ord.-Nr. | Gemarkung | Ktbl. | Parz. Nummer | Der Grundstücke Lage | Größe ha | a | qm |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **H. Fürstliches Schloß und Gestüt in Lopshorn.** | | | | | | | |
| 1. | Lopshorn (Meierei) | 1 | 1 | Gestütkamp | 34 | 49 | 16 |
| 2. | | | 2 | " | 5 | 04 | 67 |
| 3. | | | 3 | " | 5 | 63 | 18 |
| 4. | | | 4 | Beim Schloß | 1 | 10 | 55 |
| 5. | | | 5 | " | — | 85 | 81 |
| 6. | | | 6 | " | — | 77 | 11 |
| 7. | | | 7 | " | — | 13 | — |
| 8. | | | 8 | " | — | 70 | 88 |
| 9. | | | 9 (teilweise) | " | — | 28 | 82 |
| 10. | | | 10 | " | — | 28 | 34 |
| 11. | | | 11 | " | 1 | 36 | 15 |
| 12. | | | 30 | Gestütkamp | — | 4 | 18 |
| | | | | Summe H | 50 | 71 | 85 |
| **J. Fürstliches Schloß in Schieder.** | | | | | | | |
| 1. | Schieder (Meierei) | 7 | 14 | Kohlbreite | — | 32 | 68 |
| 2. | | | 88/15 | " | — | 49 | 98 |
| 3. | | | 33 | Schloßgarten | — | 72 | 93 |
| 4. | | | 34 | " | 13 | 53 | 82 |
| 5. | | | 35 | " | 2 | 11 | 39 |
| 6. | | | 36 | " | — | 38 | 19 |
| 7. | | | 37 | " | — | 17 | 30 |
| 8. | | | 38 | " | — | 12 | 70 |
| 9. | | | 39 | " | — | 9 | 03 |
| 10. | | | 40 | " | — | 1 | 52 |
| 11. | | | 41 | " | — | 3 | 38 |
| 12. | | | 42 | " | — | 6 | 62 |
| 13. | | | 43 | " | — | 10 | 05 |
| 14. | | | 44 | " | — | 9 | 56 |
| 15. | | | 45 | " | — | 3 | 07 |
| 16. | | | 46 | " | — | 3 | 40 |
| 17. | | | 47 | " | — | 5 | 59 |
| 18. | | | 48 | " | — | 3 | 70 |
| 19. | | | 49 | " | — | — | 67 |
| 20. | | | 50 | " | — | 6 | 25 |
| 21. | | | 51 | " | — | 82 | 73 |
| 22. | | | 68 | " | — | 11 | 24 |
| | | | | Summe J | 19 | 45 | 80 |

| Ord.-Nr. | Gemarkung | Ktbl. | Parz. | Der Grundstücke Lage | Größe ha | a | qm |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Nummer | | | | | |

## K. Fürstliche Burg in Schwalenberg.

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. | Schwalenberg | 13 | 2 | Der Burgberg | — | 10 | 31 |
| 2. | | | (verschied.) | " rund | 4 | — | — |
| | | | | Summe K | 4 | 10 | 31 |
| | | | | Hierzu " J | 19 | 45 | 80 |
| | | | | " H | 50 | 71 | 85 |
| | | | | " G | 16 | 68 | 07 |
| | | | | " F | 1 | 23 | 14 |
| | | | | " E | — | 43 | 09 |
| | | | | " D | 3 | 28 | 62 |
| | | | | " C | — | 95 | 28 |
| | | | | " B | 7 | 62 | 01 |
| | | | | " A | 5 | 12 | 29 |
| | | | | Gesamtsumme | 109 | 60 | 46 |



Inbegriffen sind die auf den obengenannten Parzellen stehenden und noch zu errichtenden Baulichkeiten mit folgenden Ausnahmen:

zu **A.**: des Dikasterialgebäudes einschließlich der Pavillons I und II; der Räume, welche der Domanialverwaltung in der Wagenremise zwischen Pavillon II und III überwiesen sind; der Hauptwache im Pavillon IV;

zu **C.**: der Bauverwalterwohnung und der Bauhofzubehörungen;

zu **H.**: des zur Meierei gehörigen, auf Parzelle 11 errichteten Arbeiterwohnhauses nebst Stallung und Waschküche. — An dem auf Parzelle 5 stehenden Benzinmotorgebäude hat die Meierei ein Mitbenutzungsrecht.

Inbegriffen sind ferner folgende Nutzungszubehörungen:

zu **A.**: der Schloßbibliothek-Saal im Pavillon I; ein Teil des Erdgeschosses in Pavillon II (Remise); der Pferdestall im Nebenhause des Offiziantengebäudes (Amthaus) auf Parzelle 44 Kartenblatt 20;

zu **A.** bis **C.**: das Mitbenutzungsrecht an dem Turbinengebäude am Büchenberge auf Parzelle 1 Ktbl. 1 der Gemarkung Johannettental sowie an der herrschaftlichen Wasserleitung;

zu **F.**: die drei Dienerschaftswohnungen mit Stallungen in dem Offiziantengebäude (Amthaus) und dessen Nebenhause auf Parzelle 44 Kartenblatt 20;

zu **H.**: die Heidenutzung in der Lopshorner Senne (Gemarkung Haustenbeck) im bisherigen Umfange;

zu **J.**: das Mitbenutzungsrecht an der herrschaftlichen Wasserleitung; endlich die Fürstliche Gruft in der reformierten Stadtkirche auf dem Kaiser Wilhelmsplatz zu Detmold.

## Nr. 13

*Gesetz über die Regelung der Rechtsverhältnisse des Domaniums vom 17. Juli 1919.*
*Lippische Gesetz-Sammlung 1919, S. 975*

§ 1
Die Anordnungen des Lippischen Volks- und Soldatenrats über das Domanium werden bestätigt.

§ 2
Das gesamte Domanium (Abt. A und B) ist, nachdem der vormals regierende Fürst Leopold IV. den Genuß und die Verwaltung des Domaniums für sich und sein Haus verloren hat, mit Wirkung vom 12. November 1918 an Staatseigentum.

§ 3
Die Rentkammer wird bevollmächtigt, dem vormals regierenden Fürsten Leopold IV. die ihm auf Grund des Gesetzes vom 12. Juli 1912 bis 12. November 1918 zustehenden Einkünfte auszuzahlen.
Dabei sind die von der Rentkammer auftragsgemäß aus der Kammerkasse an Hofbeamte und -Angestellte usw. gezahlten Beträge aufzurechnen, soweit sie sich auf Dienste beziehen, die dem vormaligen Fürsten geleistet sind.
Die weitere Erfüllung der von dem Fürsten gegen die Hofbeamten und -Angestellten usw. eingegangenen Verpflichtungen liegt vom 1. August 1919 ab dem Fürsten ob. Wenn einzelne von ihnen geschädigt werden, so bedarf es zur Beseitigung besonderer Vereinbarung mit dem Landtag.

§ 4
Die Verwaltung des bisherigen Domaniums wird von der Rentkammer als Staatsbehörde ausgeübt. Die Beamten der Rentkammer sind Staatsbeamte.

§ 5
Die Direktion der Fideikommißverwaltung wird aufgehoben. Ihre Geschäfte versieht das Landespräsidium.
Das Obereigentum an den bestehenden Lehen geht auf den Staat über.
Alle weiteren Anordnungen zur Ausführung dieses Gesetzes trifft das Landespräsidium.

§ 6
Die Verordnung, die Trennung des Staatshaushalts vom Domanialhaushalt betreffend, vom 24. Juni 1868, das Ausführungsgesetz dazu vom 10. Februar 1869, sowie das Gesetz, betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen dem Staate und dem Fürstlichen Domanium vom 12. Juli 1912 werden aufgehoben.

Detmold, den 17. Juli 1919.
Lippisches Landespräsidium
Cl. Becker Neumann-Hofer Drake

## Nr. 14

*Verhandlungskommission Leopolds IV. an das Landespräsidium: Telegramm aus Wyk/Föhr vom 16.7.1919.*
*L 75 I 1 Nr. 40 fol. 303-306*

Gestern abend hier eingetroffen. Der Fürst hat soeben dem Vertragsentwurfe durch beglaubigte Unterschrift in folgender Fassung zugestimmt: Um dem Lande und mir den in dieser ernsten Zeit erforderlichen Frieden zu erhalten, stimme ich den mir vom lippischen Landespräsidium vorgelegten Entwurfe eines Domanialvertrages durch meine eigenhändige Unterschrift zu. Es geschieht dies, obwohl ich grundsätzlich die Auffassung vertrete, dass die in dem Vertragsentwurfe zu Ausdrucke gebrachten Eingriffe in den Besitzstand meines Hauses nicht nur rechtlich unzulässig sind, sondern auch im Gegensatze zum Reichsrechte und dem in anderen Bundesstaaten angewandten Verfahren stehen. Indessen halte ich mich aus Gründen der Ehrlichkeit gegenüber dem Lande für verpflichtet, ausdrücklich zu erklären, dass die Zustimmung der Agnaten meines Hauses zu dem Inhalte des Vertragsentwurfes nicht zu erreichen war, sodass für

letztere meine Unterschrift rechtliche Folgen nicht zeitigen kann. Wyk a/F. 16. Juli 1919.
Leopold Fürst zur Lippe.
Beglaubigte Originalerklärung bringen wir mit. Wegen schlechter Verbindung Rückkehr keinesfalls vor Sonnabend möglich. Die Drucklegung des Vertrages mit der vorstehenden Erklärung des Fürsten wird anheim gegeben.
Biedenweg Eppstein Loos Dr. Tielker

**Nr. 15** *(Original-Dokument folgende Seiten)*
*Gesetz über die Regelung der Rechtsverhältnisse des Domaniums und der Lehen, vom 24. Dezember 1919 [Publikation des Domanialvertrages vom 31. Oktober 1919].*
*Lippische Gesetz-Sammlung 1919, S. 1065 ff.*

# Lippische Gesetz-Sammlung

Detmold, den 31. Dezember 1919.



Inhalt: Gesetz über die Regelung der Rechtsverhältnisse des Domaniums und der Lehen, vom 24. Dezember 1919. S. 1065. — Domanialvertrag. S. 1067. — Gesetz über die öffentlichen kinematographischen Schaustellungen, vom 24. Dezember 1919. S. 1088. — Verordnung, die Verpflegungssätze für die Kranken in der Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus betreffend, vom 23. Dezember 1919. S. 1090.


Nr. 77.

## Gesetz

**über die Regelung der Rechtsverhältnisse des Domaniums und der Lehen,**
vom 24. Dezember 1919.

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1.

Der zwischen dem Freistaat Lippe, vertreten durch das Landespräsidium, und dem vormals regierenden Fürsten Leopold IV. zur Lippe am 31. Oktober 1919 abgeschlossene Domanialvertrag wird genehmigt. Der Vertrag ist nachstehend abgedruckt; er ist ein Bestandteil dieses Gesetzes.

§ 2.

Für die dem Fideikommiß des vormals regierenden Fürstlichen Hauses (§ 3 des Domanialvertrages) zugeteilten Grundstücke und Gebäude des Domaniums werden die in steuerlicher Hinsicht bestehenden besonderen Bestimmungen mit Wirkung vom 1. Januar 1919 aufgehoben; für die in das Eigentum des Staates übergegangenen Liegenschaften bleiben sie bestehen.

§ 3.

Die Kontrolle über die Erhaltung des Fideikommisses des vormals

regierenden Fürſtlichen Hauſes wird vom Landespräſidium ausgeübt.

Zur Veräußerung von Liegenſchaften (§ 13 Abſ. 2 des Domanialvertrages) hat das Landespräſidium die Genehmigung des Landtags einzuholen, wenn der Wert des zu veräußernden Grundbeſitzes 10 000 Mark überſteigt; in dringlichen Fällen dieſer Art genügt die Zuſtimmung der Ausſchußdeputierten.

§ 4.

Die Beamten der bisherigen Kammer- und Forſtverwaltung, die nicht in den Dienſt des Fürſten treten (§ 6 und 11 des Domanialvertrages), werden vom Staat als Staatsbeamte übernommen. Der Staat tritt ihnen gegenüber in alle Befugniſſe und Verpflichtungen des vormals regierenden Fürſten ein.

§ 5.

Das Landespräſidium wird ermächtigt, den im § 12 des Domanialvertrages erwähnten Beamten und Angeſtellten und deren Hinterbliebenen laufende Bezüge bis zur Höhe der nach den ſtaatlichen Beſtimmungen zuläſſigen Beträge oder ſonſtige Entſchädigungen zu gewähren, auch wenn ein bezüglicher Rechtsanſpruch dem vormals regierenden Fürſten gegenüber nicht beſteht. Die gleiche Ermächtigung wird dem Landespräſidium betreffs der Altpenſionäre, Hinterbliebenen und Rentenempfänger erteilt.

§ 6.

Das Obereigentum an den Lehen (§ 14 des Domanialvertrages) geht mit Wirkung vom 12. November 1918 auf den Staat über. Die lehnsherrlichen Rechte werden vom Landespräſidium ausgeübt.

§ 7.

Das Geſetz über die Regelung der Rechtsverhältniſſe des Domaniums vom 17. Juli 1919 wird mit Wirkung vom Tage der Veröffentlichung aufgehoben.

Aufgehoben werden ferner alle anderen auf das Domanium und die Lehen bezüglichen Beſtimmungen, welche dem gegenwärtigen Geſetz entgegenſtehen.

§ 8.

Die zur Ausführung dieſes Geſetzes erforderlichen weiteren Anordnungen trifft das Landespräſidium.

Detmold, den 24. Dezember 1919.

**Lippiſches Landespräſidium**

Cl. Becker Neumann-Hofer Drake

# Domanialvertrag.

Zwischen dem Freistaat Lippe, vertreten durch das Landespräsidium, und dem vormals regierenden Fürsten Leopold IV. zur Lippe wird unter Vorbehalt der Zustimmung des Lippischen Landtags folgender als Gesetz zu verkündender Vertrag geschlossen.

§ 1.

Der Fürst verzichtet, nachdem er für sich und sein Haus dem Throne entsagt hat, für sich und sein Haus zu Gunsten des Freistaats Lippe auf alle aus Gesetzen, Verordnungen, Verträgen, Herkommen und Gebräuchen bezüglich des Domaniums fließenden Rechte, soweit sie nicht in den nachstehenden Bestimmungen dieses Vertrages ausdrücklich aufrecht erhalten werden.

§ 2.

Das gesamte Domanium mit Ausnahme der im § 3 benannten Bestandteile geht mit Wirkung vom 12. November 1918 in das Eigentum des Freistaats Lippe mit der Maßgabe über, daß bei Änderung des staatsrechtlichen Bestandes des Freistaats Lippe dieses Vermögen und seine Nutzung dem den jetzigen Freistaat Lippe umfassenden Gebiete allein erhalten bleibt. Von dieser Bestimmung kann abgegangen werden, wenn die hinzutretenden Gebiete mit entsprechendem Sondervermögen ausgestattet sind.

§ 3.

Als Fideikommiß des vormals regierenden Fürstlichen Hauses, dessen Verwaltung und Nutznießung dem Haupte des Hauses zusteht, bleibt mit Wirkung vom 12. November 1918 das frühere Fideikommißgut, dessen Genuß und Verwaltung dem jeweils regierenden Fürsten gebührte, bestehen unter Beschränkung auf die nachstehenden, in der Anlage I näher bezeichneten Bestandteile und unter den aus diesem Vertrage sich ergebenden Bedingungen:

1. das ehemals Fürstliche Residenzschloß in Detmold und Zubehörungen;
2. das Jagdschloß Lopshorn mit Nebengebäuden, Gestüt und Meierei sowie der eingegatterte Senneteil;
3. die Oberförsterei Berlebeck in der vereinbarten Abgrenzung;

4. eine Million Mark in bar;
5. die Fürst Woldemar-Stiftung und der Fürst Woldemar-Reservefonds;
6. die bei Übernahme der Regierung durch das Haus Biesterfeld (1897) vorhanden gewesenen Mobilien und Stücke unbeschadet der Bestimmung im § 8 und in der Anlage I Ziffer VI;
7. Teile des Hausschmuckes;
8. die Fürstengruft in der Kirche der reformierten Stadtgemeinde Detmold.

Der Staat leistet keine Gewähr für den Zustand des Familienfideikommisses und die damit verbundenen Rechte.

§ 4.

Der ehemals regierende Fürst Leopold behält auf seine Lebenszeit unter Ausschluß der Abtretung an einen Dritten das alleinige unentgeltliche Jagdrecht innerhalb des Jagdbezirks Domäne und Forst Bexten unter Hinzulegung von etwa 15 ha von der Domäne Uebbentrup und innerhalb des Gatters in der Oberförsterei Lopshorn unter Übernahme der Verpflichtung, das Wildgatter in diesem Bezirk zu erhalten und nach näherer Anweisung der Landesforstverwaltung in Bezug auf Zahl und Pflege einen derartigen Wildstand zu halten, daß der Forstbetrieb nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Sofern aus dem dem Fürsten belassenen Jagdgebiet irgendwelche Flächen zum Verkauf, Austausch, Ablösungen usw. gebraucht werden, scheiden diese Flächen aus. Das Gatter wird, soweit erforderlich, in solchen Fällen auf Staatskosten versetzt.

Auf die eingeräumten Berechtigungen findet der § 3 letzter Absatz sinngemäße Anwendung.

§ 5.

Die Repräsentationsräume des Schlosses Detmold sind in bisheriger Weise zu Besichtigungszwecken der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die in § 3 Ziffer 6 genannten Mobilien und Stücke dürfen ohne Genehmigung des Staats aus den zu dem Fideikommiß gehörenden Gebäuden nicht entfernt werden. Auf Verlangen des Staats müssen bestimmte Gegenstände in den Räumen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, untergebracht werden. Die in dem Palais zu Detmold und dem Schloß zu Schieder vorhandenen Bilder sind, soweit sie zum Familienfideikommiß gehören, in das Schloß zu Detmold zu überführen.

Als Repräsentationsräume gilt die Zimmerflucht vom roten Salon über den Ahnensaal, Elisabethzimmer, Paulinenzimmer bis einschließlich der drei Gobelinsäle zuzüglich des Flures.

§ 6.

Der für das Familienfideikommiß durch diesen Vertrag zusammengefaßte Grundbesitz (§ 3) ist nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit zu bewirtschaften. Die Gebäude sind ordnungsmäßig zu erhalten.

Die Benutzung der Privatwege ist in bisherigem Umfange für den öffentlichen Verkehr zuzulassen. Der für die Bewirtschaftung notwendige Verkehr auf Privatwegen ist beiderseits zu gestatten. Die Unterhaltung der Wege liegt dem ob, in dessen Bezirke sie liegen. Grenzwege werden gemeinschaftlich unterhalten. Die Bestimmung über Zeit und Umfang der gemeinschaftlich auszuführenden Arbeiten erfolgt durch den Staat.

Die Forstbeamten im Berlebecker Revier treten, ihre Zustimmung vorausgesetzt, in den Dienst der Fideikommißverwaltung. Diese übernimmt die Erfüllung der ihnen aus ihren Anstellungsverträgen zustehenden Ansprüche. Die übertretenden Forstbeamten werden in ihren Bezügen und Anstellungsverhältnissen den Staatsbeamten auch in Zukunft gleichgestellt. Bei der Versetzung in den Ruhestand werden die Ruhegehälter nach Maßgabe der vor bezw. nach dem 1. Januar 1919 verbrachten Dienstzeit verteilt. Das Gleiche gilt für die Versorgung der Hinterbliebenen.

§ 7.

Der Fürst verzichtet zu Gunsten des Staates auf alle Rechte an der Fürst Leopold-Akademie für Verwaltungswissenschaften und ihrem Vermögen sowie am Theater. Der Fürst überträgt seine aus den Schenkungen über diese Gegenstände entstandenen Rechte an den Staat. Der Staat übernimmt dagegen die aus den Schenkungsverträgen dem Fürsten obliegenden Pflichten unter Ausschluß der Verpflichtung, aus Landesmitteln zu der Fürst Leopold-Akademie oder dem Theater Beihülfe zu leisten, soweit nicht zur Fertigstellung des Theaters schon besondere Beschlüsse ergangen sind.

Ueber den Paulinenschmuck, soweit er nicht dem Familienfideikommiß (§ 3 Ziffer 7) zugeteilt ist, hat der Staat gemäß den Bestimmungen des Testaments der Fürstin Pauline zu verfügen. Der Fürst erhebt für sich und sein Haus darauf keinen Anspruch.

§ 8.

Der Erlös aus den vom Lopshorner Gestüt am 6. September 1919 verkauften Pferden fällt an das Land; ebenso die dort noch vorhandenen Pferde, Futtervorräte und das sonstige tote Inventar.

Die im Marstall vorhandenen Pferde und Futtervorräte sowie das sonstige tote Inventar gehen in das freie Eigentum des Fürsten über, ebenso auch der Erlös aus den verkauften Marstallpferden.

§ 9.

Die steuerlichen und sonstigen Belastungen der nach § 3 dem Fideikommiß zugeteilten Grundstücke gehen auf dieses über, insbesondere die in der Anlage II verzeichneten Belastungen; ebenso die aus Verpachtungen und sonstigen Verwaltungshandlungen sich ergebenden Rechte und Pflichten.

Die nicht auf dem Fideikommiß ruhenden Belastungen des Domaniums werden vom Lande übernommen, unbeschadet der Nachprüfung ihrer Rechtsbeständigkeit.

§ 10.

Die Rechnungen für die Kammerrechnungsjahre 1917 und 1918 sind nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 12. Juli 1912 aufzustellen und abzuschließen. Ebenso ist die Verteilung der Ueberschüsse der Kammerrechnungen 1917 und 1918 sowie der noch ausstehenden Reste dieser und früherer Kammerrechnungen nach den Bestimmungen des Gesetzes von 1912 vorzunehmen. Für das Kammerrechnungsjahr 1919 werden die Bestandteile nach Maßgabe der §§ 2 und 3 getrennt, für die Forst- und Jagdrechnungen also mit Wirkung vom 1. Oktober 1918, für die übrigen Bestandteile mit Wirkung vom 1. Januar 1919.

§ 11.

Der Fürst entbindet alle Domanial- und Forstbeamte, soweit sie nicht erneut in seine Dienste treten, von ihren ihm gegenüber übernommenen Verpflichtungen.

§ 12.

Die vor dem 12. November 1918 begründeten rechtlichen Befugnisse und Verpflichtungen des vormals regierenden Fürsten gegenüber den bisherigen Beamten und Angestellten aus dem Bereiche des Hofmarschallamts einschließlich Hofgartenverwaltung, der Marstall- und Gestütsverwaltung und des Geheimen Zivilkabinetts, sowie gegenüber dem General-

superintendenten und den Jagdbeamten, ferner gegenüber den Altpensionären, Witwen, Waisen und Rentenempfängern der vorgenannten Verwaltungen werden mit Wirkung vom 1. Januar 1919 vom Staate übernommen, unbeschadet der Nachprüfung der Rechtsbeständigkeit der Verpflichtungen und unter Vorbehalt der Ausübung der seitens des Fürsten an den Staat übertragenen Befugnisse.

§ 13.

Die Kontrolle über die Erhaltung des Fideikommißvermögens steht dem Staate zu. Zu diesem Zwecke ist innerhalb dreier Monate nach Abschluß dieses Vertrages dem Staate vom Fideikommißinhaber ein genaues Verzeichnis der Bestandteile des Fideikommisses (§ 3) vorzulegen. Für die Folge hat der Fideikommißinhaber innerhalb der ersten drei Monate eines jeden Kalenderjahres eine genaue Nachweisung der in dem Vorjahre eingetretenen Substanzveränderungen dem Staate einzureichen.

Veräußerungen aller Art sowie hypothekarische und sonstige Belastungen der zum Fideikommiß gehörigen Liegenschaften sind ohne Genehmigung des Staates unzulässig; die Genehmigung von hypothekarischen und sonstigen Belastungen darf ohne wichtigen Grund nicht verweigert werden. Ein entsprechender Vermerk ist in das Grundbuch einzutragen, ebenso die Fideikommißeigenschaft der Liegenschaften.

Der Erlös aus veräußerten Liegenschaften darf nicht unter den laufenden Einnahmen verrechnet oder zur Bestreitung laufender Ausgaben verwandt werden; er ist vielmehr zum Ankauf von Liegenschaften, die dem Fideikommiß hinzuwachsen, oder zu Verbesserungen, welche die Aufkünfte seiner Bestandteile dauernd erhöhen, oder zur Tilgung von Fideikommißschulden oder zur Befreiung des Fideikommisses von sonstigen Belastungen zu benutzen. Andernfalls ist der Erlös bei einer staatlichen lippischen Kasse oder anderweit mündelsicher zu belegen.

Ebenso ist das im § 3 Ziffer 4 erwähnte Kapital zu belegen, sofern es nicht — überall mit den im vorstehenden Absatz vorgesehenen Maßgaben — zum Ankauf von Liegenschaften, zu Substanzverbesserungen, zur Tilgung von Schulden oder zur Befreiung von Belastungen verwandt wird.

Mit dem Erlös aus der Veräußerung von Gegenständen, welche zu den im § 3 Ziffer 6 und 7 aufgeführten Bestandteilen des Fideikommisses gehören, ist in gleicher Weise zu verfahren, es sei denn, daß der Staat zu einer anderweiten Verwendung die Genehmigung erteilt.

In Ansehung der Erhaltung des Bestandes und der Verwendung der Aufkünfte der Fürst Woldemar-Stiftung und des Fürst Woldemar-Reservefonds (§ 3 Ziffer 5) behält es bei den bezüglichen testamentarischen Bestimmungen sein Bewenden.

§ 14

Der Fürst überträgt für sich und sein Haus die Rechte an dem Paragium, an den von dem Hause Lippe-Weißenfeld, den Grafen Lippe-Falkenflucht und dem Hause Schaumburg-Lippe bezogenen Renten sowie an dem Obereigentum bezüglich der bestehenden Lehen auf den Staat.

§ 15.

Der Fürst erkennt für sich und sein Haus an, daß durch die nach den vorstehenden Festsetzungen erfolgte Auseinandersetzung und durch die Zuteilung der im § 3 bezeichneten Vermögensbestandteile und Rechte an das Familienfideikommiß seine Ansprüche und die des Fürstlichen Hauses bezüglich des Domaniums an den Freistaat Lippe befriedigt sind, und daß die Zuteilung des übrigen Bestandes des früheren Domaniums in das uneingeschränkte Eigentum des Freistaats Lippe endgültig und unwiderruflich ist.

§ 16.

Das durch vorstehende Vereinbarungen zusammengefaßte Fideikommiß (§ 3) fällt, falls nach den bisherigen hausrechtlichen Bestimmungen zur Nachfolge in das Fideikommiß berechtigte männliche Nachkommen des Grafen Julius zur Lippe-Biesterfeld (gest. 1884) nicht mehr vorhanden sind, an den Staat.

Der Witwe und den Töchtern des letzten Inhabers des Familienfideikommisses ist vom Staate eine angemessene Rente für ihre Lebenszeit auszusetzen.

Auf Verlangen des Staates ist das Heimfall- und Kontrollrecht (§ 16 Abs. 1 und § 13) besonders im Grundbuch einzutragen.

§ 17.

Streitigkeiten aus diesem Vertrage werden durch ein Schiedsgericht entschieden. Für das Schiedsgericht gelten folgende Bestimmungen:

1. Jede Partei ernennt einen Schiedsrichter.
2. Kommt unter den Parteien eine Einigung über die Person des dritten Schiedsrichters nicht zustande, so wird dieser durch das Plenum des Landgerichts in Detmold ernannt.

3. der dritte Schiedsrichter ist Vorsitzender des Schiedsgerichts.
4. Zu Schiedsrichtern können nicht gewählt bezw. ernannt werden Mitglieder des Lippischen Landtags und der Lippischen Staatsverwaltung.

§ 18.

Die Anlagen I und II (§§ 3 und 9) sind Bestandteile dieses Vertrages.

§ 19.

Gerichts- und Vermessungskosten werden vom Staate nicht berechnet. Zuwachssteuer wird nicht erhoben. Etwaige dem Staate zufließende Stempelabgaben werden zurückerstattet.

Lopshorn, den 31. Oktober 1919. Detmold, den 31. Oktober 1919.

(L. S.) Leopold, Fürst zur Lippe. **Lippisches Landespräsidium**

(L. S.) Cl. Becker Neumann-Hofer Drake

2

Anlage I zum Domanialvertrag
vom 31. Oktober 1919 (§ 3.)

# Verzeichnis

des zum Familienfideikommiß der vormals regierenden Fürstlichen Familie gehörigen Grundbesitzes und der sonstigen Bestandteile dieses Fideikommisses.

## I. Das ehemals Fürstliche Residenzschloß in Detmold und Zubehörungen (§ 3 Ziffer 1).

| Bezeichnung der Grundstücke | | | | | | Flächeninhlt. | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Gemarkung | Art. Nr. | Ktbl. | Parzelle | Lage | Kulturart | ha | a | qm |
| Detmold | 1477 | 11 | 162 | | | | | |
| | | | 52 | Burggraben | Wasserstück | 1 | 09 | 70 |
| | | | 53 | Terasse | Garten | 1 | 09 | 21 |
| | | | 54 | Das Schloß | Hofraum | — | 34 | 79 |
| | | | 55 | Schloßplatz | Garten | — | 1 | 68 |
| | | | 238 | | | | | |
| | | | 56 | " | " | — | 7 | 89 |
| | | | 239 | | | | | |
| | | | 57 | " | " | — | 35 | 90 |
| | | | 240 | | | | | |
| | | | 59 | " | " | — | 10 | — |
| | | | 241 | | | | | |
| | | | 59 | " | " | — | 16 | 15 |
| | | | 60 | " | " | — | 8 | 21 |
| | | | 242 | | | | | |
| | | | 61 | " | Hofraum | — | 45 | 55 |
| | | 20 | 70 | Luftgarten | Garten | — | 12 | 78 |
| | | | 5 | | | | | |
| | | | 144 | | | | | |
| | | | 8 | " | " | — | 49 | 59 |
| | | | 145 | | | | | |
| | | | 9 | " | " (Weg) | — | 4 | 49 |
| | | | 148 | | | | | |
| | | | 37 | Rosental | Hofraum | — | 14 | 58 |
| | | | 38 | " | Gebäudefläche | — | — | 10 |
| | | | 39 | " | Garten | — | 9 | 85 |
| | | | 40 | " | " | | 5 | 48 |
| | | | | | I zusammen | 4 | 75 | 95 |

## II. Das Jagdschloß Lopshorn mit Nebengebäuden, Gestüt und Meierei sowie der eingegatterte Senneteil (§ 3 Ziffer 2).

**Bezeichnung der Grundstücke**

| Gemarkung | Art. Nr. | Ktbl. | Parzelle | Lage | Kulturart | Flächeninhalt ha | a | qm |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Lopshorn Meierei | 1 | 1, 2 | | Schloß und Meierei | | 142 | 80 | 82 |
| Hauftenbeck | 1 | u. 3 | | Die Lopshorner Senne (ohne Parzelle 1 und 7 Blatt 1) | | 249 | 04 | 07 |
| von Lopshorn Meierei | | | | | | | | |
| Kohlstädt | 1 | 1 | 68/1 | Meierei Senne | | 36 | 53 | 63 |
| von Oesterholz Meierei | | | | | | | | |
| | | | | | II zusammen | 428 | 38 | 52 |

## III. Die Oberförsterei Berlebeck (§ 3 Ziffer 3) in folgender Abgrenzung:

**Bezeichnung der Grundstücke**

| Gemarkung | Art. Nr. | Ktbl. | Parzelle | Kulturart und Lage | Flächeninhalt ha | a | qm | Flächeninhalt ha | a | qm |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Amt Detmold<br>Amt Horn | 1<br>1 | 5 | | die Oberförsterei Berlebeck | 3125 | 77 | 32 | | | |
| | | | | zuzüglich: | | | | | | |
| Berlebeck Bauerschaft | 162 | 4 | 91.92 | Weide und Holz im Echternkampe | 5 | 38 | 01 | | | |
| [illegible] | 185 | 1 | 206 | Wiese im Hahnbruch | — | 06 | 82 | | | |
| angekaufte Parzellen | | 5 | 1.2 | Holzung und Acker im Kampe | — | 57 | 65 | | | |
| | | | 266.267/36 | Acker und Weide hinter dem Ort | 1 | 28 | 75 | | | |
| | | | | | 7 | 31 | 23 | | | |
| | | | | | 3133 | 08 | 55 | | | |

| Bezeichnung der Grundstücke | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Gemarkung | Art. Nr. | Ktbl. | Parzelle | Kulturart und Lage | Flächeninhalt ha | a | qm | Flächeninhalt ha | a | qm |
| | | | | abzüglich: | | | | | | |
| Berlebeck Forst Amt Detmold | 1 | 9 | 22.23 / 7 | Hainberg | 19 | 65 | 92 | | | |
| Berlebeck Bauerschaft | „ | 1 | 384.385 / 63 | Wiese und Acker im Westerfeld | 2 | 96 | 44 | | | |
| Holzhausen | „ | 5 | 183 bis 330\|227 | Pachtland am Stemberg | 11 | 36 | 67 | | | |
| Berlebeck Forst Amt Horn Artikel 1 ohne Parz. 101\|50 Ktbl. 4 Gem. Holzhausen | | | | | 143 | 56 | 23 | | | |
| | | | | | 177 | 55 | 26 | 2955 | 53 | 29 |
| | | | | aus der Oberförsterei Lopshorn | | | | | | |
| Lopshorn Forst Amt Lage | 4 | 3 | 6 bis 11 | Kribben und Brand | | | | 137 | 61 | 37 |
| | | | | | | | | | | |
| | | | | III zusammen | | | | 3093 | 14 | 66 |
| | | | | I bis III überhaupt | | | | 3526 | 29 | 13 |

**Zu I, II und III.**

Von der Parzelle 36 Ktbl. 20 der Gemarkung Detmold (offene Reitbahn am Rosental) darf ein 8 m breiter Geländestreifen an der Nordseite ohne Genehmigung des Fideikommißinhabers nicht bebaut werden. Diese Eigentumsbeschränkung ist in das Grundbuch einzutragen.

Den Parzellen $\frac{70}{5}$, $\frac{144}{8}$ und $\frac{145}{9}$ Ktbl. 20 der Gemarkung Detmold (Lustgarten) steht eine in das Grundbuch einzutragende Wegeberechtigung zu über die Parzelle $\frac{146}{8}$ Ktbl. 20 (Lustgarten) und weiterhin in 4 m Breite über die Parzelle $\frac{116}{5}$ Ktbl. 20 (Lustgarten) in nordöstlicher Richtung bis zur Lageschen Straße, unter Benutzung der Bahnunterführung, welche die Parzellen $\frac{148}{8}$ und $\frac{116}{5}$ verbindet.

Diese Berechtigung ruht, solange den berechtigten Grundstücken die jetzige Zuwegung nach der Langen Straße zu offen steht. Die Benutzung der Brücke über die Werre beim Jägerhof wird nur auf jederzeitigen Widerruf gestattet.

Die Autohalle und die beiden Boxenställe zwischen Schloßpavillon IV und V, sowie die bisherigen Überwinterungsräume für die Palmen, Lorbeerbäume usw. werden dem Fideikommißinhaber solange mietweise überlassen, bis der Staat anderweit darüber verfügt.

Inbegriffen sind die auf den Grundstücken vorhandenen Baulichkeiten und sonstigen Zubehörungen sowie das Mitbenutzungsrecht an der Trinkwasserleitung und der Flußwasserleitung für die Bestandteile zu I in bisheriger Weise; ferner die Fischereiberechtigung innerhalb der Grenzen der überwiesenen Forstbezirke zu III. Zu letzteren gehören auch die nachstehenden Berechtigungen:

a) Erbpachtgefälle.

| | | |
|---|---|---|
| 1. | Brinkoch Nr. 100, Berlebeck . . . . . | 25,30 ℳ |
| 2. | Schröder Nr. 21, Berlebeck . . . . . | 2,15 „ |
| 3. | Derselbe . . . . . | 0,94 „ |
| 4. | Kasemeier Nr. 107, Berlebeck, von der Stätte Nr. 119 | 3,25 „ |
| 5. | Kolon Knappmann, Holzhausen, unterm Stemberg . | 5,22 „ |
| 6. | Derselbe . . . . . | 3,68 „ |
| 7. | Heinrich Twete Nr. 52, Holzhausen, unterm Stemberg . | 15,33 „ |
| 8. | S. Benkelberg Nr. 78, Berlebeck, am Stemberge . . | 5,67 „ |
| 9. | E Wellner Nr. 56, Berlebeck, am Stemberge . . . | 3,41 „ |
| 10. | Schröder Nr. 21, Berlebeck, am Stemberge . . . | 0,52 „ |
| 11. | Derselbe . . . . . | 0,52 „ |
| | zusammen | 65,99 ℳ |

Die Gefälle zu 1 bis 7 sind mit der Kammerroggentaxe erhöhbar.

b) Hundefütterungsstellen.

Verpflichtung des Kolonats Strohmeier Nr. 3 in Fromhausen,
„ „ „ Kater Nr. 9 in Fromhausen,
„ der Mühle (Redeker) in Berlebeck
zur Fütterung je eines Hundes.

IV. Die eine Million in bar (§ 3 Ziffer 4) ist seit dem 1. Januar 1919 mit 4% zu verzinsen.

V. Der Nennwert des Vermögensbestandes zu § 3 Ziffer 5 belief sich am 31. Dezember 1918

bei der Fürst Woldemar-Stiftung auf 307 472,08 ℳ und
bei dem Fürst Woldemar-Reservefonds auf 580 329,62 ℳ.

VI. Ein Verzeichnis der Mobilien und Stücke (§ 3 Ziffer 6) ist aufzustellen gemäß § 13 Abs. 1. Die in den Räumen der Staatsbehörden, des Landesmuseums, der Rentkammer, der Forstabteilung, der Domanial-

Bauverwaltung und anderer Domanial- und Forstbehörden befindlichen Mobilien und Stücke verbleiben dem Staat; desgleichen die zum Domanium gehörigen Mobilien usw. in den Bädern, Mühlen, auf den Domänen (mit Ausnahme von Lopshorn) usw. Die beim Marstallamt aufbewahrten Akten, Bücher und sonstigen Gegenstände, die auf das Gestüt Bezug haben, sowie die Registratur des Hofmarschallamts, soweit sie geschichtlichen Wert hat und entbehrlich ist, sind dem Staate herauszugeben.

VII. Aus dem Hausschmuck (§ 3 Ziffer 7) sind dem Fideikommiß zugeteilt:

a) aus dem Nachlaß der Fürstin Pauline und des Prinzen Friedrich Albrecht Auguſt
das eine der beiden Armbänder;

b) aus dem Nachlaß der Fürstin Emilie, Gemahlin des Fürsten Leopold II.,
ein Diadem, Orangezweig in Chrysolithen und Brillanten;

c) aus dem Nachlaß der Fürstin Elisabeth, Gemahlin des Fürsten Leopold III.,
1. ein Armband mit fünf Saphiren, umgeben von Stückrosen;
2. eine Brosche mit drei Saphiren, umgeben von Stückrosen und zwei hängenden Perlen;
3. eine Brosche mit zwei Smaragden und acht Brillanten;
4. eine Perle zum Anhängen;

d) aus dem Nachlaß der Fürstin Sophie, Gemahlin des Fürsten Woldemar,
1. ein kleiner Fächer mit Halbedelsteinen;
2. ein kleiner Ring aus dem Nachlaß des Prinzen Friedrich;
3. eine Damenuhr mit Anhängern (Emaillemalerei);
4. eine goldene venetianische Kette;
5. ein Medaillon mit Haar von der Fürstin Pauline (Elfenbeinschnitzerei);
6. ein Schieber mit großem Topas;
7. eine Kette mit Kreuz von Diamanten;

e) unbekannter Herkunft:
1. zwei goldene Armbänder mit je einem Bildnis;
2. ein kleines Chalcedon-Herz.

VIII. Bezüglich der Fürstengruft (§ 3 Ziffer 8) gehen alle Rechte und Pflichten auf das Fideikommiß über, welche herrühren aus dem zwischen dem Presbyterium der reformierten Stadtgemeinde Detmold und der Rentkammer am 20./21. Januar 1905 abgeschlossenen Vertrage und aus späteren Abmachungen.

## Zu § 3 Ziffer 1 (Residenzschloß und Zubehörungen).

1. Die Unterhaltung des Abflußkanals des Burggrabens nach der Werre.

2. Die Hälfte der Kosten der Unterhaltung der äußeren Burggrabenmauer einschließlich des Geländers vom roten Tor bis zum Einfluß des Kanals in den Burggraben, sowie die Hälfte der Kosten der Unterhaltung und Wartung der Trinkwasserleitung und der Flußwasserleitung. Die Anordnung und Ausführung der erforderlichen Arbeiten geschieht durch den Staat. Sowohl dem Staat als auch dem Fideikommißinhaber steht das Recht zu, die Benutzung beider Leitungen oder einer von ihnen ein Jahr nach Kündigung aufzugeben; in diesem Falle hat derjenige, welcher die betreffende Leitung weiter benutzt, die bezüglichen Unterhaltungskosten allein zu tragen.

3. Auf Verlangen des Staates ist diesem oder einer von ihm zu bezeichnenden Stelle der Burggraben (Parzelle 162/52 Ktbl. 11) zum Eislauf unentgeltlich zur Verfügung zu stellen; hierbei sind von dem Unternehmer Vorkehrungen zu treffen, durch die das Betreten der unteren Schloßterrasse verhütet wird.

4. Der zum Fideikommiß gehörige Teil des Schloßplatzes (Parzellen 55, $\frac{238}{56}$, $\frac{239}{57}$, $\frac{240}{59}$, $\frac{241}{59}$, 60 und $\frac{242}{61}$ Ktbl. 11) ist im wesentlichen in der bisherigen Weise als Schmuckplatz zu erhalten; Bauwerke irgend welcher Art dürfen ohne Genehmigung des Staates darauf nicht errichtet werden. Die auf dem Schloßplatz befindlichen Wege, einschließlich des Durchganges „Unter dem Bogen" (nach dem Marktplatze), sind im bisherigen Umfange für den öffentlichen Verkehr zuzulassen (§ 6 Abs. 2). Das Schließen sämtlicher Schloßplatztore für den öffentlichen Verkehr während der Nacht unterliegt der Bestimmung des Staates.

Die vorstehenden Eigentumsbeschränkungen und Wegeberechtigungen sind in das Grundbuch einzutragen.

5. Der Rentkammer sind die bislang von ihr benutzten Räume im sog. Dikasterialgebäude (einschließlich der Pedellenwohnung) mindestens so lange mietweise zu belassen, als der Staat von seinem Kündigungsrechte hinsichtlich des einstweilen dem Fideikommiß mietweise verbleibenden Schloßpavillons VIII keinen Gebrauch macht.

## Zu § 3 Ziffer 2 (Jagdschloß Lopshorn).

Die Lopshorner Gestütsräume (einschließlich der Wohnungen des Stutmeisters und der Gestütswärter sowie des Hofstallmeisterzimmers) und die Pferdeweiden (Parzellen 1, 2 und 3 Ktbl. 1 von Lopshorn) bis zur

Hälfte ſind auf Verlangen des Staates dieſem oder einer von ihm zu bezeichnenden Stelle gegen einen billigmäßigen Pachtſchilling zu Pferdezuchtzwecken zur Verfügung zu ſtellen, ſoweit die Nutzung des Schloſſes zu Wohnzwecken dadurch nicht weſentlich beeinträchtigt wird.

**Zu § 3 Ziffer 3 (Oberförſterei Berlebeck).**

I. Naturalabgaben und ſonſtige Nutzungen.

1. Fallholzberechtigung der Stadt Horn auf den Flächen ſüdlich und öſtlich des alten Poſtweges von Berlebeck nach Kreuzkrug nach Maßgabe des Vergleichs vom 26. Mai/2. Juni 1794.
2. Leſeholzberechtigung der Stadt Horn und Detmold laut Vergleich vom 26. Mai/2. Juni 1794 bezw. Privilegium vom 20. Mai 1670.
   Raff- und Leſeholzentnahme durch die Einwohner von Stukenbrok gegen Bezahlung in herkömmlicher Weiſe nach Maßgabe der Verfügung vom 5. März 1819.
3. An das Gut Schötmar 4 Klaftern = 21,2 rm Buchenbrennholz frei. Vergleich vom 3. Juli 1868.
4. An das Gut Hornoldendorf 9 Klaftern = 47,7 rm Buchenbrennholz frei, desgleichen 1 Stück Buchennutzholz von 0,76 fm gegen Hauerlohn.
5. An das Rittergut Braunenbruch 20 Klaftern = 106 rm Buchenbrennholz gegen Hauerlohn,
   an dasſelbe 6 Stück Buchennutzholz zu 5,16 fm zum Selbſthiebe,
   an dasſelbe 16 Stück Buchenleiterbäume und Wagendeichſeln oder Stangen III. Klaſſe = 0,48 fm zum Selbſthiebe,
   an dasſelbe 1 Fuder oder 150 Stück Buchen- oder Fichtenhopfenſtangen (IV. Klaſſe) zu 3 fm zum Selbſthiebe.
   Vergleich vom 17. Dezember 1802.
6. An das Rittergut Herberhauſen 15 ½ Klaftern = 82,2 rm Buchenbrennholz gegen Hauerlohn und 1 Stück Buchennutzholz zu 1,16 fm gegen Hauerlohn und 1,50 ℳ Stammgeld. Vergleich vom 23. November 1804.
7. Abgabe von 15 mäßigen Ochſenfudern Heide oder Moos gemäß Erbpachtkontrakt vom 21. September 1834 für den Eigentümer des Kolonats Nr. 68 in Kohlſtädt.
8. Triftberechtigung der Kolone Schnatmann, Roſemeier und Wächter in Berlebeck nach ihren Kämpen durch den Forſtort Kleebrink bei der Förſterei Hirſchberg.

9. Hudeberechtigung der Gemeinde Kohlstädt in dem südlichen Teile des Forstortes Paulinenholz, Gemarkung Berlebeck, Forstrevier, Kartenblatt 8 Parzelle 8 und teilweise 9, auf einer mit Nadelholz bepflanzten Fläche von 41 Morgen 44 Quadratruten = 10,58 11 ha laut Verhandlung des Ablösungskommissars vom 19. September 1912.
10. Hudeberechtigungen auf den überschießenden Flächen (im Distrikt 70 a b und 77 k), Gemarkung Berlebeck, Forstrevier, Karte nblatt 9 Parzellen $\frac{17}{8}$ und $\frac{21}{7}$ und Gemarkung Holzhausen, Kartenblatt 4 Parzelle $\frac{101}{5}$ gemäß Tabelle des Ablösungskommissars vom 17. September 1908.
11. Nutzung der Berlebecker Quellen durch die Stadt Detmold gemäß Vertrag vom 10./30. November 1898, auf Parzelle 1 Kartenblatt 8, Gemarkung Berlebeck Forstrevier.
12. Verschiedene Wegeberechtigungen über einzelne Grundstücke, welche zum Teil im Grundbuche eingetragen sind.

II. Erbpachtgelder und Renten.

a) Erbpachtgeld vom angekauften Kreuzkrug an die Rentkammer . . . . . 148,00 ℳ
b) Rente vom angekauften Kolonat Nr. 1 (Oberförsterei) in Berlebeck an die Rentkammer für Dienste . . . 115,25 „
c) Renten für abgelöste Holzberechtigungen:
1. der lutherischen Kirche in Detmold . . . . . 817,20 „
2. dem Waisenhause in Detmold . . . . . 544,00 „
3. dem Seminar in Detmold . . . . . 194,67 „
4. dem sog. Freiwilligen Arbeitshause in Detmold . 81,11 „
5. dem Krankenhause in Detmold . . . . . 28,39 „
6. der Generalsuperintendantur in Detmold . . . 360,00 „
7. dem Stadtpfarrer in Detmold . . . . . 120,00 „
8. der Pfarre in Stapelage . . . . . 90,00 „
9. der Pfarre zu Salzuflen . . . . . 60,00 „
10. der Pfarre zu Lieme . . . . . 96,30 „
11. der Schule zu Holzhausen . . . . . 51,00 „
12. der Kantorstelle zu Lage . . . . . 46,65 „
13. der Küsterstelle zu Lage . . . . . 47,64 „
14. der Bürgermädchenschule in Detmold (nicht ablösbar) 30,00 „
15. der Pfarre in Heiligenkirchen . . . . . 102,00 „
16. Der Küsterstelle zu Lieme . . . . . 48,15 „

| | | |
|---|---|---|
| 17. | der Schule und Erwerbsschule zu Berlebeck (nicht ablösb.) | 51,00 ℳ |
| 18. | der Küsterstelle in Heiligenkirchen . . . . . | 51,00 „ |
| 19. | der Pfarre in Lage . . . . . | 94,50 „ |
| 20. | der Küsterstelle zu Stapelage . . . . . | 89,52 „ |
| 21. | der Schule in Fromhausen . . . . . | 51,00 „ |
| 22. | der Schule in Nienhagen . . . . . | 49,50 „ |
| 23. | der Pfarre in Heiden . . . . . | 99,00 „ |
| 24. | der Küsterstelle in Heiden . . . . . | 49,50 „ |
| 25. | der Kantorstelle in Heiden . . . . . | 49,50 „ |
| | zusammen | 3 301,63 ℳ |

**Nr. 16** *(Original-Dokument auf Seite 237ff.)*
*Gesetz über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen dem Lande Lippe und dem im ehemaligen Fürstentum Lippe zuletzt regierenden Fürstenhause. Vom 27. August 1936. [Anlage: Schiedsvertrag zwischen Leopold IV. Fürst zur Lippe ... und dem Lande Lippe ... 27.5.1936].*
*Reichsgesetzblatt Teil II, S. 289*

# Reichsgesetzblatt

## Teil II

| 1936 | Ausgegeben zu Berlin, den 5. September 1936 | Nr. 32 |
|---|---|---|


LANDES-BIBLIOTHEK DETMOLD


| Tag | Inhalt | Seite |
|---|---|---|
| 27. 8. 36 | **Gesetz über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen dem Lande Lippe und dem im ehemaligen Fürstentum Lippe zuletzt regierenden Fürstenhause** | 289 |
| 27. 8. 36 | Verordnung über die vorläufige Anwendung eines deutsch-österreichischen Verrechnungsabkommens | 291 |
| 1. 9. 36 | Verordnung über die vorläufige Anwendung einer deutsch-polnischen Vereinbarung über die Ergänzung des Wirtschaftsvertrags und des Verrechnungsabkommens | 293 |
| 1. 9. 36 | Verordnung zum Militärtarif für Eisenbahnen | 295 |
| 19. 8. 36 | Bekanntmachung über die Aufhebung des Artikels 13 des Staatsangehörigkeitsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakischen Republik | 295 |
| 31. 8. 36 | Bekanntmachung zum Internationalen Übereinkommen zum Schutze des menschlichen Lebens auf See — Schiffssicherheitsvertrag, London 1929 — (Beitritt von Panama) | 295 |
| 1. 9. 36 | Bekanntmachung über die Ratifikation der deutsch-ungarischen Vereinbarung zur Änderung der ersten und zweiten Zusatzvereinbarung zum Handelsvertrag | 295 |
| 1. 9. 36 | Bekanntmachung über die Ratifikation des deutsch-ungarischen Abkommens über die Zahlungen aus dem gegenseitigen Warenverkehr | 296 |


### Gesetz über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen dem Lande Lippe und dem im ehemaligen Fürstentum Lippe zuletzt regierenden Fürstenhause.

**Vom 27. August 1936.**

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen dem Lande Lippe und dem im ehemaligen Fürstentum Lippe zuletzt regierenden Fürstenhause regelt sich nach dem zwischen dem Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe (Landesregierung Lippe) und Leopold IV. Fürst zur Lippe abgeschlossenen Schiedsvertrage vom 27. Mai 1936, der Bestandteil dieses Gesetzes ist.

(2) Soweit nichts Abweichendes vorgeschrieben ist, finden auf das Verfahren vor dem in dem Vertrage vorgesehenen Schiedsgericht die Bestimmungen des zehnten Buches der Zivilprozeßordnung mit der Maßgabe Anwendung, daß die Aufhebung des Schiedsspruches nur aus den im § 1041 Abs. 1 Ziffer 6 bezeichneten Gründen beantragt werden kann. Zuständiges Gericht im Sinne der §§ 1039, 1044a, 1045 und 1046 der Zivilprozeßordnung ist das Landgericht in Detmold.

§ 2

(1) Leopold IV. Fürst zur Lippe ist in dem schiedsgerichtlichen Verfahren zur Vertretung des Fürstenhauses befugt. Die von ihm vorgenommenen Rechtshandlungen wirken für und gegen das Fürstenhaus und seine Mitglieder. Einer nach landes- oder hausrechtlichen Normen etwa erforderlichen Mitwirkung der Familie oder anderer Stellen bedarf es nicht.

(2) Die Entscheidungen des Schiedsgerichts und die etwa vor ihm abgeschlossenen Vergleiche wirken für und gegen das Fürstenhaus und seine Mitglieder.

§ 3

(1) Das Schiedsgericht entscheidet auch über Ansprüche der Agnaten des Fürstenhauses, die sich gegen das Land Lippe als Rechtsnachfolger bezüglich eines Teiles des ehemaligen Hausvermögens richten.

(2) Falls solche Ansprüche der Agnaten nicht innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes bei dem Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe (Landesregierung Lippe) schriftlich geltend gemacht werden, erlöschen sie.

§ 4

Die Behörden haben dem Schiedsgericht Rechts- und Amtshilfe zu gewähren.

§ 5

Soweit ein anhängiger Rechtsstreit durch dieses Gesetz seine Erledigung findet, werden die außergerichtlichen Kosten gegeneinander aufgehoben; die Gerichtskosten trägt jede Partei zur Hälfte.

§ 6

Die zur Ergänzung und Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften erläßt der Reichs- und Preußische Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz.

Berchtesgaden, den 27. August 1936.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
In Vertretung
Pfundtner

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner

**Anlage**

(Zum § 1 des vorstehenden Gesetzes)

## Schiedsvertrag

zwischen

**Leopold IV. Fürst zur Lippe als dem Vertreter des vormals im Fürstentum Lippe regierenden Fürstenhauses,**

**Antragsteller,**

**und**

**dem Lande Lippe, vertreten durch den Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe (Landesregierung Lippe),**

**Antragsgegner.**

Die Parteien sind übereingekommen, die vom Antragsteller bereits vor den ordentlichen Gerichten im Wege der Klage geltend gemachten Ansprüche sowie etwaige weitere Ansprüche des Antragstellers, die mit der bisher getroffenen Auseinandersetzung mit dem Lande Lippe im Zusammenhang stehen, der Entscheidung eines Schiedsgerichts nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zu unterwerfen.

§ 1

Zusammensetzung des Schiedsgerichts

(1) Das Schiedsgericht besteht aus einem Obmann und vier Beisitzern. Den Obmann ernennt der Reichsminister der Justiz aus der Zahl der richterlichen Mitglieder des Reichsgerichts. Je ein Beisitzer, der die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen muß, wird von dem Reichsminister der Justiz und dem Reichs- und Preußischen Minister des Innern ernannt. Jede Partei ernennt je einen weiteren Beisitzer.

(2) Bei Wegfall des Obmannes oder eines Beisitzers erfolgt die Ersatzgestellung in gleicher Weise, wie die Ernennung erfolgt ist.

§ 2

Stellung des Schiedsgerichts

Die Schiedsrichter haben die Stellung unabhängiger Richter. Der Verkehr zwischen dem Schiedsgericht und den Parteien geht durch den Obmann. Jeder unmittelbare Verkehr der Parteien mit den Beisitzern des Schiedsgerichts ist unzulässig.

§ 3

Verfahren

(1) Dem Spruch des Schiedsgerichts muß eine mündliche Verhandlung vorausgehen, es sei denn, daß die Parteien hierauf verzichten. Die mündliche Verhandlung ist durch Schriftsätze der Parteien vorzubereiten, in denen der Streitstoff erschöpfend erörtert und die Anträge genau angegeben werden sollen.

(2) Jeder Partei muß das rechtliche Gehör gewährt werden. Im übrigen wird das Verfahren durch den Obmann des Schiedsgerichts geregelt.

§ 4

Abstimmung

Das Schiedsgericht entscheidet mit absoluter Stimmenmehrheit. § 196 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes findet Anwendung.

§ 5

Gegenstand des Schiedsverfahrens

(1) Gegenstand der Entscheidung des Schiedsgerichts sind alle Ansprüche, die Leopold IV. Fürst zur Lippe in seiner jetzigen Stellung auf Grund der Anfechtung des Domanialvertrages vom 31. Oktober 1919 oder aus anderen Rechtsgründen bereits erhoben hat, sowie solche Ansprüche, die von den Parteien bis zum Schluß der letzten mündlichen Verhandlung vor dem Schiedsgericht erhoben werden.

(2) Ansprüche, die in diesem Verfahren nicht zur Entscheidung gestellt werden, gelten als verwirkt.

§ 6

Aufgabe des Schiedsgerichts

(1) Aufgabe des Schiedsgerichts ist es, unter Berücksichtigung der geschichtlich gewordenen Entwicklung und der staatspolitischen und sozialpolitischen Lage der Gegenwart einen billigen Ausgleich zwischen den Parteien zu schaffen, der dem Sozial- und Rechtsempfinden gerecht wird.

(2) Soweit die Klärung von rechtlichen und tatsächlichen Fragen unmöglich oder mit unverhältnismäßigen Schwierigkeiten verbunden sein sollte, entscheidet das Schiedsgericht nach billigem Ermessen. Dabei sollen dem vormaligen Fürstenhause auf alle Fälle diejenigen Vermögensstücke erhalten werden, die nach Abschluß des Domanialvertrages im Besitz von Leopold IV. Fürst zur Lippe als dem Haupte des Hauses verblieben sind. Hiervon abgesehen, darf die Vermögenslage des Fürstenhauses gegenüber der sich aus dem Domanialvertrage ergebenden Lage keine Verschlechterung erfahren.

§ 7

Gütlicher Ausgleich

Das Schiedsgericht hat zunächst einen gütlichen Ausgleich im Wege des Vergleichs anzustreben. Kommt ein Vergleich nicht zustande, so entscheidet das Schiedsgericht durch einen in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht begründeten schriftlichen Schiedsspruch.

§ 8

Entscheidung

Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig.

§ 9

Kosten

(1) Jede Partei trägt ihre eigenen Kosten, einerlei, ob ein Vergleich zustande kommt oder ein Schiedsspruch gefällt wird. Über die Tragung der Kosten des Schiedsgerichts einschließlich der vom Reichsminister der Justiz nach Abschluß des Verfahrens festzusetzenden Gebühren für die Tätigkeit der Schiedsrichter wird im Schiedsspruch entschieden, soweit hierüber eine Einigung in einem schiedsrichterlichen Vergleich nicht zustande kommt.

(2) Der Obmann kann den Parteien zur vorläufigen Abdeckung der entstandenen oder entstehenden Kosten die Leistung entsprechender Vorschüsse auferlegen.

(3) Die außergerichtlichen Kosten der bisherigen nicht rechtskräftig entschiedenen Prozesse werden gegeneinander aufgehoben; die Gerichtskosten trägt jede Partei zur Hälfte.

§ 10

Gesetzliche Bestätigung

Die Gültigkeit dieses Vertrages ist davon abhängig, daß er Bestandteil eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen dem Lande Lippe und dem im ehemaligen Fürstentum Lippe zuletzt regierenden Fürstenhause wird.

Detmold, den 27. Mai 1936.

Der Reichsstatthalter
in Lippe und Schaumburg-Lippe
(Landesregierung Lippe)
Alfred Meyer

Detmold, den 27. Mai 1936.

Leopold Fürst zur Lippe

---

**Verordnung**
**über die vorläufige Anwendung eines deutsch-österreichischen Verrechnungsabkommens.**
**Vom 27. August 1936** *).

Auf Grund des Gesetzes über die vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten vom 4. April 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 162) wird hiermit verordnet, daß das in Berlin am 22. August 1936 unterzeichnete Abkommen über die Zahlungen im Warenverkehr zwischen dem Deutschen Reich und dem Bundesstaat Österreich (Deutsch-Österreichisches Verrechnungsabkommen) mit Wirkung vom 28. August 1936 ab vorläufig angewendet wird.

Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 27. August 1936.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
Dieckhoff

*) Veröffentlicht im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger Nr. 201 vom 29. August 1936.

Jahrhunderten durch Fronarbeit, Steuern und Abgaben der Landesbewohner geschaffen und muß deshalb jetzt auch ausschließlich zu ihrem Nutzen verwandt werden. Diese Forderung steht im Einklang mit den Bestimmungen des Domanialvertrages vom 31. Oktober 1919, in dem es in § 2 heißt: Das gesamte Domanium mit Ausnahme der in § 3 benannten Bestandteile geht mit Wirkung vom 12. November 1918 in das Eigentum des Freistaates Lippe mit der Maßgabe über, daß bei Änderung des staatsrechtlichen Bestandes des Freistaates Lippe dieses Vermögen und seine Nutzung dem den jetzigen Freistaat Lippe umfassenden Gebiet erhalten bleibt.
Der Kreistag des Kreises Detmold sieht diese Zweckbestimmung über das Vermögen am besten gewahrt, wenn es zwischen den beiden Kreisen den Landes aufgeteilt wird. Eine solche Regelung ist besonders gerechtfertigt, weil die beiden Kreise bei ihrer Gründung nicht dotiert worden sind und deshalb über kein Vermögen verfügen. Sie gehören zwar nach ihrer Einwohnerzahl zu den größten in Deutschland, sie dürften aber gleichzeitig die ärmsten sein.
Wenn für bestimmte Teile des Vermögens weiter eine gemeinsame Verwaltung erforderlich ist, so kann das den Abmachungen zwischen den beiden Kreisen vorbehalten bleiben. Der Kreistag hält eine solche Regelung für richtiger, als wenn das Vermögen selbst einem Zweckverband übertragen würde. Der Kreistag richtet an die Landesregierung das dringende Ersuchen, zeitig genug alle Schritte zu unternehmen, um die Erhaltung des Vermögens für die lippische Bevölkerung in der Form zu sichern, daß es den Kreisen übertragen wird.«

## Nr. 20

*Petri an Drake 21.11.1946: Anschlussfrage Lippes.*
*L 80 IIb Gr. V Tit. 2 zu Nr. 16 (Handakte Dr. Petri) fol. 98*

»Zwei Möglichkeiten:
1.) Anschluss an Rheinland-Westfalen und dadurch Verbindung mit Minden-Ravenberg. Verlegung des Regierungssitzes nach Detmold. Bildung des Zweckverbandes als Zusammenfassung des früheren Domanialvermögens einschl. des evtl. später zurückfliessenden Domanialvermögens. (Freiwerden des vom Fürsten an den Militärfiskus abgetretenen Waldbesitzes, des Schlosses mit der Zweckbestimmung als Museum). Angliederung des Forstbezirks Senne zum Zwecke der Verwaltungsvereinfachung. Als Gegenbeispiel und gewissermassen als Kompensation kann angeführt werden die Abtretung von Lipperode-Cappel zwecks Verwaltungsvereinfachung und organische Eingliederung in den anschliessenden Bezirk. Einführung der Ämterverfassung ohne schematische Anpassung an die alten Amtsgemeinden. Die Ämter gliedern nach regionalen Gesichtspunkten und nach bestimmten Grössenverhältnissen. Verwaltungsmässige Verbindung mit den massgeblichen Städten des Amtsbezirks.
2.) Anschluss an Hannover:
   a) mit Minden-Ravensberg wie zu 1.)
   b) ohne Minden-Ravensberg selbständiger Regierungsbezirk, aber auch hier Bildung des Zweckverbandes, da im Zuge der Entwicklung Gefahr besteht, dass kleine Regierungsbezirke später aufgelöst werden. Der Zweckverband, gestützt auf Gesetz und Vertrag, hat feste Rechtsgrundlage und ist deshalb nicht so leicht wie ein Verwaltungsbezirk aufzuheben.«

## Nr. 21

*Petri an Drake 7.12.1946: Vermerk zur Anschlußfrage.*
*L 80 IIb Gr. V Tit. 2 zu Nr. 16 (Handakte Dr. Petri) fol. 99*

Abwägung Westfalen gegen Hannover: »Westfalen scheint zurzeit günstiger und gesicherter.« Versprechungen nur Taktik? Hannover insgesamt vorteilhafter (stammesmäßig und konfessionell,

## Nr. 17

*Schiedsspruch in der Schiedsgerichtssache zwischen Leopold IV. Fürst zur Lippe als Vertreter des vormals im Lande Lippe regierenden Fürstenhauses und dem Lande Lippe, vertreten durch den Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe (Landesregierung Lippe), 14.6.1938. (Schiedsspruch ohne Begründung)*
*L 2 Nr. 194*

In der Schiedssache zwischen Leopold IV. Fürst zur Lippe als Vertreter des vormals im Landes Lippe regierenden Fürstenhauses

Antragsteller,

und

dem Lande Lippe, vertreten durch den Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe (Landesregierung Lippe),

Antragsgegner,

erläßt auf Grund des Reichsgesetzes über die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Lande Lippe und dem im ehemaligen Fürstentum Lippe zuletzt regierenden Fürstenhause vom 27. August 1936 und des Scheidsvertrags vom 27. Mai 1936 das Schiedsgericht, bestehend aus:
dem Präsidenten des Reichsgerichts Dr. Dr. Bumke als Obmann,
dem Senatspräsidenten beim Reichsgericht, Freiherr von Richthofen,
dem Obeverwaltungsgerichtsrat Dr. Knauth,
dem Rechtsanwalt und Notar Professor Dr. Grimm,
dem Ministerialrat Erbe
folgenden
Schiedsspruch:

I. 1. Das Land Lippe zahlt:
   a) an Leopold IV. Fürst zur Lippe als Vertreter des vormals im Fürstentum Lippe regierenden Fürstenhauses 2.400 000 RM – zwei Millionen vierhunderttausend Reichsmark – und zwar 1.000.000 RM – eine Million Reichsmark – am 1. Januar 1939 und weitere je 700.000 RM – siebenhunderttausend Reichsmark – am 1. Januar 1940 und am 1. Januar 1941;
   b) an Leopold IV. Fürst zur Lippe persönlich am 1. August 1938 als Entschädigung für die Zeit vom 1. Januar 1919 ab 400.000 RM – vierhunderttausend Reichsmark –.
2. Das Land Lippe kann sich von der Pflicht, am 1. Januar 1939 den Betrag von 1.000.000 RM – einer Million Reichsmark – zu zahlen, in Höhe eines Teilbetrages von 830.600 RM – achthundertdreißigtausendsechshundert Reichsmark – dadurch befreien, daß es an Leopold IV. Fürst zur Lippe als Vertreter des vormals im Fürstentum Lippe regierenden Fürstenhauses zu diesem Zeitpunkt die Domäne Varenholz (252 ha 22 a 41 qm) lastenfrei übereignet. Darüber, ob das Land von dieser Befugnis Gebrauch machen will, hat es sich gegenüber Leopold IV. Fürst zur Lippe bis zum 1. Oktober 1938 schriftlich zu erklären. Die Grunderwerbssteuer und die Kosten der Übereignung hat das Land zu tragen.
3. Die Bestimmungen des Domanialvertrages vom 31. Oktober 1919 sind für die Parteien verbindlich, soweit sie nicht durch diesen Schiedsspruch geändert werden. Die für das Land Lippe in den §§ 13 und 16 des Vertrages vorgesehenen Rechte dürfen nicht mehr ausgeübt werden.
4. Im übrigen werden die Anträge des Antragstellers abgewiesen.

II. 1. Das Land Lippe zahlt am 1. August 1938 als Entschädigung für die Zeit vom 1. Januar 1919 ab an Julius Ernst Prinz zur Lippe, an Friedrich Wilhelm Prinz zur Lippe und an Simon Casimir Prinz zur Lippe je 90.000 RM – neunzigtausend Reichsmark –, an Bernhard Leopold Prinz der Niederlande, Prinz zur Lippe-Biesterfeld und an Ernst Aschwin Prinz zur Lippe-Biesterfeld je 45.000 RM – fünfundvierzigtausend Reichsmark –, an Carola Prinzessin zur Lippe 40.000 RM – vierzigtausend Reichsmark –.

2. Im übrigen werden die Anträge der Mitglieder des vormals im Fürstentum Lippe regierenden Fürstenhauses abgewiesen. Ansprüche, die aus der Zugehörigkeit zum vormals im Fürstentum Lippe regierenden Fürstenhause hergeleitet werden, sind ausschließlich aus dem Vermögen zu befriedigen, das Leopold IV. Fürst zur Lippe als Vertreter des Fürstenhauses zusteht.

III. Die Verpflichtungen des Landes Lippe gegenüber der Augustischen Familienstiftung in Bückeburg und gegenüber dem vormals in Schaumburg-Lippe regierenden Fürstenhause bleiben unberührt.

IV. Die Kosten des Schiedsgerichts einschließlich der Gebühren für die Tätigkeit der Schiedsrichter haben Leopold IV. Fürst zur Lippe als Vertreter des vormals im Fürstentum Lippe regierenden Fürstenhauses und das Land Lippe je zur Hälfte zu tragen.

## Nr. 18

*IHK für Lippe und Schaumburg-Lippe (Herbert Küster, Präsident, A. Hofmann, 1.Vorsitzender), Handwerkskammer für Lippe und Schaumburg-Lippe (Höcker, Vorsitzender) und Kreisbauernschaft Lippe (Gehring, Kreisbauernführer (!)) 23.4.1946: Denkschrift.*
*L 80 Ia Gr. II Tit. 1, Nr. 28, Bd. I, fol. 180 f.*

Zusammenschluß von Lippe, Schaumburg-Lippe, Grafschaft Schaumburg (Kreis Rinteln) und Lügde unter allgemeiner Orientierung nach Hannover. In der NS-Zeit wurden viele Verwaltungsaufgaben nach Münster verlagert; »Hannover hat zu allen Zeiten das grösste Verständnis für die kleinstaatlichen Belange Lippes gehabt ... Ganz anders liegen demgegenüber die Dinge mit Westfalen, das darüber hinaus auch noch zu stark mit dem Gedenken an die Nazizeit belastet ist! In diesem Zusammenhange zur weiteren Beleuchtung des gesamten Fragenkomplexes vorweg ein Wort zu der Frage des lippischen Staatsvermögens, dessen besondere Bedeutung auch unter Berücksichtigung der Folgen des verlorenen Krieges und der einschlägigen Bestimmungen der Mil.Reg. seitens der lippischen Bevölkerung und der lippischen Öffentlichkeit in keiner Weise verkannt werden kann. Die Provinz Westfalen, dess kann man nach den vielfachen Erfahrungen sicher sein, wird allergrössten Wert darauf legen, die Forsten, Domänen und die Bäder des Landes in ihre Regie und Eigentum zu bekommen. Dort herrscht im Gegensatz zu der Provinz Hannover in etwa noch der alte expansionslüsterne Preussengeist, welcher der Bevölkerung der kleinen Länder niemals irgendwelche übergrossen Konzessionen macht, vor allem dann nicht mehr, wenn ihr staatliches und politisches Aufgehen in den preussischen Staatsverband beschlossen oder gar erledigt ist.«

## Nr. 19

*Protokoll der 6. Sitzung des Kreistages Detmold am 23. August 1946 (Auszug).*
*L 80 IIb Gr. V Tit. 2 zu Nr. 16 (Handakte Dr. Petri), fol. 212 f.*

»2. Bericht des Vollzugsausschusses ... Der Kreistag nimmt nachstehende Entschließung einstimmig an.
Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die Entschließung der Lippischen Landesregierung zu unterbreiten:
»Nach den durch Rundfunk und Presse erfolgten Mitteilungen soll im Laufe der nächsten Monate eine Neugliederung der britischen Zone erfolgen. Durch die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen sind die ersten Maßnahmen auf diesem Gebiete durchgeführt.
Wenn im Zuge dieser Neugliederung die Selbständigkeit des Landes Lippe aufgehoben wird, muß Vorsorge getroffen werden, daß das Landesvermögen dem jetzigen Bereich des Landes erhalten bleibt. Das Vermögen ist in den

Jahrhunderten durch Fronarbeit, Steuern und Abgaben der Landesbewohner geschaffen und muß deshalb jetzt auch ausschließlich zu ihrem Nutzen verwandt werden. Diese Forderung steht im Einklang mit den Bestimmungen des Domanialvertrages vom 31. Oktober 1919, in dem es in § 2 heißt: Das gesamte Domanium mit Ausnahme der in § 3 benannten Bestandteile geht mit Wirkung vom 12. November 1918 in das Eigentum des Freistaates Lippe mit der Maßgabe über, daß bei Änderung des staatsrechtlichen Bestandes des Freistaates Lippe dieses Vermögen und seine Nutzung dem den jetzigen Freistaat Lippe umfassenden Gebiet erhalten bleibt.
Der Kreistag des Kreises Detmold sieht diese Zweckbestimmung über das Vermögen am besten gewahrt, wenn es zwischen den beiden Kreisen den Landes aufgeteilt wird. Eine solche Regelung ist besonders gerechtfertigt, weil die beiden Kreise bei ihrer Gründung nicht dotiert worden sind und deshalb über kein Vermögen verfügen. Sie gehören zwar nach ihrer Einwohnerzahl zu den größten in Deutschland, sie dürften aber gleichzeitig die ärmsten sein.
Wenn für bestimmte Teile des Vermögens weiter eine gemeinsame Verwaltung erforderlich ist, so kann das den Abmachungen zwischen den beiden Kreisen vorbehalten bleiben. Der Kreistag hält eine solche Regelung für richtiger, als wenn das Vermögen selbst einem Zweckverband übertragen würde. Der Kreistag richtet an die Landesregierung das dringende Ersuchen, zeitig genug alle Schritte zu unternehmen, um die Erhaltung des Vermögens für die lippische Bevölkerung in der Form zu sichern, daß es den Kreisen übertragen wird.«

## Nr. 20

*Petri an Drake 21.11.1946: Anschlussfrage Lippes.*
*L 80 IIb Gr. V Tit. 2 zu Nr. 16 (Handakte Dr. Petri) fol. 98*

»Zwei Möglichkeiten:
1.) Anschluss an Rheinland-Westfalen und dadurch Verbindung mit Minden-Ravenberg. Verlegung des Regierungssitzes nach Detmold. Bildung des Zweckverbandes als Zusammenfassung des früheren Domanialvermögens einschl. des evtl. später zurückfliessenden Domanialvermögens. (Freiwerden des vom Fürsten an den Militärfiskus abgetretenen Waldbesitzes, des Schlosses mit der Zweckbestimmung als Museum). Angliederung des Forstbezirks Senne zum Zwecke der Verwaltungsvereinfachung. Als Gegenbeispiel und gewissermassen als Kompensation kann angeführt werden die Abtretung von Lipperode-Cappel zwecks Verwaltungsvereinfachung und organische Eingliederung in den anschliessenden Bezirk. Einführung der Ämterverfassung ohne schematische Anpassung an die alten Amtsgemeinden. Die Ämter gliedern nach regionalen Gesichtspunkten und nach bestimmten Grössenverhältnissen. Verwaltungsmässige Verbindung mit den massgeblichen Städten des Amtsbezirks.
2.) Anschluss an Hannover:
   a) mit Minden-Ravensberg wie zu 1.)
   b) ohne Minden-Ravensberg selbständiger Regierungsbezirk, aber auch hier Bildung des Zweckverbandes, da im Zuge der Entwicklung Gefahr besteht, dass kleine Regierungsbezirke später aufgelöst werden. Der Zweckverband, gestützt auf Gesetz und Vertrag, hat feste Rechtsgrundlage und ist deshalb nicht so leicht wie ein Verwaltungsbezirk aufzuheben.«

## Nr. 21

*Petri an Drake 7.12.1946: Vermerk zur Anschlußfrage.*
*L 80 IIb Gr. V Tit. 2 zu Nr. 16 (Handakte Dr. Petri) fol. 99*

Abwägung Westfalen gegen Hannover: »Westfalen scheint zurzeit günstiger und gesicherter.« Versprechungen nur Taktik? Hannover insgesamt vorteilhafter (stammesmäßig und konfessionell,

Wesensart der Bevölkerung, Hannover näher als Düsseldorf, Industrie ähnlich strukturiert, Bäder werden in jedem Fall aus Westfalen und dem Rheinland besucht). »H. muß die gleichen Konzessionen wie W. machen. Dies kein Kuhhandel, lediglich Voraussetzung für eine dauernde Befriedung des lippischen Volkes nach Aufgabe der Selbständigkeit. H. ist traditions- und schollengebundener als Westfalen. Lippe wird sich hier besser einfügen, in Westfalen nur ein Anhängsel bleiben.
Dem zu bildenden Zweckverband muß eine Zweckbestimmung gegeben werden. Vorläufige Anregung:
Hebung der Bodenkultur, Weiterführung der Siedlungspolitik (Seßhaftmachung der Wanderarbeiter) Sicherung und Erneuerung des Forstbesitzes – wirtschaftlich gesehen und als Grundlage der Erholungsstätte Lippes – später unter Einführung einer weitergehenden Aufsicht über Gemeindewald und Bauernwald. Zuschuß zum Ausbau der Bäder und ihre Anpassung an die Gegenwartsverhältnisse. Kulturelle Zweckbestimmung fällt u. E. zweckmäßig nicht [nicht gestrichen] weg.«

## Nr. 22

*Petri 16.12.1946: Aktenvermerk zur Anschlussfrage.*
*L 80 IIb Gr. V Tit. 2 zu Nr. 16 (Handakte Dr. Petri) fol. 100 f.*

» ... Von einer Aufteilung des Vermögens pro rata rate ich ab, da wir zweckmässigerweise stur an dem Domanialvertrag bezw. Domanialgesetz festhalten sollten. ... Ich glaube nicht, dass wir zum Ziel kommen, wenn wir Lippe zu einem einheitlichen Kreis machen. Auch die Bildung eines Regierungsbezirks, der nur Verwaltungsbezirk ist, würde nicht ausreichen. Der Zweckverband müsste m. E. einen ähnlichen Charakter haben wie ein Provinzialverband.« Vorbild Schaumburg-Lippe. »Der Zweckverband muss entsprechend dem Domanialvertrag das Landesvermögen für Lippe sichern. Es müssen einbezogen werden: Domänen, Forsten, sonstiger staatlicher Grundbesitz, Landkrankenhaus, Museum, Archiv, Hermannsstiftung, Damenstifter, Beteiligung an der Wesertal GmbH, Theater, evtl. auch die Ansprüche, die der Staat aufgrund des früher einmal vorhandenen Charakters irgendeines Vermögensstückes als Domanialteil wird stellen können. Das Zweckverbandsvermögen muss getrennt werden von dem sonstigen Landesvermögen, welches kraft Hoheitsgewalt verwaltet werden wird.
Der Zweckverband muss eine selbständige juristische Persönlichkeit sein und zwar evtl. als Stiftung ausgestaltet werden unter Leitung einer eigenen Behörde. Der Stiftungszweck muss festgelegt werden. Die Aufsicht über den Zweckverband führt der Ministerpräsident. ... Die Substanz des Domaniums ist nach Möglichkeit zu erhalten. Soweit Abgabe an Bauland erfolgt, ist Neuerwerb von Grundstücken anzustreben.«

## Nr. 23

*Die »Punktationen« – Richtlinien für die Aufnahme des Landes Lippe in das Gebiet des Landes Nordrhein-Westfalen (Ausfertigung).*
*L 80 Ia II 1, Nr. 28, Sonderakten Nr. 2*

»Richtlinien für die Aufnahme des Landes Lippe in das Gebiet des Landes Nordrhein-Westfalen. (Vereinbart zwischen Ministerpräsident Dr. Amelunxen und Landespräsident Drake. Bestätigt sowohl von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen wie von der Lippischen Landesregierung.)

1. Von Seiten des Landes Nordrhein-Westfalen wird bei der Übernahme und Eingliederung des Landes Lippe in jeder Hinsicht grosszügig und entgegenkommend verfahren werden. Auf die 800-jährige Geschichte des Landes Lippe, seine geschlossene Verwaltungseinheit soll im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen jede erdenkliche Rücksicht genommen werden.

2. Die Landeshoheit geht, sobald die Landeshoheit von der Militärregierung auf deutsche Stellen übertragen wird, auf das Land Nordrhein-Westfalen über.
3. Lippe wird Teil des Regierungsbezirks Ost-Westfalen.
4. Als Sitz der Verwaltung dieses Regierungsbezirks wird Detmold in Aussicht genommen.
5. Vor der Berufung des Regierungspräsidenten für den neuen, Lippe einschliessenden Regierungsbezirk wird die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auch Verhandlungen mit den Exponenten des Volkswillens in Lippe führen.
6. Lippe erhält zur Durchführung der ihm verbleibenden Aufgaben der Selbstverwaltung, zur Erhaltung von Landeseinrichtungen usw. das Recht zur Bildung eines Zweckverbandes oder einer ähnlichen, diesem Zwecke dienenden Verwaltungsform. Ihm werden hierfür alle möglichen Erleichterungen gewährt. Soweit der lippische Zweckverband zur Durchführung seiner Aufgaben im Rahmen des allgemeinen Rechts besonderer Ermächtigungen bedarf, werden sie ihm durch das Land Nordrhein-Westfalen erteilt.
7. Die kulturellen und sozialen Einrichtungen des Landes – Landestheater, Musikakademie, Landesbibliothek, Landesmuseum, Archiv, soziale Anstalten usw. – bleiben erhalten und werden gefördert.
8. Das Landesvermögen (einschliesslich das der Stiftungen) verbleibt dem lippischen Gebiet, soweit nicht in Einzelheiten auf Grund gleichartiger geschichtlicher Vorgänge und in Rücksicht auf die allgemeine Übernahme der Landeshoheit besondere Vereinbarungen sachlich geboten sind. Es besteht Übereinstimmung, dass Festlegungen nach Prüfung durch einen beiderseits paritätisch zu besetzenden Ausschuss durch Vereinbarungen erfolgen sollen.
9. Auf kulturpolitischem Gebiete werden die bisherige Entwicklung, der jetzige Zustand und der Wille der lippischen Bevölkerung Berücksichtigung finden. Die lippische Gemeinschaftsschule bleibt im Rahmen der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen erhalten. Das Land Nordrhein-Westfalen sichert zu, dass die in Lippe bestehenden Lehranstalten nach Möglichkeit gefördert werden sollen.
10. Lippe wird keinerlei Benachteiligungen erfahren in der Teilnahme an allen Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen, die dem allgemeinen Wohl der Bevölkerung dienen. Es wird ihm gleichmässige Behandlung zugesichert.
11. Bei der Übernahme der Landesbeamten wird entgegenkommend verfahren werden.
12. Für den Fall der Übernahme des lippischen Stromversorgungsnetzes des Elektrizitätswerks Wesertal GmbH. in Hameln – Ablauf des Konzessions- und Lieferungsvertrages am 1. Januar 1950 – wird Lippe, wenn nötig, die Hilfe des Landes Nordrhein-Westfalen nach Möglichkeit gewährt. Das gleiche gilt für den Ausbau der Ferngasversorgung.
13. Bei der Übernahme und in der ferneren Behandlung als Teil des Landes Nordrhein-Westfalen sollen Lippe gegenüber dieselben Grundsätze gelten, die entsprechend den Ausführungen des Vertreters der Kontrollkommission, General Robertson, das Land Niedersachsen gegenüber den in ihm aufgehenden Ländern Oldenburg und Braunschweig anwendet, vorausgesetzt, dass dadurch nicht Grundsätze der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen beeinträchtigt werden.
14. Das Land Lippe wird in allen Teilen als Erholungsgebiet des rheinisch-westfälischen Industriereviers angesehen und geniesst die sich daraus ergebende Förderung. Das gleiche gilt für die Bäder des Landes (Salzuflen, Meinberg).
15. Nordrhein-Westfalen erkennt in den Resten der lippischen Wanderarbeiter eine unsoziale Erscheinung. Es wird dazu beitragen, dass die Wanderarbeiter sesshaft werden. Lippe wird Vorschläge einreichen.
16. Für die Regelung der lippischen Angelegenheiten wie für besondere Aufgaben, nament-

lich wirtschaftlicher Art, im Ostgebiet des Landes Nordrhein-Westfalen, wird in Aussicht genommen, als Vertrauensmann des Ministeriums einen Kommissar zu bestellen, und zwar in Person des Landespräsidenten Drake, falls dieser zur Übernahme einer solchen Stellung bereit ist. Von der Bestellung eines Kommissars wird Abstand genommen, wenn nach Ansicht des Landtags oder des vorgesehenen Zweckverbandes die fraglichen Aufgaben dem Regierungspräsidenten übertragen werden können.

Die obigen Vereinbarungen sind durch folgende Zusätze ergänzt worden:

A. Land Lippe und Regierungsbezirk Minden werden als ein Regierungsbezirk verwaltet werden. Während der Zeit dieser vorläufigen Regelung – Entscheidung des Kontrollrats gemäss Schreiben des Regional Commissioners an Ministerpräsident Dr. Amelunxen – bleiben die kulturellen und religiösen Verhältnisse des Landes Lippe gewahrt. Es wird nichts geschehen, was der endgültigen Regelung Abbruch tun könnte. Die kulturellen Interessen des Landes Lippe werden besonders pfleglich behandelt und tatkräftig gefördert werden. Die Besonderheiten im Schulwesen werden beachtet.

B. Sobald die in Aussicht gestellte Verordnung des Kontrollrats erlassen ist, werden die einzelnen Punkte der Vereinbarungen festgelegt werden.

C. Entsprechend den gegenwärtigen Verhältnissen zwischen Einwohner- und Abgeordnetenzahlen in Nordrhein-Westfalen werden 4 lippische Vertreter in den ernannten Landtag Nordrhein-Westfalens eintreten. Vorschläge werden der Militärregierung unterbreitet.

Drake
Landespräsident«

(Ein von Amelunxen am 5.1.1947 unterzeichnetes Exemplar der »Punktationen«, das allerdings die erst in der Zwischenzeit hinzugekommenen Zusatzartikel A, B und C nicht enthält, befindet sich in demselben Aktenband.)

## Nr. 24

*Militärregierung Deutschland, Britisches Kontrollgebiet: Verordnung Nr. 77.*
*Lippische Gesetz-Sammlung 1947, Nr. 3, S. 36*

Militärregierung – Deutschland
Britisches Kontrollgebiet.

Verordnung Nr. 77
Land Lippe

Um die Neugliederung der Länder in der britischen Besatzungszone zu fördern und unbeschadet einer Neugliederung, die hiernach in Verfolg eines innerhalb von fünf Jahren nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung abzuhaltenden Volksentscheides angeordnet werden kann, wird hiermit folgendes verordnet:

Artikel I
Mit Inkrafttreten dieser Verordnung verliert das Land Lippe seine Selbständigkeit als Land und wird Teil des Landes Nordrhein-Westfalen.

Artikel II
Vorbehaltlich der Bestimmungen einer gemäß Artikel III dieser Verordnung auszuübenden Gesetzgebung, ist das Land Nordrhein-Westfalen als Rechtsnachfolger des Landes Lippe anzusehen.

Artikel III
Die Gesetzgebung über diejenigen Aenderungen der Verfassung, der Amtsbezeichnungen, der Verwaltung, der Finanzen und auf sonstigen Gebieten, welche zur Ausführung dieser Verordnung erforderlich oder angebracht sind, wird von der Militärregierung oder mit ihrer Zustimmung von der gesetzgebenden Körperschaft des Landes Nordrhein-Westfalen ausgeübt.

Artikel IV
Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Verordnung oder einer nach ihr auszuübenden Gesetzgebung, berührt der Verlust seiner Selbständigkeit durch das Land Lippe nicht:

a) die Befugnisse, Aufgaben, Pflichten, Rechte, Verbindlichkeiten sowie die Haftung der dortigen Regierungs-, Verwaltungs- und sonstigen öffentlichen Behörden, Beamten und Angestellten,
b) die Gültigkeit der Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Bestimmungen und sonstigen Vorschriften, die dort in Kraft sind.

Artikel V
Diese Verordnung ist als am 21. Januar 1947 in Kraft getreten anzusehen.

Im Auftrage der Militärregierung

## Nr. 25

*Drake an McGregor 14.2.1947: Unterrichtung über die Aufgaben eines Zweckverbandes (Auszug).*
*LV 1010/01 Bd. 1*

a) gesetzl.Grundlagen,
b) Lippischer Forstzweckverband als bisher einziger Zweckverband in Lippe,
»c) Nach der Aufgabe der staatlichen Selbständigkeit des Lippischen Landes entsteht die Frage, wie die bisher vom Lande und auf Landesstufe verwalteten wirtschaftlichen Angelegenheiten und Kultureinrichtungen am besten verwaltet werden sollen. Es handelt sich da um Vermögensstücke wie Forsten, Domänen, Bäder, um Kultureinrichtungen wie Theater, Musikakademie usw., wirtschaftliche Beteiligungen wie Elektrizitätswerk usw. Das kann am besten in der Rechtsform eines Zweckverbandes geschehen.
Diese Aufgaben auf die beiden Kreise zu verteilen, würde nicht zweckmässig sein und auch nicht gerecht, weil es sich zu einem grossen Teil um gemeinschaftliche Aufgaben handelt wie z. B. beim Landestheater, bei der Landesbibliothek; die Vermögensstücke und wirtschaftlichen Beteiligungen lassen sich ebenfalls nicht einfach aufteilen, sondern müssen gemeinschaftlich verwaltet werden. Zur Beseitigung von Unzweckmässigkeiten, Ungerechtigkeiten und im Interesse einer sparsamen Verwaltung ist es daher geboten, alle diese Aufgaben einem Zweckverbande zuzuweisen.
d) Ähnliche Vorgänge haben wir auch in vielen anderen Teilen des deutschen Reichs erfolgreich gehabt. So darf ich darauf hinweisen, dass seinerzeit für das frühere Land Waldeck ein solcher Zweckverband gebildet ist, der noch heute besteht und durch den in bester Weise die gemeinschaftlichen Interessen der dortigen Kreise auf wirtschaftlichem und kulterellem Gebiete gewahrt werden.
Ebenso ist seinerzeit für das Land Schaumburg-Lippe die Bildung eines solchen Zweckverbandes vorgesehen gewesen, als es sich im Jahre 1926 und 1930 darum handelte, das Land Schaumburg-Lippe in den preußischen Staatsverband überzuführen. Heute würde allerdings dort eine solche Rechtsform sinnlos sein, weil dies Land später nur aus einem Kreise bestehen wird.«

## Nr. 26

*Niederschrift über die Besprechung am 24. Mai 1947 wegen der Bildung eines Zweckverbandes für das Vermögen des früheren Landes Lippe.*
*L 80 IIb Gr. V Tit. 2 zu Nr. 16 (Handakte Dr. Petri) fol. 136 ff. Auch in LV 1010/01 Bd. 1 fol. 46 a-c*

»Niederschrift über die Besprechung am 24. Mai 1947 wegen der Bildung eines Zweckverbandes für das Vermögen des früheren Landes Lippe.
Anwesend: Regierungspräsident Drake, Landesräte Dr. Bonwetsch und Nagel, Regierungsdirektor Dr. Schöne, Oberregierungsrat Dr. Petri, Landräte Johanning und Feldmann, Bürgermeister Priester in Detmold, Kreistagsabgeord-

neter Mellies, Parteisekretär Berlin, Regierungsamtmann Bollhöfer.

I. Nach einleitenden Ausführungen des Regierungspräsidenten trug Oberregierungsrat Dr. Petri seine Gedanken über die mit der Bildung eines Zweckverbandes im Zusammenhange stehenden Fragen vor:

1.) Grundlage für die Überführung des Landesvermögens seien der Domanialvertrag und das Domanialgesetz.
In den Zweckverband seien zu überführen: Domänen, Forsten, Landestheater, Bäder Salzuflen und Meinberg, Miethäuser – m. a. W. der gesamte frühere Domanialbesitz; ausserdem die Stiftungen (Hermannsdenkmalstiftung, Externsteine-Stiftung und verschiedene andere Stiftungen). Dagegen nicht: Landeskrankenhaus, Gymnasien, Lindenhaus und staatl. Verwaltungsgebäude. Grundsätzlich müssten auch die Beteiligungen des Landes überführt werden, m. a. W. das gesamte Finanzvermögen des Landes.
Landesbrandversicherungsanstalt und Wohnungskreditanstalt würden dem Zweckverbande anzulehnen sein. Festzulegen sei auch, dass u. a. später etwa freiwerdende Ländereien des Truppenübungsplatzes Senne in den Zweckverband zu überführen seien. Streitig sei, ob auch die Landesbibliothek, Landesarchiv und Museum in den Zweckverband zu überführen seien.

2.) Für die Bildung des Zweckverbandes sei die Rechtsform der Stiftung zweckmässig. Aufbau des Verbandes: Verbandsversammlung und Verbandsvorsteher – Bezeichnung des Verbandes: Lippischer Landesverband oder dergl.

II. Regierungspräsident Drake warf die Frage auf, ob der Kreis der zu weiteren Verhandlungen hinzuzuziehenden Berater erweitert werden solle. Während Landrat Johanning die Hinzuziehung der Fraktionsführer der Parteien in beiden Kreistagen für angebracht hielt, vertrat Landrat Feldmann den Standpunkt, dass bei den nächsten Beratungen der jetzige Kreis ausreiche, später aber auch die Hinzuziehung der beiden Oberkreisdirektoren zweckmässig sei. Da die politischen Parteien zu den Beratungen hinzugezogen würden, sei die besondere Hinzuziehung der Fraktionsvorsitzenden der Parteien der beiden Kreistage nicht erforderlich.

2.) Der Regierungspräsident stellte sodann die Frage, ob die Bildung eines Zweckverbandes von den Anwesenden für zweckmässig gehalten würde, wobei die Frage, ob es zweckmässig sei, auch die beiden Bäder in den Verband zu überführen, zu überlegen sei. Die aufzunehmenden Vermögensobjekte müssten genau festgelegt werden.

Aus der Aussprache über diesen Punkt ist festzuhalten:

a) Mellies vertrat grundsätzlich den Standpunkt, dass es zweckmässig sei, für das bisherige Land Lippe nur einen Kreis zu bilden und das bisherige Landesvermögen dann diesem Kreise zuzuführen, wodurch sich die Bildung eines besonderen Zweckverbandes erübrigen würde. Da seine Ansicht aber wohl nicht die überwiegende Zustimmung finden würde, werde sich die Bildung eines Zweckverbandes wohl nicht umgehen lassen.
An die Kreise – nicht an den Zweckverband – müssten abgetreten werden:
Die beiden Landratsamtsgebäude in Detmold und Brake i. L.
Anteile von Wesertal und Extertalbahn AG
Vermögen der Wohnungskreditanstalt, das in anderen Ländern s. Zt. den Kreisen übertragen wurde.
Die Domänen und Forsten, Landestheater müssten in den Verband übergeführt werden.
Es sei zu prüfen, ob es angebracht sei, das Museum an ein benachbartes Museum (z. B. Münster) anzulehnen.
Die Volksbibliothek müsste jedoch bei den Gemeinden verbleiben.
Bezüglich der Bäder vertrat Mellies die Ansicht, dass die bessere Entwicklung der Bäder durch Übernahme auf das Land Nordrhein-Westfalen gesichert sei. Düsseldorf

müsse zunächst der Entwurf eines Rahmengesetzes vorgelegt werden. Die Wahl des Verbandsvorstandes müsse durch Kreistage erfolgen.

b) Landesrat Dr. Bonwetsch ist gegen die Zusammenlegung der beiden Kreise Detmold und Lemgo zu einem Kreise, da dieser eine Kreis viel zu groß sein würde. In den Zweckverband müssten nach seiner Ansicht u. a. möglichst alle kulturellen Einrichtungen des früheren Landes Lippe übergeführt werden. Archiv und Landesbibliothek müßten, da diese Einrichtungen in erster Linie von der hiesigen Bevölkerung benutzt würden, in Detmold bleiben.

c) Der Regierungspräsident äusserte ebenfalls erhebliche Bedenken gegen die Überführung z. B. des Museums nach Münster, da die weitere Entwicklung der Verhältnisse noch ungewiss sei. Auch nach Ansicht des Regierungspräsidenten ist die Zusammenlegung der beiden Kreise Detmold und Lemgo nicht zweckmässig, da dadurch ein viel zu grosses Gebilde geschaffen würde.
Nach dem Wortlaut der Verordnung Nr. 77 des Kontrollrats sei über das Vermögen des bisherigen Landes Lippe noch nicht verfügt worden.
Es sei zu prüfen, ob es zweckmässig sei, die Bäder in die Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen zu überführen. Gegebenenfalls sei zu überlegen, ob die Bildung einer Aktiengesellschaft zweckmässig sei.

d) Oberregierungsrat Dr. Petri hob hervor, dass die Landesregierung Nordrhein-Westfalen nach seiner Ansicht nicht die Zustimmung zur Übertragung des nicht unerheblichen Landesvermögens auf einen für das bisherige Land Lippe zu bildenden Kreis erteilen würde. Dieser Kreis würde dadurch zu sehr aus der Struktur der gesamten übrigen Kreise des Landes hervorgehoben.
Die Bäder könnten seiner Ansicht nach von dem Verbande getragen werden, wenn für einen etwaigen aussergewöhnlichen Ausbau, der vorläufig nicht zu erwarten sei, Mittel des Landes zur Verfügung gestellt würden.

e) Landrat Feldmann sprach sich für die Bildung eines Zweckverbandes aus und hielt die Bildung nur eines Kreises nicht für zweckmässig. Gewisse Vermögensteile des Landes (s. Ausführungen von Mellies) müßten unmittelbar den Kreisen zugewiesen werden.

3) Regierungspräsident Drake stellte abschliessend fest, dass die Anwesenden der Bildung eines Zweckverbandes grundsätzlich zustimmen, dass ein entsprechender Entwurf ausgearbeitet und den Anwesenden vor der nächsten Besprechung zugeleitet werden solle. Gewisse Vermögensteile des Landes müssten unmittelbar den Kreisen zufliessen. Die Frage Wesertal würde in einiger Zeit geklärt sein. [Randvermerk Drake:] Es empfiehlt sich nunmehr, einen Entwurf zu skizzieren und ihn vorzulegen. Wiedervorlage nach 3 Wochen. 2. 6 47.«

## Nr. 27

*Petri an Drake: Stellung der kulturellen Einrichtungen im Zweckverband 7.7.1947.*
*LV 1010/01 Bd. I fol. 93*

» ... Es ist meines Erachtens eine falsche Einstellung, dass die Einrichtungen, die zum Zweckverband gelegt werden, Gefahr laufen, zu toten Gebilden zu werden. Der Zweckverband wird vielmehr die Aufgabe haben, unter Wahrung der alten Tradition in lebendigster Verbindung mit der Gegenwart sich allen Zukunftsaufgaben weitgehendst zu widmen. Für ein Hineinwachsen in erweiterte Arbeitsgebiete würde also keine Schranke bestehen. Ich möchte auch annehmen, dass sie bis dahin nicht bestanden hat. Man kann sich jedoch des Eindrucks nicht erwehren, als ob man sich als Lippisches Landesmuseum bis dahin stark eingeengt gefühlt hat und als ob eine Entwicklungsmöglichkeit nur in dem grösseren Rahmen des Landes Nordrhein-Westfalen erblickt werden könnte. Das ist schade und kann zu Enttäuschungen führen. An

massgeblichen Stellen ausserhalb Lippes steht man teilweise auf anderem Standpunkt. So hat der Landeshauptmann in Westfalen in einem kürzlichen Schreiben wegen Eingliederung in den Provinzialverband sich dahin geäussert, dass das Landestheater, die Landesbibliothek und das Landesmuseum wohl zum Zweckverband zu legen wären, da dieser als der geeignetste Träger für die bisherigen kulturellen Einrichtungen des Landes angesehen werden könnte. Es unterliegt keinem Zweifel, dass sämtliche Haushaltspläne demnächst eine ganz erhebliche Zusammenschrumpfung erleiden werden, sobald die Währungsreform durchgeführt ist. Auf diesen Gesichtspunkt wies der Vertreter des Kultusministeriums, Ministerialrat Dr. Busley, anlässlich der Tagung der Museen noch besonders hin. Zum mindesten ist eine wesentliche Ausweitung in räumlicher und personeller Hinsicht problematisch. Bei einer Aufnahme des Museums in den Zweckverband würden die Staatsaufgaben des Landes in einem festzulegenden Rahmen als Auftragsangelegenheit unter Gewährung eines entsprechenden Zuschusses auf das Museum übertragen werden können. Aufgabe der verantwortlichen Männer wird es sein, auch in dem bescheidenen Rahmen, in dem zu wirken wir gezwungen sind, kulturelles Niveau nicht sinken zu lassen, sondern es trotz allem hinüberzuretten in eine bessere Zeit. – Wohl dem, der nicht nur Retter, sondern auch Mehrer sein darf.!«
Randvermerk Drake: Einverstanden. 18.7.1947

## Nr. 28

*Petri: Aktenvermerk zur Wertung von Gegenvorschlägen zu seinen Entwürfen 28.11.1947.*
*LV 1010/01 Bd. II fol. 9*

»Mit Herrn Regierungspräsident Drake ist über die einzelnen Vorschläge der Kommissionsmitglieder über den Landesverband gesprochen worden. Ich habe dahingehend Stellung genommen, daß über die einzelnen Vermögensobjekte in dem Vertrag keinerlei Bestimmung aufgenommen werden konnte, sondern daß hierüber in den Einzelbesprechungen mit dem Herrn Ministerialdirigenten Dr. Vogels verhandelt werden müßte. Die Wohnungskreditanstalt müsse unter allen Umständen erhalten bleiben. Vor einer evtl. Auflösung müsse auch der Wiederaufbauminister gehört werden. Es ließe sich selbstverständlich darüber sprechen, ob das Vermögen der Wohnungskreditanstalt den Kreisen zugewiesen werden sollte. Bei den Beteiligungen stehe wohl bereits fest, daß der Anteil an Wesertal auf beide Kreise aufgeteilt werden sollte. Die Beteiligung an der WFG müsse unter allen Umständen zum mindesten vorläufig beim Landesverband bleiben, bis über den allgemeinen Ausbau in Lippe Klarheit bestehe. Eine zu starke Aushöhlung des Landesverbandes sei abzulehnen, da die kulturellen Interessen, die der Landesverband zu wahren habe, niemals erfüllt werden könnten, wenn nicht eine genügende materielle Grundlage vorhanden wäre. Im übrigen haben sich bereits auch die verschiedensten Gemeinden gemeldet, die auch »erben« möchten. Der Regierungspräsident gab den Auftrag, die Entwürfe entsprechend abzusetzen. Er selbst wolle sich vorläufig zurückhalten, würde dann die Entwürfe mit einigen eigenen Notizen nach Düsseldorf weitergeben. Meinem Gedanken, daß der Landesverband möglichst geschlossen den alten Domanialbesitz übernehmen müsse, stimmte der Regierungspräsident grundsätzlich zu, betonte jedoch, daß gewisse Objekte den Kreisen unbedingt zugewiesen werden müßten. Bezüglich der Konstruktion des Landesverbandes habe ich an der selbständigen öffentlich-rechtlichen Körperschaft festgehalten und den Gemeindezweckverband aus den verschiedenen bereits öfter entwickelten Gesichtspunkten heraus abgelehnt.«

## Nr. 29

*Entwurf für ein Gesetz zur Bildung des Lippischen Landesverbandes 4.12.1947.*
*LV 1010/01 Bd. II fol. 12*

»Gesetz zur Bildung des Lippischen Landesverbandes.

1. Aus dem Vermögen des früheren Landes Lippe werden die in der Anlage 1 aufgeführten Vermögensstücke, Guthaben und Rechte ausgesondert und dem zu errichtenden Lippischen Landesverband zu Eigentum und zur Verwaltung steuer- und gebührenfrei übertragen.
   Des weiteren wird dem Verband die Verwaltung und Aufsicht der in der Anlage 2 aufgeführten Anstalten, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Stiftungen in dem Umfange zugewiesen, in welchem sie früher der Lippischen Landesregierung zustanden.
   Mit der Errichtung des Landesverbandes gelten die in der Anlage 1 aufgeführten Vermögensstücke, Guthaben und Rechte als auf den Landesverband kraft Gesetzes übergegangen.
   Der Landesverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat den Charakter einer milden Stiftung (Gegenvorschlag: Gemeindezweckverband). Er ist berechtigt, das frühere lippische Landeswappen als Dienstsiegel zu führen.
   Die Landesregierung wird ermächtigt, die Verfassung des Verbandes unter Beachtung der nachfolgenden Ziffern 2 bis 12 zu regeln.
2. Aufgabe des Verbandes ist es, außer der Deckung seiner eigenen Verwaltungskosten und der Bildung der erforderlichen Rücklagen die kulturellen Belange und die Wohlfahrt der Bewohner im Bezirk des früheren Landes Lippe im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zu fördern.
3. Die Aufsicht über den Verband führt der Ministerpräsident.
4. Der Verband stellt jährlich einen Haushaltsplan auf, der dem Landtage zur Kenntnis vorzulegen ist.
5. Die Beamten des Verbandes haben die Rechte und Pflichten der vergleichbaren Landesbeamten. Ihre Besoldung richtet sich nach Landesrecht. Die Angestellten und Arbeiter sind den Angestellten und Arbeitern der Landesregierung gleichzustellen.
6. Der Verband kann Satzungen über Gebühren und Beiträge erlassen.
7. Der Verband kann für die Ausübung der ihm obliegenden Verwaltungsaufgaben die Hilfe der Gemeindeverwaltungen des Verbandsbezirks in Anspruch nehmen und den Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Erledigung örtlicher Angelegenheiten als Auftragsangelegenheiten übertragen.
8. In Abänderung des Gesetzes vom 16.4.1924 betreffend die Lippische Landesbrandversicherungsanstalt (Landesverordnung Band 28 Seite 577 folgende) wird die Lippische Landesbrandversicherungsanstalt dem Lippischen Landesverband angegliedert. Danach gehen die Rechte und Verpflichtungen, die bisher dem Lande Lippe zustanden oder von ihm getragen wurden, auf den Landesverband über.
9. Das Land Nordrhein-Westfalen verpflichtet sich, Grundstücke, die ihm nach der Errichtung des Verbandes aus dem früheren Domanialvermögen des Landes Lippe gesetzlich unmittelbar zufallen oder die es bevorzugt zu erwerben in der Lage ist, auf den Landesverband zu übertragen. Das gleiche gilt bezüglich des etwa nach dem Bodenreformgesetz zu enteignenden Teils des fürstlichen Forstbesitzes.
10. Für einen etwa notwendigen Ausbau der Bäder Salzuflen und Meinberg stellt das Land die notwendigen Mittel als zinsloses Darlehen dem Verbande zur Verfügung, soweit die Kosten nicht aus den Einnahmen oder Rücklagen des Verbandes gedeckt werden können.
11. Der Verband kann durch die Aufsichtsbehörde aufgelöst werden, wenn sein Zweck unmög-

lich geworden ist oder das Gemeinwohl gefährdet. Im Falle der Auflösung des Verbandes fällt das Vermögen an das Land Nordrhein-Westfalen. Die Beamten des Verbandes sind in diesem Falle von dem Lande in entsprechender Stellung mit dem gleichen Gehalt zu übernehmen, in gleicher Weise die Ruhegehälter. Das übrigbleibende Vermögen muß zum Besten des früheren Landes Lippe verwandt werden.

12. Die erforderlichen Ausführungs- und Durchführungsbestimmungen erläßt die Landesregierung.«

## Nr. 30

*Entwurf für die Verfassung des Landesverbandes 4.12.1947.*
*LV 1010/01 Bd. II fol. 13*

»Verfassung des Landesverbandes.

1. Zur Verwaltung des durch Landesgesetz vom ... ausgesonderten Vermögens des früheren Landes Lippe wird unter der Bezeichnung ›Lippischer Landesverband, Detmold‹ eine öffentlich-rechtliche Körperschaft für den Bezirk des früheren Landes Lippe errichtet. Der Verband hat den Charakter einer milden Stiftung (Gegenvorschlag: Gemeindezweckverband). Der Verband hat seinen Sitz in Detmold.
2. Die Verwaltung des Verbandes erfolgt durch seine Organe 1. Verbandsversammlung, 2. Verbandsvorsteher. In der Satzung können weitere Organe vorgesehen werden.
3. Die Verbandsversammlung besteht aus dem Verbandsvorsteher oder seinem Stellvertreter als Vorsitzenden und aus je 4 Vertretern der beiden Kreise Detmold und Lemgo, welche auf 4 Jahre durch die Kreistage nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Der Verbandsvorsteher ist als Beamter der Landesregierung hauptamtlich anzustellen.
4. Die Beschlußfassung über alle Verbandsangelegenheiten, die nicht durch Satzung einem anderen Organ übertragen worden sind, liegt der Verbandsversammlung ob.
5. Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel ihrer Mitglieder anwesend sind. Die Beschlußfassung der Verbandsversammlung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Verbandsvorstehers den Ausschlag.
6. Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte des Landesverbandes. Er hat die Beschlüsse der Verbandsversammlung und etwaiger anderer Organe vorzubereiten und auszuführen. Er vertritt den Landesverband nach außen. Zur rechtsgeschäftlichen Verpflichtung des Verbandes über Grundstücke sowie zur Ausstellung von Vollmachten ist die Aufnahme einer Urkunde erforderlich, die vom Verbandsvorsteher und einem weiteren Mitglied der Verbandsversammlung unterzeichnet werden muß.
7. Die Beamten unterstehen in disziplinarer Hinsicht dem Vorsteher des Verbandes als ihrem Dienstvorgesetzten. Als Disziplinargerichte sind die für die Landesbeamten des Regierungsbezirks Detmold eingesetzten Disziplinargerichte zuständig.
8. Zur Sicherstellung der Beamten ist ein besonderer Pensionsfonds zu bilden.
9. Der Landesverband verwaltet sein Vermögen nach den für die Verwaltung des Landesvermögens maßgeblichen Bestimmungen. Er stellt einen eigenen Haushaltsplan auf, der durch die Aufsichtsbehörde zu genehmigen ist. Innerhalb des Haushaltsplans handelt der Landesverband selbständig. Jede Überschreitung des Haushaltsplans bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, desgleichen auch die Verwendung der sich aus dem Jahresabschluß ergebenden Überschüsse.
10. Die Kassenführung erfolgt durch die Regierungshauptkasse. Die Gefälle sind beitreibbar im Verwaltungszwangsverfahren.
11. Für bauliche Angelegenheiten kann der

Verband das Staatliche Hochbauamt in Detmold in Anspruch nehmen.
12. Der Landesverband ist berechtigt, innerhalb der ihm übertragenen Zuständigkeiten durch Satzung seine Rechtsverhältnisse insoweit zu ordnen, als nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.
13. Die Aufsicht über den Verband führt der Ministerpräsident, der seine Aufsichtsbefugnisse auf den Regierungspräsidenten in Detmold ganz oder teilweise übertragen kann.
14. Der Verband hat über Fragen grundsätzlicher oder besonderer politischer Bedeutung der Aufsichtsbehörde zu berichten.
15. Die Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist erforderlich bei 1. Erwerb und Veräußerung von Grundstücken im Werte von über 10.000,- RM, 2. Aufnahmen von Darlehen außerhalb eines laufenden Kassenkredits, 3. Belastung von Grundeigentum, Übernahme einer fremden Verbindlichkeit.«

## Nr. 31

*Drake an Ministerpräsident Arnold 10.6.1948: Einladung an das Kabinett nach Lippe zur Beschlußfassung über die Lippe-Gesetze.*
*NW 263-4*

»Wie mir von dem Herrn Innenminister mitgeteilt wird, sind dem Kabinett die Gesetze über den Anschluss des Landes Lippe an Nordrhein-Westfalen und die Bildung des Landesverbandes Lippe pp. zugeleitet worden. Ich darf annehmen, dass sich das Kabinett demnächst damit befassen wird, und ich beehre mich, Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, und die Herren Minister zu bitten, die Sitzung, in der diese Gesetze vom Kabinett verabschiedet werden sollen, inmitten des früheren Landes Lippe abzuhalten. Ein geeigneter Sitzungsraum würde im Schloß zu Brake b. Lemgo zur Verfügung stehen und im Anschluss daran würde sich die Alte Hansestadt Lemgo sehr freuen, das Kabinett im kleinen alten Ratssaale zu Lemgo bewirten zu dürfen.
Ich würde mich freuen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich entschliessen könnten, dieser Einladung zu folgen.
Sehr begrüssen würde ich es zudem, wenn eine Möglichkeit bestände, dass Sie in Verbindung mit dieser Sitzung und im Anschluss daran an eine Versammlung von etwa 100 bis 150 namhaften Vertretern der lippischen Bevölkerung eine kurze Ansprache halten.
Ich glaube, dass diese Veranstaltung hier allerwärts einen guten Eindruck machen würde.
Darf ich Sie bitten, mir ehestens einen Bescheid über den Zeitpunkt, der für die Sitzung in Aussicht genommen werden könnte, zukommen zu lassen.«

## Nr. 32

*Gesetz über die Vereinigung des Landes Lippe mit dem Land Nordrhein-Westfalen vom 5.11.1948.*
*GVBl. NW 1949, S. 267*

Druckgenehmigung NRW/RC/3001 vom 12.9.1949.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen, das die Zustimmung des Gebietsbeauftragten erhalten hat:

Präambel.
Zum Zwecke der Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Lande Nordrhein-Westfalen und dem früheren Lande Lippe hat der Landtag im Sinne der Vereinbarungen, die zwischen den Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und von Lippe getroffen worden sind, das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1
Mit Wirkung vom 21. Januar 1947 ist das Land Lippe dem Lande Nordrhein-Westfalen zugelegt.

§ 2
Die Landeshoheitsrechte des Landes Nordrhein-

Westfalen erstrecken sich auf das bisherige Land Lippe.

§ 3
Die Landkreise Detmold und Lemgo werden als Kreise des Landes Nordrhein-Westfalen übernommen und dem Regierungsbezirk Detmold eingegliedert. Die Gemeinden Lipperode und Cappel bei Lippstadt werden bis zum 1. April 1949 aus dem Kreise Detmold ausgegliedert und dem Kreis Lippstadt als amtsfreie Gemeinden zugelegt.

§ 4
Das allgemeine Landesvermögen des Landes Lippe ist mit allen auf ihm ruhenden Lasten und Verpflichtungen auf das Land Nordrhein-Westfalen als Gesamtrechtsnachfolger übergegangen. Das in der Anlage 1 aufgeführte Domanial- und Stiftungsvermögen und die weiteren dort aufgeführten Vermögensstücke, Guthaben und Rechte gehen auf den durch Gesetz vom heutigen Tage errichteten »Landesverband Lippe« als Gesamtrechtsnachfolger über. Der Landesverband ist verpflichtet, auf die Kreise Detmold und Lemgo das in der Anlage 2 aufgeführte Vermögen zu übertragen.
Sämtlicher Übergang erfolgt gebühren- und steuerfrei. Des weiteren werden die Rechte über die in der Anlage 3 aufgeführten Anstalten, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Stiftungen dem Landesverbande in dem Umfange zugewiesen, in welchem sie früher dem Land Lippe zustanden. Das auf den Landesverband übergehende Grundvermögen ist im Sinne des Gesetzes zur Beschaffung von Siedlungsland dem Grundbesitz des Landes Nordrhein-Westfalen gleichzustellen.

§ 5
Der Landesverband trägt die auf dem von ihm übernommenen Vermögen ruhenden Lasten und Schulden, soweit sie nicht ausdrücklich von Nordrhein-Westfalen übernommen sind.

§ 6
Das Land Nordrhein-Westfalen hat an den dem Landesverband gehörigen Domänen und Forsten ein binnen 2 Monaten auszuübendes Vorkaufsrecht, wenn es sich um den Verkauf von Forsten in einer Größe von mehr als 50 ha oder von Domänen handelt.

§ 7
Der Landesverband übernimmt die bisher dem Forstgemeindezweckverband für Lippe obliegende Verwaltung der in Lippe gelegenen Gemeindeforsten nach den bisherigen Grundsätzen.

§ 8
Das Land Nordrhein-Westfalen verpflichtet sich, Grundstücke, die ihm nach der Errichtung des Verbandes aus dem früheren Domanialvermögen des Landes Lippe gesetzlich unmittelbar zufallen, oder die es bevorzugt zu erwerben in der Lage ist, auf den Landesverband zu übertragen.

§ 9
In Abänderung des Gesetzes vom 16. April 1924 über die Lippische Landesbrandversicherungsanstalt (VO. Bd. 28 S. 577 f.) wird die Lippische Landesbrandversicherungsanstalt dem Landesverband Lippe angegliedert. Danach gehen die Rechte und Verpflichtungen, die bisher dem Land Lippe zustanden oder von ihm getragen wurden, auf den Landesverband über.
Die gleiche Regelung gilt bei der Wohnungskreditanstalt (Gesetz vom 7. April 1930 betr. die Errichtung einer Lippischen Wohnungskreditanstalt, L.V.O. Bd. 31 S. 151, und Satzung der Wohnungskreditanstalt vom gleichen Tage), jedoch mit der Maßgabe, daß die Satzung der Wohnungskreditanstalt dahin abzuändern ist, daß das Vermögen der Wohnungskreditanstalt bei ihrer Auflösung an die Kreise Detmold und Lemgo fällt.

§ 10
Auf die Beamten der staatlichen Verwaltungen und Betriebe des ehemaligen Landes Lippe

finden die Bestimmungen der §§ 22 und 23 des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts vom 30. Juni 1933 (RGBl. I S. 433) Anwendung. Das Land Nordrhein-Westfalen übernimmt auch die Versorgungsbezüge der in den Ruhestand versetzten Beamten sowie ihrer Hinterbliebenen einschl. der Unterstützungen.
Die Versorgungslasten der in den Dienst des Landesverbandes Lippe übertretenden Beamten bzw. deren Hinterbliebenen sind entsprechend dem Runderlaß des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 24. September 1947 – II C 1 - 5259/47 –, betreffend Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen an den Versorgungslasten der in den Kommunaldienst übergetretenen bzw. übertretenden Landesbeamten anteilmäßig vom Lande Nordrhein-Westfalen und vom Landesverband Lippe zu tragen.

§ 11
Die im Gebiet des ehemaligen Landes Lippe geltenden Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften bleiben bis auf weiteres in Kraft. Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen wird ermächtigt, das Lippische Recht im Verordnungswege an das in Nordrhein-Westfalen geltende Recht nach Anhörung der Kreistage Detmold und Lemgo anzugleichen.

§ 12
Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen erläßt im Einvernehmen mit den zuständigen Landtagsausschüssen und Fachministern die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen im Verordnungswege.

Düsseldorf, den 5. November 1948.
Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Ministerpräsident: Arnold.
Der Innenminister: Dr. Menzel.

## Nr. 33

*Gesetz über den Landesverband Lippe vom 5.11.1948.*
*GVBl. NW. 1949, S. 269*

Druckgenehmigung NRW/RC/3001 vom 12.9.1949.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen, das die Zustimmung des Gebietsbeauftragten erhalten hat:

§ 1
Zur Verwaltung des durch das Gesetz über die Vereinigung des Landes Lippe mit dem Lande Nordrhein-Westfalen vom heutigen Tage (GV. NW. S. 267) ausgesonderten Vermögens des früheren Landes Lippe wird unter der Bezeichnung »Landesverband Lippe« eine öffentlich-rechtliche Körperschaft für den Bezirk des früheren Landes Lippe errichtet.
Der Landesverband ist berechtigt, das frühere lippische Landeswappen als Dienstsiegel zu führen. Er hat seinen Sitz in Detmold.

§ 2
Aufgabe des Landesverbandes ist es, außer der Deckung seiner eigenen Verwaltungskosten und der Bildung der erforderlichen Rücklagen die kulturellen Belange und die Wohlfahrt der Bewohner im Bezirke des früheren Landes Lippe im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zu fördern.

§ 3
Die Verwaltung des Verbandes erfolgt durch seine Organe:
1. Verbandsversammlung,
2. Verbandsvorsteher.
In der Satzung können weitere Organe vorgesehen werden.

§ 4
Die Verbandsversammlung besteht aus dem Verbandsvorsteher oder seinem Stellvertreter als Vorsitzenden und aus je 5 Vertretern der beiden

Kreise Detmold und Lemgo. Die Vertreter der Kreise werden durch die Kreistage für die Dauer ihrer Wahlzeit nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Wählbar sind alle Personen, die das passive Wahlrecht zum Kreistage Detmold bzw. Lemgo haben.
Scheidet ein Vertreter vor Ablauf seiner Wahlzeit aus, so erfolgt Ersatzwahl für den Rest der Wahlzeit.
Ausscheidende Vertreter bleiben bis zum Eintritt der neugewählten tätig. Der Verbandsvorsteher wird von der Verbandsversammlung mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde angestellt.

§ 5
Die Beschlußfassung über alle Verbandsangelegenheiten, die nicht durch Satzung einem anderen Organ übertragen worden sind, liegt der Verbandsversammlung ob.

§ 6
Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel ihrer Mitglieder anwesend sind.
Die Beschlußfassung der Verbandsversammlung erfolgt, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, mit einfacher Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

§ 7
Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte des Landesverbandes. Er hat die Beschlüsse der Verbandsversammlung und etwaiger anderer Organe vorzubereiten.
Er vertritt den Landesverband nach außen. Zur rechtsgeschäftlichen Verpflichtung des Verbandes über Grundstücke sowie zur Ausstellung von Vollmachten ist die Aufnahme einer Urkunde erforderlich, die vom Verbandsvorsteher und einem weiteren Mitglied der Verbandsversammlung unterzeichnet werden muß.

§ 8
Die Beamten des Verbandes sind hinsichtlich ihrer Besoldung, ihres Ruhegehalts, der Hinterbliebenenversorgung und der sonst beamtenrechtlichen Bestimmungen den Landesbeamten gleichzustellen. Das gleiche gilt für die Angestellten und Arbeiter des Landesverbandes. Die Beamten unterstehen in disziplinarischer Hinsicht dem Verbandsvorsteher als ihrem Dienstvorgesetzten. Als Disziplinargerichte sind die für die Landesbeamten des Regierungsbezirks Detmold eingesetzten Disziplinargerichte zuständig. Zur Sicherung der Versorgungsansprüche der Beamten ist ein besonderer Pensionsfonds zu bilden, sofern sich der Verband nicht einer bestehenden Pensionskasse anschließt.

§ 9
Der Verband stellt jährlich eine Haushaltssatzung auf, die der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde bedarf und dem Landtag zur Kenntnis vorzulegen ist. Innerhalb der Haushaltssatzung handelt der Landesverband selbständig.

§ 10
Für die Haushaltsführung, Rechnungslegung und Rechnungsprüfung des Landesverbandes gelten die Reichshaushaltsordnung, die Wirtschaftsbestimmungen für die Reichsbehörden, die Rechnungslegungsordnung für das Reich und die zur Durchführung dieser Gesetze erlassenen Bestimmungen sinngemäß.

§ 11
Der Verband kann Satzungen über Gebühren und Beiträge erlassen.

§ 12
Der Verband kann für die Ausübung der ihm obliegenden Verwaltungsaufgaben die Hilfe der Gemeindeverwaltungen des Verbandsbezirks nach Maßgabe seiner Satzung in Anspruch nehmen.

§ 13
Der Landesverband ist berechtigt, innerhalb der ihm übertragenen Zuständigkeit durch Satzung

seine Rechtsverhältnisse insoweit zu ordnen, als nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.

§ 14
Die Kassenführung erfolgt durch die Regierungshauptkasse in Detmold. Die Gefälle sind im Verwaltungszwangsverfahren beitreibbar.
Für bauliche Angelegenheiten kann der Verband das Staatshochbauamt in Detmold in Anspruch nehmen.

§ 15
Die Aufsicht über den Verband führt der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, der seine Befugnisse auf den Regierungspräsidenten in Detmold ganz oder teilweise übertragen kann. Der Verband hat über Fragen grundsätzlicher Bedeutung der Aufsichtsbehörde zu berichten.

§ 16
Die Genehmigung des Innenministers im Einvernehmen mit dem jeweilig beteiligten Fachminister ist erforderlich bei
1. Erwerb und Veräußerung von Grundstücken im Werte von über 10.000 DM,
2. Aufnahme von Darlehen außerhalb eines laufenden Kassenkredits,
3. Belastung von Grundeigentum,
4. Übernahme einer fremden Verbindlichkeit.

§ 17
Der Verband kann durch Beschluß der Verbandsversammlung mit Zweidrittelmehrheit und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde aufgelöst werden. Das nach Abwicklung der Verbandsverbindlichkeiten übrigbleibende Vermögen ist auf die Kreise Detmold und Lemgo zu übertragen.

§ 18
Die erforderlichen Ausführungs- und Durchführungsbestimmungen erläßt die Landesregierung.

Düsseldorf, den 5. November 1948.
Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Ministerpräsident: Arnold.
Der Innenminister: Dr. Menzel.

## Nr. 34

*Regional Commissioner Bishop an Ministerpräsident Arnold 12.9.1949: Übersendung der genehmigten Lippe-Gesetze.*
*NW 180-154 fol. 22*

»In der Anlage übersende ich Ihnen zwei Gesetze für das Land Lippe, die ich heute unterzeichnet habe. Es tut mir außerordentlich leid, daß die Erteilung der Genehmigung zu diesen Gesetzen eine derart große Verzögerung erfahren hat. Sie werden, wie ich weiß, verstehen, daß im Namen Seiner Königlichen Hoheit, des Prinzen Bernhard der Niederlande, Vorstellungen in Bezug auf gewisse Belange erhoben wurden, die er, wie er uns mitteilt, in Lippe hat. Prinz Bernhard entsendet morgen seinen Rechtsvertreter, Dr. Stein, nach Düsseldorf, und ich bin gebeten worden, Herrn Dr. Stein Gelegenheit zu geben, seinen Standpunkt vorzutragen, ehe irgendwelches Eigentum, auf das Prinz Bernhard Anspruch zu erheben wünscht, an den Lippe-Verband übertragen wird.
Ich beabsichtige, Herrn Dr. Stein bei seinem Eintreffen morgen eine Unterredung zu gewähren, und ich werde ihm dann empfehlen, beim Herrn Innenminister Rücksprache zu nehmen. Da mit dem Eintreffen des Herrn Dr. Stein so frühzeitig zu rechnen ist, wird er tatsächlich seinen Standpunkt dem Herrn Innenminister darlegen, ehe eine Verwaltungsmaßnahme bezüglich der Eigentumsübertragung ergriffen werden kann.
Dem Prinzen Bernhard ist bereits mitgeteilt worden, daß seine Lage völlig gesichert ist, da die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen Rechtsnachfolger des Landes Lippe und somit

aller gegen das Land Lippe gerichteten Ansprüche oder Verpflichtungen ist. Es wird zweifellos möglich sein, daß Herrn Dr. Stein vom Herrn Innenminister eine ähnliche Versicherung abgegeben wird.«

## Nr. 35

*Konstituierende Sitzung des Landesverbandes Lippe, Protokoll 19.12.1949.*
*LV 1020*

»Zu der auf heute anberaumten ersten (konstituierenden) Sitzung der Verbandsversammlung des Landesverbandes Lippe waren erschienen:

1.) Regierungspräsident Drake
2.) Oberregierungsrat Dr. Petri
3.) Landtagsabgeordneter Wendt (vom Kreise Detmold)
4.) Kreistagsabgeordneter Friedrich ( " )
5.) Bundestagsabgeordneter Mellies ( " )
6.) Kreistagsabgeordneter Pankoke ( " )
7.) Kreistagsabgeordneter Braband (vom Kreise Lemgo)
8.) Kreistagsabgeordneter Homann ( " )
9.) Landtagsabgeordneter Dr. Krekeler ( " )
10.) Landrat Feldmann (vom Kreise Lemgo)
11. Kreistagsabgeordneter Kramer (vom Kreise Lemgo)
12.) Landtagsabgeordneter Winter (vom Kreise Lemgo)
13.) Ministerialdirigent Dr. Vogels (vom Innenministerium in Düsseldorf).

Entschuldigt fehlte Landrat Dr. Johanning vom Kreise Detmold.

Regierungspräsident Drake eröffnete die Sitzung und wies auf die Dringlichkeit hin, schnellstens zur Konstituierung des Landesverbandes zu kommen. Nachdem festgestellt war, daß die Wahl des Abgeordneten Wendt zur Verbandsversammlung inzwischen durch interfraktionelle Besprechungen des Kreistages Detmold geklärt und bestätigt wurde, wurde festgestellt, daß die Voraussetzungen für die Konstituierung gegeben und auch die erforderliche Anzahl Abgeordneter für die Beschlußfähigkeit der Verbandsversammlung vorhanden war.

Landrat Feldmann brachte den Vorschlag ein, Regierungspräsident Drake zum Verbandsvorsteher und Oberregierungsrat Dr. Petri zum stellv. Verbandsvorsteher zu wählen.

Nach längeren Verhandlungen wurde einmütig diesem Vorschlage entsprochen und dazu ebenfalls einmütig folgender Beschluß gefaßt:

1.) Die Amtsdauer des Verbandsvorstehers und des stellv. Verbandsvorstehers beschränkt sich auf die jetzige Amtsdauer der Verbandsversammlung.
2.) In Personalsachen ist bei Beschlußfassung der Verbandsversammlung eine Mehrheit von 7 Stimmen erforderlich.

Die vorstehenden Beschlüsse wurden in Abwesenheit von Regierungspräsident Drake und Oberregierungsrat Dr. Petri gefaßt. Abgeordneter Wendt, der den Vorsitz übernommen hatte, übernahm es, den Regierungspräsidenten Drake von den obigen Beschlüssen in Kenntnis zu setzen und seine Zustimmung dazu formell einzuholen.

Oberregierungsrat Dr. Petri, dem die obigen Beschlüsse vom Abgeordneten Wendt eröffnet wurden, nahm seine Wahl an und dankte für das ihm ausgesprochene Vertrauen.

Ministerialdirigent Dr. Vogels erklärte sein Einverständnis als Vertreter des Innenministeriums zu obigen Beschlüssen.

Die Verbandsversammlung beauftragte die Abgeordneten Wendt, Landrat Feldmann und Dr. Krekeler, das Protokoll zu zeichnen. Gleichzeitig wurde vereinbart, das Protokoll von Herrn Ministerialdirigenten Dr. Vogels für das Innenministerium als Aufsichtsbehörde mitzeichnen zu lassen.

Vorgelesen und genehmigt:
gez. Wendt, gez. Feldmann, gez. Dr. Krekeler, gez. Vogels
Zur Beglaubigung:
gez. Haase
als Protokollführer.

Randvermerk Drake:] Herr Abg. Wendt war am 23.12.1949 bei mir und befragte mich, ob ich die Wahl zum Verbandsvorsteher annehmen wolle. Ich habe ihm gesagt, daß ich Verfahren – bei dem ich ohne Befragung wegen der Einzelheiten gewählt worden sei – nicht als richtig anerkennen könne, die Wahl aber wegen der sonst entstehenden geschäftlichen Schwierigkeiten angenommen hätte. Ein Rücktritt bleibe vorbehalten. gez. Drake 27.12.1949

Beiprotokoll zum Protokoll über die konstituierende Verbandsversammlung des Landesverbandes Lippe vom 19.12.1949.

Nach der Erklärung des Kreistagsabgeordneten Friedrich darüber, daß die Wahl des Kreistagsabgeordneten Wendt als Mitglied der Verbandsversammlung durch interfraktionelle Besprechungen erledigt und bestätigt worden sei, kam man einstimmig überein, die heutige Sitzung als konstituierende Versammlung stattfinden zu lassen.

Dr. Krekeler begrüßte diesen Beschluß und betonte, daß es wichtig sei, in der Frage der Wahl des Verbandsvorstehers volle Einigkeit zu zeigen.

Abgeordneter Wendt schlug alsdann vor, Oberregierungsrat Dr. Petri zum Verbandsvorsteher zu wählen (Oberregierungsrat Dr. Petri verließ nach diesem Vorschlag das Sitzungszimmer).

Landrat Feldmann erklärte dazu, daß nach wochenlangen Überlegungen und unter Ausschaltung aller parteipolitischen Erwägungen er den Vorschlag mache, Regierungspräsident Drake zum Verbandsvorsteher zu wählen.

Regierungspräsident Drake schaltete sich ein und erklärte, daß nach Nennung seines Namens in Verbindung mit dem Verbandsvorsteher er darauf bestehen müsse, in seiner Abwesenheit weiter zu verhandeln. Er halte sich jedoch zu der Erklärung verpflichtet, daß er bereits aus Anlaß verschiedener politischer Angriffe erklärt habe, den Posten des Verbandsvorstehers nur ungern zu übernehmen, wenn politische Überlegungen maßgeblich seien. Aus sachlichen Notwendigkeiten heraus sei er jedoch dazu bereit, wenn er mit allseitiger Zustimmung, mindestens aber mit Zustimmung der im Landesverband vertretenen beiden großen Parteien gewählt werde. Er wies ferner darauf hin, daß seine Wahl zum Regierungspräsidenten auf Vorschlag aller politischen Parteien erfolgt sei, daß sich Anstände gegen seine Amtsführung bisher nicht ergeben hätten und daß er darum auch heute Wert auf Einheitlichkeit legen müsse. Unter diesen Gesichtspunkten sei er mit beiden Lösungen einverstanden, entweder mit der Wahl zum Verbandsvorsteher oder mit der Übertragung der Aufsichtsführung. Seine politische Arbeit würde in dem Augenblick ein Ende finden, in dem die Frage, ob Lippe endgültig bei Nordrhein-Westfalen verbleiben würde, endgültig entschieden worden sei. (Regierungspräsident Drake verließ daraufhin das Sitzungszimmer).

Landrat Feldmann fuhr in der Begründung seines Vorschlags fort und legte dabei vor allem dar, daß die Wahl des Regierungspräsidenten zum Verbandsvorsteher nur eine Anerkennung der von ihm bisher für Lippe geleisteten und allseitig anerkannten Arbeit sei. Sein Vorschlag bedeute keineswegs eine Herabsetzung der Arbeiten und der Persönlichkeit von Oberregierungsrat Dr. Petri.

Dr. Krekeler betonte zu diesem Vorschlag, daß es sich sowohl beim Regierungspräsidenten Drake als auch beim Oberregierungsrat Dr. Petri um öffentliche Persönlichkeiten handele, die ohne Tadel daständen. Wenn dem Vorschlag von Landrat Feldmann zugestimmt würde, müsse er aber die Bedingung stellen, daß

1.) die Aufsichtsführung über den Landesverband beim Innenministerium in Düsseldorf verbliebe, und
2.) die Ernennung von Beamten und Angestellten Sache der Verbandsversammlung sei. Gegen die Zeichnung der Anstellungsurkunden durch den Verbandsvorsteher und ein Mitglied der Verbandsversammlung bestänen dabei keine Bedenken. Er schlüge aber weiter vor, daß als Mitglied der Verbandsver-

sammlung für die Zeichnung der Urkunden Landrat Dr. Johanning bestimmt würde.

Abgeordneter Wendt folgerte aus dem Vorschlag Feldmann, daß so ein repräsentativer und ein geschäftsführender Verbandsvorsteher geschaffen würden. Nach seiner Auffassung sei aber der Regierungspräsident bereits mit Arbeit derartig überlastet, daß er den Posten des Verbandsvorstehers nicht noch zusätzlich übernehmen könne, und andererseits würden die Aufgaben des Verbandsvorstehers völlig ausreichend für eine Kraft sein. Hinzu komme, daß durch diesen Vorschlag ein doppeltes Vorstehergehalt erforderlich und dadurch der Etat des Landesverbandes weiter belastet würde.

Abgeordneter Mellies wies darauf hin, daß es sich beim Landesverbande um eine Neugründung handele, für die sich in den ersten Jahren von selbst Kompetenz- und andere Schwierigkeiten ergeben würden. Diese Schwierigkeiten erforderten aber nicht nur einen ausgezeichneten Verwaltungsmann, wie ihn Oberregierungsrat Dr. Petri darstelle, sondern eine auch nach außen hin starke Persönlichkeit, die hier in Lippe eben nur in der Person des Regierungspräsidenten Drake gegeben sei. Durch diese Feststellung solle die Persönlichkeit von Oberregierungsrat Dr. Petri keineswegs im Werte herabgesetzt werden.

Min.Dir. Dr. Vogels wies darauf hin, daß das Gesetz die Möglichkeit der haupt- oder nebenamtlichen Anstellung des Verbandsvorstehers offen lasse. Wenn die vorgeschlagene Regelung getroffen würde, dann müsse allerdings eine gewisse Beständigkeit geschaffen werden. Er wies ferner darauf hin, daß bei dem jetzigen Zustande etwa dasselbe Arbeitsverhältnis zwischen Regierungspräsident Drake und Oberregierungsrat Dr. Petri bestehe und für später immer noch ins Auge gefaßt werden könne, Oberregierungsrat Dr. Petri zum Verbandsvorsteher zu ernennen. Bezüglich des Einwandes der Verteuerung wies er darauf hin, daß Regierungspräsident Drake für die Übernahme dieses Postens wohl kaum eine Sondervergütung beanspruchen werde. Im übrigen könne er die Ausführungen des Herrn Mellies nur unterstreichen.

Dr. Krekeler wies darauf hin, daß eine Nichtwahl des Regierungspräsidenten eine Kränkung seiner Persönlichkeit bedeuten könnte und die Angelegenheit daher eine Prestigefrage sei, die durch sachliches Entgegenkommen auf der anderen Seite ausgewogen werden müßte. Auf alle Fälle liege ihm daran, daß die politische Einheitlichkeit nach außen hin gewahrt werde.

Stimmberechtigt dürfe in der Verbandsversammlung jedoch nur einer der Vorsteher sein, und zwar der Verbandsvorsteher, wenn er anwesend sei und die Verbandsversammlung leite, andernfalls der stellv. Verbandsvorsteher.

Dr. Krekeler vertrat auch die Ansicht, daß der Verbandsvorsteher auch vollwertiger Verbandsbeamter sei. Diese Frage könne jedoch späterer Prüfung überlassen bleiben.

Landrat Feldmann warf zu dem Vorschlag des Abgeordneten Wendt die Frage auf, ob Oberregierungsrat Dr. Petri überhaupt bereit sei, den Posten des Verbandsvorstehers anzunehmen, wenn Regierungspräsident Drake dadurch beiseite gestellt werde. Er glaubte Anhaltspunkte dafür zu besitzen, daß Dr. Petri nicht bereit sein werde.

Nach längerer Beratung der CDU-Vertreter erklärte Abgeordneter Wendt, daß er nach eingehender Beratung mit seinen Parteikollegen seine obendargelegte Stellungnahme keineswegs ändern könne. Unter den gegebenen Verhältnissen würde jedoch dem Vorschlage des Landrats Feldmann unter der Bedingung zugestimmt, daß

1.) die Amtszeit des Verbandsvorstehers beschränkt werde auf die Wahlzeit der Verbandsversammlung,
2.) für Personalfragen, die von der Verbandsversammlung beschlossen werden müßten, eine Mehrheit von 7 Stimmen erforderlich sei.

Dr. Krekeler unterstützte diese Stellungnahme.

Nach kurzer Erörterung über die Aufnahme dieser Bedingungen in die Verbandssatzung erklärte Landrat Feldmann, daß er bei

Beschränkung der Bedingungen zu 2.) auf Personalfragen sich einverstanden erklären wolle. Auf Anfrage wurde alsdann allseitige Zustimmung zu dem Vorschlage von Landrat Feldmann unter den von dem Abgeordneten Wendt gestellten Bedingungen festgestellt. Abgeordneter Wendt, der den Vorsitz nach dem Fortgang von Regierungspräsident Drake geführt hatte, erklärte daraufhin, daß damit Regierungspräsident Drake zum Verbandsvorsteher und Oberregierungsrat Dr. Petri zum stellv. Verbandsvorsteher gewählt worden sei.
Abgeordneter Wendt übernahm es, Regierungspräsident Drake zu verständigen und seine formelle Zustimmungserklärung einzuholen.
Oberregierungsrat Dr. Petri, der inzwischen wieder hereingeholt war, nahm die Wahl an und dankte für das ihm ausgesprochene Vertrauen.
Ministerialdirigent Dr. Vogels erklärte namens des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen als Aufsichtsbehörde seine Zustimmung. Er wurde gebeten, zur Bestätigung der Zustimmung das Protokoll mitzuzeichnen.
Mit der Zeichnung des Protokolls für die Verbandsversammlung wurden beauftragt die Abgeordneten Wendt, Landrat Feldmann und Dr. Krekeler.«

## Nr. 36

*Drake an Ministerpräsident Arnold: Bedenken gegen Entwurf für Landschaftsverbandsordnung, 4.4.1951.*
*NW 179-9, fol. 4-8*

»Wenn die dem Landtage vorliegende Landschaftsverbandsordnung Gesetz werden sollte, wird der Ostteil des Landes eine schwere Schädigung erleiden. Als Betreuer dieses Gebietes, der der Landesregierung für die gesunde Entwicklung verantwortlich ist, wie als Garant des Lippischen Landes bitte ich folgende Darlegungen entgegenzunehmen, die aus ernster Sorge hervorgehen.
A. Der Entwurf einer Landschaftsverbandsordnung, der dem Landtage zugeleitet worden ist, umgeht die wichtigste Aufgabe einer Verwaltungsreform, das Fundament für den Verwaltungsaufbau zu bereiten: Gemeinde-, Amts- und Kreisordnung werden zurückgestellt. Es sollen zunächst zwei Landschaftsverbände gebildet werden mit dem »Ziel einer echten Verwaltungsreform«, die nicht in die Ministerien gehörenden Aufgabenbereiche des früheren Provinzialverbandes Rheinland mit den Aufgaben der bisherigen staatlichen Mittelinstanz im Raume der Landschaftsverbände zu einheitlichen Verwaltungen zusammenzufassen, in denen unter der Leitung eines staatlichen Beamten auf der einen Seite die staatlichen Aufgaben (z. B. Staatsaufsicht), auf der anderen Seite die mehr landschaftlichen Aufgaben unter Zuhilfenahme von Verwaltungsformen der Selbstverwaltung erledigt werden.
Hiernach wünscht das Landeskabinett die Beseitigung der staatlichen Mittelinstanz in der bisherigen Form und die Beseitigung der Regierungsbezirke. Der Regierungsbezirk Detmold würde aufgehoben, die Mittelinstanz mit verstärkten Aufgaben von hier nach Münster verlagert werden, und der weite Raum des gesamten Ostgebietes des Landes mit 400.000 Vertriebenen und Evakuierten würde auf wichtigsten Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens einer volksnahen Instanz beraubt werden mit dem unzweifelhaften Erfolge, dass der bürokratische Apparat in Münster wesentlich verstärkt werden müßte und die Bevölkerung Ungelegenheiten und weite Reisen mit hohen Kosten in Kauf zu nehmen hätte.
Daneben würde jene Zusage gebrochen werden, die das Landeskabinett seiner Zeit dem Lippischen Lande gegeben hat, als es ihm zusicherte, dass die Bezirksregierung nach Detmold verlegt werden solle, dass allgemein »von Seiten des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Übernahme und Eingliederung des Landes Lippe in jeder Hinsicht großzügig und entgegenkommend verfahren werden wird. Auf die 800-jährige Geschichte des Landes Lippe, seine geschlosse-

ne Verwaltungseinheit soll im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen jede erdenkliche Rücksicht genommen werden.« Weitere Einzelheiten der seinerzeitigen Vereinbarungen brauche ich zurzeit nicht zu erwähnen. Darauf würde noch zurückzukommen sein.

Herr Minister Dr. Flecken hat zwar für seine Person beruhigende Erklärungen abgegeben, wonach er der Überzeugung ist, daß eine Mittelinstanz der Verwaltung mit wesentlichen Befugnissen für Ostwestfalen-Lippe bestehen bleiben müsse. Aber dies ist das an sich erfreuliche Wort eines Ministers, und es bietet leider keine Sicherheit für die endgültige Gestaltung des Entwurfs.

B. Bei dieser Lage der Dinge komme ich in Gewissenskonflikte, die sich daraus erklären, daß ich Garant der Vereinbarungen bin, die dem Anschlusse Lippes an Nordrhein-Westfalen voraufgingen. Ich bitte, mir folgende Hinweise zu gestatten:

1) Der Entwurf einer Landschaftsverbandsordnung sieht 2 Verbände vor, die in dem Verhältnis ihrer Größe innerhalb eines Staatsgefüges wie Nordrhein-Westfalen einer geschichtlichen Erfahrung widerstreiten. Was als Provinz in Preussen naturgegeben war, wirkt in einem kleineren Staatsgefüge als Spaltpilz. Die Entwicklung würde das lehren.
2) Die vorgesehene Teilung zerschneidet den Kern der Wirtschaft, das Ruhrgebiet, den wichtigsten Wirtschaftsraum.
3) An keiner anderen Stelle des Bundesgebiets sind bei der Aufteilung des Staatsgebiets auch nur entfernt solche Mammutgebilde vorgesehen. Überall wählt man die Grössenordnung von 1 bis höchstens 3 Millionen Einwohnern.
4) Den Landschaften sollen verstärkte Aufgaben zugewiesen werden. Da verstärkt sich ihre Bürokratie, die bei Entfernungen von 100 - 150 Kilometern nicht volksnah, sondern volksfern sein würde. Die Leitung würde repräsentativ, sie könnte unmöglich ihren Bereich mit lebendiger und persönlicher Anteilnahme durchdringen. Einerseits Steigerung der Kosten und Ausgaben durch Zunahme des bürokratischen Apparats, andererseits schwere Belastung der Bevölkerung durch Reisekosten und Zeitversäumnisse. Autos und Flugzeuge stehen vorläufig für die Masse der Bevölkerung nicht zur Verfügung.
5) Der einzige Ausweg wäre neben der Vergrösserung des Provinzialverbandes ein noch stärkerer Ausbau der Verwaltungsgerichte. Abgesehen davon, dass ihnen der Überblick über die persönlichen und örtlichen Verhältnisse fehlt, sollen sie Recht sprechen und nicht verwalten.

   Die in der Vorlage vorgesehene Beseitigung der Regierungspräsidenten wird sich als unausführbar erweisen. Es ist dabei übersehen, dass das Land selber (der Staatsbegriff Nordrhein-Westfalen) noch Leben behalten sollte. Ein einziger Landesverband[!] ließe sich eher rechtfertigen, doch haftet ihm das Odium an, dass er ebenfalls unter dem Kreuz stände, schwerfällig zu werden, und andererseits, dass er wegen seiner Grösse den Kreisen und Gemeinden die Durchführung der praktischen Aufgaben erschwerte. Ein Landschaftsverband wäre wohl nur denkbar in Verbindung mit dem Landtage als Parlament. Zwei Landschaftsverbände müßten je eine Volksvertretung haben, da die Demokratie irgendwie untergebracht werden muss. Da sie aber auf solchen Basen neben dem Landesparlament wenig angenehm sein würden, d. h. ihre Spaltpilzeigenschaft bald offenbaren würden, ist der Ausweg gewählt worden, die Landschaftsverbandsdemokratie unwirksam zu machen. Sie hat ihren Namen, mehr nicht.

C. Demgegenüber empfiehlt sich ein gesunder Mittelweg: 5 Landschaftsverbände unter Verbindung mit den bestehenden Regierungsbezirken a) Ruhrkohlengebiet (Auffangorganisation Ruhrsiedlungsverband), b) Nord-Westfalen mit einem rechtsrheinischen Teil, c) Ost-Westfalen-Lippe, d) Süd-Westfalen mit den bergischen

und dem Siegkreis, e) das linksrheinische Gebiet. Eine etwa zweckmässigere andere Einteilung ließe sich leicht finden. Es entständen folgende Vorteile: Keine Trennung des engeren Industriebezirks; keine Friktionen zwischen Land und Landschaften, da die Größenordnung gesund sein würde; Volksnähe der Landschaftsverwaltung; Möglichkeit einer zweckmässigen Verbindung zwischen Hoheits- und Selbstverwaltung auf geeignetster Grundlage. Die Aufgabenverteilung würde hierbei keinerlei Schwierigkeiten bereiten. Die allerwichtigsten Dinge, die ohnehin am besten auf breitester Basis verwaltet werden, könnten einem Landeszweckverbande vorbehalten bleiben, zumal da sie sich z. T. (Heilanstalten, Versicherungswesen, auch Verkehrswesen) nach rein sachlichen Anforderungen fast automatisch vollziehen. Sehr viel könnte ohne Kostensteigerung in den Arbeitsbereich der Regierungspräsidenten überführt werden, wobei der Einbau einer wirksamen demokratischen Kontrolle keinerlei Schwierigkeiten machen würde, zumal da es sich bei den grössten Etatspositionen des Provinzialverbandes um Durchgangsposten handelt.

Soweit die Bevölkerung des Lippischen Landes in Frage kommt, kann gesagt werden, dass von ihr einstimmig die Frage erhoben wird, ob es nicht klug wäre, zunächst im Verwaltungsaufbau die Fundamente zu legen. Erst aus der Gemeindeverfassung in der endgültigen Form ergeben sich bestimmte Folgerungen für die Mittelinstanz und die Zentralverwaltung. Umgekehrt zu verfahren, wäre bedenklich, es wäre auch wenig verständlich, da keinerlei Notstand anerkannt werden kann, der nicht angesichts der furchtbaren politischen und wirtschaftlichen Gefahren, die uns z. Zt. bedrohen, vor der dringlichen Aufgabe der Gemeindeverfassung Zurückstellung verdiente.

Ich habe mich davon überzeugt, dass diese Landschaftsverbandsordnung im ostwestfälischen Raum kaum, in Lippe keine Zustimmung findet, im Gegenteil abgelehnt wird. Die Gründe sind oben angeführt.Würde der Entwurf Gesetz werden, so wäre hier eine bedenkliche Entwicklung angebahnt, auf die ich zeitig hinweise.«

## Nr. 37

*Erklärung des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen über die Verwaltung der lippischen Landesteile, abgegeben namens der Landesregierung.*
*Fassung vom 22.1.1952.*
*D 72 Drake Nr. 154 / NW 263-7*

Erklärung des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen über die Verwaltung der lippischen Landesteile, abgegeben namens der Landesregierung

Das Land Lippe ist durch die Verordnung Nr. 77 der Britischen Militärregierung mit dem 21. Januar 1947 Teil des Landes Nordrhein-Westfalen geworden. Nach dem Vorspruch zu dieser Verordnung war eine Volksabstimmung vorgesehen, die innerhalb von fünf Jahren, also bis zum 21. Januar 1952 stattfinden und darüber entscheiden sollte, ob Lippe aus Nordrhein-Westfalen wieder ausgegliedert werden soll.

Die verfassungsrechtliche Entwicklung, die wir seitdem erlebt haben, hat der vorgesehenen Volksabstimmung ihre eigentliche Bedeutung genommen. Es kann rechtlich nicht zweifelhaft sein, dass ihr Ergebnis nur eine Meinungsäusserung der lippischen Bevölkerung wäre, aus der rechtlich irgendwelche Folgerungen zur Zeit nicht gezogen werden könnten.

Gleichwohl hat die Landesregierung, um der Ankündigung der Verordnung Nr. 77 und den von ihr selbst gegebenen Zusagen zu entsprechen, den Entwurf eines Gesetzes über eine Volksabstimmung in den Landkreisen Detmold und Lemgo dem Landtag vorgelegt.

Der Hauptausschuss des Landtages hat aber in seiner Sitzung vom 4.12.1951 Kenntnis genommen von dem einmütigen Willen der lippischen Bevölkerung, eine Abstimmung rein informatorischen Charakters abzulehnen und hat daher beschlossen, von einer solchen Abstimmung

abzusehen. Er hat die Landesregierung ersucht, den Gesetzentwurf zurückzuziehen.
Gleichzeitig hat er die Landesregierung beauftragt, mit Vertretern Lippes im Rahmen der Denkschrift des Regierungspräsidenten Drake vom 21.10.1951 festzustellen, wie weit den Wünschen der lippischen Bevölkerung Rechnung getragen werden kann.
Die Landesregierung hat rechtlich keine Möglichkeit, durch einen förmlichen Staatsvertrag mit dem Landesverband Lippe oder den Kreisen Detmold und Lemgo Verpflichtungen zu übernehmen, weil ein solcher Staatsvertrag nur zwischen Trägern staatlicher Souveränität geschlossen werden kann. Auch eine Verwaltungsvereinbarung oder ein privatrechtlicher Vertrag wären nicht geeignet, ein Ergebnis zu erzielen, was den berechtigten Wünschen der lippischen Bevölkerung entspricht, denn die Landesregierung kann rechtlich die Gesetzgebung nicht binden. Sie kann und will jedoch ihre Absichten, die sie für den ehemals lippischen Landesteil hegt, bekanntgeben und dadurch der Sache nach den an sie herangetragenen Wünschen nachkommen.
Die Landesregierung war bei der Erörterung dieser Wünsche aufrichtig bestrebt, die berechtigten Interessen der lippischen Bevölkerung nicht zu übergehen und die vorgetragenen Wünsche nur dann unerfüllt zu lassen, wenn zwingende rechtliche oder finanzielle Gründe es erforderten. Die Landesregierung hält sich jedoch an die am 17. Januar 1947 zwischen Ministerpräsident Dr. Amelunxen und Landespräsident Drake vereinbarten Richtlinien, die sog. »Punktation«, unverändert gebunden.
Die Landesregierung erkennt grundsätzlich an, dass Lippe in seiner 800-jährigen politischen Geschichte eine geschlossene Verwaltungseinheit gewesen ist und insbesondere auch wirtschaftliche und kulturelle Eigenarten entwickelt hat. Die besonderen Werte des lippischen Volkstums, seine Tradition und seine geschichtlich gewachsenen Einrichtungen sollen, soweit es möglich ist, gewahrt bleiben. Namens der Landesregierung gebe ich nunmehr die Richtlinien und Absichten bekannt, von denen sie sich bei der Verwaltung der lippischen Landesteile im einzelnen leiten lassen wird. Ich gebe die feierliche Versicherung ab, dass die Landesregierung diese Erklärung als verpflichtend ansieht und sich an ihr Wort gebunden erachtet.
Der Beschluss der Landesregierung hat folgenden Inhalt:

1) Die Landesregierung hat als Sitz der Bezirksregierung Detmold bestimmt. Sie ist davon überzeugt, dass es sachlich gerechtfertigt ist, im Rahmen einer staatlichen Mittelinstanz eine entsprechende Stelle für Ostwestfalen mit dem Sitz in Detmold beizubehalten. Sie beabsichtigt nicht, den Sitz der Bezirksregierung in eine andere Stadt zu verlegen.
2) Eine Verlegung des Landgerichts Detmold ist bisher nie erwogen worden. Es ist auch nicht beabsichtigt, eine solche Verlegung vorzunehmen.
3) Die Landesregierung sieht sich jedoch gehindert, das Landesverwaltungsgericht von Minden nach Detmold zu verlegen. Sie hat zum Aufbau des Gerichtsgebäudes in Minden bereits erhebliche Beträge als Mietvorauszahlung oder als Darlehn zur Verfügung gestellt. Die Mittel würden ihrem Zweck entfremdet und unwirtschaftlich aufgewendet sein, wenn man den Gerichtssitz verlegt.
4) Die jetzt bestehenden Kreisgrenzen können nach der herrschenden Rechtsauffassung nur durch Gesetz geändert werden. Die Landesregierung beabsichtigt aber nicht, diese Grenzen zu ändern. Sollte von irgendeiner Seite später einmal ein Vorschlag auf Änderung der Kreisgrenzen gemacht werden, so wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass eine Änderung nur im Einvernehmen mit den Kreistagen der betreffenden Landkreise von Detmold und Lemgo erfolgt.
5) Die Landesregierung beabsichtigt nicht, die Ämterverfassung in dem früher lippischen Landesteil einzuführen, wenn nicht der

Wunsch hierzu von der lippischen Bevölkerung selbst ausgeht. Sie wird, wenn von anderer Seite Bestrebungen in dieser Richtung laut werden, ihren Einfluss dahin geltend machen, dass eine Einführung der Ämterverfassung unterbleibt.

6) Die Landschaftsverbandsordnung, die dem Landtag vorliegt, sieht einen westfälisch-lippischen Landschaftsverband vor. Es liegt im Rahmen der Selbstverwaltung dieses Verbandes, zu entscheiden, ob innerhalb des Verbandes ein besonderer Zweckverband zur Durchführung der Selbstverwaltungsaufgaben kultureller Art für das Gebiet des früheren Landes Lippe gebildet werden soll. Die Landesregierung wird sich im Landtag dafür einsetzen, daß eine solche Möglichkeit in der Landschaftsverbandsordnung vorgesehen wird.

7) Was den Ausbau der Satzung des Landesverbandes Lippe anbetrifft, so darf ich darauf verweisen, dass die Punktation Ziffer 6 von 1947 durch das Gesetz über den Landesverband Lippe vom 5. Nov. 1948 erfüllt ist. Im übrigen gilt das Entsprechende, was ich eben zur Frage eines besonderen Zweckverbandes innerhalb des Landschaftsverbandes ausgeführt habe.

8) Der Landesregierung ist weiter der Wunsch vorgetragen worden, eine Änderung des § 9 des Gesetzes über den Landesverband Lippe vom 5.11.1948 vorzuschlagen. Durch diese Änderung sollen die Bestimmungen über die Haushaltssatzung den für die Gemeinden und Gemeindeverbände geltenden Bestimmungen angeglichen werden. Die Landesregierung hat keine Bedenken, dieser Anregung zu entsprechen; sie wird dem Landtag eine entsprechende Vorlage zuleiten.

9) Das Land Nordrhein-Westfalen ist grundsätzlich bereit, alle Schulden des früheren Landes Lippe zu übernehmen. Dieser Grundsatz gilt mit folgenden Einschränkungen:
   a) Ausgenommen sind bestimmte Verpflichtungen, die vom Landesverband Lippe zu übernehmen sind. Es handelt sich um Renten an die Nebenlinien des Hauses Lippe, um Zuschüsse an die katholische Kirche und Pfarre in Falkenhagen, um Ruhegehälter und Unterstützungen an die ehemaligen Hofangestellten und um milde Stiftungen. Diese Verbindlichkeiten sind in Anlage 5 zum Entwurf des Gesetzes zur Durchführung der Vereinigung des Landes Lippe mit dem Land Nordrhein-Westfalen näher bezeichnet.
   b) Ausgenommen sind ferner Schulden von zusammen 291 000,– DM, die in dem Schreiben des Landesverbandes Lippe vom 29.1.1951 – II Fin.18 – aufgeführt sind.
   c) Ausgenommen sind endlich die Abgaben für Soforthilfe oder Lastenausgleich, die auf Vermögensgegenständen ruhen, welche auf den Landesverband Lippe übergegangen sind oder noch übergehen werden.

10) Der Landesregierung ist der Wunsch vorgetragen worden, Leistungen des Landesverbandes Lippe an die Kreise Detmold und Lemgo für kulturelle Belange und für Zwecke der Wohlfahrt ihrer Bewohner bei der Verrechnung einer Beihilfe aus dem Kommunalausgleichsstock ausser Betracht zu lassen. Die Landesregierung wird diesem Wunsche Rechnung tragen, soweit die Zuweisungen des Landesverbandes den Haushalt der Kreise nur durchlaufen und damit eine Verletzung der für die Beihilfen aus dem Ausgleichsstock geltenden Grundsätze nicht zu besorgen ist.
    Die Landesregierung wird das sich aus den höheren Beiträgen der Lippischen Landesbrandversicherungsanstalt Detmold ergebende Mehraufkommen an Feuerschutzsteuermitteln den Kreisen Detmold und Lemgo in voller Höhe zusätzlich zu den Beihilfen aus der Feuerschutzsteuer zur Verfügung stellen.

11) Die Selbstverwaltungskörperschaften der gewerblichen Wirtschaft in Lippe, nämlich die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer, haben den Wunsch, dass

ihre Grenzen nicht geändert werden. Die Landesregierung beabsichtigt nicht, eine Veränderung der Grenzen der Industrie- und Handelskammer oder der Handwerkskammer zu betreiben.

12) Einer förmlichen Anerkennung des ostwestfälisch-lippischen Fremdenverkehrsverbandes, die gewünscht worden ist, bedarf es nicht. Die Landesregierung erkennt an, dass der Bezirk Ostwestfalen-Lippe eines der wichtigsten Erholungszentren des Landes ist. Die Landesregierung wird dafür Sorge tragen, dass beide Verbände hinsichtlich der staatlichen Zuschüsse nach gleichen Grundsätzen gerecht behandelt werden.

13) Die Wegeverhältnisse im vormaligen Lande Lippe sind im Vergleich mit dem Länderdurchschnitt recht günstig. Wegebau und Wegeunterhaltung werden z. Zt. ebenso gefördert wie in den übrigen Teilen des Landes Nordrhein-Westfalen. Die im § 2 Abs. 1 und 3 des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Gesetzes über die Vereinigung des Landes Lippe mit dem Lande Nordrhein-Westfalen vorgeschlagene Regelung (vgl. S. 26 der Denkschrift) findet sich bereits im Finanzausgleichsgesetz des Landes. Weiter ist im Finanzausgleichsgesetz die Vorschrift enthalten, dass die Kreise Detmold und Lemgo durch die Umlage des Landesfürsorgeverbandes und die Beiträge zur Erhaltung der Landstrassen 1. Ordnung nicht höher belastet werden dürfen, als wenn die Kreise die provinzielle Umlage des Provinzialverbandes Westfalen aufzubringen hätten. Die Landesregierung beabsichtigt nicht, die Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes zu ändern; sie wird sich auch in Zukunft für ihre Beibehaltung einsetzen.

14) Es sind Unklarheiten darüber entstanden, welche Folgerungen aus § 4 Abs. 2 Satz 3 des Gesetzes über die Vereinigung des Landes Lippe mit dem Land Nordrhein-Westfalen vom 5.11.1948 für die Bodenreform zu ziehen seien. Es heisst dort: »Das auf den Landesverband übergehende Grundvermögen ist im Sinne des Gesetzes zur Beschaffung von Siedlungsland dem Grundbesitz des Landes Nordrhein-Westfalen gleichzustellen.« Hierzu erklärt die Landesregierung: Die Entscheidung über die Frage, ob das Grundeigentum der früheren lippischen Domänen, die jetzt auf den Lippischen Landesverband übergegangen sind, ohne Schädigung des Gemeinwohls enteignet werden kann, wird der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen der ansässigen Bevölkerung durch Erlass treffen. Zunächst aber wird der Landesverband beauftragt, binnen vier Monaten einen vorbereitenden Plan bezüglich der früheren lippischen Domänen aufzustellen und mit dem Herrn Ernährungsminister zu beraten, wobei Klarheit darüber besteht, dass im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung eine Verständigung herbeigeführt wird.

15) Bei der Bedeutung, die die Umlegung im Lande Lippe beanspruchen kann, wird die Landesregierung diesem Punkt ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden und die Umlegung im lippischen Landesteil bevorzugt fördern.

16) Der Verband der lippischen Pferdezüchter wird von der Landesregierung jede mögliche Förderung im Sinne des Vertrages erfahren, den er mit dem früheren Land Lippe geschlossen hatte.

17) Die Landesregierung betrachtet es als ihr besonderes Anliegen, die strukturelle Arbeitslosigkeit im Regierungsbezirk Detmold nach Kräften zu beheben. Sie hat davon Kenntnis genommen, daß es gelungen ist, das Problem der lippischen Wanderarbeit im wesentlichen zu lösen. Der Landesregierung liegt eine Denkschrift der beteiligten Ministerien vom 15. Oktober 1951 vor, in der die Möglichkeiten erörtert werden, die Arbeitslosigkeit im lippischen Landesteil zu beseitigen. Die Landesregierung hat beschlossen, die

Untersuchung auf die angrenzenden Gebiete des Regierungsbezirks Arnsberg auszudehnen. Über die Soforthilfe oder den Lastenausgleich sollen 13 Millionen DM bereitgestellt werden, die erforderlich sind, um 4200 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Mittel werden so verteilt werden, dass den Bedürfnissen des lippischen Landesteils Rechnung getragen wird.

18) Die Landesregierung hat sich davon überzeugt, dass das Landeskrankenhaus in Detmold dringend einer Erneuerung und Verbesserung seiner baulichen Anlagen und seiner Einrichtungen bedarf. Zur Beseitigung der wesentlichen Mängel wird ein einmaliger Zuschuss von 300 000,– DM in Aussicht gestellt. Darüber hinaus wird die weitere Förderung im Rahmen der allgemeinen Förderung der Krankenhäuser im Lande Nordrhein-Westfalen erfolgen.

19) Die Landesregierung wird ferner ihre Hilfe nicht versagen, wenn das Gebäude der früheren Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus, das als Alterspflegeheim auf den Landkreis Lemgo übergehen soll, baulich erneuert wird. An den Kosten der Erneuerung wird sie sich nach Massgabe näherer Vereinbarung angemessen beteiligen.

20) Die Landesregierung wird bei ihrer Flüchtlingspolitik berücksichtigen, dass der lippische Landesteil überdurchschnittlich mit Flüchtlingen belegt ist. Es sind bereits aus Mitteln des Landes und der Arbeitsverwaltung 3 Millionen DM zur Umsiedlung von Flüchtlingen aus dem Detmolder Raum zur Verfügung gestellt worden. Dieser Geldbetrag soll insbesondere dazu verwandt werden, die Umsiedlung der Flüchtlinge zu fördern. Die Landesregierung wird auch weiterhin bemüht bleiben, das Flüchtlingsproblem nach besten Kräften zu fördern.

21) Der Landesregierung ist die bedrängte Wohnungslage im Regierungsbezirk Detmold und besonders im früheren Land Lippe bekannt. Die Förderung des Wohnungsbaues gerade auch im lippischen Gebiet ist eine ihrer vordringlichen Sorgen. Die Landesregierung wird daher bei der Verteilung der Mittel für den Wohnungsbau den lippischen Landesteil entsprechend den gegebenen Möglichkeiten berücksichtigen.
Ich komme nunmehr zu den Wünschen der lippischen Bevölkerung auf kulturellem Gebiet, die in der letzten Zeit im Vordergrund des Interesses gestanden haben.

22) Die seinerzeit zwischen dem Lande Nordrhein-Westfalen und dem Lande Lippe vereinbarten Richtlinien vom 17. Januar 1947 enthielten in Ziffer 9 Abs. 2 folgende Bestimmung: »Die Lippische Gemeinschaftsschule bleibt im Rahmen der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen erhalten.« Als solche allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen sind seit Verabschiedung der Landesverfassung die Artikel 8 und 12 der Verfassungsurkunde anzusehen. Danach bildet das natürliche Recht der Eltern, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu bestimmen, die Grundlage des Erziehungs- und Schulwesens. Die Volksschulen sind Bekenntnis-, Gemeinschafts- oder Weltanschauungsschulen und die Wahl der Schulart steht den Erziehungsberechtigten zu. Demnach gibt es im Lande Nordrhein-Westfalen keine Regelschule, sondern nur gleichberechtigte Antragsschulen. Die Übergangsbestimmung in Artikel 89 der Verfassung wird am 21. Januar 1952 gegenstandslos. Die Ordnung des Schulwesens im Landesteil Lippe muss nunmehr den Bestimmungen der Landesverfassung angeglichen werden. Nach Auffassung der Landesregierung kann dies nur im Zuge der Schulgesetzgebung geschehen. Die Landesregierung beabsichtigt, die Ordnung des lippischen Schulwesens durch das Landesschulgesetz im Rahmen der Verfassung des Landes so zu gestalten, dass der gegenwärtige Zustand fortdauert (§ 21 des Schulgesetzentwurfs »Stabilitätsparagraph«), es sei denn, dass im Einzelfalle die Mehrheit der

Erziehungsberechtigten die Umwandlung der Schule in eine Bekenntnisschule wünscht oder dass die Minderheit eine Schule ihres Bekenntnisses verlangt. Mit einer solchen Regelung ist sowohl den Anhängern der bestehenden Schule wie auch den Forderungen der Minderheit, die zum Teil berechtigte Wiedergutmachungsansprüche erhebt, gedient.

23) Das Landesarchiv Detmold soll erhalten bleiben und als drittes Staatsarchiv des Landes Nordrhein-Westfalen eine seiner Bedeutung entsprechende Förderung erfahren. Insbesondere sollen die archivreifen Akten von Ostwestfalen in Zukunft im Detmolder Staatsarchiv gelagert werden. Wegen der älteren Archivalien aus diesem Bezirk, die in Münster sind, bleibt die Entscheidung nach Erörterung mit den beteiligten Stellen vorbehalten.

24) Die Landesregierung wird sich auch in Zukunft die Unterhaltung und Förderung der nordwestdeutschen Musikakademie angelegen sein lassen. Der Sitz der Akademie soll in Detmold bleiben.

25) Die Frage der Errichtung einer Pädag. Akademie im lippischen Raum ist z. Zt. gegenstandslos, weil die Landesregierung auf Grund eines Landtagsbeschlusses gehalten ist, die Zahl der Pädag. Akademien zu vermindern.

26) Das Institut für Schul- und Volksmusik ist eingerichtet und arbeitet zur Zufriedenheit. Es soll weiter gefördert werden. Sollte nach seiner Entwicklung ein weiterer Ausbau zu einem Institut für musische Erziehung zweckmässig erscheinen, so wird das Land auch diesen Plan wohlwollend fördern.

27) Die Lippische Landesbibliothek erhält z. Zt. vom Lande einen laufenden Zuschuss von 10.000,– DM. Das Kultusministerium wird prüfen, ob nach Bewilligung eines Betrages von 100.000,– DM für den seit längerer Zeit anerkannten Nachholbedarf eine weitere Erhöhung des laufenden jährlichen Zuschusses von 10.000,– DM im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel möglich ist.

28) Auch das Lippische Landesmuseum, das schon jetzt einen laufenden Zuschuss von 15.000,– DM erhält, soll in Zukunft gefördert werden.

29) Für den Museumsneubau hat das Land bereits jetzt haushaltsmässig einen Zuschuss von 150.000,– DM zur Verfügung gestellt. Dieser Zuschuss wird genügen, wenn die zur Zeit schwebenden Verhandlungen über den Erwerb eines bundeseigenen Gebäudes für Zwecke des Landesmuseums erfolgreich sein werden. Wenn die Verhandlungen sich zerschlagen sollten, werden weitere Finanzierungsverhandlungen stattfinden. Die Landesregierung ist auch in dieser Frage bestrebt, den berechtigten Wünschen auf eine bessere Unterbringung der Museumsbestände nachzukommen.

30) Für das Städtebundtheater im Raum Ostwestfalen zahlt das Land einen jährlichen Zuschuss von 100.000,– DM; einen weiteren Zuschuss zahlt es für die Nordwestdeutsche Philharmonie. Durch diese Zuschüsse sind schon bisher die wertvollen Leistungen des Theaters und des Orchesters anerkannt worden. Die Landesregierung beabsichtigt, die Zuschüsse in der bisherigen Höhe auch in Zukunft zu gewähren und sich für ihre Bewilligung bei den Haushaltsberatungen einzusetzen.

31) Die Landesregierung sagt den lippischen Kirchen eine entgegenkommende Behandlung ihrer Wünsche zu, insbesondere hinsichtlich der Zuschüsse zur Pfarrerbesoldung. Sie wird ihnen diese Zuschüsse, wie schon in der Vergangenheit, in dem Rahmen gewähren, in dem auch die rheinisch-westfälischen Kirchen solche Zuschüsse erhalten. Ein besonderer Vertrag mit der evangelischen Landeskirche in Lippe ist in Vorbereitung.

Es liegt mir daran, abschließend zu versichern, dass die Landesregierung über die vorhin erwähnten Sondermassnahmen für den

Landesteil Lippe hinaus, auch im allgemeinen dem Landesteil Lippe jene Förderung zuteil werden lassen wird, wie sie gegenüber den übrigen Landesteilen erfolgt. Die lippische Bevölkerung darf die Gewißheit haben, dass sie im Lande Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft mit aufrichtiger Sympathie behandelt werden wird, und dass sie in jedem Falle mit allen übrigen Landesteilen volle Gleichrangigkeit einnehmen wird.«

## Nr. 38

*Drake an Justizminister Amelunxen 26.1.1952.*
*D 72 Drake Nr.70*

Ich [...] darf Sie bitten, der Angelegenheit Lippe für den letzten Gang und damit für das Gedeihen der Heirat Ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Ich habe davon abgesehen, Sie zu bitten, hierher zu kommen, was mir hier von verschiedenen Herren empfohlen wurde, da man annahm, daß Sie als direkt Beteiligter bei dem seinerzeitigen Abschlusse der Vereinbarungen ein besonderes Interesse haben würden, dem Gang der Dinge in Lippe persönlich zu folgen. Ich habe gleichwohl davon abgesehen, weil ich Sie nicht unnötigerweise in Anspruch nehmen wollte und weil ich mir auch dachte, daß Sie vielleicht gewisse Schwierigkeiten im Kabinett haben würden, wenn Sie sich allzu stark engagierten.
Nun liegen die Dinge aber so, daß ich fürchte, die Sache werde nicht gut auslaufen, wenn nicht alle Kräfte, die einen Ausgleich wünschen, sich auf diesen guten Ausgleich konzentrieren. Es ist sehr viel besser, man macht allseits einige Zugeständnisse, als daß die letzte Phase der Verhandlungen mit einem Mißklang endet. Eine unumstößliche Grundlage müßten die Vereinbarungen bleiben; sie werden aber nach meiner Überzeugung angetastet. Auf die Schulfrage will ich nicht eingehen. Ich werde mich bemühen, – obgleich das augenblicklich sehr schwierig zu sein scheint – zwischen den Ansprüchen der weitaus überwiegenden Mehrheit der Landesbewohner auf unbeschränkte Erhaltung der Gemeinschaftsschule und der Grundeinstellung des Kabinetts zu vermitteln.
Besonders wichtig ist daneben die Frage des Domaniums. Da können wir nicht zulassen, daß der Landwirtschaftsminister – nach meiner Ansicht ist er befangen, und ich werde das auch noch offen aussprechen müssen – in der Frage der Verwertung der Domänen allein und letztgültig entscheidet. Der Wortlaut der Vereinbarungen und namentlich der Punkt 8, wo ausdrücklich die Form des Verfahrens, nämlich die Vereinbarung vorgeschrieben ist, schließen das aus.
Es kommen aber auch Billigkeitsrücksichten in Frage. Man kann den Landesverband, dessen Vorgänger und er selber eine vorbildliche Siedlungspolitik betrieben haben, gegenüber der das Land Nordrhein-Westfalen doch im wesentlichen noch sehr wenig geleistet hat, nicht nebenherlaufen lassen. Schließlich ist die Eingangsformel der Vereinbarungen, wo das größte Entgegenkommen zugesagt ist, nicht ohne Grund so gesetzt und von Ihnen persönlich noch verstärkt worden. Ihrer Rechtsauffassung kann ich leider nicht folgen, und ich bitte freundlichst um Verzeihung, da Sie ja der Justizminister sind und mir in der Fähigkeit, das Recht auszulegen, unendlich überlegen sein müssen. Aber es steht doch so: Überall wo kultivierte Leute wohnen, hat man seit Menschengedenken daran festgehalten, daß Verträge und Vereinbarungen und Absprachen heilig sind und daß jeder Gesetzgeber auf solche Verträge Rücksicht zu nehmen hat. Das geschieht sonst wohl überall. Wäre es anders, so wäre es für den nordrhein-westfälischen Landtag federleicht, die ganzen Vereinbarungen auszuhöhlen, ja auf den Schutthaufen zu werfen. Und Gründe sind allemal billig wie Brombeeren. So war ja nun der Vertrag[?!], den wir seinerzeit geschlossen haben, nicht gemeint.
Schließlich kommt auch infrage, daß die Verfasser der Lippe-Gesetze eine eindeutige Rechtsauffassung über die fraglichen Bestimmungen haben, die besagt, daß der Lippische Landes-

verband für Lippe an die Stelle des nordrhein-westfälischen Ministers treten sollte.
Dabei will ich noch ganz absehen von der doch unbestreitbaren Tatsache, daß die Domänen für Lippe etwas ganz anderes zu bedeuten haben als die Domänen sonst für das Land Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen hat ja sonst kaum Domänen und kaum Grundbesitz. Der Fall liegt also praktisch so, daß man, soweit das Staatseigentum oder Landeseigentum infrage kommt, hier ein Gesetz gemacht hat, ohne bei den Einzelheiten sich genügend darum zu kümmern, wie es auf Lippe wirkte, das doch ohne jeden Zweifel bisher schon die größten Erfolge in der Bodenreform und Siedlung aufzuweisen hat.
Ich werde mit den Vorsitzenden der Zentrums-Fraktion noch besonders verhandeln, bitte aber auch Sie sehr, alles was in Ihrer Kraft ist zu tun, um das Land Lippe nun endgültig überzuführen »smoothly and gently« as the Englishman says.
Mit herzlichen Grüßen auch an die Ihrigen
Ihr Drake

## Nr. 39

*BVG-Urteil vom 24.2.1954 (2 BvQ 1/54), Abschnitt B I 4.*
*D 72 Drake Nr. 82*

4. Die Antragsteller sind der Ansicht, daß Lippe noch nicht ›endgültig‹ in Nordrhein-Westfalen eingegliedert sei. Sie behaupten aber nicht, daß Lippe noch als Land innerhalb der Bundesrepublik im Sinne des Art. 23 GG bestehe. Sie machen Rechte eines untergegangenen Landes geltend, das aber nach ihrer Auffassung insoweit als noch fortbestehend anzusehen ist, als es sich um die Geltendmachung von Rechten aus dem Eingliederungsvertrag handelt.
Nun ist der zweite Fall des Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 – öffentlich-rechtliche Streitigkeiten zwischen verschiedenen Ländern – nach dem Gesetzeswortlaut nur gegeben, wenn auf beiden Seiten ein Land beteiligt ist; deshalb bestimmt auch die Verfahrensvorschrift des § 71 Abs. 1 Nr. 2 BVerfGG, daß Antragsteller und Antragsgegner nur Landesregierungen sein können. Da Lippe als Land nicht mehr besteht und es infolgedessen eine lippische Landesregierung nicht mehr gibt, kann eine Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts bei reiner Wortauslegung aus Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 GG iVm § 71 Abs. 1 Nr. 2 BVerfGG nicht hergeleitet werden.
Bei der Regelung der Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts in Art. 93 Abs. 1 GG hat der Verfassungsgeber nur an Fälle gedacht, die typischen Charakter haben. Wenn es auch für die Zulässigkeit des Verfassungsrechtswegs nicht genügt, daß eine verfassungsrechtliche Streitfrage irgendwie eine der Zuständigkeitsbestimmungen des Art. 93 GG oder des § 13 BVerfGG berührt (Urteil vom 7. März 1953 – 2 BvE 4/52 – BVerfGE 2, 145 [150]), so ergibt sich doch aus dem Sinnzusammenhang des Art. 93 Abs. 1 Nr. 3 und 4 GG, daß für alle öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten aus dem föderalen Bereich, wenigstens subsidiär, der Rechtsweg an das Bundesverfassungsgericht eröffnet werden sollte, soweit es sich nicht um verwaltungsrechtliche Streitigkeiten handelt. Der vorliegende Fall unterscheidet sich von dem typischen dadurch, daß ein untergegangenes Land Rechte geltend macht, die in unmittelbarem Zusammenhang mit seinem Untergang stehen. Würde man in diesem Fall die Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts verneinen, so würde dies für das untergegangene Land die Verweigerung jedes gerichtlichen Schutzes bedeuten, da ein anderer Rechtsweg nicht gegeben ist. Diese Überlegungen müssen dazu führen, die Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts für den vorliegenden Streit gemäß Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 GG zu bejahen.
Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat wiederholt in Streitigkeiten, in denen es um die Frage der Verfassungswidrigkeit von Eingemeindungsgesetzen ging, Parteifähigkeit und Aktivlegitimation der durch die Eingemeindung untergegangenen Gemeinden bejaht (vgl. StGH vom 12. Januar 1922, Lammers-Simons, Bd. I,

S. 366 [368]; vom 11. Dezember 1929, Lammers-Simons, Bd. II, S. 99 [105]). Die Anwendung dieses für ein geschlossenes Rechtsschutzsystem unentbehrlichen Grundsatzes führt im vorliegenden Fall zwingend dazu, das untergegangene Land Lippe insoweit noch als fortbestehend zu behandeln, als um die Rechtsfolgen des Eingliederungsvertrages gestritten wird. Als Repräsentanten des untergegangenen, aber im angegebenen Umfang als fortbestehend zu behandelnden Landes sind dann nach Lage der Sache der Landesverband Lippe und die beiden lippischen Kreise Detmold und Lemgo anzuerkennen. Sie sind die ›Exponenten des Volkswillens‹, von denen auch in Nr. 5 der Punktationen die Rede ist. Der Landesverband, auf den nach dem Landesverbandsgesetz vom 5. November 1948 der größte Teil des lippischen Landesvermögens übergegangen ist, ist eine Selbstverwaltungskörperschaft, deren Wirkungsbereich sich mit dem Gebiet des ehemaligen Landes Lippe deckt. Ihm ist ausdrücklich auch die Aufgabe übertragen, die kulturellen Belange und die Wohlfahrt der Bewohner des früheren Landes Lippe zu fördern. Die beiden Landkreise Detmold und Lemgo als Kommunalverbände innerhalb des ehemaligen Landes Lippe werden in § 11 des Vereinigungsgesetzes vom 5. November 1948 insofern als Repräsentanten der lippischen Bevölkerung angesehen, als der Innenminister die beiden Kreistage bei der Angleichung des lippischen Rechts an das in Nordrhein-Westfalen geltende Recht anhören muß.

Der Antrag ist daher zulässig, soweit er vom Landesverband Lippe und von den beiden lippischen Kreisen Detmold und Lemgo gestellt ist. Von den weiterhin als Antragsteller auftretenden Städten konnte dagegen ein Antrag nicht gestellt werden, weil ihnen in den Gesetzen keine Befugnisse zugewiesen sind, kraft derer sie ebenfalls als Repräsentanten der lippischen Bevölkerung in dem oben bezeichneten Umfang anerkannt werden könnten.

## Nr. 40

*Bruno Kirchhof an Verbandsvorsteher Dr. Arnold Ebert 25.12.1968.*
*LV 1010/05 Bd. I*

»Es dürfte an der Zeit sein, auch landesverbandsseitig einmal ernsthaft über die Folgen nachzudenken, welche die von unseren beiden Kreistagen letzthin so einmütig beschlossene Zusammenlegung der Kreise Detmold und Lemgo für das durch die Lippegesetze der lipp. Bevölkerung belassene und dem Landesverband zur Verwaltung anvertraute ehemalige Domanialvermögen einschl. bestimmter weiterer altlippischer Anstalten u. Einrichtungen haben kann, g. F. gar haben muß. Bei den erwähnten Verhandlungen in beiden Kreistagen ist diesen Gedanken auch Raum gegeben, sie decken sich mit dem, was in dem Gesetz über den Domanialvertrag von 1919, in den Drakeschen Punktationen und in den Lippe-Gesetzen über die Bestimmung des dem lipp. Raume und seiner Bevölkerung belassenen Domanialvermögens vorgesehen ist.

Wenn bei der erstrebten und zu erhoffenden Wiederherstellung einer Verwaltungseinheit (Großkreis) Lippe nicht dafür gesorgt wird, daß das Landesverbandsvermögen mit seinen Zubehörungen und allen verbrieften Rechten und Pflichten als in sich geschlossene und selbständige Verwaltungseinheit in oder an die kommende Kreisverwaltung herangebracht wird, sehe ich gewisse Gefahren für die Beziehungen unserer Bevölkerung zu ihrem Domanialvermögen, zumal der Gesetzgeber kaum je eine Zusammenlegung der beiden lipp. Kreise beschließen wird, ohne nicht gleichzeitig auch über das Schicksal des Landesverbandes und des diesem anvertraute altlippische Domanialvermögen usw. irgendwie zu befinden.

Um nach allen Richtungen auch landesverbandsseitig vorzubeugen, halte ich einen Beschluß der Landesverbandsvertretung etwa folgenden Inhaltes für ebenso angebracht wie notwendig:

Die Landesregierung wird gebeten, der Gesetzesvorlage über den Zusammenschluß der beiden lippischen Landkreise eine Bestimmung einzufügen, nach welcher mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über den Kreis Lippe das in § 4, Abs. 1, S. 2 des Gesetzes über die Vereinigung des Landes Lippe mit dem Lande Nordrhein-Westfalen vom 5.11.1948 erwähnte-Domanial- und Stiftsvermögen einschl. der weiteren dort aufgeführten Vermögensstücke und Rechte in Abänderung der genannten Vorschrift einschließlich der entsprechenden Bestimmungen des Gesetzes über den Landesverband Lippe von 5.11.1948 dem Kreis Lippe mit allen bestehenden Rechten und Pflichten als zweckgebundenes Sondervermögen zur Verwaltung übertragen wird.
Ich behalte mir vor, anläßlich der Verabschiedung des Landesverbandshaushaltes 1969 einen entsprechenden Antrag zu stellen, falls dies nicht dortseits geschieht oder die L. Verbandsvertreter sich nicht zu einer gemeinschaftlichen Einbringung dieses Antrages entschließen sollten.«

## Nr. 41

*Satzung des Landesverbandes Lippe vom 4.1.1952 in der Fassung vom 20.4.1966.*
*ABl.Reg.Dt. 1966, S. 212*

Satzung des Landesverbandes Lippe vom 4. Januar 1952 in der Fassung vom 20. April 1966
Auf Grund des Landesgesetzes über den Landesverband Lippe vom 5. November 1948 (GS. NW. S. 12) hat die Verbandsversammlung am 17. Dezember 1951 und 15. April 1966 folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Der Landesverband Lippe ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts für den Bereich des Lippischen Landes (Kreise Detmold und Lemgo). Seine Aufgabe ist die Verwaltung des durch Gesetz über die Vereinigung des Landes Lippe mit dem Lande Nordrhein-Westfalen vom 5. November 1948 (GS. NW. S. 12) ausgesonderten Vermögens des früheren Landes Lippe. Er hat außer der Deckung seiner eigenen Verwaltungskosten und der Bildung der erforderlichen Rücklagen die kulturellen Belange und die Wohlfahrt der Bewohner im Bezirk des früheren Landes Lippe im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zu fördern.

§ 2
Die Verwaltung des Landesverbandes Lippe erfolgt durch seine Organe:
1. Verbandsversammlung
2. Verbandsvorsteher
In dieser Satzung können weitere Organe vorgesehen werden.

§ 3
Vertretungskörperschaft des Landesverbandes ist die Verbandsversammlung. Sie besteht aus dem Verbandsvorsteher oder seinem Stellvertreter als Vorsitzendem und aus je 5 Vertretern der beiden Kreise Detmold und Lemgo.
Die Vertreter der Kreise werden durch die Kreistage für die Dauer ihrer Wahlzeit nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Wählbar sind alle Personen, die das passive Wahlrecht zu den Kreistagen Detmold und Lemgo haben.
Scheidet ein Vertreter vor Ablauf seiner Wahlzeit aus, so erfolgt Ersatzwahl für den Rest der Wahlzeit.
Die Verhältniswahl gemäß § 4 des Landesgesetzes vom 5. November 1948 erfolgt nach dem Höchstzahlenverfahren (»System d'Hondt«). Falls die letzte mit einem Sitze zu bedenkende Höchstzahl sich mehrfach ergibt, so erhält von den in Frage kommenden Parteien diejenige den Sitz, die bei der Kreistagswahl die höchste Stimmenzahl erreicht hat (§ 1 der Verordnung des Innenministers vom 2. Mai 1950).

§ 4
Die Verbandsversammlung ist die entscheidende Körperschaft des Verbandes. Sie beschließt in allen Angelegenheiten, die nicht durch Gesetz oder Satzung einer anderen Stelle übertragen

sind. Sie hat im besonderen den Haushaltsplan zu beraten und festzustellen.
Die Verbandsversammlung tritt nach Bedarf zusammen, mindestens zweimonatlich. Sie ist beschlußfähig, wenn wenigstens 8 Mitglieder (einschließlich Vorsitzer) anwesend sind. Bei der Entscheidung gilt vorbehaltlich der Bestimmung im § 5 einfache Stimmenmehrheit.
Für den Geschäftsgang gilt die gleichzeitig mit dieser Satzung erlassene Geschäftsordnung.
Die Verhandlungen des Verbandes sind nicht öffentlich. Für die Verbandsversammlung kann jeweils auf besonderen Beschluß die Öffentlichkeit zugelassen werden.
Der Verbandsversammlung sollen alle wichtigen Angelegenheiten vorgetragen werden. Ihr sind ständig Berichte zu erstatten, damit alle Mitglieder über die Geschäftslage unterrichtet werden.

§ 5
Die Verbandsversammlung beschließt
a) über Anträge auf Änderung der Satzung mit mindestens 8 Stimmen,
b) in Personalangelegenheiten mit mindestens 7 Stimmen.

§ 6
Zur rechtsgeschäftlichen Verpflichtung des Landesverbandes Lippe über Grundstücke sowie zur Ausstellung von Vollmachten ist die Aufnahme einer Urkunde erforderlich, die vom Verbandsvorsteher und einem weiteren Mitgliede der Verbandsversammlung unterzeichnet werden muß.

§ 7
Der Verbandsvorsteher wird von der Verbandsversammlung mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde (Innenminister) angestellt. Die Anstellung kann auch als Beamter auf Zeit für 12 Jahre erfolgen.
Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte des Landesverbandes Lippe. Er hat die Beschlüsse der Verbandsversammlung und etwaiger anderer Dienststellen, die zur Mitwirkung berufen sind, vorzubereiten.
Er vertritt den Landesverband Lippe nach außen.
Der Verbandsvorsteher hat auf sparsamste Verwendung aller Mittel zu achten.

§ 8
An die Stelle des Verbandsvorstehers tritt, wenn er verhindert ist, sein Stellvertreter, der zu gleicher Zeit wie der Verbandsvorsteher zu berufen ist und der auch außerhalb seiner Vertretungsbefugnis an den Verhandlungen der Verbandsversammlung teilnehmen kann.

§ 9
Die Beamten des Verbandes sind hinsichtlich ihrer Besoldung, ihres Ruhegehalts, der Hinterbliebenenversorgung und der sonstigen beamtenrechtlichen Bestimmungen den Landesbeamten gleichzustellen. Das gleiche gilt für die Angestellten und Arbeiter des Landesverbandes.
Die Beamten und Angestellten unterstehen in disziplinarischer Hinsicht dem Verbandsvorsteher als ihrem Dienstvorgesetzten, als Disziplinargerichte sind die für die Landesbeamten des Regierungsbezirks Detmold eingesetzten Disziplinargerichte zuständig. Zur Sicherung der Versorgungsansprüche der Beamten ist ein besonderer Pensionsfonds zu bilden, sofern sich der Verband nicht einer bestehenden Pensionskasse anschließt.

§ 10
Es werden Ausschüsse gebildet, an denen möglichst alle Mitglieder der Verbandsversammlung zu beteiligen sind.
a) Hauptausschuß
b) Wirtschaftsausschuß
c) Bauausschuß
Die Ausschüsse haben – neben dem Verbandsvorsteher als Vorsitzer – 4 Mitglieder. Jedes Ausschußmitglied kann im Verhinderungsfalle seinen Vertreter bestimmen, der der Verbandsversammlung angehören muß. Weitere Ausschüsse können bei besonderem Bedarf für besondere und zeitlich befristete Aufgaben ein-

gesetzt werden. Das Recht der Entscheidung steht im allgemeinen nur der Verbandsversammlung zu. In Einzelfällen können auch die Ausschüsse entscheiden, wenn sie durch einen mit mindestens 8 Stimmen gefaßten Beschluß der Verbandsversammlung dazu das Recht erhalten haben. Die Ausschüsse werden nach Bedarf zu Sitzungen geladen, für die möglichst vorher eine Tagesordnung festzusetzen und den Mitgliedern zu übermitteln ist. Ein Ausschuß muß zusammengerufen werden, wenn 2 seiner Mitglieder dies beantragen. Die Ausschüsse sind beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden mindestens 3 Mitglieder anwesend sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Verbandsversammlung. Den Vorsitz in den Ausschußverhandlungen führt der Verbandsvorsteher oder sein Vertreter. Es ist Bedacht darauf zu nehmen, daß in den Ausschüssen beide Landkreise vertreten sind.

§ 11
Alljährlich ist eine Haushaltssatzung aufzustellen, die von der Aufsichtsbehörde zu genehmigen und dem Landtage des Landes Nordrhein-Westfalen über das Innenministerium zur Kenntnis vorzulegen ist. Im Rahmen der Haushaltssatzung handelt der Landesverband Lippe selbständig.

§ 12
Für die Haushaltsführung, Rechnungslegung und Rechnungsprüfung des Landesverbandes Lippe gelten die Reichshaushaltsordnung, die Wirtschaftsbestimmungen für die Reichsbehörden, die Rechnungslegungsordnung für das Reich und die zur Durchführung dieser Gesetze erlassenen Reichs- oder Landesbestimmungen sinngemäß.

§ 13
Für den Haushaltsplan, seine Gestaltung und Durchführung wie für die Verwaltungsarbeit des Verbandes gelten folgende Grundsätze:
a) Der Landesverband Lippe ist im wesentlichen eine Vermögensverwaltung, daraus ergeben sich die Richtlinien der Arbeit.
b) Das Vermögen ist in seinem Bestande zu erhalten und nach sozialen Grundsätzen zu verwalten. Auf den Ersatz abgehender Vermögensstücke ist in jedem Falle möglichst Bedacht zu nehmen.
c) Oberster Grundsatz der Arbeit des Landesverbandes Lippe soll die Förderung des allgemeinen Volkswohles sein; Vorteile einzelner müssen dahinter zurücktreten.
d) Keine Ausgabe darf ohne Deckung geleistet werden. Alle Haushaltsansätze dürfen nur im Rahmen einer sorgsamen vorherigen Berechnung festgestellt werden. Ein gesunder Ausgleich des Abschlusses ist sicherzustellen. Anleihen sind möglichst zu vermeiden; wo erforderlich, ist Tilgung in kürzester Frist anzustreben.

§ 14
Die Verwaltung des Landesverbandes Lippe soll zweckmäßig gegliedert und im Aufwand sparsam sein. Sie soll die besten lippischen Überlieferungen wahren. In die Verwaltung des Landesverbandes dürfen nur beste Kräfte aufgenommen werden, die im ganzen eine vorbildliche Arbeit sichern.

§ 15
Das Vermögen des Landesverbandes Lippe soll zugunsten der Kreise Detmold und Lemgo verwaltet werden.
Kommen einzelne vom Landesverband Lippe verwaltete Vermögensteile, Einrichtungen, Anstalten usw. dauernd einem der beiden Kreise in besonders hohem oder besonders geringem Maße zugute, so soll in der Haushaltssatzung oder durch Beschluß ein billigmäßiger Ausgleich unter Berücksichtigung aller Umstände bewirkt werden.
Ist eine allseitige Verständigung oder ein Beschluß mit mindestens 7 Stimmen nicht zu erreichen, so entscheidet in wiederholter, aber erst nach einer Frist von 4 Wochen vorzunehmender Abstimmung die einfache Mehrheit von mindestens 6 Stimmen, wenn der benachteilig-

te Landkreis diese neue Entscheidung beantragt. Handelt es sich in den gegebenen Fällen um einen Wert im Jahresbetrage von mehr als 50.000,– DM, so ist der Verbandsvorsteher verpflichtet, der Verbandsversammlung vor der Entscheidung ein Gutachten vorzulegen, das von zwei unbeteiligten Sachverständigen erstattet wird, von denen die beiden lippischen Kreisausschüsse je einen ernennen. Die Sachverständigen dürfen nicht Mitglieder der Kreistage sein, nicht einem Kreis- oder sonstigen Ausschusse des Kreises angehören und nicht im Beamten- oder irgendeinem sonstigen Dienstverhältnis zu den Kreisen stehen.
Kommen die Gutachter zu keiner Einigung, so berichtet jeder besonders. Von den Gutachten hängt die endgültige Entscheidung nicht ab.

§ 16
Der Landesverband Lippe kann Satzungen über Gebühren und Beiträge erlassen. Er kann für die Ausübung der ihm obliegenden Verwaltungsaufgaben die Hilfe der Gemeindeverwaltungen des Verbandsbezirks nach Maßgabe seiner Satzung in Anspruch nehmen. Die Einzelheiten werden durch besondere Anordnungen geregelt, die die Verbandsversammlung nach Benehmen mit den Kreisverwaltungen Detmold und Lemgo beschließt.

§ 17
Der Landesverband Lippe ist berechtigt, innerhalb der ihm übertragenen Zuständigkeiten durch Satzung seine Rechtsverhältnisse insoweit zu ordnen, als nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstellen.

§ 18
Die Kassenführung erfolgt durch die Regierungshauptkasse in Detmold. Die Gefälle können im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben werden.
Für Bausachen kann der Verband das Staatshochbauamt in Detmold in Anspruch nehmen.

§ 19
Die Aufsicht über den Landesverband Lippe hat der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, der seine Befugnisse auf den Regierungspräsidenten in Detmold ganz oder teilweise übertragen kann.
Der Verband hat über Fragen von grundsätzlicher Bedeutung der Aufsichtsbehörde zu berichten.

§ 20
Die Genehmigung des Innenministers im Einvernehmen mit dem jeweils beteiligten Fachminister ist erforderlich bei
1. Erwerb und Veräußerung von Grundstücken im Werte von über 10.000,– DM.
2. Aufnahme von Darlehen außerhalb eines laufenden Kassenkredits,
3. Belastung von Grundeigentum,
4. Übernahme einer fremden Verbindlichkeit.

§ 21
Der Verband kann durch Beschluß der Verbandsversammlung mit Zweidrittelmehrheit und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde aufgelöst werden. Das nach Abwicklung der Verbandsverbindlichkeiten übrigbleibende Vermögen ist auf die Kreise Detmold und Lemgo zu übertragen.

Detmold, den 20. April 1966

Landesverband Lippe
Der Verbandsvorsteher
Drake
Mitglied der Verbandsversammlung
Friedrich

## Nr. 42

*Satzung des Landesverbandes Lippe vom 13.4.1973*
*ABl.Reg.Dt. 1973, S. 264*

Satzung
des Landesverbandes Lippe

Auf Grund des § 13 des Gesetzes über den Landesverband Lippe vom 5. November 1948 (GS. NW. S. 206) hat die Verbandsversammlung am 13. April 1973 folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Siegel, Flagge
Der Landesverband Lippe führt als Dienstsiegel das frühere lippische Landeswappen (lippische Rose) mit der Aufschrift »Landesverband Lippe«, und als Flagge die frühere lippische Landesflagge (zwei Felder in den Farben Gelb und Rot).

§ 2
Organe
Organe des Landesverbandes Lippe sind
1. die Verbandsversammlung,
2. der Verbandsvorsteher.

§ 3
Verbandsversammlung
1. Die Verbandsversammlung besteht aus dem Verbandsvorsteher oder seinem Stellvertreter und 10 Vertretern des Kreises Lippe.
2. Die Verbandsversammlung beschließt in allen Verbandsangelegenheiten, soweit nicht durch Gesetz oder diese Satzung die Entscheidung dem Verbandsvorsteher oder einem Ausschuß übertragen worden ist. Sie kann Angelegenheiten, die in die Entscheidungsbefugnis eines Ausschusses fallen, an sich ziehen und selbst endgültig entscheiden, solange eine Entscheidung des Ausschusses nicht erfolgt ist oder durch eine getroffene Entscheidung Rechte Dritter nicht entstanden sind.
3. Den Vorsitz in der Verbandsversammlung führt der Verbandsvorsteher.
4. Die Verbandsversammlung wird innerhalb von 21 Tagen nach erfolgter Wahl durch den Kreistag Lippe zu ihrer ersten Sitzung der Wahlzeit durch den Verbandsvorsteher einberufen.
5. Die Verbandsabgeordneten werden vom Verbandsvorsteher in ihr Mandat eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.
6. Möglichst in der ersten, spätestens in der zweiten Sitzung jeder Wahlzeit der Verbandsversammlung werden der stellvertretende Verbandsvorsteher gewählt und die nach dieser Satzung vorgesehenen Ausschüsse gebildet.
7. Im übrigen wird die Verbandsversammlung einberufen, sooft es die Geschäftslage erfordert, mindestens jedoch alle 2 Monate.
8. Die Verbandsversammlung ist innerhalb von 14 Tagen einzuberufen, wenn mindestens 3 Verbandsabgeordnete unter Angabe des zur Beratung zu stellenden Gegenstandes es verlangen.
9. Die Ladungsfrist, die Form der Einberufung und das Verfahren der Verbandsversammlung werden, soweit durch diese Satzung nicht bestimmt, durch eine Geschäftsordnung geregelt, die von der Verbandsversammlung erlassen wird.
10. Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich. Durch die Geschäftsordnung kann die Öffentlichkeit für Angelegenheiten einer bestimmten Art ausgeschlossen werden. Auf Antrag eines Verbandsabgeordneten oder auf Vorschlag des Verbandsvorstehers kann für einzelne Angelegenheiten die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Anträge und Vorschläge auf Ausschluß der Öffentlichkeit dürfen nur in nichtöffentlicher Sitzung begründet und beraten werden. Falls dem Antrag oder dem Vorschlag stattgegeben wird, ist die Öffentlichkeit in geeigneter Weise zu unterrichten, daß in nichtöffentlicher Sitzung weiterverhandelt wird.

§ 4
Rechte und Pflichten der Mitglieder der Verbandsversammlung

1. Die Mitglieder der Verbandsversammlung führen die Bezeichnung »Verbandsabgeordnete«.
2. Die Verbandsabgeordneten haben eine besondere Treuepflicht gegenüber dem Landesverband. Sie dürfen Ansprüche Dritter gegen den Landesverband nicht geltend machen, es sei denn, daß sie als gesetzliche Vertreter handeln.
3. Die Verbandsabgeordneten sind verpflichtet, in ihrer Tätigkeit ausschließlich nach dem Gesetz und ihrer freien, nur durch Rücksicht auf das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung zu handeln. Sie sind an Aufträge nicht gebunden.
4. Die Verbandsabgeordneten sind zur Verschwiegenheit über solche Angelegenheiten verpflichtet, deren Geheimhaltung ihrer Natur nach erforderlich, besonders vorgeschrieben oder von der Verbandsversammlung beschlossen worden ist. Zu den vertraulichen Angelegenheiten gehören insbesondere alle Personal- und Grundstückssachen. Die Verbandsabgeordneten dürfen die Kenntnis vertraulicher Angelegenheiten nicht unbefugt verwerten. Die Verbandsabgeordneten bedürfen der Genehmigung der Verbandsversammlung zur Aussage als Zeugen über solche Angelegenheiten, die der Verschwiegenheit unterliegen. Die Verpflichtung zur Verschwiegenheit und die Genehmigungspflicht für die Zeugenaussage gelten auch nach Beendigung der Mitgliedschaft zur Verbandsversammlung.
5. Die Verbandsabgeordneten erhalten eine Aufwandsentschädigung und haben Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und des entgangenen Arbeitsverdienstes im Rahmen der jeweils gültigen Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse des Landes Nordrhein-Westfalen nach Maßgabe der hierfür gefaßten Beschlüsse der Verbandsversammlung.
   Für Dienstreisen erhalten die Verbandsabgeordneten Reisekostenvergütung gemäß der Reisekostenstufe C des Landesreisekostengesetzes.
6. Jedes Mitglied der Verbandsversammlung kann durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Verbandsvorsteher sein Mandat niederlegen.

§ 5
Befangenheit

1. Kein Verbandsvorsteher darf bei Angelegenheiten beratend oder entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung ihm selbst, seinem Ehegatten, seinem Verwandten bis zum 3. oder Verschwägerten bis zum 2. Grad oder einer von ihm kraft gesetzlicher oder rechtsgeschäftlicher Vollmacht vertretenen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann. Dabei sind unter Personen auch juristische Personen zu verstehen.
2. Dies gilt auch dann, wenn der Verbandsabgeordnete in der Angelegenheit in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben hat oder sonst tätig geworden ist und wenn er bei einer natürlichen Person, juristischen Person oder Vereinigung, die an der Erledigung der Angelegenheit ein persönliches oder wirtschaftliches Interesse hat, gegen Entgelt beschäftigt ist oder bei ihr als Mitglied des Vorstandes, des Aufsichtsrates oder eines gleichartigen Organes tätig ist, sofern er diesem Organ nicht als Vertreter des Landesverbandes Lippe angehört.
3. Diese Vorschriften gelten nicht, wenn der Verbandsabgeordnete an der Entscheidung der Angelegenheit lediglich als Angehöriger einer Berufs- oder Bevölkerungsschicht beteiligt ist, deren gemeinsames Interesse durch die Angelegenheit berührt wird. Diese Vorschriften gelten ferner nicht für Wahlen in unbesoldete Wahlstellen, die von der Verbandsversammlung vorgenommen werden.

4. Verbandsabgeordnete, bei denen die Voraussetzungen der Absätze 1 oder 2 vorliegen oder bei denen Tatsachen gegeben sind, welche die Vermutung rechtfertigen, daß die Voraussetzungen der Absätze 1 oder 2 vorliegen, haben dies dem Verbandsvorsteher vor Beginn der Sitzung oder spätestens vor Beginn der Beratung über die betreffende Angelegenheit mitzuteilen.
5. Ob die Voraussetzungen der Absätze 1 oder 2 vorliegen, entscheidet im Zweifelsfall die Verbandsversammlung.

§ 6
Beschlußfähigkeit der Verbandsversammlung

1. Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens 8 Mitglieder (einschl. des Verbandsvorstehers) anwesend sind. Sie gilt als beschlußfähig, solange ihre Beschlußunfähigkeit nicht festgestellt ist.
2. Ist eine Angelegenheit wegen Beschlußunfähigkeit der Verbandsversammlung zurückgestellt worden und wird die Verbandsversammlung zur Beratung über denselben Gegenstand einberufen, so ist sie ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. Die Einladung zu dieser Sitzung muß durch eingeschriebenen Brief erfolgen und auf diese Bestimmung ausdrücklich hinweisen.

§ 7
Abstimmung und Wahlen

1. Die Beschlußfassung der Verbandsversammlung erfolgt, soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt, mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Mehrheitsbeschlüsse sollen möglichst vermieden werden. In jedem Falle ist eine Verständigung mit Rücksicht auf die sachliche Bedeutung der zu entscheidenden Angelegenheit zu erstreben. Der Verbandsvorsteher soll sich in diesem Sinne besonders bemühen. Bei der Beschlußfassung wird offen abgestimmt; die Geschäftsordnung kann eine andere Regelung treffen.
2. Wahlen werden durch Zuruf vollzogen. Wenn ein Verbandsabgeordneter widerspricht, erfolgen sie durch Abgabe von Stimmzetteln.
3. Die Verbandsversammlung beschließt
   a) über Anträge auf Änderung dieser Satzung mit mindestens 8 Stimmen,
   b) in Personalangelegenheiten mit mindestens 7 Stimmen.
   Als Personalangelegenheit gilt nicht die Anstellung des Verbandsvorstehers und die Wahl seines Vertreters.
4. Bei Beschlüssen und Wahlen zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zur Feststellung der Beschlußfähigkeit, nicht aber zur Berechnung der Mehrheit mit.

§ 8
Verbandsvorsteher

1. Der Verbandsvorsteher wird von der Verbandsversammlung mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde angestellt. Seine Anstellung erfolgt in der Regel als Beamter auf Zeit für 12 Jahre.
2. Rechte und Pflichten des Verbandsvorstehers ergeben sich aus dem Gesetz über den Landesverband Lippe vom 5. November 1948, den beamtenrechtlichen Vorschriften und aus dieser Satzung.
3. Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte des Landesverbandes Lippe. Dazu gehören insbesondere:
   a) Die Entscheidung in Personalangelegenheiten gemäß § 12, Ziffer 3 c dieser Satzung.
   b) Die Ausführung der Haushaltssatzung mit Haushalts- und Wirtschaftsplan, soweit nicht im Haushalts- und Wirtschaftsplan die Zuständigkeit der Verbandsversammlung oder einzelner Ausschüsse festgelegt ist.
   c) Der Abschluß von Holzverkaufsverträgen.
   d) Der Abschluß von Verträgen mit einer Zahlungsverpflichtung im Einzelfall bis zu 10.000,– DM jährlich oder einer Laufzeit bis zu 10 Jahren mit Ausnahme von

Grundstücksgeschäften, Jagd- und Fischereiverpachtungen.

e) Die Führung von Rechtsstreitigkeiten mit einem Streitwert im Einzelfall bis zu 10.000,– DM.

f) Der Abschluß von Vergleichen mit einer Zahlungsverpflichtung im Einzelfall bis zu 5.000,– DM, sofern der Vergleich nicht zu über- oder außerplanmäßigen Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen führt.

g) Die Stundung von Forderungen im Einzelfall bis zu 10.000,– DM.

h) Die befristete Niederschlagung von Forderungen.

i) Die unbefristete Niederschlagung und der Erlaß von Forderungen im Einzelfall bis zu 1.000,– DM.

Sofern es sich bei den Punkten c) bis i) um Fälle von grundsätzlicher Bedeutung handelt, ist die Verbandsversammlung vor der Entscheidung zu unterrichten.

4. Der Verbandsvorsteher hat die Verbandsversammlung über alle wichtigen Verbandsangelegenheiten zu unterrichten.

§ 9

Stellvertretender Verbandsvorsteher

1. An die Stelle des Verbandsvorstehers tritt im Falle seiner Verhinderung der stellvertretende Verbandsvorsteher.
2. Der stellvertretende Verbandsvorsteher ist als Ehrenbeamter tätig. Er wird von der Verbandsversammlung für die Dauer der Wahlzeit der Verbandsabgeordneten gewählt. Seine Ernennung spricht der Verbandsvorsteher aus. Die Wahl bzw. Ernennung eines Verbandsabgeordneten zum stellvertretenden Verbandsvorsteher ist möglich. Bis zur Neuwahl bleibt der stellvertretende Verbandsvorsteher im Amt.
3. Der stellvertretende Verbandsvorsteher kann, sofern er nicht Verbandsabgeordneter ist, auch außerhalb seiner Vertretungsbefugnis an den Sitzungen der Verbandsversammlung und der Ausschüsse beratend ohne Stimmrecht teilnehmen. Er ist, wenn er nicht die Aufgaben des Verbandsvorstehers wahrzunehmen hat, auch berechtigt, einen Verbandsabgeordneten auf dessen Wunsch im Verhinderungsfalle in den Ausschüssen zu vertreten, es sei denn, daß er selbst Mitglied des Ausschusses ist.
4. Der stellvertretende Verbandsvorsteher erhält eine Aufwandsentschädigung und hat Anspruch auf Ersatz seiner Auslagen und des entgangenen Arbeitsverdienstes im Rahmen der jeweils gültigen Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse des Landes Nordrhein-Westfalen nach Maßgabe der hierfür gefaßten Beschlüsse der Verbandsversammlung. Für Dienstreisen erhält er Reisekostenvergütung gemäß der Reisekostenstufe C des Landesreisekostengesetzes.

§ 10

Ausschüsse

1. Die Verbandsversammlung bildet aus ihren Mitgliedern folgende Ausschüsse:
   a) Hauptausschuß
   b) Wirtschaftsausschuß
   c) Bau- und Vergabeausschuß.
2. Die Verbandsversammlung setzt zu Beginn einer jeden Wahlzeit die Zahl der Mitglieder fest, die zusammen mit dem Verbandsvorsteher die Ausschüsse bilden. Bei der Besetzung der Ausschüsse wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in einem Wahlgang abgestimmt. Dabei wird der Verbandsvorsteher keiner Partei bzw. Fraktion zugerechnet. Die Wahlstellen sind auf die Wahlvorschläge nach der Reihenfolge der Höchstzahlen zu verteilen, die sich durch Vollrechnung, Halbteilung, Drittelung, Viertelung usw. der auf die Wahlvorschläge entfallenden Stimmenzahlen ergeben.

   Ergeben sich bei der Ermittlung der letzten Wahlstelle gleiche Höchstzahlen, wird die Zahl der Mitglieder der einzelnen Fraktionen, Parteien bzw. Wählergruppen im Kreistag

Lippe zugrunde gelegt.

3. Jedes Ausschußmitglied kann im Verhinderungsfalle einen anderen Verbandsabgeordneten oder den stellvertretenden Verbandsvorsteher, sofern dieser nicht selbst Mitglied des Ausschusses ist oder die Aufgaben des Verbandsvorstehers wahrzunehmen hat, zu seinem Vertreter bestellen.
4. Den Vorsitz in allen Ausschüssen führt der Verbandsvorsteher.
5. Die Sitzungen der Ausschüsse sind in der Regel nicht öffentlich. Die Ausschüsse werden vom Verbandsvorsteher nach Bedarf einberufen. Ein Ausschuß ist innerhalb von 14 Tagen einzuberufen, wenn mindestens 2 Ausschußmitglieder unter Angabe der zur Beratung zu stellenden Gegenstände es verlangen. Die Ladungsfrist und die Form der Einberufung regelt die Geschäftsordnung der Verbandsversammlung.
6. a) Die Ausschüsse sind beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Mitglieder (einschließlich des Verbandsvorstehers) anwesend ist. Sie gelten als beschlußfähig, solange ihre Beschlußunfähigkeit nicht festgestellt ist.
   b) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlußunfähigkeit des Ausschusses zurückgestellt worden und wird der Ausschuß zur Beratung über denselben Gegenstand einberufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. Die Einladung zu dieser Sitzung muß durch eingeschriebenen Brief erfolgen und auf diese Bestimmung ausdrücklich hinweisen.
7. Die Ausschüsse entscheiden mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit wird die Angelegenheit durch die Verbandsversammlung entschieden. § 7 Ziffer 4 gilt entsprechend.

8. Die Ausschüsse entscheiden in folgenden Angelegenheiten:

8.1 Hauptausschuß

a) Personalangelegenheiten gemäß § 12 Ziffer 2 dieser Satzung,

b) Finanzangelegenheiten

1. Gewährung von persönlichen Darlehen an Bedienstete im Rahmen der Bestimmungen über Wohnungsfürsorge für Bedienstete des Landesverbandes Lippe,
2. Verwendung der Ansätze des Haushalts- und Wirtschaftsplanes, für die im Haushalts- und Wirtschaftsplan ausdrücklich die Zuständigkeit des Hauptausschusses festgelegt ist.

8.2 Wirtschaftsausschuß

Entscheidung in Grundstücksangelegenheiten bis zu 40.000,– DM im Einzelfall, maßgebend ist der Richtwert.

Dazu gehören insbesondere:

a) An- und Verkäufe,
b) Übernahme und Ausgabe von Erbbaurechten,
c) Ablösung von Bodenrenten,
d) Ausübung von Rechten aus früheren Verträgen.

Dazu gehören nicht die unentgeltliche Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten.

Über Einwendungen des Kreises und der lippischen Gemeinden gegen Beschlüsse des Wirtschaftsausschusses entscheidet die Verbandsversammlung.

8.3 Bau- und Vergabeausschuß

a) Verwendung der Ansätze des Haushalts- und Wirtschaftsplanes, für die im Haushalts- und Wirtschaftsplan ausdrücklich die Zuständigkeit des Bau- und Vergabeausschusses festgelegt ist,
b) Auftragsvergabe für Lieferungen und Leistungen von mehr als 10.000,– DM bis zum Höchstbetrage von 1 Mio. DM.

Den vorgenannten Ausschüssen können durch Beschluß der Verbandsversammlung mit 8 Stimmen weitere Entscheidungsbefugnisse übertragen werden. Darüber hinaus können die Ausschüsse beauftragt werden, Entscheidungen der Verbandsversammlung vorzuberaten.

9. Weitere Ausschüsse können bei Bedarf für besondere und zeitlich befristete Aufgaben eingesetzt werden.
10. Alle Verbandsabgeordneten, soweit sie nicht Ausschußmitglieder sind, können an sämtlichen Ausschußsitzungen beratend ohne Stimmrecht teilnehmen.

§ 11
Verträge

1. Verträge des Landesverbandes Lippe mit dem Verbandsvorsteher, seinem Vertreter, den Verbandsabgeordneten und den leitenden Dienstkräften des Landesverbandes bedürfen der Genehmigung der Verbandsversammlung.
   Ausgenommen sind:
   a) Verträge, bei denen das Entgelt auf Grund bestehender Tarife
      (z. B. Ausgaben- und Gebührentarife) bemessen wird,
   b) Verträge über Vermietung von Wohnungen,
   c) Vergabe von Aufträgen auf Grund öffentlicher oder beschränkter Ausschreibung nach Zustimmung durch den zuständigen Ausschuß, wenn die Gegenleistung im Einzelfall 10.000.– DM und im Haushaltsjahr 50.000,– DM nicht übersteigt,
   d) Verträge, soweit es sich um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt und die im Vertrag vereinbarte Gegenleistung den Betrag von 10.000,– DM nicht übersteigt. Die Verbandsversammlung soll hierüber nachträglich unterrichtet werden.
2. Leitende Dienstkräfte gemäß Absatz 1 sind die Abteilungsleiter (dazu gehören auch die Kurdirektoren der Staatsbäder und die Direktoren bzw. Leiter der Kulturinstitute), die Leiter der Forstämter und die Chefärzte bzw. leitenden Ärzte der medizinischen Institute, Kliniken und Sanatorien.

§ 12
Personalangelegenheiten

1. Die Ernennung, Entlassung und Versetzung in den Ruhestand der Beamten sowie die Einstellung, Höhergruppierung und Kündigung der Angestellten der Vergütungsgruppe II BAT und höher erfolgt auf Grund eines Beschlusses der Verbandsversammlung.
2. Die Einstellung, Höhergruppierung und Kündigung der Angestellten der Vergütungsgruppe Vb bis III BAT erfolgt auf Grund eines Beschlusses des Hauptausschusses.
3. a) In den Staatsbädern Salzuflen und Meinberg erfolgt die Einstellung, Höhergruppierung und Kündigung von Lohnempfängern, Saisonangestellten und von Dauerangestellten der Vergütungsgruppen X bis VII BAT durch den Kurdirektor.
   b) Innerhalb der Forstverwaltung erfolgt die Einstellung und Kündigung von Waldarbeitern durch den Leiter des Forstamtes, in dessen Bereich der Waldarbeiter tätig sein soll bzw. tätig ist.
   c) Die Anstellung, Höhergruppierung und Kündigung von allen übrigen Angestellten und Lohnempfängern erfolgt durch den Verbandsvorsteher.
4. Die Ermächtigung zur Einstellung und Höhergruppierung nach den Ziffern 2 und 3 erstreckt sich nur auf den durch den Stellenplan bzw. die Stellenübersicht festgelegten Rahmen. Einstellungen bzw. Höhergruppierungen darüber hinaus bedürfen der Zustimmung der Verbandsversammlung.
5. Die nach geltendem Recht auszustellenden Urkunden für Beamte sowie die Anstellungsverträge und sonstigen schriftlichen Erklärungen zur Regelung der Rechtsverhältnisse von Angestellten und Arbeitern werden vom Verbandsvorsteher unterzeichnet.
6. Der Verbandsvorsteher kann seine Befugnisse in Personalangelegenheiten generell oder im Einzelfall auf leitende Dienstkräfte der Verwaltung übertragen.

§ 13
Haushaltswirtschaft

Für die Haushaltsführung, Rechnungslegung

und Rechnungsprüfung des Landesverbandes Lippe ist das für das Land Nordrhein-Westfalen geltende Haushaltsrecht sinngemäß anzuwenden. In sinngemäßer Anwendung dieser Bestimmungen gilt folgendes Verfahren:

1. Der Kämmerer stellt den Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan, Wirtschaftsplan und Stellenplan auf und legt ihn dem Verbandsvorsteher zur Feststellung vor.
2. Der Verbandsvorsteher bringt den von ihm festgestellten Entwurf der Haushaltssatzung in öffentlicher Sitzung der Verbandsversammlung ein.
3. Die Haushaltssatzung wird von der Verbandsversammlung in öffentlicher Sitzung beraten und beschlossen.
4. Die Aufstellung des Entwurfes der Haushaltssatzung soll so rechtzeitig erfolgen, daß die Haushaltssatzung noch vor Beginn des Haushaltsjahres beschlossen und der Aufsichtsbehörde rechtzeitig zur Genehmigung vorgelegt werden kann.
5. Über- und außerplanmäßige Ausgaben dürfen nur mit Zustimmung der Verbandsversammlung geleistet werden. In Fällen, die keinen Aufschub dulden oder zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben bis zur Höhe von 1.000,– DM im Einzelfall kann der Kämmerer die Zustimmung erteilen. Dabei ist gleichzeitig über die Deckung dieser Ausgaben zu entscheiden. Der Verbandsversammlung ist hiervon unverzüglich Kenntnis zu geben.
6. Die Haushaltssatzung kann nur durch eine Nachtragssatzung geändert werden, die spätestens bis zum Ablauf des Haushaltsjahres zu beschließen ist. Eine Nachtragssatzung ist zu erlassen, wenn sich im Laufe des Haushaltsjahres zeigt, daß
   a) der im Haushaltsplan vorgesehene Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben auch bei Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit nur durch eine Änderung der Haushaltssatzung erreicht werden kann,
   b) über- oder außerplanmäßige Ausgaben in erheblichem Umfang geleistet werden müssen, die den Haushaltsausgleich gefährden,
   c) der Stellenplan bzw. die Stellenübersicht geändert oder ergänzt werden soll.

   Für das Zustandekommen der Nachtragssatzung gelten Ziffern 1 bis 3 entsprechend.
7. Nach Abschluß des Haushaltsjahres stellt der Kämmerer bis zum 30. Juni des folgenden Haushaltsjahres die Haushaltsrechnung auf und legt sie dem Verbandsvorsteher vor, der sie an die Verbandsversammlung weiterleitet.
8. Die Verbandsversammlung beschließt auf Grund der Haushaltsrechnung nach Vorliegen des Prüfungsberichtes des Landesrechnungshofes über die Entlastung.

§ 14
Bekanntmachungen

Öffentliche Bekanntmachungen des Landesverbandes Lippe werden im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Detmold, sofern es sich um Bekanntmachungen von Sitzungen handelt, jedoch im amtlichen Bekanntmachungsblatt des Kreises Lippe, vollzogen.

§ 15
Inkrafttreten

Die Satzung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Detmold in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung vom 4. Januar 1952 außer Kraft.

Detmold, den 13. April 1973

Holländer
Verbandsvorsteher

Vorndamme
Mitglied der Verbandsversammlung

## Ortsregister

*(nur Textteil erschlossen)*

**Aurich** 54, 79

**Barkhausen** 25
**Bayern** 71
**Berlebeck** 49
**Bexten** 49
**Bielefeld** 55, 57, 157
**Blomberg** 24, 26
**Brake** 92, 109
**Braunschweig** 52, 54, 57, 61, 72, 100, 101, 162
**Bremen** 52, 54, 57
**Bückeburg** 72

**Cappel** 16
**Celle** 17

**Detmold** 3, 11, 12, 13, 17, 19, 24, 26, 40, 41, 42, 46, 47, 49, 55, 57, 60, 61, 66, 70, 72, 77, 78, 81, 83, 84, 87, 89, 91, 92, 93, 97, 100, 101, 104, 106, 108, 109, 114, 115, 117, 119, 122, 126, 130, 131, 135, 137, 138, 139, 142, 145, 146, 147, 148, 150, 152, 153, 154, 157, 158, 163, 164

**Düsseldorf** 78, 83, 84, 86, 87, 89, 92, 96, 100, 102, 104, 106, 107, 111, 115, 117, 123, 124, 125, 126, 130, 132, 135, 139, 141, 142, 144, 163

**Falkenburg** 24
**Falkenhagen** 49
**Frankfurt** 35
**Frankreich** 29, 71
**Friedrichstal** 28

**Grevenhagen** 16

**Halle (Westf.)** 57, 58
**Hamburg** 52, 54
**Hamm** 17, 19
**Hannover** 14, 35, 52, 53, 54, 57, 59, 61, 66, 68, 69, 71, 72, 95, 99, 100, 103
**Herford** 57, 58
**Hiddesen** 49
**Horn** 24, 26, 49

**Karlsruhe** 145, 147
**Kurhessen** 35

**Langenholzhausen** 49
**Lemgo** 24, 26, 77, 83, 93, 101, 102, 106, 108, 109, 110, 114, 117, 119, 135, 138, 139, 142, 145, 146, 147, 148, 150, 152, 157, 163, 164
**Lipperode** 16
**Lippstadt** 24, 26
**London** 53, 57
**Lopshorn** 49
**Lübbecke** 54, 57, 158
**Lügde** 68
**Lunéville** 71

**Mackenbruch** 25
**Meinberg** 12, 49, 82, 95, 137, 154
**Minden** 12, 13, 17, 53, 55, 56, 57, 60, 73, 81, 137, 158
**Minden-Ravensberg** 54, 58,59
**Münster** 12, 13, 17, 55, 67, 77, 128, 129, 130, 132, 133, 144, 163

**Nassau** 35
**Niedersachsen** 50, 52, 54, 55, 57, 59, 60, 61, 66, 69, 72, 75, 79, 95, 96, 100, 101, 102, 103, 136, 162
**Nordamerika** 140
**Nordrhein** 52
**Nordrhein-Westfalen** 50, 51, 53, 54, 55, 57, 60, 61, 66, 70, 74, 75, 77, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 86, 88, 89, 91, 93, 94, 95, 98, 100, 101, 102, 107, 116, 120, 121, 123, 127, 129, 131, 133, 135, 136, 137, 140, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 152, 153, 155, 156, 159, 162, 163

**Oeynhausen** 137
**Oldenburg** 52, 54, 57, 61, 72, 79, 100, 101, 162
**Osnabrück** 54, 57

**Paderborn** 25
**Paris** 57
**Preußen** 14, 15, 16, 17, 29, 31, 53, 67, 71, 127, 150
**Pyrmont** 14

**Rinteln** 14, 68
**Ruhrgebiet** 57, 128

**Sachsen** 57
**Salzuflen** 49, 82, 95, 137, 142, 145, 146, 154
**Schaumburg** 68
**Schaumburg-Lippe** 14, 17, 52, 54, 57, 61, 68, 69, 72, 73, 74, 100, 101, 103, 104, 150, 162
**Schieder** 49, 50
**Schleswig-Holstein** 52, 54
**Schwalenberg** 50
**Schweiz** 140
**Senne** 50, 76, 89, 91
**Stapelage** 25
**Steinheim** 26
**Sternberg** 26, 29, 50

**Tecklenburg** 54, 57
**Teutoburger Wald** 25, 57

**Varenholz** 26

**Waldeck** 71, 74
**Weser-Ems** 54
**Westfalen** 11, 13, 17, 56, 60, 67, 68, 69, 130, 131
**Wyk (Föhr)** 47

## Personenregister

*(nur Textteil und Anmerkungen erschlossen)*

**Albu** 66
**Amelunxen** 6, 60, 61, 70, 115, 116, 125, 127, 136, 138, 172, 179
**Arnold** 92, 96, 99, 100, 107, 114, 116, 122, 124, 125, 126, 129, 130, 131, 139, 141, 179, 180, 181, 183
**Asbury** 61, 66

**Bernhard, Prinz** 106, 107
**Bishop** 106, 107, 177
**Bollhöfer** 98
**Bonwetsch** 77, 78, 80, 174
**Braun** 16

**de la Pottrie** 30
**de Wend** 26
**Drake** 6, 8, 9, 10, 11, 13, 15, 18, 19, 20, 21, 51, 52, 53, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 66, 67, 68, 70, 73, 74, 76, 77, 78, 79, 80, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 94, 97, 98, 99, 100, 101, 103, 104, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 115, 117, 120, 121, 122, 123, 125, 126, 127, 128, 129, 131, 132, 133, 134, 136, 138, 139, 140, 141, 142, 144, 145, 147, 148, 150, 151, 152, 153, 156, 164, 166, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183

**Ebert** 8, 151, 152, 155, 156, 158, 164, 183

**Falkmann** 38
**Feldmann** 77, 84, 98, 101, 102, 109, 110, 115
**Flecken** 139, 140, 141
**Friedrich Wilhelm I.** 31

**Giese** 138, 143, 144, 145, 146, 147, 150, 163
**Greinert** 83

**Hausmann** 39, 40
**Hillensberg** 30
**Hoffmann** 29, 31
**Holländer** 157, 158
**Höpker-Aschoff** 15

**Jacobi** 124, 125
**Johanning** 84, 94, 98, 109, 129
**Johnen** 125, 179
**Jurgeneit** 134, 180

**Kirchhof** 11, 12, 13, 67, 68, 101, 138, 151, 152, 154, 155, 157, 166, 183
**Koch** 95
**Kopf** 54, 55, 57, 59, 60, 61, 66, 99
**Köster** 98

**Krekeler** 98, 110, 111, 115, 178
**Kubel** 54
**Kuhlemann** 59
**Kuhlmann** 158, 184

**Ladebeck** 127, 179
**Lampe** 59, 176
**Lehr** 54
**Leopold II.** 31, 33, 169
**Leopold III.** 34
**Leopold IV.** 43, 44, 45, 170
**Lippe (Haus)** 36
**Lübke** 88, 122, 125, 126, 129
**Ludwig XIV.** 24

**McGregor** 58, 73, 150
**Mellies** 77, 78, 84, 85, 87, 88, 89, 103, 110, 121, 151
**Menzel** 83, 89, 90, 91, 93, 100, 102, 104, 108, 111, 114, 116, 174, 175, 176
**Meyer** 17, 19, 167
**Moes** 130, 180
**Möller** 153, 154, 156

**Naunin** 130

**Pauline** 29, 30
**Petri** 68, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 89, 90, 91, 98, 101, 103, 109, 115, 119, 151, 164, 173, 174, 175
**Poerschke** 93, 175, 176

**Redelberger** 145, 146
**Riecke** 19
**Rietdorf** 143, 146, 182
**Robertson** 107
**Rombach** 131, 180
**Rose** 139

**Salzmann** 78, 80
**Schabrod** 98, 99
**Schnitger** 84, 174
**Schöne** 109, 110, 178
**Schumacher** 53, 54
**Severing** 14, 15
**Simon August** 29, 168
**Simon III.** 26
**Smend** 147, 182
**Staercke** 95, 101, 111, 129, 136, 176
**Stein** 107
**Suffert** 174
**Sünkel** 175

**Tantzen** 54
**Thissen** 95, 176

**Uhlenbrok** 68

**Vogels** 38, 39, 91, 92, 96, 97, 104, 111, 124, 125, 136, 143, 175, 178, 179

**Weerth** 174
**Weitz** 114
**Wendt** 98, 115, 131
**Weßler** 108, 177
**Winter** 85, 98, 166, 174
**Woldemar** 37, 38, 49

**Zenz** 55, 60, 171

## Bildnachweis

**Ev.-luth. Landeskirche Hannover, Landeskirchliches Archiv**
Seite 59 (Signatur S 2/3175).

**Institut für Lippische Landeskunde, Lemgo**
Seite 11 unten (Signatur LP 33-25), 68 (LP 33-20), 95 (DT 34-21), 110 (o. Sign.), 143 (LP 33-26), 150 (LP 29-14), 151 (LP 5-51 a), 154 (LP 33-27), 157 (LP 10-12).

**Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Münster**
a) **Westfälisches Archivamt, Münster**
Seite 134 (o. Sign.)
b) **Landesbildstelle Westfalen, Münster**
Seite 133 (o. Sign.)

**Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv, Hannover**
Seite 54 (D 1364).

**NW-Staatsarchiv, Detmold**
Seite 10 (Signatur D 81, Nr. 141), 11 oben (D 75, Nr. 180), 12 (D 75, Nr. 4544), 18 (D 81, Nr. 142), 20 (D 81, Nr. 144), 21 (D 75, Nr. 4522), 27 (L 1 A, Nr. 14), 28 (D 75, Nr. 2887), 29 oben (D 75, Nr. 2840), 29 unten (D 75, Nr. 167), 30 (D 75, Nr. 2841, 37 b), 31 (D 75, Nr. 251), 34 (D 75, Nr. 2652), 37 (D 75, Nr. 394), 39 (D 75, Nr. 264), 44 (D 75, Nr. 293), 45 (L 2, Nr. 192), 47 (L 75 I, Abtgl. 1, Nr. 40 I), 55 (D 75, Nr. 1606), 60 (D 75, Nr. 1684), 62-65 (L 80 I 9, Gr. II, Tit. 1, Nr. 28, Sonderakte Nr. 2), 77 (D 75, Nr. 3166), 85 (D 75, Nr. 1427), 101 (D 75, Nr. 1668), 105 (NW 57-3), 114 (D 75, Nr. 4537), 122 (D 75, Nr. 1843).

**NW-Hauptstaatsarchiv, Düsseldorf**
Seite 88 (RWB 1406, Foto Stachelscheidt), 90 (RWB 79), 96 (RWB 91/16).

**Publikationen**
Seite 48: Lippische Gesetz-Sammlung 1919, S. 1065;
Seite 89: 150 Jahre Landkreis Büren, 1966, zit. bei Romeyk, Horst, Alois Vogels (1887–1964). In: Geschichte im Westen 2 (1987), S. 181;
Seite 113: Ausschnitte aus: Westfalenzeitung/Lippische Rundschau v. 26.11, Freie Presse v. 28.11.1949, Westfalenzeitung/-Lippische Rundschau v. 29.11.1949; Freie Presse v. 30.11.1949.

**Schloß Brake, Das Weserrenaissance-Museum**
Titelfoto (o. Sign.).

## Lippische Studien

Forschungsreihe des Landesverbandes Lippe
- Institut für Lippische Landeskunde -

Band 1: Hans Georg Peters
**Vom Hoftheater zum Landestheater**
Die Detmolder Bühne von 1825 bis 1969. [1972]

Band 2: Volker Wehrmann
**Die Aufklärung in Lippe**
Ihre Bedeutung für Politik, Schule und Geistesleben. [1972]

Band 3: Peter Steinbach
**Der Eintritt Lippes in das Industriezeitalter**
Sozialstruktur und Industrialisierung des Fürstentums Lippe im 19. Jahrhundert. [1976]

Band 4: Friedrich Hohenschwert
**Ur- und frühgeschichtliche Befestigungen in Lippe.** [1978]

Band 5-8: Johannes Mundhenk
**Forschungen zu den Externsteinen,**
Teil I: Architektonisch-archäologische Bestandsaufnahme. [1980]
Teil II: Untersuchungen zur jüngeren Geschichte der Externsteine. [1980]
Teil III: Quellen zur mittelalterlichen Geschichte der Externsteine. [1981]
Teil IV: Gesamtüberblick über die Geschichte der Externsteine. [1983]

Band 9: Hans Hüls und Hans Hoppe (Bearb.)
**Engelbert Kaempfer zum 330. Geburtstag.** [1982]

Band 10: Maria Porrmann
**Grabbe - Dichter für das Vaterland**
Die Geschichtsdramen auf deutschen Bühnen im 19. und 20. Jahrhundert. [1982]

Band 11/1- 11/2: Bartelt / Brunsiek / Klocke-Daffa
Band 11/3: Klocke-Daffa / Lux-Althoff
**Landleben in Lippe 1850-1950**
Teil I: Land- und Forstwirtschaft [1990]
Teil II: Handel und Gewerbe [1991]
Teil III: Soziales und kulturelles Leben [1998]

Band 12: Uta Halle
**Keramik des Mittelalters aus Schieder.** [1992]

Band 13: Arndt / Nitschke (Hrsg.)
**Kontinuität und Umbruch in Lippe.**
Sozialpolitische Verhältnisse zwischen Aufklärung und Restauration 1750-1820. [1994]

## Landesverband Lippe

Das lippische Vermögen für Lippe zu erhalten - das war das erklärte Ziel von Landespräsident Heinrich Drake, als 1945 die Verhandlungen um den Anschluß Lippes an eines der neugeschaffenen großen Bundesländer begannen. Lippe war bereit, seine politische Selbständigkeit aufzugeben, aber nicht seinen Besitz: Was in Jahrhunderten geschaffen und erst nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen den lippischen Fürsten abgetrotzt worden war, sollte auch weiterhin zum Wohle der lippischen Bevölkerung erhalten bleiben.

Zwei Jahre später gelang die Verabschiedung eines einzigartigen Dokumentes: die berühmt gewordenen "Punktationen" mit den Richtlinien für die Aufnahme Lippes in das Gebiet des Landes Nordrhein-Westfalen. Darin wurde Lippe zugestanden, sein Landesvermögen selbst zu verwalten - die Geburtsstunde des Landesverbandes Lippe:

**"Das Landesvermögen verbleibt dem lippischen Gebiet... Lippe erhält zur Durchführung der ihm verbleibenden Aufgaben der Selbstverwaltung, zur Erhaltung von Landeseinrichtungen usw. das Recht zur Bildung eines Zweckverbandes oder einer ähnlichen, diesem Zwecke dienenden Verwaltungsform."**



Heinrich Drake
Landespräsident



Dr. Rudolf Amelunxen
Ministerpräsident